beiträge
zur feministischen theorie und praxis

Politik

Auf der Spur – gegen den Strich

18

Hrsg. Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V.

Infoladen im CI
Koburger Straße 3
04277 Leipzig
Tel./Fax: 0341/31 10 44

beiträge
zur feministischen theorie und praxis

Politik

Auf der Spur – gegen den Strich

18

1. Auflage, 1986
Eigenverlag des Vereins Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen, Köln (Herwarthstr. 22, 5000 Köln 1)
Gesamtherstellung: Farbo Druck & Grafik Team, Köln
Titel: Heidi Rautenberg, Köln

Impressum

beiträge
zur feministischen theorie und praxis

Hrsg.: Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e.V.

9. Jahrgang (1986) Heft 18

Redaktion: Ute Annecke, Inge Hehr, Carola Möller, Brunhilde Sauer-Burghard, Christa Wichterich

Mitarbeiterinnen dieses Heftes: Veronika Bennholdt-Thomsen, Kathrin Braun, Jaquline Crawford, Cornelia Giebeler, Adrienne Goehler, Nevâl Gültekin, Sophie Hennis, Barbara Holland-Cunz, Heidrun Kaupen-Haas, Elke Kiltz, Michi Knecht, Elisabeth C. Kremer, Petra Leber, Beate Leddin, Doris Lucke, Claudia Pinl, Wera Reusch, Elvira Scheich, Brigitte Sellach, Simorgh (Women's Resource and Publication Centre), Gertrude Shope, Christina Thürmer-Rohr, Claudia Weber, Christa Wichterich

Die „beiträge" erscheinen dreimal im Jahr. Preis des Einzelheftes ab Heft 13 DM 16,– (Heft 8-12 DM 14,–), Doppelheft DM 28,–, Jahresabonnement (jeweils 3 Nummern) DM 38,–, Förderabonnement ab DM 60,–, Mitgliederabonnement DM 35,–. Einzelhefte sind durch jede Buchhandlung oder direkt beim Verlag zu beziehen. Abonnements ausschließlich durch den Verlag. Abbestellungen spätestens drei Monate vor Ende des Kalenderjahres möglich. Der Verlag erzielt keinen Gewinn. Mitarbeit erfolgt grundsätzlich ohne Honorar. Copyright by the authors. Nachdruck nur mit besonderer Erlaubnis des Verlages und unter Quellangabe gestattet. Sämtliche Verwertungsrechte an den Übersetzungen liegen beim Verlag. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

Verlags- und Redaktionsadresse: Herwarthstr. 22, 5000 Köln 1, Tel.: 02 21/52 64 22 · Konto: Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e.V., Konto-Nr.: 7 192 032 Stadtsparkasse Köln (BLZ 370 501 98).

Vertrieb von Einzelheften und Abonnements: Verlag des Vereins Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen.
Vertrieb für den Buchhandel: Frauenliteraturvertrieb GBR, Schloßstr. 94, 6000 Frankfurt/M. 90

INHALT

Editorial

Auf der Spur – gegen den Strich

Christina Thürmer-Rohr
Feminisierung der Gesellschaft –
Weiblichkeit als Putz- und Entseuchungsmittel 9

Elvira Scheich
Frauenpolitik nach Tschernobyl 21

Adrienne Goehler
Kein Wunderland für Frauen 31

Elke Kiltz, Brigitte Sellach
Das Projekt „autonome Frauen im Römer":
Feministische Politik
im Frankfurter Stadtparlament 41

Barbara Holland-Cunz
Patriarchaler Biozid –
feministische (Kultur-)Revolution? 53

Cornelia Giebeler
Institutionalisierung der Empörung
Zum Verhältnis „Bewegung" und „Institution"
am Beispiel der Frauenforschung 65

Veronika Bennholdt-Thomsen
Geh zurück auf „Los"
Gegen die Männer-identifizierte Reaktion
in der Frauenforschung! 82

Nevâl Gültekin
Anpassung zur Emanzipation? 92

Kathrin Braun, Elisabeth C. Kremer,
Beate Leddin
Erziehungsgeld – Lohn für Hausarbeit
als Strategie konservativer Politik? 95

Claudia Pinl
Die CDU und die Frauen 103

Dokumentationen Diskussionen

Heidrun Kaupen-Haas
Das Problem der Kontinuität zwischen nazistischer Bevölkerungskontrolle und internationaler Bevölkerungspolitik gegen die Dritte Welt 109

Claudia Weber
Abtreibung auf Japanisch 117

Christa Wichterich
Dankansprache anläßlich der Verleihung des „Journalistenpreises Entwicklungspolitik 1985" 122

Simorgh, Women's Resource and Publication Centre
Die Suche – Eine alternative Perspektive für Frauen in Pakistan 124

Christa Wichterich
Die dreifache Unterdrückung schwarzer Frauen im Apartheidssystem
(Interview mit *Gertrude Shope)* *127*

Rezension

Ethnologiestudentinnen aus Köln
Eine Kritik der Ethnologinnentagung in Zürich (22.–25. Mai 1986) 129

Autorinnen

Cornelia Edding
Einbruch in den Herrenclub
(Doris Lucke) *131*

Editorial und Vorankündigung

„Feministische Politik" ist das Leitthema für dieses und das kommende Heft. Die Orte für Politik sind nach feministischem Selbstverständnis überall – oder sollten es wenigstens sein. Die Artikel dieses Heftes reflektieren überwiegend die Erfahrungen von Frauen mit und in bestehenden Institutionen (Wissenschaft, Parteien, Parlamente). Wir stellen also einige der möglichen und zur Zeit von Frauen wieder verstärkt erprobten politischen Aktivitäten in ihren Möglichkeiten und Begrenztheiten zur Diskussion. Das heißt nicht, die gerade von Feministinnen kritisierte Trennung von „großer Politik" und „Privatem" durch die Hintertür hereinzuholen oder gar Politik gleichsetzen zu wollen mit Funktionärs- und Stellvertreterhandeln auf institutioneller/parlamentarischer Ebene. Allerdings erscheint es uns dringlich, die sich abzeichnende Etablierung und Professionalisierung von Frauen über feministische Politik und Wissenschaft kritisch zu reflektieren. Zwar ist der Marsch durch die Institutionen nicht zum Programm erklärt worden, doch leben bei vielen der Frauen, die ihn nun einmal begonnen haben, alte Hoffnungen neu auf. Der Preis der Anpassung, der für die Eingriffe in die etablierten und von Männern beherrschten Politik- und Wissenschaftsbetriebe bezahlt werden muß, läßt die Intention des Einmischens oft schnell zum Mitmischen verkommen. Einen Schutz gegen die Vereinnahmung feministischen Denkens, feministischer Begriffe, feministischen Engagements gibt es offensichtlich nur durch Basisanbindung, durch Verankerung in Frauenzusammenhängen.

Mitten in den Vorbereitungen zu diesem Heft traf uns die Katastrophe von Tschernobyl, Testfall für die Herrschenden, wie anpassungsfähig wir an die nuklear und patriarchalisch verstrahlten Bedingungen sind, Testfall aber auch für die real existierende Frauen- und feministische Politik. Bei Rita Süssmuths Frauenpolitik zeigte sich sehr schnell das Ende ihrer Ausbaustrecke.
Tschernobyl hat nicht nur eine neue Qualität existentieller Betroffenheit von Frauen durch die techno-patriar-kratische Machbarkeit geschaffen, sondern uns auch eine neue Dimension von Ratlosigkeit und Ohnmacht erleben lassen. Wir haben funktioniert: Statt den massenhaften Widerstand zu proben, haben Frauen alle ihre Energien aufgeboten, um den Alltag für ihre Kinder und Männer zu entseuchen. Und statt die gemeinsame Erfahrung lebensbedrohender Verstrahlung zur Grundlage solidarisch-feministischer Systemopposition zu machen, sind neue Spaltungen in der Frauenbewegung aufgebrochen.

Je härter die Lebensbedingungen für uns werden (Erwerbslosigkeit, zunehmende Gewalttätigkeiten, technisierte Überwachung, Umweltzerstörung etc.), desto offener brechen die Kontroversen unter uns auf. Das Erkennen unterschiedlicher Positionen und ihrer Ursachen und Interessengebundenheit sollten wir nicht bedauern, weil sie verdeckt immer da waren, sondern für fundiertere und genauere Analysen positiv nutzen. Es reicht eben nicht – wie es auf dem Anti-Gentechnik-Kongreß in Berlin (September 1986) oder dem Kongreß der Grünen zu „Frauen und Ökologie" in Köln (Oktober 1986) geschah, daß die kontroversen Positionen mit Etiketten versehen werden und mit großen Worten hin- und hergereicht werden, sondern wir müssen die Konsequenzen unserer Forderungen – auch für uns persönlich – und ihre gesellschaftsverändernde Wirkung genauer ermitteln: Wieso sollten uns Frauen die Herrschenden (Gesetzgeber hier) gleiche Rechte zugestehen, wenn das kapitalistisch-patriarchalische System gerade von und durch die Ungleichheit existiert? Müssen wir uns zuerst weitere bürgerliche Rechte erkämpfen, ehe wir die derzeitigen Verhältnisse ändern können, oder welche konkreten Schritte sehen wir aus unserer heutigen Position heraus – eher unterdrückt und relativ einflußlos in den Herrschaft ausübenden Institutionen – unser Konzept einer

anderen Gesellschaft, gestützt auf breiten Konsens, vorbei an diesen Institutionen durchsetzen zu können? Eine andere Seite fordert Konsumverzicht. Hier ist z.B. nicht geklärt, wie wir Einfluß nehmen können auf die angestrebte Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums hier und in der Dritten Welt. Wer ist eigentlich unser jeweiliger politischer Gegner und an wen richten wir unsere politischen Forderungen?
Einen sogenannten „Königsweg" zur Abschaffung der kapitalistisch-patriarchalischen Verhältnisse gibt es sicher nicht. Für Frauen stellen sich die politischen Handlungsmöglichkeiten entsprechend ihren Lebens- und Arbeitsbedingungen unterschiedlich, aber bei aller Unterschiedlichkeit der jeweils gewählten Wege, Forderungen und Aktivitäten müssen sie ihre Wirkung für unser gemeinsames Ziel ausweisen: Abbau bzw. Aufhebung der Ausbeutung von Arbeitskraft und Natur überall in der Welt, Beseitigung der patriarchalen Strukturen, der Gewaltverhältnisse und der uns unterdrückenden geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung.

In Heft 19 der „beiträge" möchten wir die erneut aufkommende Diskussion um feministische Politik fortsetzen. Wir suchen zu den oben aufgeworfenen Fragen, zu den Spaltungstendenzen unter Frauen in Mütter und Nicht-Mütter, in Erste-Welt-Frauen und Dritte-Welt-Frauen, in Erwerbslose und Erwerbstätige, in Behinderte und Nicht-Behinderte etc., zu unseren Erfahrungen mit Konkurrenz und Solidarität unter Frauen genauere Analysen, die auch die persönlichen Interessen und die allgemeinen wirtschaftlichen, ideologischen und politischen Entwicklungen der jüngsten Zeit und diejenigen, die wir erwarten, miteinbeziehen. Wir finden es wichtig, daß einer unserer zentralen Begriffe, der feministische Arbeitsbegriff, und die Veränderung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung als politisches Ziel bei diesen Überlegungen in den Mittelpunkt gerückt werden, denn die Bestimmung dessen, was „gesellschaftlich notwendige Arbeit" umfaßt, wie sie qualitativ zu gestalten ist, wie sie verteilt und bewertet wird und wie sich über Arbeit Macht verteilt, ist ein entscheidender politischer Fokus.
Die Zerstörungen durch Tschernobyl sollten uns nicht in Angst erstarren lassen, sondern unsere Wut sollten wir in mutiges und kompromißloses Quer-Denken und -Handeln wenden, von unseren konkreten Utopien her zum politischen Handeln. Wann denn, wenn nicht jetzt!

Redaktionsschluß für Heft 19: 12. Dezember 1986

„Die auf Widerruf gestundete Zeit wird sichtbar . . .“ (Ingeborg Bachmann)

Wir trauern um unsere Autorin

Vera Werner

Vera Werner ist in der Nacht vom 12. zum 13. Mai im Alter von 41 Jahren gestorben.

GAL-Landeskandidatinnen erobern die Börgerschaft 6/86 (Foto: Marily Stroux)

Christina Thürmer-Rohr

Feminisierung der Gesellschaft – Weiblichkeit als Putz- und Entseuchungsmittel

Das Elend dieser Gegenwart besteht in einer konturarmen und kontrastlosen *Verseuchung,* einer sinnlich nur noch zu Teilen erfahrbaren, einer scheinbar struktur- und feindlosen, denn sie erfaßt alle. Sie ist nicht verortet in einer militärischen oder politischen Institution; sie ist weit hinausgewachsen über das, was die Geschichte Krieg oder Waffen genannt hat: Verseuchung mit den materiell gewordenen Folgen eines „diabolischen Imperativs" (Chargaff 1985, S. 214), nach dem alles, was gemacht werden kann, auch gemacht werden muß und das Mögliche mit dem Erlaubten gleichgesetzt wird. Verseuchung mit einem Denken, dem Kategorien wie Abschreckung, Drohung, Einschüchterung, Überlegenheit, Kräfteverhältnis, Rechtfertigung (Frei 1985) mit allen impliziten Tötungs- und Abtötungsideen selbsterständlich und normal sind. Verseuchung mit Entscheidungen, die eine schnelle oder langsame Hinrichtung der Menschen und den erneuten Opferstatus ihrer Körper und Psychen wahrscheinlich machen. Verseuchung mit Erfindungen, die die Fortführung des Erfundenen sichern. Verseuchung mit einem Wissen, das, weil es unlöschbar ist, die Potenz zur Wiederherstellung des Erfundenen birgt.
Der Biochemiker Erwin Chargaff schlägt vor, daß alle Forscher der Welt sich schriftlich verpflichten müßten, ab sofort *nichts* mehr zu entdecken. Im totalen Forschungsstopp, in der unbegrenzten Hungerkur sieht er die einzige gewaltsame Bremse vor der restlosen Zukunftszerstörung. Und die beabsichtigte Absurdität dieses Vorschlags zeigt, wie wenig dieser mittlerweile über achtzigjährige Naturforscher von der Moral seiner Kollegen hält und von den guten Absichten der Institutionen, die sie bezahlen und brauchen.

Auf eine Veredelung der Lobpreiser des Fortschritts scheint Chargaff jedenfalls nicht zu setzen. Die Entseuchung von den Produkten der Anmaßung, der Ignoranz und des Größenwahns zieht er nicht mehr in Betracht in einer Zeit, in der das Leben bedrohlicher erscheint als der Tod und in der alles Nachdenken über Auswegmöglichkeiten einen rührend-sinnlosen Charakter anzunehmen beginnt (Chargaff 1982, S. 237).
In seinen scharfsinnigen und bissigen Gedanken zur Lage taucht die Kategorie des „Femininen" als Hoffnungsträger allerdings nicht auf. In dieser Hinsicht ist Chargaff altmodisch. Lediglich die Rettung durch ein Wunder will er nicht ausschließen.
Wer heute modisch ist, kann das Wunder benennen: Es liegt im Femininen, im weiblichen Prinzip, im weiblichen Stil oder in der femininen Frau.

In vielen Ländern Europas sei eine „Verweiblichung der politischen Kultur" zu bemerken (Mechtersheimer 1981, S. 19). Sie begründet die Hoffnung auf eine humanere Politik. Ohne Feminisierung der Gesellschaft habe „die gesamte Menschheit mit buchstäblich überhaupt keiner Zukunft mehr zu rechnen" (Garaudy 1985, S. 136). Und aus der Analyse der Außerirdischen, die nach dem Atomtod dieses Globuses ihre interessanten Hypothesen über die Ursachen der Erdenkatastrophe darlegen, erfahren wir: Allein die *weiblichen* Erdenbewohner hätten eine politische Kehrtwendung vor der kollektiven Selbstliquidierung bewerkstelligen können, eine Korrektur des verhängnisvollen Weges; die Uninfizierten waren jedoch leider zu schwach (Richter 1981, S. 26, S. 104).
Eine gewisse Neigung zur Verherrlichung und Mystifizierung des Weiblichen sei-

tens der Männer ist zwar nicht neu. Neu aber ist die Qualifizierung bestimmter weiblich genannter Eigenschaften als geschichtsverändernde Größen und als attraktive Möglichkeiten für den männlichen Erwerb.

I

In der ersten Kriegsphase dieses Jahrhunderts, während und nach dem ersten Weltkrieg, wurden Frauen als historisch friedliches Geschlecht von einzelnen Männern zum Widerstand gegen den Krieg aufgerufen. Der proletarische Schriftsteller Ernst Friedrich z.B. appellierte verzweifelt an sie, sie sollten verhindern, daß ihre Männer begeistert oder gehorsam der Einberufung folgen. Frauen sollten die Schienen aufreißen, sich vor die Lokomotive werfen (Friedrich 1914, zit. nach Pasierbsky 1983, S. 141 f). Etwa später appellierte Romain Rolland geradezu drohend an die Frauen, den zweiten Weltkrieg zu verhindern, andernfalls werden sie des Mordes mitschuldig: „...Wenn die Frauen nicht mit ihrer letzten Energie gegen diese Vernichtungswelle kämpfen, dann möge das Blut ihrer Söhne über ihr Haupt kommen" (1921, in: Brändle-Zeile 1983, S. 23).
Heute gelten die männlichen Appelle weniger den Frauen selbst, als den *femininen Eigenschaften,* einer historischen Projektion, an der Männer gern selbst wieder teil hätten. Jetzt geht es nicht darum, Frauen zu veranlassen, sich auf Schienen zu werfen, um Männer von einem zerstörerischen Tun wegzuzwingen, sondern darum, daß Frauen als das im Patriarchat nicht kriegerische Geschlecht eine neue Wertfärbung der Zukunftshoffer bewerkstelligen. Dabei sollen Frauen nicht unbedingt *selbst* ihre nicht-kriegsversehrte Person einbringen, vor allem sollen sie nicht allein, nicht ohne Männer handeln. Sie sollen vielmehr von ihren heilen Qualitäten, von ihrer Unempfänglichkeit gegenüber Wahneinimpfungen, den Männern *abgeben,* so unauffällig wie möglich.
Kaum ein kritischer Autor, der nicht wenigstens in Einleitungen, Nebensätzen oder Fußnoten die Rettung der abendländischen Kultur und des abendländischen Mannes im Femininen, im Gegenstück zum Männlichen erblickt, die Rettung von seinem zerstückelten ausweglosen Tun. Auch wenn die Hoffnung auf das Weibliche nicht neu ist: Wohl kaum zuvor wurde wie gegenwärtig dem Weiblichen in einem so politisch klingenden Sinne die Kraft der Zukunft, zur Umorientierung und zum Auffangen der weltweiten Misere und existentiellen Verelendung zugesprochen.

Die der Weiblichkeit zugedachten Eigenschaften, die Wunschbilder von der Frau, sind über einen Zeitraum von 150 Jahren von erstaunlicher Konstanz, und diese entbehrt nicht der Komik, sofern man überhaupt noch in der Lage ist, irgend etwas komisch zu finden. Die „Außerordentlichkeit" des Weiblichen, das jenseits der männlichen Ordnung von Fortschritt, Raubbau und Expansion in einem entwicklungslogisch ordnunglosen Raum siedelt, wird immer noch gepriesen in seinem „kreativ-befreienden" Eigenschaften (Marcuse 1978, in: Habermas 1978, S. 75): Emotionalität, Sinnlichkeit, Hingabe, Phantasie, Sensibilität, Rezeptivität, Mitgefühl, Harmonie, Geduld, Sanftmut, Verstehen und vor allem Liebesfähigkeit, Opferbereitschaft und Selbstlosigkeit.
Die ideologische Verherrlichung des Weiblichen begann besonders üppig zu blühen mit den Geschlechtertypisierungen der bürgerlichen Gesellschaft, die die Lebensbereiche der Geschlechter spaltete. Der Mann sah sich mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise zwar auf der Seite des Fortschritts; der Aktion, der Öffentlichkeit, der Ausbreitung, der Wichtigkeit, des Effekts, der Definitionsmacht: der verwertbaren Herstellung von Realität. Gleichzeitig aber sah er sich abgetrennt von den Tätigkeiten der Frauen, die zwar unspektakulär blieben,
10 aber den Lebensvorgängen unmittelbar verbunden erschienen. Die weibliche Pra-

xis im Haus, die sich in keinem Warenwert realisierte, die keiner Fortschrittslogik sichtbar folgte, und so ebenso unverschmutzt wie unerhöht blieb von Ruhm und öffentlichen Taten, sie war auch zum Verlust des Mannes geworden, aus seinem Wirkungs- und Strebenshorizont verschwunden.
Weibliche Tätigkeit wurde interpretiert als der Niederschlag eines Wesens, das im Einklang mit der Natur in ständigen harmonischen Wiederholungsabläufen außerhalb jeder Geschichtsträchtigkeit agiert. In der zum „Wesen" herunter- und heraufgespielten Arbeit wurde ein geschichts- und gesellschaftsloses Tun gesehen. Dieses blieb im wörtlichen Sinne „nichtssagend" und unentbehrlich zugleich, und in seinen Impulsen, seinem Motor dem Mann vollkommen geheimnisvoll (s. Wartmann 1980, 1982). Die Tätigkeiten im Haus erschienen dem Mann als ganzheitliche und in sich geschlossene; sie umfaßten scheinbar die ganze Person der Frau, sie verwoben Körperliches und Geistiges, Gefühlsmäßiges und Vernünftiges, Spontanes und Planendes, Kommunikatives und Handwerkliches, jenseits der großen Entwicklungslogik der gesellschaftlichen Arbeit des Mannes, außerhalb des allein verständlichen Fortschrittsprinzips und -motivs. Was die Frau tat, ließ Männer fortschreiten, ohne daß sie selbst fortschritt.

II

Die heute wieder aufflackernde Hochschätzung von „Weiblichkeit" speist sich wohl aus der alten Erwartung, daß die historisch weibliche Lebensform und Praxis doch etwas berge, was die partiarchale Strukturgewalt aus den Handlungen und Denknormalitäten der zivilisierten Männergesellschaften ausgeblendet hat: Ein unbeschadetes Kleinod könnte da zu entdecken sein, dessen Kraft noch nicht genügend genutzt und erkundet ist; da könnte etwas verlorengehen, was der Mann noch nicht ausgeschöpft, noch nicht durchdrungen hat, ein Schatz, den er in sich nicht vorfindet.
Das neue Zauberwort „Feminisierung der Gesellschaft" birgt in sich eine Ansammlung von Irreführungen und Verführungen.
Es birgt den Bilderbrei männlicher Wunschvorstellungen, die alle mehr über die Intentionen von Männern aussagen als über das Vermögen von Frauen.
Es wirkt *besänftigend,* indem es mit scheinwissenschaftlicher Argumentation nachweisen will, die Geschlechterversöhnung sei bereits erreicht, der Protest der Frauen sei nichts als ein Relikt aus vergangenen Zeiten und beruhe auf reiner Einbildung.
Es wirkt *verunsichernd,* indem es Frauen nahelegen will, von Zielen wie Autonomie und Unabhängigkeit abzurücken; diese werden zum „Isolationsismus" und zum persönlichen Luxus verdreht und damit zum politisch-moralischen Vorwurf gemacht.
Es wirkt *anbiedernd,* indem Frauen mit devoter Geste gestanden wird, wie einflußreich und inspirierend sie und die Frauenbewegung sich für das gegenwärtige große Umdenken erwiesen haben.
Es wirkt *wertsteigernd,* indem Frauen die Kompetenz und Verantwortung zur Weltverbesserung zugesprochen bekommen.
Es wirkt *fesselnd,* indem Frauen zwar ihre Güter verbreiten und verteilen dürfen, selbst aber bleiben sollen, wie sie sind.
Es wirkt *entlastend,* indem Männer den eigenen Bestand an Männlichkeit weitertragen können, und sich zusätzlich mit einigen femininen Partikeln bekleiden sollen.
Es wirkt *verdummend,* indem das Gut, um das es hier geht, das Feminine, in seinem Rettungswert für alle geklärt zu sein scheint, indem eine vernebelte Meinung als Analyse, als Erkenntnis verkleidet auftaucht, versehen mit den versöhnlich-

sten Handlungsperspektiven: Die Frau besitzt einen Schatz, sie sollte ihn teilen und der Mann sollte ihn annehmen.

Ein aktuelles Beispiel, – stellvertretend für viele andere – ist Roger Garaudy, französischer Philosoph, ehemaliges Mitglied des Zentralkomitees der KPF und 1981 Kandidat der französischen Alternativen. Nachdem die Arbeiterklasse nicht hielt, was ihr versprochen ward, sieht Garaudy nun in der femininen Frau das revolutionäre Subjekt, das zur Rettung der in unüberwindliche Miseren geratenen Menschheit fähig sei. Hoffnung und Prophezeiung sind allerdings an Bedingungen geknüpft: Garaudy gibt der Frauenbewegung den dringenden Rat auf den Weg, sie möge doch von der Forderung nach Gleichberechtigung zu der Forderung auf Recht auf ihr *Anderssein* übergehen (1985, S. 71). Nur so können die Schätze der Frauen in Gebrauch kommen und könne die gefährlich gewordene Verkümmerung und Verarmung des Mannes, Folge seiner rationalistischen Ablösung von der „Fülle des Seins", gewendet werden. Dabei vergißt Garaudy nie zu betonen, daß diese Schätze endlich zum Geschenk, an den Mann, an die Menschheit, werden müssen, damit die Zukunft kein Fluch werde.
Das erwünschte und notwendige Anderssein der Frau macht sie zur Spezialistin derjenigen Seite der Gefühlsskala, die gereinigt ist von allen ablehnenden, widerständigen und verneinenden Impulsen: Der Seite des Gefühlsspektrums, auf der die reine Liebe gelagert ist. Auch bei Garaudy gerät diese Liebe zum Kitsch. Sie entspricht Sehnsüchten, die verraten, was Männer von Frauen gern hätten und *was sie selbst nicht erbringen wollen.* Die Frau, die „im Rhythmus der Welt atmen" und eine „vitale Beziehung zum Boden, zur lebendigen fleischlichen Erde" herstellen könne, soll wieder die große Liebende und Ja-Sagerin werden, die sich „nur in Bezug zum anderen" definiere, die sich erfülle in der vorbehaltlosen Teilnahme am Leben und Leiden anderer und „im Verzicht, über sich selbst zu verfügen" (S. 129). So seien auch Frauen die einzigen, die einem Vorbild der abendländischen Kultur entsprechen können, das Männer nicht annahmen und nicht erfüllen konnten und das deswegen in zwei Jahrttausenden nicht in der Lage war, die partiarchale Tradition zu brechen: *Jesus* mit seinen femininen Eigenschaften. Garaudy hat sich sein Leben lange gewundert, daß Jesus keine Frau war (S. 121). Wäre er eine Frau gewesen, dann würde verständlicher, warum sich Männer für dessen Nachahmung nicht zuständig fühlten. Die nachträgliche Geschlechtsumwandlung des Gottesmannes macht es nun leicht, Frauen großmütig ein Vorbild zu überlassen, das die großen Ideale der Menschenliebe, der Mitmenschlichkeit und Selbstlosigkeit auf sich vereinigte; Ideale, die Männer zu realisieren nicht behagte, auf deren rettende und heilende Wirkung sie dennoch nicht verzichten möchten und die in der Welt bleiben sollen, gelebt und verkörpert durch Frauen.
Mit dieser Abtretung des Ideals Jesus an Frauen entlasten Männer sich von allem, was sie in ihrer verheerenden Geschichte angerichtet und *nicht* zuwege gebracht haben. Sie rufen nach der „Befreiung der Frau" und nach ihrer eigenen Befreiung durch die Frau, indem sie Frauen die edelsten Eigenschaften andichten, mit denen Frauen die Verkümmerungen des abendländischen Mannes ausgleichen und füllen sollen. Männer beklagen ihr eigenes gesellschaftliches und persönliches Defizit, das sie erst in dem Moment zu erfahren scheinen, wo Frauen sich als nicht ganz deckungsgleich mit den an sie delegierten Liebesideen erweisen, wo ihr Beitrag vielmehr auch in der Negation des Bestehenden liegen könnte; wo der Besitz der Frau gefährdet und ihre Verfügbarkeit nicht gesichert ist; wo es dem Mann in seinem Männlichkeitsgehäuse nicht wohl ergeht; wo ihn die Spiegelungen des männlichen Tuns nicht ausreichend befriedigen, sie ihn gar erschrecken mögen. Dann wird das Weibliche zur Hoffnungsvorlage.
Eine andere Version der Feminisierung des Bewußtseins ist die Anbiederung. Eine solche unternimmt Wilfried Gottschalch in einem so dümmlich-impertinenten Versuch der Frauenversöhnung und des Ausgleichs des Geschlechtermißver-

hältnisses, daß seine Schrift (1984) ungekauft und ungelesen bleiben sollte, wäre sie nicht exemplarisch geeignet, modische Servilitäten gegenüber Frauenbewegtem und die schmierigen Zugriffe auf eine Weiblichkeit, wie sie vielen Männer genehm ist, vorzuführen. Gottschalchs Beitrag zur Geschlechterversöhnung operiert mit den psychoanalytischen Kategorien Neid und Haß. Psychoanalytische Auffassungen zum Geschlechterneid und ihr Beitrag zur Haßtheorie erfahren hier eine neue Argumentationsrichtung, insofern sie deutlich an die Adresse von Frauen gerichtet sind. Der ideologische Gehalt ist unverkennbar. Die Argumentation verfolgt explizit das Ziel, eine Geschlechtergleichheit herbeizupsychologisieren und der Frau zu signalisieren, ihr Protest gegen die Männergesellschaft und deren Träger sei nichts als reiner Anachronismus.
Die Pazifierung soll erfolgen über eine politische Wendung der neoanalytischen Theorie der „Geschlechtersymmetrie". Diese kritisierte bereits in den dreißiger und vierziger Jahren (Karen Horney, Ernest Jones) die phallozentrische Sichtweise von Freud und führte die „Allmacht" der Mutter für Kinder beiderlei Geschlechts sowie den Neid der Jungen auf Attribute und Vermögen der Frau ins Feld gegen die Einseitigkeit des angeblichen geschlechtsübergreifenden Interesses am Besitz männlicher Genitalien. Dieser Ansatz ist, sobald die Argumentation von der anatomischen auf eine gesellschaftliche Ebene transportiert und damit die reale A-Symmetrie wegtheoretisiert wird, noch wesentlich verschleiernder als die immerhin klare androzentrische Sicht Freuds. Die letztere spiegelt – unfreiwillig eindeutig – den tatsächlichen Machtunterschied zwischen den Geschlechtern; Freuds Ignoranz spiegelt immerhin die tatsächliche A-Symmetrie der Plätze, die die Geschlechter einnehmen und in ihrer Selbsteinschätzung zum Ausdruck bringen. In dieser realen A-Symmetrie der Bewertung und libidinösen Besetzung der unterschiedlichen anatomischen Besitztümer kann der Penis „tatsächlich" als ein Symbol für den Platz verstanden werden, an dem jeder/jede, Jungen und Mädchen, Männer und Frauen, gern wären, nämlich in der Machtposition des Mannes in der Männergesellschaft (Mitchell 1976).
Der spätere Versuch, die psychodynamischen Startbedingungen der Geschlechter zu egalisieren und ins Spiegelbildliche zu verkehren, führt zu der Konsequenz, dem Geschlechterhaß beider Geschlechter die gleichen psychodynamischen Wurzeln zu verleihen. Mehr noch: Frauen haben viel weniger Grund zum Männerhaß, als Männer Grund zum Frauenhaß haben. Denn die Erfahrung der Allmacht der Mutter und der existentiellen Unwichtigkeit des Vaters für das Kleinkind führe beim Jungen zu der bitteren Erkenntnis, niemals werden zu können wie sie. Dieser Neid-Haß bleibe dem Mädchen erspart, denn es kann die Macht der Mutter in ihrem eigenen Leben geradlinig selbst verkörpern, es muß nur ein wenig warten. Der männliche Frauenhaß beruht demnach letztlich auf der ganz besonderen Hochschätzung der Frau; der Haß des Mannes liefert den Beweis dafür, wie bewunderns- und begehrenswert die Frau für den Mann ist und wie schmerzhaft seine narzistische Kränkung, von ihren Fähigkeiten ausgeschlossen zu sein.

Gottschalchs Neuauflage der neoanalytischen Geschlechtersymmetrie besteht in dem an Frauen gerichteten Angebot, Neid und Haß endlich auf die Geschlechter wenigstens so gerecht zu verteilen, daß beide die gleiche Menge dieser häßlichen Bürde zu tragen haben: Wir haben doch beide, Frauen und Männer, die gleichen Probleme damit, daß unsere Körper die Merkmale nur eines Geschlechts aufweisen. Die Frau leidet unter Penisneid, der Mann unter Gebärneid. Der Penis symbolisiert die Macht des Mannes, die Gebärfähigkeit die Macht der Frau. Aber nur, wenn die Unabhängigkeit der Geschlechter voneinander gesucht werden will, wie es momentan Frauen meinen tun zu müssen, entwickelt sich Neid auf das, was sie nicht haben. Und weil Neid zu Haß führe, ist der Männerhaß der Frauen die unnötige Folge. Also sollte erkannt und anerkannt werden, daß Männer auf Frauen und Frauen auf Männer angewiesen sind; wer das versteht, für den ist je-

der Haß auf das andere Geschlecht entbehrlich, wird jeder Haß durchschaubar als irrationaler Wunsch nach Besitz dessen, was man allein nicht, gemeinsam aber doch haben kann (s. S. 45).
Die Selbstverständlichkeit einer solchen falschen Gefühlslogik, das Festhalten an einem absurd gewordenen Automatismus der Neid- und Haßentstehung zeigt nichts als das vitale Interesse von Männern, die sich inhaltlich und historisch verändernde Bewertung des angeblichen Neidgegenstandes zu ignorieren. Es zeigt weiterhin die ungebrochene Selbstüberschätzung des Mannes, der offenbar immer noch nichts anderes denken kann, als daß ihm das, was er besitze, sein körperliches, materielles und geistiges Gut, von Frauen geneidet werde. Es zeigt die ungebrochene Okkupationslogik, daß „natürlich„ das, was andere besitzen, man auch selber besitzen und besetzen will. Solche von Männern aufrechterhaltenen Unterstellungen sind frappierend. Denn angesichts des großen von Männern errichteten Misthaufens bedürfte es einer heftigen Gefühlsakrobatik, würden Frauen die Intention entwickeln, jenen auch besitzen zu wollen und ihn den Männern zu neiden. Diese Scheinlogik, Nicht-Besitz führe zu Neid, Neid führe zu Haß, als gleich geltend für Männer und Frauen neu etabliert, wird nun als Geschenk an die Frauen verteilt. Sie dürfen stolz darauf sein, daß sich ihr Wert so erhöht hat, daß nun auch in ihnen Beneidenswertes erblickt werden kann. Solche integrierenden Anstrengungen, ein solches Egalisierungsangebot dient der Ablenkung von den wirklichen Gründen, die den wirklichen Haß von Frauen hervorrufen sollten und der wohl am wenigsten mit dem Neid auf männliche Besitztümer zu erklären ist. Falls für den Mann die Neid-Haß-Logik gelte sollte, dann sollte er seine Kraft auf deren Aufdeckung und Beerdigung verwenden. Stattdessen manipuliert er mit Schlußfolgerungen herum, mit denen er Frauen auf die gleichen Mechanismen verpflichten möchte. Es handele sich sozusagen um allgemein menschliche liebenswürdige Unzulänglichkeiten, deren Erkennen die Frauen den Männern näherbringen und aus dem Anachronismus der Geschlechterfeindlichkeit befreien sollte. Die Interessen, aus denen solche Parallelisierungsanstrengungen geboren sind, sind nur allzu offensichtlich: Eine real nicht existierende Strukturgleichheit der Psychen wird herbeigesprochen, um beide Geschlechter gleichermaßen zu sedieren. Angesichts der weiter bestehenden Machtverhältnisse und historischen Erfahrung sind solche Bemühungen politisch und wissenschaftlich ebenso töricht wie gefährlich.

Eine nicht weniger unangenehme Version der „Feminisierung" findet sich in dem jüngsten Bestseller des Musikjournalisten, jetzt „Welt-Wissenschaftlers" Joachim-Ernst Berendt (1985), eine Version, die besonders sein großes Frauenpublikum zu begeistern scheint. Ein zentrales Kapitel des oevres heißt: „Das Hören ist weiblich". Der Autor legt beflissen und mit anhaltendem Pathos dar, daß alle Sprachen der Welt auf eine Ur-Sprache zurückgehen, auf 6 Ur-Worte, von denen 4 weiblich sind. Die Ur-Silbe aller Sprachen, die „kraftvollste und kreativste", gleichzeitig die Ur-Musik, ist weiblich (S. 359). Der Schöpfergott ist weiblich, was gehört wird und hörbar ist, durch unser Ohr aufgenommen wird, in uns hineinkriecht und hineingleitet, ist weiblich, aller Anfang ist im weiblichen Uterus, weiblich heißt: Höhle, Loch, Mund und Vertiefung ist Ursprung aller Dinge, aller Sprache, aller Musik (S. 327 ff).
Feminisierung bedeutet hier, die Frau wieder auf das Ur-Loch zu reduzieren, sie als Ur-Loch zu definieren, sich ehrerbietig auf sie als Ur-Loch zu beziehen, anstatt sich mit ihren neuzeitlichen Emanzipationsgelüsten herumschlagen zu müssen: Die Frau als Ur-Loch scheint heute eine selten gewordene begehrenswerte männliche Partie zu sein, denn dieses Ur-Loch ist nicht mehr das, was es war: Nicht mehr matriarchalisch-mächtig, nicht mehr magisch-geheimnisvoll. Vielmehr ein Körperteil mit bestimmten bekannten physiologischen Funktionen. Und die Frau auf diese wieder zu verpflichten und sie gleichzeitig als Ur,- Ur,- Ursprung aller

Dinge hochzujubeln, das löst keine einziges der Probleme und Skandale, die Frauen gegenwärtig zu ertragen haben. Das würde aber viele Probleme der Männer lösen. Denn erstens könnten sie so die Frau wieder erhöhen und von sich fern halten, die Frau als die Große Andere verehren und gleichzeitig von ihr unbehelligt bleiben. Zweitens wäre die Bedrohung durch Ansprüche anmeldende und einklagende Frauen gemildert oder gar gebannt. Denn ein Ur-Loch will nichts anderes als genutzt werden, als empfangendes und gebärendes.

III

Um sich im Knäuel der schönen Vorurteile zurechtzufinden, geht es im folgenden nicht mehr um das Feminine als Wunschproduktion des Mannes, das gemessen an der Wirklichkeit ein Phantom ist, sondern um die von Frauen *selbst* realisierten Anteile dieses Femininen.
Diese finden sich zum einen in den Versuchen von Frauen, den Weiblichkeitswünschen des Mannes zu entsprechen. Die typisch femininen Eigenschaften der Frau entstehen in ihrem Bemühen um Bildnachahmung, in dem Versuch, das Verhalten dem Phantom anzugleichen und ein Echo der männlichen Phantasie zu sein. Hier geht es um den Schein, den die Frau selbst in die Welt setzt, den sie selbst ausführt, selbst lebt. Diese bis zur Unkenntlichkeit vollziehbare Adaption und Verkleidung ist das historische Als-Ob der Frau, der oft lebenslängliche und lebensfüllende Versuch, so zu tun, als ob sie sei, wie die Bildvorlage (Thürmer-Rohr 1986). Diese „normale" Form der Weiblichkeit ist entstanden an dem historischen Lebensort der Frau, dem ungleichen Beziehungssystem der Geschlechter, an dem die Frau ihr Dasein zum Dasein für andere zu machen versucht, einem Dasein nach Vorgaben, die männergerecht sind. Die Verhaltensresultate scheinen ziemlich veränderungsresistent zu sein und mit vielfältigen Verlagerungen zu überdauern, auch wenn der individuelle physische Mann gar nicht anwesend ist. Das So-tun-als-ob zeigt sich nicht nur in der habituellen Schauspielerei gegenüber dem Mann. Es zeigt sich in dem unablässigen Bemühen, der Perspektive der anderen gerecht zu werden. Im So-tun-als-ob bin ich so, wie ich meine, daß andere mich haben wollen. Wenn ich so bin, kann ich bleiben; werde ich angenommen und aufgenommen. Eine Frau, die die wesentlichen Als-obs der Weiblichkeit beherrscht, sich ihrem „Gefälligkeitssiechtum" (Heinrich 1985, S. 14) hingibt und sich damit im „Wertsystem des Netten" bewegt (Brownmiller 1984), hat die Eintrittskarte in die gesellschaftliche Normalität erworben. Sie beherrscht das Repertoire der Dazugehörenden und Zugelassenen: die grundsätzliche Schutzhaltung gegenüber einer Gesellschaft, die der Frau – bei allen erlaubten, erwünschten und geliebten Spielarten und Spielräumen, – eines nicht gestattet: Das Nicht-Mitspielen, das *Nein* gegenüber dem Vorgefundenen.
Das So-tun-als-ob der Frau besteht im neinlosen Dabeisein, besser: im Schein des neinlosen Dabeiseins, ist eine Mentalität von Sklaven, die Zutritt zu einer Welt erhalten haben, in der sie sich unauffällig und störungsfrei nützlich machen sollen und zuallererst eine Abmachung einzuhalten haben: Nämlich nicht zu verraten, nicht laut zu sagen, was sie beobachten und was sie „in Wirklichkeit" denken und wollen.

Darüber hinaus aber ist alles Verhalten von Frauen, sind alle „Eigenschaften", – ob sie nun zum Strauß des von Männern inszenierten Weiblichkeitsbildes gehören oder nicht, – enstanden auf dem Boden der existentiellen Kränkung aller Frauen. Frauen sind *nicht* heil geblieben. Sie tragen die Male ihrer jahrtausendealten Aus- und Eingrenzung, und die Male der spezifischen Aus- und Eingrenzung seit Beginn der bürgerlichen Gesellschaft. Keine Eigenschaft kann von den Bedingungen

abgetrennt werden, unter denen sie erworben wurde und unter denen sie eingesetzt, gelebt und gebraucht wird. Und diese Bedingungen sind immer wieder: Sklaverei und Abhängigkeit, Ohnmacht und Resignation, Einsperrung und Schmerz, Auflehnung und Ausgrenzung, Absonderung und Fremdheit, Komplizenschaft und Arrangierung. Kein Verhaltensanteil ist unabhängig von diesen Bedingungen überhaupt zu denken.
Die Isolierung dieser Eigenschaften aus ihrer Geschichte zu einem „Wert an sich", wie es heute ständig geschieht, zeigt, daß das „Weibliche" weiterhin – auch von „fortschrittlichen", linken, aufgeklärten Autoren – als geschichtslose Konstante angesehen wird. Die Naturprojektion, für die die Frauen schon vor 150 Jahren herhalten mußten, besteht fort. Allerdings bekommt sie heute nochmal einen neuen Glanz. Denn die Parallelisierung von Frau und Natur ist heute scheinbar frei von jeder Diskriminierung, in dem Moment nämlich, wo die Natur Rachesignale gegen ihre Ausbeutung abgibt, wo die große Technologie sich als Riesenflopp erweist und zur Brüstung und Aufrichtung des männlichen Stolzes nicht mehr recht tauglich ist. Wo die Natur nicht mehr als uferlos auszubeutende Ressource angesehen werden kann, sondern, – erzwungen unter der Erschütterung über ihre Zerstörtheit, – als ein zu schützendes Gut, kann das Mißverständnis sich widerspruchslos ausbreiten, die Rede von der Naturnähe der Frau sei die höchste Aufwertung, die der Frau entgegengebracht werden könne oder die sie selbst an sich vornehmen kann.

Immer wieder taucht in Diskussionen zur Kritik und zum Wert des Eigenschaftsbündels „Weiblichkeit" die Frage auf: Welche Eigenschaften sollen wir denn behalten, welche sollen wir über Bord werfen? Und: Sind Verstehen, Sensibilität, Liebesfähigkeit etc. nicht bewahrenswerte, gute Eigenschaften? Diese Fragen sind falsch gestellt; so gestellt sind sie müßig. Die gewaltsame Subtraktion der Voraussetzungen, unter denen „weibliche" Eigenschaften entstanden sind und im jeweiligen konkreten Leben gelebt wurden und werden, verfälscht den Blick auf sie, läßt vergessen, daß sie eben nicht transportabel sind. Einfach nur schön sind alle diese Eigenschaften nur als Abstrakta. Das schöne Mitgefühl z.B., die Sensibilität, die Aufmerksamkeit, die Liebes- und Opferfähigkeit sind keine beziehungsunabhängigen Konstanten. An welchem sozialen Ort werden sie präsent? Wem dienen sie, wem nützen sie, wer mobilisiert sie? Wem gegenüber versagen sie, brechen sie? Wem gegenüber kehren sie sich in ihr Gegenteil?
Zunächst folgen all die weiblichen Qualitäten dem frauenmoralischen Postulat, andere nicht zu verletzen. „Andere", das sind diejenigen, für die die Frau in der bürgerlich-weiblichen Domäne verantwortlich ist, im Privatbereich, und das bedeutet vor allem: im Privatbereich des Mannes und der Kinder: zu Hause. Das an Frauen gerichtete Postulat des Nicht-Verletzens dient damit erstrangig dem Schutz des Mannes vor dem Zugriff, der Kritik, der Infragestellung, der Negation durch die Frau. Es dient weiterhin dem eigenen Schutz der Frau, insofern sie Grund hat zu befürchten, daß das übertreten oder Ignorieren dieses Gebots ihr Sympathieverlust, Ablehnung, Abschiebung oder lebensgefährliche Gewalt einbringen würde und ihr die materielle Existenz entziehen könnte. Das Postulat dient ausschließlich dem Zusammenhalt des sozialen Gewebes, besonders der Familie, denn das Nicht-Verletzen seitens der Frau, das Nicht-Eingreifen, das Nicht-Präsentieren der eigenen Sicht bis hin zum Verlust derselben sichert zumindest eine soziale Scheinharmonie. Das Ausrichten der psychischen Antennen nach dem, was Männern zumutbar zu sein scheint, verhindert Kommunikationsabbrüche, schiebt sie zumindest hinaus, verhindert das Sichtbarwerden des Trennenden. Das frauenmoralische Training als Nicht-Verletzende dient damit in erster Linie dem Schutz der Männergesellschaft vor der *real* werdenden Kritik, vor der Verneinung durch die Frau.
Wir sind geneigt, das Nicht-Verletzen als heilende Kraft, zumindest als Rest von

Menschlichkeit, als Respekt vor der Integrität des/der anderen anzusehen. Dem ist nicht zu widersprechen, solange wir diese Qualität zu einer abstrakten machen, d.h. sie aus dem konkreten Zusammenhang der Praxis des Verhaltens, aus dem sozialen Zusammenhang der Funktion des Verhaltens, herauszulösen. Tun wir das nicht, dann kommen wir nicht darum herum, zu fragen, *wen* die Frau durch ihre Verhaltensweisen schont und nicht schont, wen sie verletzt und nicht verletzt.
Die geschätzten Verhaltensweisen haben ihren Ursprung in einem Beziehungsgefüge, sind Bestandteile einer Beziehungsmoral, die in ihrem Kern immer in der Dienstleistung am Mann, am Geschlechtermißverhältnis besteht. Alles resultierende Verhalten entstammt der Verwiesenheit der Frau auf ihre beschränkten, ihre vordefinierten Orte in der Männergesellschaft. Alle sind sie geboren aus einem existentiellen Mangel, und aus der Intention, den personalen und sozialen Mangel zu beseitigen, zu kaschieren, ihn nicht immerzu wahrnehmen zu müssen oder ihn umzuwerten in sein vermeintliches Gegenteil. So sind also schöne Eigenschaften wie Mitgefühl, Verstehen, Zuwendung, Geduld nicht nur einfach schön. Sie sind immer auch ein Mittel, um in der abhängigen Position zu überleben, um sich die Akzeptanz und Zuneigung der Männer zu sichern, um ihre Wertschätzung zu gewinnen und zu halten, um die eigene existentielle Entwertung auszugleichen: alles in allem: um das Heimatrecht in der Männergesellschaft zu bekommen. Die Ich-Leerräume der Frau (s. Brauckmann 1984) erscheinen nicht durch den eigenen Zugriff zur Welt füllbar, sondern immer wieder – tatsächlich oder vermeintlich – nur füllbar durch die gesellschaftlichen Wertträger, die Männer, durch ihre Tat der Wertsetzung an der Frau. Die Verhaltensweisen sind entstanden im tragischen Spiel der Geschlechter. Und dessen Spielregel heißt auf allen Ebenen: Die Wertsetzung des subalternen Geschlechts geschieht durch den Mann. Er ist der Wertsetzer und Wertdefinierer. Das resultierende „weibliche" Verhalten signalisiert dem Mann, daß die Frau der Wertschätzung und Wertsetzung durch ihn bedarf, daß sie sich ansonsten als Nichts fühlt, als Mensch ohne Welt, als nicht vorhanden. Die Existenzsetzung durch den Mann, die „weibliche" Bereitschaft, erst durch ihn in die Welt zu geraten, erst durch ihn lebendig zu werden, hat Eigenschaften zur Folge, die Männer angenehm, wohltuend und erhaltenswert finden mögen. Aber mit einem geliehenen Blick können wir ihren „Wert" nicht einschätzen.

„Männlichkeit" und „Weiblichkeit" sind historische Geschlechtskrankheiten. Die Addition der einen Krankheit mit der anderen ergibt keine Genesung, sondern die Ausbreitung der Krankheit mit immer neuen überraschenden Symptomen. Die Krankheiten sind nicht erträglicher zu machen oder gar zu heilen durch gegenseitige Ergänzung. Denn nicht die Teilung, die Hälftung, die Nicht-Ganzheit macht das wesentliche dieser Krankheit aus, sondern die Unmoral des Ausbeutens und Sich-Ausbeutenlassens. Die Geschlechtscharaktere sind nichts als ihr Ergebnis.
Männer versuchen, sich aus dieser Geschichte herauszustehlen. Sie wollen den Einblick in ihre eigene Tätergeschichte, diese lange Arbeit, überspringen, indem sie sich mit dem – von ihnen selbst ausgegrenzten – „Andersartigen" zu ergänzen trachten, bzw. sich aus diesem Andersartigen diejenigen Partikel heraussuchen wollen, die ihnen günstig und angenehm erscheinen, um ihre gefährlichen Defekte zu übertünchen. So blähen sie sich auf zu einem Eineinhalb-Wesen: ein mal männlich plus ein halb mal weiblich, oder: ein mal männlich plus ein mal weiblich minus Sklaventum und minus Schmerz: eine neue Frankenstein-Variante. Die Verhaltenszutat „feminin" für Männer, diese fragwürdige Erweiterung ihres Verhaltensrepertoires, könnte allenfalls zum kurzfristigen Anschein einer schäfchenweichen Schmusegesellschaft mit hartem Kern führen (s. Der Spiegel 1986). In ihr würde nichts stimmen, der Mann würde allerdings auf den ersten Blick unkenntlicher, so als sei seine Geschichte Vergangenheit geworden.

IV

Was hat diese Kultur und was haben diese Menschen überhaupt getan, daß sie zu überleben verdienen? Diese Fragen kann sich heute jeder Mensch stellen. Und damit auch die Frage, inwieweit wir eigentlich ein Recht auf dieses Leben haben: Vielleicht leben wir, um es uns erst zu erwerben.
Christa Wolf sagte in einem Redebeitrag auf dem ersten Schriftstellertreffen zur „Friedensförderung" in Ostberlin 1981: „Sollten wir nicht angesichts der Lage, in der wir uns befinden, ...versuchen, zu denken, was eigentlich nicht geht? Ich bin nämlich der Meinung, daß uns nur noch helfen und retten kann, was eigentlich nicht geht..." (1982, S. 117). Dieser Satz ist ein ungeschützter, ein unwissenschaftlicher Satz. Und so hat er ihr auch den Vorwurf eingebracht (Holzkamp 1982, S. 140), er appelliere lediglich an gute Absichten, habe aber sozusagen nicht Hand und Fuß, da er von den Bedingungen abstrahiere, die Menschen so werden lassen wie sie sind, so gnadenlos, so unwürdig, so schwach. Welches sind aber heute „die Bedingungen", dieses Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse, die ja so etwas wie Eigenschaften der Menschen hervorbringen und unser Denken und Verhalten bestimmen?
Diese Männergesellschaft hat ein Stadium erreicht, das die schleichende oder auch plötzliche Liquidation der Menschen möglich und wirklich gemacht hat. Diese Tatsache kann jede und jeder immer deutlicher erkennen. Auch erkennen, daß die Menschen dieser abendländischen Kultur ihr und sich eine Todeswunde nach der anderen geschlagen haben, statt mit der Kultur Wunden zu heilen. Auch erkennen, daß es dabei Akteure gibt und Akteurinnen, die unterschiedliches tun und dennoch in einem subtilen Zusammenspiel, nach einer heimlichen Übereinkunft handeln. Diese Gesellschaft hat ein Stadium erreicht, das den Bankrott ihrer Träger täglich vor Augen führt, Bankrott zwar nicht ihrer materiellen Macht, aber ihres moralischen Gewichts, ihrer Glaubwürdigkeit. Dieser Bankrott ist nicht einfach ein Phänomen des Überbaus, der ideologischen Systeme, sondern er materialisiert sich allenthalben bis hinein in jeden Baum, in jedes Kuheuter, in jede Krebsstation, in jedes Gehirn. Die *Entwertung* der Männergesellschaft ist also keine Kopfgeburt. Und das Verhalten, das einer solchen Entwertung folgen kann, ist kein voluntaristischer Akt, nicht einer ohne Füße, nicht eine skurile und unglaubliche Münchhausen-Tat, der sich auf wundersame Weise an den eigenen Haaren aus dem Sumpf zog. Vielmehr sind die *realen* Bedingungen unseres Lebens, – wenn wir hinsehen und sie nicht der sanften Verdrängung überlassen, der verdummten Wahrnehmung, - tatsächlich andere geworden. Dieses „andere" hat allerdings nur noch wenig zu tun mit dem, was Marx mit dem Begriff des „ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse" faßte. Nicht der physische Schmerz des leeren Magens oder die Knute des Herrn macht das andere fühlbar, sondern die Wahrnehmung des universalen und gleichzeitig unsichtbaren Geiselzustandes. Diese Realität ist zu einer geworden, die auch unsere Personen zu anderen werden befähigt oder zwingt. Sie verlangt ein noch unvorstellbares Sensorium, mehr und „undenkbare" geistige, emotionale und moralische Fähigkeiten. „...Wenn das Unausdenkbare hervorbricht, zerfallen Wahrheiten zu Lügen und umgekehrt..." (Heinrich 1985, S. 156).

Zwar können wir diese Gesellschaft und unsere Geschichte nicht transzendierren. Wir können unsere Geschichte nicht abschaffen. Wir können auch unser Erbe an „Weiblichkeit" nicht herausoperieren und unsere derzeitigen Personen nicht nichten. Aber wieso sollten die kaum auszudenkenden gesellschaftlichen Bedingungenm nicht zu denken und zu tun möglich machen, was „eigentlich nicht geht"? Denn was wir denken können, hat eine *reale* Grundlage in der Entwertung einer *real* verseuchten Gesellschaft.

Es kann weder darum gehen, das Feminine als Säuberungsmittel einzusetzen, noch – falls Frauen feminin sind – als Putzfrauen der verseuchten Männerzivilisation aufzuwarten. Auch wenn wir das wollten: In weiten Bereichen fehlt uns dazu die Qualifikation, die technologische Kompetenz und die politische Macht. Es kann auch nicht darum gehen, neue Weiblichkeitsentwürfe zu kreieren oder alte aufzuwerten, so als mache es uns zur Unperson, wenn wir kein gemeinsames Weiblichkeitsgewand mehr trügen.
Frauen trachten nicht nach dem Unmöglichen, wenn sie sich an die Entseuchung „ihrer Sache" machen, an die Entseuchung von einer Weiblichkeit, die in der Unterstützung und Befriedigung herrschender Männlichkeit eine Seite des menschlichen Elends ausmacht.
So geht es darum, nicht mehr verletzbar zu sein, da, wo wir verletzbar waren, immun zu werden gegen Angriffe auf eine alte abgehängte Person, die antiquiert ist. So treffen alte Vorwürfe nicht mehr, sie treffen daneben, die Verletzungsstellen wandern. Der Kern des abweichenden Verhaltens bleibt die *Enttarnung,* die *Verneinung* dessen, was geschieht, und darin sind die von uns selbst mitgeschleppten Seuchen eingeschlossen. Wie dieses Nein bei jeder einzelnen Frau aussehen könnte, dafür gibt es kein politisches und kein therapeutisches Programm. Die Entlarvung dieser normal-verseuchten Gesellschaft ist eine möglichwerdende lebenfüllende Tätigkeit, eine lustvolle Tätigkeit, die uns in der Männergesellschaft kein Mann abnehmen kann. Was danach kommt, weiß niemand.

Literatur

BERENDT, Joachim-Ernst: Das dritte Ohr. Vom Hören der Welt, Reinbek b. Hamburg 1985

BRÄNDLE-ZEILE, Elisabeth (Hrsg.): Seit 90 Jahren – Frauen für den Frieden, Stuttgart 1983

BRAUCKMANN, Jutta: Die vergessene Wirklichkeit – Männer und Frauen im weiblichen Leben, Münster 1984

BROWNMILLER, Susan: Weiblichkeit, Frankfurt/M. 1984

CHARGAFF, Erwin: Warnungstafeln – Die Vergangenheit spricht zur Gegenwart, Stuttgart 1982
ders.: Zeugenschaft. Essays über Sprache und Wissenschaft, Stuttgart 1985

FREI, Daniel: Feinbilder und Abrüstung. Die gegenseitige Einschätzung der UdSSR und der USA, München 1985

GARAUDY, Roger: Das schwache Geschlecht ist unsere Stärke – Für eine Feminisierung der Gesellschaft, München 1985

GOTTSCHALCH, Wilfried: Geschlechterneid, Berlin 1984

HABERMAS, Jürgen/BOVENSCHEN, Silvia (Hrsg.): Gespräche mit Marcuse, darin: Bovenschen, Silvia/Schuller, Marianne: Weiblichkeitsbilder. Interview mit Herbert Marcuse, Frankfurt/M. 1978

HEINRICH, Jutta: Texte, Analysen, Portraits, in: Schreiben, Nr. 27/28, Bremen 1985

HOLZKAMP, Klaus: Redebeitrag, in: Berliner Begegnung zur Friedensförderung. Protokolle des Schriftstellertreffens am 13./14. Dezember 1981, Darmstadt und Neuwied 1982, S. 139-140

MECHTERSHEIMER, Alfred (Hrsg.): Nachrüsten? Dokumente und Positionen zum NATO-Doppelbeschluß, Reinbek b. Hamburg 1981

MITCHELL, Juliet: Psychoanalyse und Feminismus, Frankfurt/M. 1976

PASIERBSKY, Friedrich: Krieg und Frieden in der Sprache, Frankfurt/M. 1983

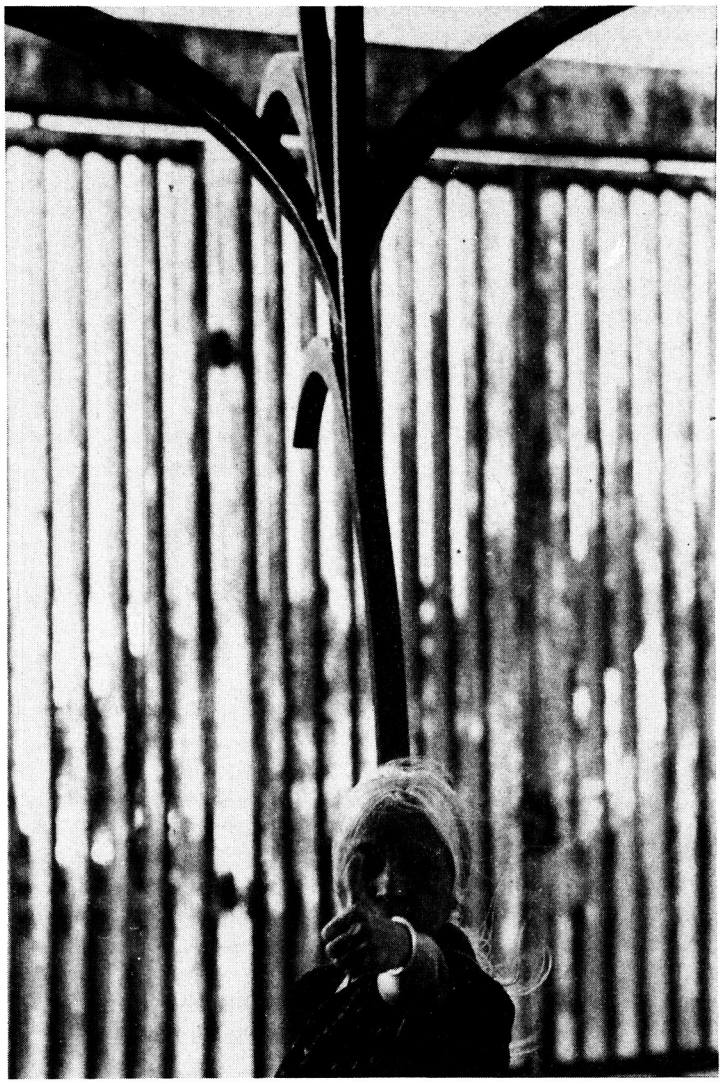
RICHTER, Horst Eberhard: Alle redeten vom Frieden. Versuch einer paradoxen Intervention, Reinbek b. Hamburg 1981

Der SPIEGEL vom 26.5.1986: „Auf den Schultern", S. 29

THÜRMER-ROHR, Christina: Die Gewohnheit des falschen Echos, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 17, 1986, S. 113-120

WARTMANN, Brigitte (Hrsg.): Verdrängungen der Weiblichkeit aus der Geschichte, in: Weiblich - Männlich. Kulturgeschichtliche Spuren einer verdrängten Weiblichkeit, Berlin 1980, S. 7-33
dies.: Die Grammatik des Patriarchats. Zur „Natur" des Weiblichen in der bürgerlichen Gesellschaft, in: Ästhetik und Kommunikation, Heft 47, Berlin 1982, S. 12-32

WOLF, Christa: Redebeitrag, in: Berliner Begegnung zur Friedensförderung. Protokolle des Schriftstellertreffens am 13./14. Dezember 1981, Darmstadt und Neuwied 1982, S. 116-119



Elvira Scheich

Frauenpolitik nach Tschernobyl

„Von Propheten hör ich ungern, weil die Erde voll von ihnen ist. Die meisten Propheten sind Personifikationen menschlicher Vermessenheit und Liebesunfähigkeit. Wer im Geiste hochbefähigt und im Gefühl ein Analphabet ist, meidet instinktiv die Prüfung, einen Menschen zu lieben oder einen Planeten und verkündet statt dessen, Millionen zu lieben oder das Weltall, was vor Prüfungen bewahrt, aus der Anonymität in die Publizität hebt und Gehorsam zuträgt. Denn nur Anhängerschaft ist Propheten liebenswert. In allen west die blutrünstige Selbstgerechtigkeit des Elia. ...von hochfahrenden Theoretikern der Liebe ist die Erde übervoll. Was fehlt, sind bescheidene Praktiker, hochfahrende Theoretiker lassen sich künstlich züchten. Bescheidene Praktiker müssen natürlich wachsen" (Gaja-Tochter Arke zu Sirene Beatrix, Morgner: Amanda, S. 78).

Politische Folgen der Technologie

Die politische Gefahr, die das Unglück von Tschernobyl – zwar nicht ausgelöst, aber – *sehr* deutlich gemacht hat, liegt in einem *technologischen Zwang zur staatlichen Kontrolle.*

Die berechtigten und notwendigen Forderungen nach (niedrigen) Grenzwerten und nach Kontrolle der Lebensmittel, die jetzt allerorten laut wurden, haben eine sehr unangenehme Kehrseite. Mit objektiver Notwendigkeit verdichtet sich die Allianz von Staat, Technik und Wissenschaft. Denn: Wir brauchen die Kontrolle! wirklich. Die Klage über die Unfähigkeit der Politiker, mit den Folgen der Katastrophe angemessen umzugehen, das erschreckende Bewußtsein, daß diese Wissenschaft, die uns den Unfall von Tschernobyl beschert hat, kaum eine Ahnung hat von der Art und dem Ausmaß des angerichteten Unheils – sollte vor allem eines klarstellen: in welchem Maße wir (als Folge dieser Technologie) von staatlicher und wissenschaftlicher Kontrolle abhängig geworden sind. Noch mehr, daß es jetzt nämlich ein Lebensinteresse von uns geworden ist, daß – wo nicht vorhanden – dieses *Kontrollwissen* und diese *Kontrolltechniken* entwickelt werden.

Ein wichtiger Teil dieser Entwicklung – technologischen Zwangs durch die Katastrophe – ist die Einschränkung der privaten Lebensmöglichkeiten und Lebensentscheidungen. Die Verweigerung einer persönlichen Zukunft in der technologisch und technokratisch durchrationalisierten Welt durch die Flucht in die Residenz der bürgerlichen Freiheit, in das Private, scheint wenig aussichtsreich. Eine private Nähe zur Natur läßt sich nicht mehr so einfach herstellen. Autonomie als Wahl eines oppositionellen Lebens*stils* ist ziemlich fragwürdig geworden.

– Wie sehr auch die politische Moral von dieser Entwicklung angegriffen ist, hat Helke Sander (taz, 3.6.86) betont. Tschernobyl gehört zu einer neuen Art des Verbrechens, bei dem man nicht mehr von Ermordeten sondern von Toten spricht. „Immer wieder holen die ratlosen Nicht-Experten zum Verständnis dessen was vorgeht, Vergleiche der früheren Welt heran, aus der noch unser Rechtsgefühl stammt und unser Empfinden, von uns selbst als freien verantwortungsbewußten Menschen zu denken." Die Voraussetzung autonomer Entscheidung scheint nicht mehr gegeben. Mehr oder weniger sind alle einbezogen in und gebunden an einen techno-politischen Apparat der Zerstörung. Helke Sanders vergleicht den „Unfall" in Tschernobyl mit den Verbrechen des Nationalsozialismus: „Es gibt Millionen Ermordeter und wenige Täter, denen sich die Tat im herkömmlichen Sinne nachweisen läßt. Die Linie von einem konkreten Ermordeten

zu einem bestimmten Wärter oder Eisenbahner oder Ideologen ist nur schwer zu ziehen. Das ist auch heute der Fall." Die Frage nach der Verantwortung für das Unheil wird unter vielen verteilt. Autonomie könnte und müßte unter diesen Bedingungen heißen, sich die Frage nach der Verantwortung selbst zu stellen.

Auf allen drei genannten Ebenen – politische Verwaltung, Lebenschancen und politische Moral – verfilzen politische mit technischen Interessen. Atomstaatliche Herrschaftsmuster setzen sich nicht wie erwartet mit Gewalt, sondern schleichend durch. Es werden die technischen Bedingungen geschaffen, unter denen politische Kontrollmaßnahmen *objektiv,* sachlich notwendig werden. Quasi freiwillig unterwerfen wir uns der Kontrolle.
Angesichts dieser Entwicklungen kann ich nicht mehr von Technik als einem zerstörerischen Instrument sprechen. Man bedenke, ein Instrument, ein Werkzeug, kann man beiseite legen und einfach vergessen. Die Produkte der Neuen Technologien lassen das nicht zu, sie verstärken die Tendenzen zu ihrer eigenen Weiterentwicklung als *technologische* Notwendigkeit. Es ist ein Techno-System entstanden, das sich selbst erhält und sich scheinbar eigenständig vergrößert, in dem es sich immer weitere Bereiche des Politischen einverleibt. Politische Entscheidungen und Probleme werden auf technische Verfahrensfragen reduziert. Es steht immer weniger zur Diskussion, ob unsere Organisation des Alltagslebens und der Arbeitsteilung für ein Leben mit Kindern überhaupt geeignet ist, ob eine industrielle Lebensmittelproduktion in der Lage ist, gesunde und wohlschmeckende Nahrung herzustellen, ob die Art der Energieversorgung zur Verbesserung des Lebensstils oder zur Erhöhung von Abhängigkeit beiträgt. Vielmehr wird gefragt, wie Kinder im Rahmen der gegebenen Verhältnisse am besten geplant werden können, wie ungefährliche Lebensmittel zu besorgen sind, wie man mit dem Risiko und den Folgen einer lebensgefährlichen Technologie fertig wird. Mit dieser Verschiebung der Fragen wird die Festlegung auf bestimmte technologische Verfahren vertuscht, zu deren Folgen eine ganze Reihe von Problemen ja erst gehören. Die Alternativen werden mit der zunehmenden Weiterentwicklung der problematischen Technologien zunehmend geringer – und das nicht nur in technischer Hinsicht, denn unsere gesamte Existenz wird zunehmend darauf abgestimmt. Die technische Lösung der Folgeprobleme wird damit immer mehr zum Interesse aller.

Frauen als die Opfer männlicher Technik?

In dieser Situation scheint es mir unangemessen, das Problem *allein* in der Naturausbeutung und -zerstörung durch „männliche" Technik zu sehen. Trotz gegenteiliger Behauptungen verkürzt eine solche Sichtweise das Problem letztlich auf biologistische Vorstellungen: Frauen wird *als Geschlecht* ein freundlicher Umgang mit der Natur nachgesagt. Den Frauen als Müttern (manche sind davon nur potentiell betroffen) wird ein besonderer Platz eingeräumt: als diejenigen, die versuchen, „das Leben weiter zu erhalten und zu schützen".(Mies, 1986)[1] Begründet wird das nicht mehr aus gesellschaftlichen Bedingungen sondern aus biologischen Tatsachen.[2]
Die Gleichsetzung von Natur und Frauen ist ein patriarchales, von Männern geschaffenes Bild. Für Frauen gibt es wenig zu gewinnen, wenn sie es zur Selbstbestimmung verwenden. Im Gegenteil: nach Tschernobyl wurde sehr deutlich, wie im Rahmen dieser Weiblichkeitsdefinition der Handlungsspielraum von Frauen auf bloßes Reagieren verengt ist und ohne den Bruch damit nicht erweitert werden kann. Statt Widerstand äußerte sich eine fatale Hilflosigkeit in der Art und Weise, mit der verschiedene Forderungen nach der Kontrolle von Lebensmittelqualität und Organisation von Lebensmittelverteilung *von Frauen an den Staat*

formuliert wurden. Der technologische Zwang zur Selbstunterwerfung hat funktioniert. Der Widerstand ist real: wir brauchen Meßdaten und Kontrolle, wir wurden gezwungen sie zu brauchen, um das aufrechtzuerhalten, was das Minimum eines guten Lebens darstellt.

Aber eine Strategie, die sich *allein* auf die Vorstellung von den Frauen als schuldlosen Opfern stützt, wird die Abhängigkeit von Verwaltungs- und Wissenschaftsexperten beschleunigen statt sie aufzuhalten. Denn die weibliche Unschuld, die aus der Feststellung folgen soll, daß Frauen an der männlichen Technik unbeteiligt wären, wird mit der Einschränkung von Handlungs- und Widerstandsmöglichkeiten bezahlt. In dieser Argumentation wird der gegebene Zustand bestätigt: Frauen sind für die hübschen und ein wenig irrationalen Dinge des Lebens zuständig, aber Technik bleibt Männersache. Die Annahme, Frauen seien mit einer besonderen Nähe zur Natur begabt, führt nicht über eine Perspektive der verstaatlichten Kontrolle der Natur und ihrer Ressourcen hinaus, denn sie bringt nicht etwa eine besondere Urteilsfähigkeit ins Spiel, die sich Frauen erworben haben, sondern betont die weibliche Passivität im Bezug auf technische Dinge. Ganz konsequent zu Ende gedacht begründet dieses Bild auch die Kontrolle der Frauen als Natur. Diese Implikation scheint mir besonders gefährlich.[3)] Die Reproduktion der Arbeitskraft bedeutet zunächst ganz schlicht die natürliche Existenz des Menschen. Geburt, Pflege, Ernährung usw. sind jedoch nicht einfach nur Naturvorgänge sondern zugleich direkt soziale und gesellschaftliche Tätigkeiten. Naturaneignung im beschränkten Sinne von Verfügbarmachen hat im Rahmen dieser Tätigkeiten keinen Sinn. Wenn es um das eigene menschliche Dasein geht, fehlt die Distanz, die es erst ermöglicht das Naturgeschehen für menschliche Zwecke zu instrumentalisieren.[4)] Ein besonderes „weibliches" Naturverhältnis ist Resultat und Bestandteil der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Diese ist so organisiert, daß die besondere Arbeit der Frau, die natürliche und sinnliche Existenz des Menschen unmittelbar zum „Gegenstand" hat. Daher wird hier notwendigerweise ein Naturverhältnis erzeugt und erhalten, das den Menschen als Teil der Natur begreift und in dem entsprechend gehandelt wird.

Ich denke, Frauen sollten anfangen, sich selbst ernstzunehmen. Die Reproduktionsarbeit der Frauen ist gesellschaftliche Arbeit und *ist eine Form des gesellschaftlichen Naturumgangs.* Aber leider paßt er durch die gesellschaftlichen Bedingungen, in denen er ausgeübt wird, nur zu gut als Ergänzung zum Versuch der patriarchalen Naturbeherrschung. Die arbeitsteilige Trennung von Reproduktion und Produktion zerlegt auch das menschliche Verhältnis zur Natur in zwei Aspekte. Die Kenntnisse des Naturbenutzers stehen gegen die Erfahrung, selbst ein (abhängiges) Naturwesen zu sein. Beide Aspekte des Naturumgangs realisieren sich in gesellschaftlichen Verhältnissen – als Arbeitsbereich und als Privat(lebens)bereich – und beide Aspekte stellen gesellschaftliche notwendige Tätigkeiten dar. Aber die Reproduktionsarbeit der Frauen wird unmittelbar als Natur interpretiert und ihre gesellschaftliche Bedeutung wird verleugnet. So betrachtet stellt die Naturbeherrschung nur einen Teil des gesellschaftlichen Naturumgangs dar und 'funktioniert' nur aufgrund einer verschwiegenen Voraussetzung, der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung.[5)] Es ist also nicht so, daß die Frauenarbeit für die Reproduktion nichts mit der „männlichen" Technik der Naturbeherrschung zu tun habe. Nur liegt der Zusammenhang nicht an der Oberfläche, durch die ideologische Gleichsetzung von Frauenarbeit mit Naturprozessen ist er äußerst geschickt verborgen. Die – vermittelte – Teilnahme der Frauen an der Herrschaft über die Natur – in der Erfüllung ihrer „privaten" Aufgabe als Mütter, Hausfrauen und Ehefrauen – festzustellen, ist natürlich peinlich und unschön. Sie befreit nicht von Verantwortung, wie dies eine Definition der Frauen als schuldlose Opfer der männlichen Naturbeherrschung impliziert.[6)]

Betroffenheit und Verantwortung von Frauen

Haben Frauen die Männer etwa nicht gelassen, etwa nicht gar unterstützt, in ihrem Vorhaben, die Natur zu beherrschen? Und zwar genau durch unser angeblich freundlicheres und sinnlicheres Verhältnis zur Natur, das wir in *ihrem* Privatleben – dem der Männer – praktiziert haben? Ist es nicht die Erfüllung der weiblichen Rolle, der Weiblichkeit, die die Männer von der Behinderung ihrer großen Pläne durch alltäglichen Kleinkram befreit?
Die Frage ist eine Provokation. Denn sie berührt die Grundlagen des weiblichen Selbstverständnisses in einer Männergesellschaft. Aber mit dieser provokanten Frage lassen sich die Tendenzen zu einer neuen politischen Qualität der Selbstunterwerfung unter den techno-politischen Apparat, die sich hinter den Erklärungen weiblicher Unschuld und den Forderungen nach staatlicher Kontrolle (der Lebensmittel) verbirgt, aufbrechen. Als Bereich persönlicher Autonomie kann das Privatleben für Frauen sowieso nur in eingeschränktem Maße betrachtet werden. Denn es ist in erster Linie der Bereich, in dem Frauen für die Reproduktion (der Arbeitskräfte) arbeiteten. Diese Arbeit der Frauen ist als *gesellschaftliche Arbeit* zu begreifen, die in *privater Form* organisiert ist und von Frauen geleistet wird. Die Argumentation allein aus der privaten Betroffenheit, aus dem weiblichen Lebenszusammenhang als Mütter und Ehefrauen (oder ähnliches) verfehlt das eigentlich Gefährliche des Ereignisses für Frauen. Was an Tschernobyl deutlich wurde, ist ein gesellschaftlicher Prozeß, der Frauen in höchstem Maße betrifft, allerdings *nicht* nur als *Privat*person, in ihrem *Privatleben* als Mütter, in ihrer *privaten* Beziehung zu Kindern und Männern.

Der Herrenwechsel

Nach Tschernobyl verdichtet sich der Zusammenschluß der Technologien, die von gesellschaftspolitischen Umstruktierungsprozessen nicht zu trennen sind, noch einmal mehr. Längst bilden Energieversorgung durch Kernkraft, Elektrizitätswirtschaft und neue Produktionstechnologien (Informationstechnologie) ein System, in dem es keine unabhängigen Faktoren und Entwicklungen mehr gibt. Nun scheinen auch Gen- und Reproduktionstechnologien zu notwendigen Bestandteilen für das Funktionieren dieses Super-Systems zu werden. In dieser Umstrukturierung spielt die Kontrolle über die Frauenarbeit (nicht nur in der Reproduktion) eine ganz wesentliche Rolle. Es lassen sich hier zwei gegenläufige Tendenzen ausmachen: die öffentlich-staatliche Steuerung der Reproduktion und die Re-Privatisierung der Frauenerwerbsarbeit. Beide Tendenzen sind mit Technologie-Entwicklung und Technikeinsatz verknüpft:

– Der direkte staatliche Zugriff auf die Mutterschaft mittels Reproduktions- und Gentechnologie wird durch Tschernobyl *direkt* verschärft, denn es ist für Frauen real schwieriger geworden, die reproduktionstechnische Kontrolle zu verweigern. Die Gefahr ein behindertes Kind zu gebären ist nach dem Fall-Out erheblich größer geworden, aber das einzige, was die Wissenschaft an Hilfe anzubieten hat, ist die Möglichkeit, ein solches Kind rechtzeitig zu erkennen – rechtzeitig abzutreiben. Mit der verbreiteten Anwendung der Reproduktionstechnologien steigt darüberhinaus die Verachtung gegen alle Kinder und Menschen, die sich weniger reibungslos anpassen. „Schuld" an ihrer Existenz wird in Zukunft die Verantwortungslosigkeit ihrer Mütter gemacht werden.

– Die private Verfügung einzelner Männer über die Arbeitskraft ihrer Frau verbindet sich mit Informationstechnologie und Mikroelektronik, aber auch mit anscheinend altmodischen und ökologischen Technologien. Im Rahmen von Kleinsprich: Familienunternehmen bestehen Rechtsverhältnisse, in denen sich der

Mann die Produkte der Frauen*erwerbs*arbeit aneignet, sei es als Ehemann oder Vater. Besonders ärgerlich wird es, wenn diese Form des Subunternehmens in der linken Diskussion als neue ökologische Chance und antizentralistische Tendenz gewertet wird.
Was sich in diesen Tendenzen andeutet, ließe sich als Herrenwechsel bezeichnen. Die Herren über die private und die öffentliche Kontrolle der Frauenarbeit scheinen die Rollen zu vertauschen. Die neuen, im Entstehen begriffenen Zustände erinnern an feudale Strukturen, auch wenn sie uns als neues Zeitalter – oder etwas flotter: als New Age – verkauft werden.

Die Umstrukturierung der Frauenarbeit ist als ein zentraler Teil der Lösungsversuche einer Krise anzusehen, die mehr denn je den Reproduktionsbereich der Gesellschaft betrifft. Ich meine hier Reproduktion als die notwendigen Voraussetzungen der (kapitalistischen) Produktion, jenes Bereiches also, der traditionellerweise *unmittelbar* technisch strukturiert ist. Die beiden wesentlichen Bestandteile der gesellschaftlichen Reproduktion – die Natur und die Existenz von Menschen – sind heute zu einem Problem geworden. Bisher reproduzierte die Natur ihre Ressourcen weitgehend „naturwüchsig", d.h. von selbst. Bis vor wenigen Jahren schien es nicht notwendig, sich Gedanken zu machen, die über die Frage des Besitzes an den Naturressourcen hinausgingen.[7)] Die Arbeit der Frau zur Reproduktion der Arbeitskräfte wurde in gleicher Weise als „Privatbesitz an Natur" durch einzelne Männer angeeignet. In dieser analogen Form der Aneignung begründet sich die Gleichsetzung von Frau und Natur.
In einer Zeit, in der einerseits die Naturressourcen nicht mehr als unendlich betrachtet werden können und in der andererseits die Frauen ihre Lebensvorstellungen nicht mehr auf ihre „natürliche" Aufgabe, das Muttersein, beschränken, werden die alten Formen der Aneignung und Verfügung über Reproduktionsprozesse zu unsicher und zu konfliktgeladen. Hinter den verschiedenen technologischen Entwicklungen stehen daher *immer auch* Versuche, die Reproduktion effektiver und kontrollierbarer zu organisieren, sowie die Reproduktions„güter" – Natur und Frauen – entsprechend einer effektiveren Neuorganisation gesellschaftlich umzuverteilen. Dabei soll nach Möglichkeit das alte, bewährte Muster von Frau = Natur weitergestrickt werden.
Es geht also um mehr als um unseren privaten Lebenszusammenhang, um mehr als um unsere private Verantwortung. Es geht um unsere *gesellschaftliche* Arbeit als Hausfrau, um unsere *soziale* Rolle als Mutter, um unsere *politische* Verantwortung als Frau. Es geht um uns selbst, um unsere Interessen. Unsere Situation nach Tschernobyl ist als *gesellschaftliches* Problem zu thematisieren – nicht als Privatproblem, das „zufällig" gesellschaftliche Ursachen hat. Das scheint mir um so wichtiger, da sich unsere Interessen ja nicht auf die Verhinderung der angedeuteten, sich andeutenden Entwicklungen beschränken, sondern auf mehr zielen sollten: nämlich auf die Abschaffung der geschlechtsspezifischen Zuweisung von Reproduktionsarbeit. Allein darin sehe ich eine (bleibende) Bedingung für eine politisch akzeptable Lösung der Probleme, die im Bereich der gesellschaftlichen Reproduktionsarbeit entstanden sind. Die zunehmende staatliche Kontrolle der Umwelt- und Lebensbedingungen sowie die damit einhergehenden Einschränkungen sind für Frauen nicht im mindesten annehmbar, denn dabei wird stillschweigend davon ausgegangen, daß ihnen die Alltagsarbeit und -verantwortung bleibt. Und die ist natürlich kein Thema politischer Strategien.

Die Entweder-Oder-Falle

Maria Mies z.B. hat in der taz vom 21.5.1986 behauptet, durch die feindselige Behandlung seitens der Männer sei *die Natur* nun auch zu unserer Feindin geworden.

Es genügt für den Augenblick – so denke ich – festzustellen, daß diese *Technologien,* die uns Tschernobyl beschert haben, in höchstem Maße frauenfeindlich sind. Wenn wir eine Rache der Natur annehmen, können wir uns nur die eigene Hilfslosigkeit bestätigen oder auf Magie hoffen. Gegen die Folgen einer von Menschen produzierten Technologie kann man dagegen auf Möglichkeiten sinnen, sich zu wehren.
Es sollte uns genügen, unsere eigenen Interessen zu formulieren und zu vertreten, denn es waren immer die Fraueninteressen, die im Namen des Allgemeinen zurückstehen mußten, die nicht verallgemeinerbar waren. Vor allem, weil es an politischer Macht dazu fehlte. D.h. die feministische Begründung für einen Ausstieg aus der Atomenergie wäre umzudrehen: Umweltfeindliche Technik ist *nicht dasselbe* wie frauenfeindliche Technik. Aber eine frauenfeindliche Technik wird sich *sehr oft* als generell menschenfeindlich – und zwar im Bezug auf die menschliche Umwelt – herausstellen. Bei der Energieversorgung durch Atomstrom beispielsweise hat es ziemlich lange gedauert, bis sich die Erkenntnis über die Gefahren dieser Technologie durchgesetzt hat. Und noch hat das zu keinen wesentlichen Konsequenzen geführt. KKW-Technologie hat nur Sinn im Rahmen einer Elektrizitätswirtschaft und die setzt die Existenz individueller Haushalte und moderner, d.h. doppeltbelasteter Hausfrauen voraus. Energiealternativen scheitern nicht nur an machtpolitischen Schranken oder mangelnder technischer Überzeugungskraft, sondern zu einem wesentlichen Teil an den Veränderungen in der Organisation privater Haushalte, die ihren Einsatz erst rentabel machen würden. Für den kleinen Rest der Fälle, in denen eine Technologie zwar arbeitserleichternd aber nicht umweltschonend ist, ist eine Entscheidung zu treffen. So herum müßte eine feministische Kritik an der Technologie der Naturbeherrschung argumentieren.

Was die Haltung von Frauen zu Naturwissenschaft und Technik betrifft, so lassen sich nach wie vor die beiden „klassischen" Positionen ausmachen: Einmischung und Verweigerung. Meines Erachtens stellen sich beide Positionen in ihrer Einseitigkeit als beschränkt heraus.
– Die Strategie der Einmischung zielt auf eine Verwirklichung der Gleichberechtigung, auf eine Anerkennung der Frauen als gleiche, als gleichberechtigtef, als gleichwertige Menschen. Die Gefahr dieser Zielsetzung besteht in der Anpassung an *männliche* Normen und der Integration in den Wissenschafts- bzw. Politikbetrieb. Das Funktionieren dieser Apparate (von Wissenschaft und Politik) – ihre sogenannte Effektivität – aber beruht auf der Ignoranz gegenüber der anderen Lebensrealität von Frauen. Natürlich sollten Frauen sich als Wissenschaftlerinnen wie als Politikerinnen kompetent machen. Aber die drohenden Verluste sollten dabei nicht aus dem Blick geraten: der Verzicht auf ein privates Glück und die Anerkennung als Frau oder eine nahezu übermenschliche Arbeitsbelastung. Diese Konflikte sind heute noch lange nicht ausgeräumt. Genausowenig wie es in der Macht der einzelnen Frau stünde, sie durch geschickte Lebensplanung zu umgehen.
– Die Strategie der Verweigerung dagegen beschränkt die Frauen auf ihre Andersartigkeit. Zwar wird hier die andere sogenannte private Lebensrealität von Frauen thematisiert, aber die Verweigerung *als Frau* birgt die Gefahr der Anpassung an die Definition von Weiblichkeit als Mütterlichkeit und an *die Normen der Männer für die Frauen.* Damit sind Frauen zwar sicher vor der Integration in den Wissenschafts- oder einen sonstigen Betrieb, aber so genügen sie den Anforderungen seines reibunglosen Funktionierens, die genau auf die Weiblichkeitsrolle bauen.

Das Entweder-Oder dieser beiden Strategien stellt eine Falle dar. Sie ist ein Resultat der gesellschaftlichen Definition des Weiblichen, der Frauen, als dem „Anderen" – dem Sinnlichen, Naturhaften, Emotionalen, Triebhaften usw. usw. Beide Strategien stellen eine *Reaktion* auf die Negation der Frau als (eigenständige) Person im Namen der biologischen Mutterschaft und der privaten Mütter-

lichkeit dar. In dem einen Fall – der Einmischung – wird eine solche Begründung rundweg abgelehnt. Im anderen Fall – der Verweigerung – wird die Begründung bestätigt, aber die Schlußfolgerungen werden umgekehrt.
Beide Strategien enthalten eine Kritik der partiarchalen Wissenschaft und Technik auf unterschiedlichen Ebenen:

1. die *Diskriminierung der Frauen* in Wissenschaft, Technik und Politik,
2. die Beschränkung des wissenschaftlichen Denkens, die *Diskriminierung von Inhalten,* die mit dem Weiblichen assoziiert werden. Nur solche Naturerkenntnisse sind zugelassen, die vom Standpunkt des Beobachters, aus der Distanz, gewonnen werden. Reflexionen über die Teilnahme des Menschen (auch an den wissenschaftlichen Beobachtungen selbst) sind methodisch ausgeschlossen. In der Politik wird ganz ähnlich verfahren; und es sind oft genug Frauen, die mit „unsachlicher" Argumentation auffallen.

Keiner dieser beiden Ansätze von Kritik ist für sich allein ausreichend, das beherrschende wissenschaftliche Denken und die herrschende wissenschaftliche Praxis zu überwinden. *Es sind beide Strategien notwendig.* Nach Tschernobyl ist es sehr viel dringender geworden, aus dieser Entweder-Oder-Falle der feministischen Politik und Wissenschaftskritik herauszukommen. Nicht um die Welt zu retten – wie uns als Frauen wieder mal von manchen Seiten angetragen wird –, sondern ganz schlicht unserer selbst wegen.

Das Private ist politisch

Veränderungen in dieser Richtung in unserem Interesse setzen u.a. die Annahme[8)] von Verantwortung durch die Frauen voraus. Aber nicht nur jene, die sich in der Aufrechterhaltung des Alltags-Lebens erschöpft, die das Handlungsfeld von Frauen auf das Häusliche und Private beschränkt. Die Beschränkung der Frauen ist doppelt: Nicht nur ist ihre Verantwortlichkeit eingeschränkt, sondern die Verantwortung in persönlichen Beziehungen ist zudem weitgehend *den Frauen* überlassen. Im Gegenteil geht es jetzt – nach Tschernobyl – um die *Unfriedlichkeit der Frauen* im Alltag, um die Zurückweisung dieser beschränkten Verantwortung, die Frauen in die Nähe der Natur rückt – aber weg von den (politischen) Gefilden, in denen entschieden wird, was mit der Natur und was mit den Frauen geschieht.

Eine Politik des Privaten (allein) ist nicht ausreichend. „Das Private ist politisch" hieß es einmal richtigerweise. Aber damit wird ein neuer Begriff des Politischen eingeführt, den es auch ernstzunehmen gilt. Das Private ist nicht unmittelbar politisch. Sondern es muß erst als solches thematisiert werden. D.h. es geht darum, unser Verhältnis als Frauen zum Staat, zur Öffentlichkeit der Männer, zum System der gesellschaftlichen Macht zu klären. Frauen sind nicht nur die unschuldigen Opfer dieser Politik und ihrer Technologie. *Es ist zu fragen, in welcher spezifischen Weise die Herren der Technik und des Staates auf die Frauen bauen können. Allein diese selbstkritische Frage eröffnet die Möglichkeit einer gesellschaftspolitischen Veränderung, die durch das Handeln von Frauen zustande kommen kann.*
Das besondere Verhältnis, durch das Frauen in diese Gesellschaft und ihre Öffentlichkeit einbezogen sind, ist der glatte Widerspruch. Ihr gesellschaftliches Dasein ist durch die Ausgrenzung bestimmt. Als Nicht-Mitglieder sind Frauen Teil der Gesellschaft. Der weibliche Lebenszusammenhang (dessen familiärer Teil vor allem) gilt als das Gegenteil von Politik und Wissenschaft.
Von Politik im klassischen Sinne sind Frauen als Geschlecht ausgeschlossen und das gilt weitgehend – durch viele Mechanismen, die der offiziellen Gleichberechtigung entgegenwirken, noch immer. Der weibliche Auftritt in der Öffentlichkeit ist von der Paradoxie der weiblich-gesellschaftlichen Existenz geprägt. Was uns zuerst und vor allem anderen angesehen wird, ist das Geschlecht – und das verweist

Frauen in den von Politik abgespaltenen Bereich des privaten Lebens. Frauen in der Öffentlichkeit sind zugleich sichtbar und unsichtbar, auffällig und sprachlos. In diesem Dilemma gibt es keine glatte Lösung: weder durch eine Politik der Betroffenheit der Mütter, noch indem Frauen als Gleiche das Wort ergreifen.
Nicht, daß es den Frauen die Sprache verschlagen hätte – nein, sie werden erst gar nicht (an-)gehört.[9] „Obwohl es keine *vernünftigen* Grund gibt, nicht emotional zu reagieren und sich Emotionalität durchaus mit Sachlichkeit verbindet, scheint eine hysterische Frau auf dem Bildschirm mehr gefürchtet als aus den Fugen geratene Kernkraft" (Sander, taz). Durch die aufgezwungene Sprachlosigkeit werden Frauen politisch verfügbar gemacht. Sie müssen sich fügen, denn in diesem System sind sie darauf angewiesen, daß jemand *für sie* das Wort ergreift. Das Aufbrechen dieser paradoxen Situation, die ein Herrschaftsverhältnis zur Grundlage hat, in der Frauen außerstande sind, in ihrem eigenen Namen – in their own right – zu sprechen, ist nur durch eine *Verschränkung* der beiden Kritikstrategien – Einmischung und Verweigerung – zu erreichen.
Die frauenpolitische Antwort auf diese Paradoxie von Unsichtbarkeit und Auffälligkeit kann keine wie immer geartete Eindeutigkeit sein. Jede Position, die glaubt, sich auf eine fest-stehende Weiblichkeit beziehen zu können, wird vom herrschaftsbegründenden Widerspruch eingeholt und bestätigt selbst die Ausgrenzung ein weiteres Mal. Wirksam können nur Widerstandsformen sein, die sich der Paradoxie stellen, welche die Sprache benutzen und einsetzen, die der weibliche Körper in der Öffentlichkeit *sowieso* spricht.[10] Das verändert die Ziele, statt Eindeutigkeit und Verständnisbereitschaft stehen Verblüffung und Überraschung, Dickköpfigkeit (weibliche!) und vor allem auch Witz an erster Stelle. Es ist auszusprechen, was ist, was am weiblichen Körper festgemacht ist, was sprachlos funktioniert: Die „private" Situation von Frauen ist als strukturelle, als politische zu benennen.
Es ist also notwendig sich einzumischen, sich an Plätze zu begeben, an denen lauter gesprochen wird. Nicht als Gleiche, sondern als Frauen. An diesen Stellen sind die Verluste zu nennen. Das worüber man(n) nicht spricht. Was als Privates gilt. Frauenthemen. Das schließt aber auch ein, die Auswirkungen der exponierten Situation auf die eigene Kritik zu reflektieren. Sich der *eigenen* Verluste bewußt zu sein, die mit der eigenen Professionalisierung einhergehen. Das betrifft vor allem den Verlust der Unbefangenheit gegen die Maßstäbe der Sachkundigen.
Es ist hier nicht die Frage, welche die richtige Frauenposition ist. Vielmehr müssen wir uns fragen, was von *allen* diesen Plätzen aus zu sehen ist – und von der männlichen Wissenschaft und Politik konsequent übersehen wird. Das aber setzt die gegenseitige Anerkennung der Unterschiedlichkeit unter Frauen voraus, die eine Gleichheit in Frage stellt, die aus der gemeinsamen Erfahrung der Ausgrenzung entsteht. Damit kommen zugleich die ausgegrenzten Themen zur Sprache. Daraus ließe sich eine Gemeinsamkeit entwerfen, die es erlaubt, die Paradoxien der Weiblichkeitsbilder zu überschreiten und weibliche Individualität wirklich zu entfalten, statt gegeneinander auszuspielen.
Aus einer Kritikposition, an der patriarchalen Naturbeherrschung, der techno-politischen Frauendiskriminierung, die nicht von der Naturnähe der Frauen an sich ausgeht, sondern von ihrer gesellschaftlichen Reproduktionsarbeit, ergibt sich *keine eindeutige* Perspektive, sondern zwei oder mehrere. Denn Frauen mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen werden einfach ebenso unterschiedliche Perspektiven entwickeln, ihre eigenen nämlich.
Zu verallgemeinern wäre lediglich die Skepsis gegenüber den umfassenden und kategorischen Lösungen, die vorgeben, alle Probleme – oder mindestens die wesentlichen Probleme – mit einem Schlag aus der Welt zu schaffen. Eine solche moralische Uneindeutigkeit, bzw. Verweigerung einer bestimmten (totalitären) Moral, hat im weiblichen Lebenszusammenhang und der besonderen weiblichen Arbeit in menschlichen Beziehungen seinen Ursprung.[11] Die alltäglichen Erfahrun-

gen der Frauen sensibilisieren das Bewußtsein über die Differenz zum anderen Menschen und der Zweifel an allgemeingültigen Maßstäben des moralischen Verhaltens. Im privaten Lebenszusammenhang läßt sich nur wenig an Eindeutigkeit herstellen. Die praktischen Entscheidungen sind selten *vollständig* recht und richtig, schon gar nicht dann, wenn Frauen sich selber ernstnehmen und sich ihrer Verantwortung eben auch sich selbst gegenüber bewußt sind.
Der Bezugspunkt auf die eigene Perspektive, auf die den Frauen eigene Perspektive, wird spätestens bei der Diskussion von Alternativen eine entscheidende Bedeutung gewinnen. Das Eintreten für die eigenen Interessen wird behindert, wenn Frauen weiterhin das Unmögliche versuchen, es allen recht zu machen. Wenn Frauen heute im Namen der Natur reden, bedeutet dies letzten Endes nichts anderes, als eine weitere Zumutung und die Fortsetzung der weiblichen Selbstverleugnung. Diesen Anspruch loszuwerden, steht am Beginn der realen politischen Verantwortung von Frauen und am Ende der Phantasie, wir seien für alles zuständig. Wenn wir dann aber wirklich in unserem Namen zu sprechen beginnen, wird es nicht einmal allen Frauen recht sein. Warum sollte es auch?

Anmerkungen

1) Fragt sich nur, um wessen Leben es in diesen Bemühungen geht. Das von Kind und Mann, das eigene oder das Leben überhaupt. Ich vermute, das Interesse an der Lebenserhaltung fällt in dieser Reihenfolge sehr ab.

2) Die Einschränkungen und Relativierungen dieser biologistischen Interpretationen gehen vor allem auch in deren Rezeptionen verloren.

3) Ich spreche hier von dem Protest der Frauen als Frauen. In Brokdorf, Wackersdorf und anderswo sind Frauen sehr wohl zu Widerstand übergegangen. (s. Fußnote Nr. 9).

4) Die Instrumentalisierung des menschlichen Körpers ist Bestandteil von Herrschaftsverhältnissen. So war auch immer der Frauenkörper ein bevorzugtes Objekt.

5) Beck-Gernsheim bezeichnet die Karriere (des Mannes) als Beruf für 1 1/2 Personen, da sie die Versorgung (durch die Ehefrau) voraussetzt. Aber nicht nur arbeitsorganisatorisch ist die Arbeit der Frau als Ergänzung vorgesehen. Sondern auch ihrem Inhalt nach: Es wird von Frauen erwartet, daß sie sich um den „Rest" kümmern. Weiter ausgeführt wird ein solcher Ansatz bei Bock/Duden, Kontos/Walser, Neusüß und anderen.

6) Nicht, daß Frauen selber schuld wären. Dazu war und ist nun wirklich zuviel direkte Gewalt im Spiel. Aber ich meine, daß Frauen ihr eigenes Tun sehr kritisch hinterfragen sollten.

7) Ausnahmen gab es freilich zu fast jeder Zeit, Fortschrittsfeinde, Maschinenstürmer und Romantiker. Neuerdings werden solche Überlegungen aber auch von den technischen und politischen Machern durchgeführt. Die Studie des Club of Rome oder der japanische Umweltschutz sind die herausragenden Beispiele.

8) Es geht um die Annahme von Verantwortung im doppelten Sinne des Wortes. Zum einen sind die Mechanismen klar zu stellen, mit den Frauen am patriarchalen Techno-System teilhaben und es mit aufrechterhalten. Darüber wissen wir noch recht wenig, aber es ist anzunehmen, daß ihre Rolle eine sehr andere ist als die der Männer. Danach zu fragen bedeutet, sich der eigenen Verantwortung für das, was geschieht, bewußt zu werden. Um dieses politische Annehmen von Verantwortung geht es mir im folgenden.

9) So wurde die Videoaufzeichnung der Bundestagsrede von Waltraud Schoppe über Abtreibung, Verhütung und Liebesspiele, von denen frau keine Kinder kriegt, schon wenige Tage später gelöscht. Während in den Archiven unseres höchsten Hauses ansonsten das langweiligste Zeug jahrelang aufbewahrt wird.

10) Den Unterschied einer widerständigen zu einer affirmativen Beziehung auf die Weiblichkeitsbilder, die nicht loszuwerden sind, beschreibt Carol Hagemann-White so: „Im Gegenteil, symbolische Repräsentanten der herkömmlichen Weiblichkeit – weiße, wallende Kleider, Kinderspielsachen, Küsse und Zärtlichkeiten – werden als Mittel politischen Handelns benutzt, als Hilfsmittel von Demonstrationen, Störaktionen und Blockaden." (Hagemann-White, 1985, S. 152)

11) Auf diese Zusammenhänge ist Carol Gilligan näher eingegangen und hat damit – welche Frau wundert das – eine heftige Debatte ausgelöst.

Literatur

COREA, Gena: MutterMaschine, Berlin 1986

BRICK, Barbara/WOESLER, Christine: Maschinerie und Mütterlichkeit, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 5, S. 61-68

GERECHT, Rita/KULKE, Christine/SCHEICH, Elvira: Wie gehen Frauen mit der Macht – wie geht die Macht mit Frauen um? in: Barbara Schaeffer-Hegel (Hrsg.): Frauen und Macht. Der alltägliche Beitrag der Frauen zur Politik des Patriarchats, Berlin 1984, S. 272

GILLIGAN, Carol: Die andere Stimme. Lebenskonflikte und Moral der Frau, München 1984

HAGEMANN-WHITE, Carol: Zum Verhältnis von Geschlechtsunterschieden und Politik, in: Christine Kulke (Hrsg.): Rationalität und sinnliche Vernunft. Frauen in der patriarchalen Realität, Berlin 1985, S. 146-153

KULKE, Christine/SCHAEFFER-HEGEL, Barbara/u.a.: Inszenierte Lächerlichkeit. Frauen in der Öffentlichkeit, Video-Dia-Textmontage, Berlin 1985

MIES, Maria: Tschernobyl – wer machte uns die Natur zur Feindin? in: taz, 21.5.1986, S. 11

dies.: Gesellschaftliche Ursprünge der geschlechtlichen Arbeitsteilung, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 3, 1980

ÖHLER, Inge: „Mama, ich darf dir keine Blümlein pflücken?", in: Klaus Traube u.a.: Nach dem Super-GAU, Tschernobyl und die Konsequenzen, Reinbek 1986, S. 172-175

SANDER, Helke: 150.000, Tschernobyl und seine notwendigen Folgen, in: taz, 3.6.1986, S. 12-13

SCHEICH, Elvira: Die sexistische Ordnung der Naturwissenschaften. Zum männlichen Monolog über die Natur und die Frau, in: Wechselwirkung, Nr. 24, S. 44-49

dies.: Die andere Seite der Industrialisierung. Weibliche Arbeit, Mütterlichkeit und Industrieentwicklung, in: Wechselwirkung, Nr. 28, S. 12-16

THÜRMER-ROHR, Christina: Aus der Täuschung in die Ent-Täuschung – Zur Mittäterschaft von Frauen, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 8, S. 11-25

WERLHOF, Claudia von: Zum Verhältnis von „Staat" und „Kapital" und „Patriarchat", in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 13, S. 63-78

dies.: Zur Kritik dualwirtschaftlicher Ansätze in der neueren Diskussion über die „Zukunft der Arbeit", den „informellen Sektor" und eine „alternative Ökonomie", in: Michael Opielka (Hrsg.): Die Ökösoziale Frage, Frankfurt 1985

Adrienne Goehler

Kein Wunderland für Frauen*

„Sie machten sich gelassen daran, eine wirkliche Revolution zustande zu bringen und sich gegenseitig zu mögen, während sie das taten" (Robin Morgan).

Der Traum

Uiih, war das ein rauschendes Fest! Erschöpft genossen und begossen wir den historischen Augenblick: Zum erstenmal in der Geschichte des Parlamentarismus westlicher Prägung – von östlichen Männerzentralkomitees ganz zu schweigen – wählte eine Partei eine Frauenliste ins Parlament! Die Grün-Alternative-Liste (GAL) zu Hamburg wird ab November '86 ausschließlich durch Frauen in dem Länderparlament (Bürgerschaft) vertreten sein! Frauen, es gibt eine Institution, in der wir keine Alibifeministinnen mehr sind! Das grün-alternative Spektrum hat es begriffen: „Emanzipation ist ein politisches Projekt" (Rossana Rossanda) und ist reif, sich auf einen Prozeß einzulassen, der weibliche Erfahrung, weibliche Lebens- und Begründungszusammenhänge öffentlich und unübersehbar erprobt. Frauen, das rebellische Erbe feministischer Theoriebildung ist nicht völlig in sozialdemokratischen „Gleichleid-stellen" oder Visionen von Frauenministerien ersoffen, nein, nein, es lebt in praktischer grüner Politik fort! Die monatelange, hitzige Diskussion um das Für und Wider der Frauenliste hat den Vorschein einer politischen Kultur eröffnet, einer Streitkultur, die das Thema machte, was normalerweise fein säuberlich aus dem politischen Diskurs verbannt ist: Angst, Verletzung, Vorurteile und hemmungslose Neugierde. Die Auseinandersetzung war eine rundrum positive. Frauen, der Widerspruch – Feministin oder grüne Politikerin zu sein – ist in Auflösung befindlich!

Die Realität

Ach, wer zu hoffen wagte, daß das Projekt Frauenliste als ein historisch überfälliger Tritt ans Schienbein der Parlamentsmännerlichkeit von der GAL mit Vergnügen und Trunkenheit gefeiert wurde, sah sich aufs Heftigste ernüchtert. Statt „Freude schöner Götter Funken, Töchter aus Elysium" wurde hanseatisch unterkühlt die Geburt einer unerwünschten, aber leider, leider nicht zu verhindernden Tochter bekanntgegeben. Die Geburt der Frauenliste vollzog sich in Etappen und unter monatelangen Wehen. Nachdem alle Versuche dieses Projekt im Vorfelde abzutreiben, gescheitert waren, wurde Mitte Juni der „Kopf" der Liste gewählt, eine Woche später der Rumpf, Mitte August die Beine. (Manchen von uns drängte sich hierbei auch die Assoziation „Schwanz" auf!) Heraus kam nach dieser Zangengeburt ein arg zerzaustes Gör.
Noch während dieses Geburtsvorgangs auf Raten, wurde eine Gruppe von Minderheitsmännern nicht müde im Versuch, ihre Zwittervorstellungen an die Liste durchzusetzen: Wenn schon nicht gerecht nach Geschlecht aufgeteilt, dann wenigstens im letzten Drittel Mann pur (also zirka ab Kniehöhe).
Ich will vorweg einige Grundzüge des Konzepts der „Frechen Frauen" beschreiben, um dann zu den Reaktionen der Gegnerinnen und Gegner der Idee zu kommen und dazu was am Ende nun Realität geworden ist. Um den gesamten Prozeß abschließend bewerten zu können, ist es allerdings noch zu früh, die Initiatorinnen leiden immer noch an einer Art „Kindbettdepression".

**Überarbeitete Fassung des Vortrages, den Adrienne Goehler auf der Tagung „Frauenpolitik und Feministische Utopien" vom 26.–28.6.1986 in Bielefeld gehalten hat.*

Hier geht es um die Macht, meine Damen und Herren . . .

Die Idee des Projekts Frauenliste entstand im Frühjahr '84 aus der Kritik an grünen Hamburger Strukturen, grüner Frauenpolitik, die beide faktisch die Benachteiligung und Ausgrenzung von Frauen festschreiben, sowie als Gegenzug zu der Politik der Bonner Wendemänner. Eine Rettung aus diesem Frust – etwa rein in die autonome Frauenbewegung – schien uns allen kein Ausweg zu sein. Zum einen, weil viele der „Frechen Frauen" (die Initiatorinnen des Projekts) die GRÜNEN mitbegründet hatten und dieses Feld nicht einfach den Männern überlassen wollten, zum anderen weil wir feststellten, daß die Frauenbewegung als Bewegung weitgehend unsichtbar geworden war, obwohl die Frauen, die ihr entstammen, als Einzelne deutlich auszumachen sind. Wir stellten fest, daß sich bei Frauen ein Paradigmenwechsel vollzogen hatte. Ging es notwendigerweise lange Zeit darum und geht es auch heute noch für viele Frauen vorwiegend um Abgrenzen, Verteidigen, Einklagen, Fordern und Anklagen, und hat genau das so viele unter uns müde und lustlos werden lassen, so wird seit geraumer Zeit ein brennendes Interesse an der Diskussion „Frauen und Macht" sichtbar. Nicht selten mit der Zuspitzung „Frauen und Macht in Parteien und/oder Institutionen". Einige siedeln den ersten großen Ausdruck des Umbruchs bei der Sommeruni '83 in Berlin an – dort wurde erstmals über „Weiberräte" diskutiert –, andere bei der Wahl der Bonner Frauenfraktion der GRÜNEN. Das Thema der Hamburger Frauenwoche '84 war Frauen-Macht-Politik, zahlreiche Publikationen und Großveranstaltungen widmeten sich diesem Thema. Ein entscheidender Grund für die produktive Unruhe bei Frauen scheint uns darin zu liegen: Die getrennten Wege, die die autonomen Frauen und die Frauen in gemischten Organisationen beschritten, haben uns jetzt – nach mehr als zehnjähriger Erfahrung – an einen ähnlichen Punkt geführt: So wie es ist, darf es nicht bleiben. Frauenzeitungen, Frauentheater, überhaupt Frauenprojekte krebsen vor sich hin, weil es keine Knete gibt oder müssen sich gegen Vereinnahmung durch die Sozialdemokratie zur Wehr setzen, Frauenberatungsstellen, -therapiezentren und -bildungswerke übernehmen gesellschaft notwendige Arbeit, ohne auch nur annähernd angemessen bezahlt zu werden. Grüne Frauen oder solche, die ihr Glück in halbwegs fortschrittlichen Institutionen versuchten, machten die Feststellung, daß sie oft nur zwei Möglichkeiten hatten sich Gehör und Gewicht zu verschaffen: Indem sie entweder die „besseren" Männer wurden oder über die „Frauenschiene" das schlechte Gewissen anfeminisierter Männer zu mobilisieren verstanden. Vor allem leisten wir aber auch in solchen Organisationen die Haus- und Beziehungsarbeit.

Mit diesen Erfahrungen, deutlich veränderten Bedürfnissen und Forderungen denken Frauen nicht nur laut über Macht nach, sondern brechen auch ein in traditionelle Männerterrains, kündigen die Reduktion „Frauen machen Frauenpolitik" auf, reklamieren stattdessen für sich, die Gesamtgeschicke in die Hand zu nehmen, sich einzumischen in die Planung und Gestaltung öffentlichen Lebens. Einen Hauch dieser Entwicklung traf selbst die konservativen Frauen. Bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg und Bayern '84, kam es schon mal vor, daß Frauen beschlossen, auf Frauenlisten ohne ihre Männer zu kandidieren: „Frauenliste Willstätt – sie glauben, daß Frauen das Geschehen im Dorf oft direkter, unmittelbarer erleben und deshalb mehr davon wissen als Männer" (Mittelbadische Presse, 3. Okt. 1984). Ohne sich der Illusion hingeben zu wollen, daß dadurch die bürgerlichen Parteien reformierbar würden oder diese Indizien als den Aufbruch ins Matriarchat zu begreifen, lösen sie doch Unruhe bei den Männern und Hoffnung bei den Frauen aus. Spannendster Ausdruck davon war für uns das Grüne „Feminat" in Bonn, weil es ansteckte und strukturelle Haarrisse in einem wahrlich verkommenen *herr*schenden Denkgebäude bewirkte.

Nun weiß der Staat prompt auf solche Anzeichen zu reagieren. Die Ernennung Rita Süssmuths zur Gesundheits-, Familien-, und, und- Ministerin, mit dem Ap-

pendix-Ressort „Frauen" einerseits, das laute und konsequenzlose Quotierungsgetöse *aller* etablierten Parteien andererseits sind Versuche, diesen Aufbruch aus männlichen Selbstverständlichkeiten zu befrieden.

Trotzdem. Frauen verlassen hör- und sichtbar ihre ihnen zugewiesenen Bahnen, trotz oder wegen des immer stärker werdenden Rechtsrucks der Gesellschaft.

Dies gab den „Frechen Frauen" die Gewißheit, daß das Projekt Frauenliste nicht einfach eine Idee einer Handvoll wildgewordener linksintellektueller Frauen ist, sondern eine Signalwirkung auf Frauen haben könnte, sich in ihren jeweiligen Bereichen einzumischen, dort ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen.
Wir sagten, „treten Sie mal auf die Seite, meine Herren, wir werden weder den Marsch durch die Institutionen antreten noch den durch die Männerköpfe, wir nehmen uns das gesamte Terrain der Bürgerschaft für 4 Jahre zur Verfügung, werden dort *jedes* Politikfeld unter einem feministischen Blickwinkel beackern." Parlament deshalb, weil dort die größte Öffentlichkeit für grün-alternative Politik gewährleistet ist, wie die Erfahrung zeigt. Jedes Politikfeld deshalb, weil wir eine Reduktion auf die „klassische" Frauenfrage ablehnen, stattdessen der Ansicht sind, daß es *keinen* gesellschaftlich relevanten Bereich gibt, in dem Frauen nicht benachteiligt wären oder zu dem wir nichts zu sagen hätten, in dem unsere Macht des Sei-ens (Mary Daly) nicht nötig wäre. Wir stellten also innerhalb der Partei die Machtfrage, wollten uns nicht mit formaler Parität begnügen, sondern bewußt auf einen Interessenszusammenhang grüner und außerparlamentarisch tätiger Frauen setzen, auf unser gesammeltes Wissen und unsere Kompetenz, und diesen Macht und Geltung verschaffen. Dabei legen wir eine Definition von Macht zugrunde, wie sie etwa von Adrienne Rich bekannt ist: posse, potere, pouvoir – also: können, über ein Potential verfügen, eigene schöpferische Energie nutzen. Diese Bedeutung von Macht, die zu der Wurzel des Wortes zurückkehrt, die die Perspektive von der Befreiung von Herrschaft eröffnet, blieb im Kampf um die Frauenliste unverständlich und unvermittelbar. Ihrer eigenen Erfahrung folgend, die Macht synonym mit „*Herr*schaft über" gebraucht, mobilisierte dies bei den Herren allen Widerstand; einer *Herr*schaft der Frauen wollten sie sich nicht beugen. Einen anderen Gebrauch von Macht, etwa die Macht zu sich selbst, können sie sich nicht vorstellen. Na ja. Schwerer wiegen dagegen die Reaktionen von Frauen darauf, die, wie bei allen Kontroversen vor allem aus dem Frauenbereich der GAL kommen, den eine der „Frechen Frauen" einmal böse als eine Vereinigung zur Pflege der Benachteiligung der Frau charakterisierte, auch sie wollten von der Macht nix wissen. Sie argumentierten: Die Machtfrage dürften Frauen nur stellen, wenn sie inhaltlich, konkret ausgewiesen sei, sich also entlang von „besseren" inhaltlichen Konzepten bewege. Dies führte nahtlos in den altbekannten Vorwurf des *Biologismus* und zu dem Ausspruch: „Frau-Sein ist schließlich kein Programm". Na, da hatten sie es uns aber gegeben! Die „Frechen Frauen" lernten folgendes: Hätten wir die Frauenliste aus dem Elend der Frauen, unserer Benachteiligung, Diskriminierung und tutti frutti... begründet, so wäre das akzeptabel – weil politisch – gewesen. Da wir aber die Notwendigkeit einer Frauenliste u.a. begründeten, mit der Lust *uns und unser Wissen* zu erproben, also von unserer Stärke, statt unserer Schwäche ausgingen, machten wir uns des Biologismus verdächtig. Oder, hätten wir die Frauenliste aus der Unzulänglichkeit des grünen Programms begründet, hätte uns ein Männergremium bewiesen, daß wir Unrecht haben, und alles hätte seinen paritätischen Gang genommen, so aber, da wir auf der Grundlage des *gemeinsamen* GAL-Programms kandidieren, nur eben mit dem kleinen, feinen Unterschied, dies *nur* mit Frauen, setzten wir uns dem Vorwurf aus, unpolitisch zu sein. Da muß die Frage erlaubt sein, ob sich Männer jemals durch überzeugende Konzepte für die Macht qualifiziert haben und ob wir Frauen eben diesen patriarchalen Politikbegriff so unreflektiert übernehmen sollen, als hätte es nie eine feministische Kritik daran gegeben. Außerdem, wurde die

Machtfrage in diesem patriarchal-kapitalistischen Staat jemals von „besseren" Konzepten abhängig gemacht?

Wir halten derlei Argumente für vorgeschoben, sie täuschen hinweg über das viel grundsätzlichere Problem, daß Frauen Angst vor der Macht haben, zumindest aber ein extrem ambivalentes Verhältnis zu ihr.
Ich will das in drei Thesen fassen. Sie waren Diskussionsgrundlage einer Veranstaltung mit Margarete Mitscherlich, Antje Vollmer u.a. unter folgenden Titel:

„Lieber die Ohnmacht in der Hand als die Macht auf dem Dach??"

Haben Frauen Angst vor der Macht?

Macht in der patriarchalischen Gesellschaft ist für Frauen bedrohlich. Wir assoziieren damit seit langem Gewaltanwendung, Vergewaltigung, das Aufstocken von Waffenlagern, das unerbittliche Anhäufen von Reichtümern und das Horten von Rohstoffen; wir assoziieren damit Macht, die nur in ihrem eigenen Interesse handelt und die Machtlosen – darunter Frauen und Kinder – verachtet und ausbeutet. (Adrienne Rich)
Macht haben wollen, heißt „sich was nehmen", dazu sind wir nicht erzogen, stattdessen haben wir Schuldgefühle – gegenüber unseren Kindern, Eltern, Männern...
Immer bezichtigen Frauen sich selber, so daß Selbstbezichtigung eine Schutz- und Kontrollmaßnahme für die eigenen Aggressionen wird. Für diese sich anstauenden Aggressionen gibt es für Frauen keine gesellschaftlich gestattete Form des Auslebens.
Statt wütend zu sein, sind sie leidend, statt haßvoll erduldend – gelähmt von der Angst vor dem eigenen Haß, der nicht empfunden werden darf. Die Angst und die Schuldgefühle den eigenen Aggressionen gegenüber sind jahrhundertelanger Bestandteil weiblicher Identität und begründen die Geduld der Frauen, auf der die Macht der Männer beruht. (Margit Brückner/vgl. auch Margret Mitscherlich)
Wer also Frau Macht hat, muß mit Liebesverlust rechnen, nicht nur dem der Männer, sondern auch dem der Frauen.
Frauen, die versuchen, Einfluß zu gewinnen, um verhärtete Strukturen aufzubrechen, werden auch von der Frauenbewegung abgelehnt, mit dem Vorwurf, sie identifizieren sich mit männlichen Verhaltensweisen. (M. Mitscherlich)

Auszug aus dem Flugblatt zur Veranstaltung, Hamburg, Dez. 1985

Die Schwierigkeit, in politischen Zusammenhängen über „Angst vor Macht" zu reden, liegt vor allem daran, daß es sich dabei ja um eine Angst*phantasie* handelt, die soviele Widerstände mobilisiert, daß die Realisierung und damit ihre Realitätsprüfung nahezu unmöglich wird.

„Freude aus Verunsicherung ziehen, wer hat uns das denn beigebracht" (Christa Wolf)

Damit, daß die „Frechen Frauen" die Machtfrage stellten, dies auch noch mit dem „unpolitischen" Wort *Lust* verknüpften, büßten wir die Solidarität der Frauen des Frauenbereichs in der GAL ein, wurden elitär genannt und ernteten für unsere Haltung eine Kritik, die, wie Cora Stefan einmal bissig bemerkte, in der Regel

GAL-Landeskandidatinnen erobern die Hamburger Börgerschaft 6/86 (Foto: Marily Stroux

den grünen „männlichen Rampensäuen" gilt; eine Kritik, so ihre Vermutung, die in Wirklichkeit der Selbstkontrolle von Frauen dient, einer Selbstbeschneidung, die das konkurrenzlose Mittelmaß lobt, eben weil sie Konkurrenz und Differenz nicht erträgt.

Ein weiterer Knackpunkt blieb und bleibt die Frage: Machen grüne Frauen andere grüne Politik als grüne Männer, auch dann, wenn wir vom selben Programm ausgehen?
Abgeleitet aus den bekannten gesellschaftlich bedingten Rollenfixierungen von Mann und Frau, die sich aus den kapitalistisch-patriarchalen Geschlechterverhältnissen ergeben und sich in der Zuweisung von Produktions- und Reproduktionsarbeit ausdrücken – wie dies eine Flut von feministischer, marxistischer und sozialwissenschaftlicher Literatur wohl hinlänglich belegt – behaupten die „Frechen Frauen": Diese gesellschaftlicher Realität, die uns vom Kleinkindalter, über Schulerfahrungen, beruflich-sozialer Behandlung bis zu unserem Tod begleitet, drückt sich in *anderen* Erfahrungen, Gewichtungen, Einschätzuungen, Lebens- und Begründungszusammenhängen aus, in *anderen* Verarbeitungs- und Umarbeitungsstrategien dieser Realität. Das wiederum kann nicht anders, als sich auch in einem *anderen* Blickwinkel grüner Politik durch Frauen äußern. Wie dieses „anders" dann aussehen wird, ob es „besser" ist, werden wir auf der Grundlage einer vierjährigen Erfahrung hoffentlich genauer beschreiben können.
Tschernobyl mag aber als ein markantes Beispiel gelten: *Objektiv* könnte Mann sagen, sind Frauen wie Männer gleichermaßen betroffen, objektiv ist für uns alle Vor-Tschernobyl etwas anderes als Nach-Tschernobyl. Nur, viel weiter trägt die Objektivität nicht. Sie hört schon auf bei der Erfindung der Lebensmittel-Grenzwerte.[1)] Das weitaus Entscheidendere in Bezug auf Tschernobyl sind jedoch die signifikant unterschiedlichen Reaktionen von Frauen und Männern auf die Katastrophe. Während sich Männer vorzugsweise mit Zahlen und Messungen herumschlugen, je nach politischem Standort sich in Beschwichtigungen ergingen oder aber Szenarien für den Ausstieg aus der Atomenergie entwickelten, kehrte für die meisten Frauen und Mütter – die, aus den achso linken und atomfeindlichen Wohngemeinschaften eingeschlossen – der Alptraum der Trümmerfrauen zurück. Nicht beteiligt am Machbarkeitswahn der Großrisikotechnologen, sind es vor allem *wir,* die die Konsequenzen der Technologien im Alltag auszubaden haben. Wer entscheidet zwischen Quecksilber verseuchtem Dosengemüse und radioaktivem Salat? Wer zwischen Cadmiumfisch und Strontiumrind? Wer verbietet den Kindern, sich selbst und den Männern das Bequerel-Milcheis?
Maria Mies brachte dies auf folgenden Begriff:
„Diese Wissenschaftler können mit ihrer Wissenschaft zwar das Leben auf der Erde zerstören, sie können auch genau berechnen, was sie angerichtet haben, sie können aber das Leben nicht wieder herstellen. (...) Und plötzlich fällt ihnen nichts anderes ein als die vorwissenschaftlichen Hausfrauentechniken... Wascht den Salat! Laßt die Kinder in der Stube! Wascht ihre Schuhe! Geht nicht in den Regen!" (taz)
Gleichzeitig ist festzustellen, daß Frauen eher in der Lage waren, realitätsangemessener zu reagieren, nämlich Ohnmacht und Angst zuzulassen. *So* verstanden, haben Frauen also tatsächlich „besser" reagiert. Zumal dies nicht nur zu Apathie geführt hat, sondern sich als Motor und Voraussetzung für Widerstand erwies: Für das Erstarken der „neuen" Anti-AKW-Bewegung, die um viele Still-, Kinder-, Mütter- und Verbraucherinnengruppen reicher wurde; in Hamburg entsteht z.B. gerade eine Bürger*innen*-Initiative gegen die mörderische Atomtechnologie.
Ein Katastrophenforscher aus Kiel resümiert die Reaktionen von Frauen auf Tschernobyl so: „Und ich glaube, was den Politikern heute überhaupt nicht bewußt ist, daß das größte Widerstandspotential bei den Frauen liegt. Die sind am erregtesten... und die haben aufgrund der allgemeinen Ausgrenzung aus öffentli-

chen und politischen Bereichen nicht diese Routinen und Rituale von Auseinandersetzung verinnerlicht. Die werden mit völlig neuen Protestformen in die Auseinandersetzung eintreten" (Hamburger Rundschau, 29. Mai 1986).
Die „Frechen Frauen" sagten: Männer haben Nobelpreise gekriegt für die perfidesten Formen von Menschenvernichtung, haben in ihren Wissenschaften Planung, Entwicklung und Realisierung immer subtilerer Formen der *Herr*schaftssicherung betrieben (die Entwicklung in Gen- und Reproduktionstechnologie bildet wohl den vorläufigen Höhepunkt diesbezüglich). Wir stellten fest: hierbei saßen und sitzen die Frauen weitgehend auf den Zuschauerbänken. Dies ist nicht ausschließlich von Nachteil: Die Tatsache, daß wir zur Passivität verdonnert waren, könnte uns auch vor Schädigungen bewahrt haben, z.B. vor Wissenschafts- und Technologie-Gott-Gläubigkeit.

Dementsprechend begreifen wir die Frau also nicht einfach als ein Mängelwesen, auf deren Benachteiligung und Beschädigung wir immerzu hinweisen müssen, sondern wir setzen in unserem Politikansatz gerade auch auf das Alltagswissen, die Kompetenz und Phantasie der Frauen, die sie sich durch ihren Stehplatz in der letzten Reihe auf der Tribüne der Weltgeschichte bewahrt, gewonnen und wiederangeeignet haben. Auf unsere kommunikative Kompetenz (vgl. H. Trömel-Plötz 1984, 1985) etwa, auf Denken, das unterscheidet statt analysiert, folgerichtig ist statt logisch, an der Sache orientiert statt vorgibt, objektiv zu sein, zyklisch ist statt linear (alle Beispiele siehe Wisselinck 1984). Genau daraus leiten wir die Notwendigkeit für die Frauenliste ab, genau daraus ergibt sich ein Streitpunkt mit den Ökosozialistinnen in der GAL. Die lassen nämlich derlei Begründung für eine Frauenliste nicht gelten. Sie, und andere Frauen auf der Liste, die sich kein Etikett geben mögen und behaupteten, lediglich eine an der Sache orientierte Politik, und die eben als Frau (keine Etikettierung?) zu machen, lassen nur zwei Gründe für den Einzug der Frauen ins Parlament zu: Die Signalwirkung an die Adresse der etablierten Parteien und das Sichtbarmachen, daß Frauen *ebenso* gut wie Männer Politik machen. Letzteres ist für die „Frechen Frauen", wie deutlich wurde, wahrscheinlich kein Ziel, ganz im Gegenteil, gerade den Unterschieden gilt unser Interesse. Aus der Leugnung der Unterschiede von Seiten der Ökosozialistinnen scheint mir eine Angst zu sprechen; die, daß der „Gleichberechtigungspfeiler" der Frauenbewegung, und die daraus abgeleiteten Forderungen bröckeln könnten, wenn erst ruchbar würde, daß wir Frauen gar nicht gleichgestellt, -gesetzt, -geschoben werden wollen, sondern daß wir das „andere Geschlecht" (Simone de Beauvoir) als Herausforderung begreifen, die Unterschiede zu dem „Einen" positiv zu bestimmen. Journalistenmänner geben dieser Angst – der, des Verrats an der Gleichheit – reichlich Nahrung. Einer ihrer Lieblingsfragen ist inzwischen, ob wir denn den Quotierungsbeschlüssen und den Gleichleid-stellen durch die Frauenliste-pur nicht heftig in den Rücken fallen würden... .

Die „Frauenfrage" oder Frauen fragen...

Die „Frechen Frauen" tun sich schwer unsere Fragen und Vorstellungen als „Frauenfrage" zu begreifen, gar noch als Nebenwiderspruch. Nein, die Unterdrückung der Frauen und die Verbannung unserer Lebensäußerungen aus dem öffentlichen Leben, verstehen wir als einen zentralen Mechanismus um *Herr*schaftsverhältnisse zu zementieren, in West wie Ost. Die „Frechen Frauen" haben sich entschieden – in Kenntnis der marxistischen Kapitalismuskritik – heute, 1986, in Hamburg, in der GAL, unsere Fragen, unser Wissen und unsere Produktivität als obersten Punkt auf die Tagesordnung zusetzen; zumal die Abschaffung des Kapitalismus uns gegenwärtig nicht vor der Tür zu stehen scheint.
Dabei setzen wir auf eine Politik *von* und *mit* Frauen, auf die Unterschiedlichkeit

ihrer Einmischung in unsere Arbeit. Wir setzen nicht auf eine Politik, die *für* Frauen gemacht wird, für die „armen Frauen", die nicht für sich selbst sorgen können. Natürlich bleibt es auf der parlamentarisch-patriarchalischen Tribüne unsere Aufgabe, Sorge zu tragen für soziale Gerechtigkeit, eine radikale Demokratie und die Entgiftung unserer Umwelt etc., nur schließt für uns diese „Sorge" am Beispiel der Frauenpolitik die *Sorgfalt* ein, die *Stärke* der Frauen zur Kenntnis zu nehmen. Eine Sorgfalt, die sich der Frage widmet, wie oft, wie lange und ausdauernd frau es aushält, über ihre Entrechtung und Benachteiligung zu reden, ohne dadurch nicht noch zusätzlich mutlos zu werden.
Die „Frechen Frauen" haben den Eindruck, von sich und anderen Frauen, daß wir genau an der Stelle angekommen sind, wo sich unser Bewußtsein von der Diskriminierung kontraproduktiv gegen uns wendet. Stattdessen drängt es uns, unsere Fähigkeiten und die anderer Frauen unter Beweis zu stellen und uns die Antworten auf unsere lauten Fragen selbst zu suchen.

Wie und wann gilt: „Frauen gemeinsam sind stark"?

Als letztes noch einen weiteren Gedanken der „Frechen Frauen": den der Notwendigkeit der Frauenliste als *Kollektiv.* Wir waren und sind uns darin einig, daß eine Frauenfraktion nicht ausschließlich zusammengesetzt sein sollte, nach Gesichtspunkten wie Strömungsvielfalt, Kompetenz und Schwerpunktsetzung, sondern daß wir, wenn wir das *politische Projekt* Frauenliste vorantreiben wollen, ein Kollektiv von Frauen brauchen würden; Frauen, die sich vorher in ihrer Arbeit kennen und voneinander wissen, daß sie auch bei großen Meinungsverschiedenheiten miteinander kooperieren können und *wollen,* daß sie ihre Person, mit Schwächen und Ängsten preisgeben können. Zu einer anderen politischen Kultur gehört für uns unabdingbar, daß eine Politik nicht mehr vom „Störfaktor" Mensch, vom konkreten Subjekt, bereinigt sein kann, sondern die „ganze Frau auf unsere Seite gehört", um mit Silvia Bovenschen zu sprechen. Dies war und ist uns Voraussetzung dafür, daß wir den Reaktionen, die das Projekt bei der Öffentlichkeit auslösen wird, gewachsen sein würden. Welche enorme Provokation diese Frauenliste darstellen muß, haben wir schon zu spüren bekommen. Die Angst der Männer und ihre Wut über den Verlust der besetzten Macht wird sich in vielfachen Formen gegen uns wenden, denn auch Männer, denen wir konkret keinen Platz in der Bürgerschaft wegnehmen, reagieren stellvertretend für ihre Geschlechtsgenossen, grad so, als ginge es um das Aussterben einer bedrohten Gattung.
Aus der Provokation ergibt sich *eine* Notwendigkeit des Kollektivs. Die andere aus der Gefahr der Vereinzelung durch die isolierte Parlamentsausschußarbeit, in der jede grüne Frau einer Überzahl an Männern der anderen Fraktionen gegenüber sitzt und aus der Gefahr der Konkurrenz, einer unausgesprochenen Konkurrenz, die – wie wir feststellten – dem unsicheren Umgang mit Macht, mangels Erfahrung entspringt. Der Gedanke des Kollektivs stieß auf heftige Gegenreaktionen, weil unterstellt wurde, wir wollten dadurch die Meinungsvielfalt abschaffen. Als wir dann noch erwähnten, daß wir aus den obengenannten Gründen, eine Supervision des Kollektivs für erwägenswert hielten, war endgültig der Teufel los. Die Phantasien der Gegner und Gegnerinnen der Frauenliste darüber, wie sich wer, wann, vor wem ausziehen müßte, gingen ins uferlose, die Idee des Kollektivs gleich mit baden.

Der Rest ist schnell erzählt. Der Begründungszusammenhang der „Frechen Frauen" für eine Frauenliste/-fraktion wurde von den Grün-Alternativen zu Hamburg abgelehnt, ihr Vorschlag der Frauenliste aber angenommen. Heraus kam eine Liste mit „Frechen Frauen", Frauen, die über diese Idee aus ihrer politischen Resignation gelockt wurden, Frauen, die auch auf einer paritätischen Liste kandidiert

hätten und solchen, denen das Projekt nach wie vor äußerst suspekt ist. Kurz: eine ziemlich bunte Mischung; eine typisch grün-alternative Mischung, die vielleicht einen sehr klugen – auf alle Fälle aber durchsetzbaren – Weg gefunden hat: einen Kompromiß. Wie bei allen Kompromissen bleibt ein schaler Geschmack zurück, werden Hoffnungen begraben. Ob bei den „Frechen Frauen" die „Lust an der Macht zu uns selbst" zurückkehren wird, liegt derzeit „im Dunkel des gelebten Augenblicks" (Bloch) des Wahlkampfes.
Die Frauenliste als Signal zum Auf- und Umbruch? Ein nachahmbares Modell? Die Frauenliste als der Vorschein einer konkreten Utopie? Als ein Vor-Bild? Ich weiß es nicht. Aber ich würde es mir wünschen.

Anmerkung

1) Die Festlegung von Toleranzgrenzen für die Radioaktivität in Lebensmitteln geht vom normierten Menschen aus: 60 kg schwer, 30 Jahre alt, männlich, nicht schwanger, mit gemittelten Eß- und Arbeitsgewohnheiten, 12–16 Atemzüge pro Minute. Während – anders als bei chemischen Giften – die radioaktive Dosisbelastung zumindest für Kleinkinder anders als für Erwachsene berechnet wird, fallen Schwangere und stillende Mütter hingegen in die Kategorie Norm-Mensch.
Abgesehen davon, daß die Grenzwerte nach Tschernobyl weit von jeder wissenschaftlichen Begründbarkeit entfernt politisch gesetzt wurden, ist auch das wissenschaftliche Grenzwertkonzept nichts anderes als der hilflose Versuch, die Konsequenzen des „Technisch wissenschaftlichen Machbarkeitswahns" mit den „alten, männlichen Methoden" im Griff zu behalten: Objektivität, Meßbarkeit, Kontrollierbarkeit – Kurz: mit der Macht über die Dinge. Aber Lebendiges entzieht sich dieser Macht. Der Wissenschaftler entwirft so einen adäquaten Gegenstand für seine Machtausübung, ein handhabbares Konstrukt des Lebendigen: den Normenschen – und der ist der Mann (vgl. Ahrens 1986).

Literatur

AHRENS, Andreas: Entgiftung, Die Grünen (Hrsg.), Hamburg 1986

DINNERSTEIN, Dorothy: Das Arrangement der Geschlechter, Stuttgart 1979

GEHRKE, Claudia u.a. (Hrsg.): Konkursbuch 12, Frauen Macht, Tübingen 1984

GILLIGAN, Carol: Die andere Stimme, München 1984

GOEHLER, Adrienne: Hier geht es um die Macht..., in: Elke A. Richardsen/ Regina Michalik (Hrsg.): Die quotierte Hälfte, Berlin 1985

MIES, Maria: Tschernobyl – wer machte uns die Natur zur Feindin? in: taz, 21.5.1986

ROSSANDA, Rossana: Einmischung, Frankfurt a. M. 1980

HEENEN, Susann: Frauenstrategien, Frankfurt a. M. 1984

dies.: taz, 22.11.85

WISSELINCK, Erika: Frauen denken anders, Straßlach 1984

TRÖMEL-PLÖTZ, Senta (Hrsg.): Gewalt durch Sprache, Frankfurt a. M. 1984

Nachdruck aus Frankfurter Frauenblatt, Mai 1986 (Foto: Irene v. Mehring)

Elke Kiltz, Brigitte Sellach

Das Projekt „autonome Frauen im Römer“: Feministische Politik im Frankfurter Stadtparlament

In Frankfurt machen wir als Trio, 3 autonome Frauen aus der Frauenbewegung, auf parlamentarischer Ebene feministische Politik – zwei als gewählte Stadtverordnete auf der Liste der GRÜNEN, eine als Fraktionsassistentin. Wir werden unterstützt von einer Gruppe autonomer Frauen, die sich wöchentlich trifft, um unsere Arbeit mitzuentwickeln und mitzutragen. Wir machen feministische Politik, wenn wir z.B. gegen die schienenfreie Innenstadt sind und das mit der geschlechtlichen Arbeitsteilung begründen, wenn wir gegen die Sperrgebietsverordnung kämpfen und unsere Kampagne unter dem Motto führen: „Frauen gegen Doppelmoral“, wenn wir in unserer Haushaltsrede mit einem Zitat aus dem klassischen Kochbuch von Davidis über sparsame Haushaltsführung beginnen oder wenn wir Anträge stellen zur finanziellen Förderung von Frauenprojekten in der Stadt. Wir machen feministische Politik auch dann, wenn wir immer wieder die männlichen Sprachformen kritisieren und beispielsweise den Begriff „Milchmädchenrechnung“, ein Lieblingsbegriff männlicher Parlamentarier, zurückweisen. Über diese Politik wollen wir in unserem Beitrag auch ganz konkret berichten: Feministische Politik im traditionellen Politikbereich eines Parlamentes, wie wir sie verstehen, soll Frauen in ihren vielfältigen Arbeits- und Lebensformen ins Blickfeld der Öffentlichkeit rücken, sie sollen zu einem zentralen Thema der politischen Öffentlichkeit in Frankfurt werden. Die Schwierigkeiten für unsere feministische Politik ergeben sich allerdings dann, wenn wir die Verbesserung der Lebensverhältnisse von Frauen auf ihrem Weg zu mehr Autonomie auf der Ebene von Maßnahmen, städtischen Verordnungen u.ä., konkretisieren müssen, die von einer Verwaltung umsetzbar sind. Worauf soll es eigentlich hinauslaufen, bzw. was für eine Art städtischer Welt, städtischer Gesellschaft wollen wir eigentlich? Bis vor kurzem haben wir in unseren Diskussionen dieses Problem so gelöst, daß wir von unseren feministischen Utopien gesprochen haben, wobei weitgehend offen blieb, was wir uns genau darunter vorstellen, sind doch die Lebensentwürfe und der Alltag von Frauen so verschieden wie die Erklärungen und Interpretationen, die sie dafür finden. Wir haben uns auf unsere Wünsche für eine ferne Zukunft zurückgezogen, die wir dann irgendwie abstrakt gefüllt haben mit Begriffen wie „keine patriarchale Herrschaft mehr“, „Beseitigung der geschlechtlichen Arbeitsteilung“, aber auch „qualitative Veränderung der bezahlten Arbeit“, „Existenzsicherung für Frauen“, „Abschaffung von Technopatria“, oder „Würde, Achtung und Sicherheit für Frauen“ – vielfältige Topoi für die noch unerfüllbar scheinende weibliche Sehnsucht. Barbara Holland-Cunz (Holland-Cunz 1986) äußert dazu einige Skepsis. Sie fragt gezielt danach, welchen Weg zu dieser Gesellschaft wir uns eigentlich vorstellen, insbesondere wie wir denn das Patriarchat abschaffen wollen. „Neben den utopischen Konzepten Basisdemokratie, Ganzheitlichkeit, Autonomie verweist die feministische Utopie mit der Thematisierung der Gewaltfrage in solch deutlich ungeklärter Form auf noch völlig offene Fragen des Feminismus“ (Holland-Cunz 1986, S. 97). Tatsächlich können wir uns den Prozeß der Überwindung des Patriarchats kaum vorstellen, allenfalls in Zeiten von großer Wut und Ohnmacht in den gewalttätigen Formen Christa Reinigs oder D'Eubonnes. Wir geraten vielmehr in die Gefahr, die „konkreten Strategievorschläge, die sich auf kurzfristige Perspektiven beziehen“ (Holland-Cunz 1986, S. 61) bereits für das Ganze zu halten und vehement zu verteidigen. Barbara Holland-Cunz fordert, „feministisches Netzwerk, Gebärstreik, organisierten Widerstand, Formen anarchistischer Organisation etc. auf der Ebene des utopischen Entwurfs zu disku-

tieren“ (Holland-Cunz 1986, S. 98), doch der ist noch zu erarbeiten. Bisher erschöpfen sich unsere Wünsche auch meist nur darin zu formulieren, was wir nicht wollen und uns gegen Zustände zu wehren, die wir als ungerecht, diskriminierend und benachteiligend empfinden.

Außerdem können wir nicht länger die Augen davor verschließen, daß Frauen nicht nur die Opfer ihrer Lebensverhältnisse oder dem Patriarchat hilflos ausgeliefert sind. Frauen gestalten diese Verhältnisse mit, indem sie auf die Männer setzen, sich selbst über Männer definieren. Keine Frau in Mitteleuropa wird beispielsweise gezwungen, sich wegen ihrer Kinderlosigkeit den Reproduktionstechnologien auszuliefern. Die Frauen entscheiden sich auch selbst, ob sie diesen Schritt tun, sicher weil sie unter dem Druck der gesellschaftlichen Norm meinen, ein Kind haben zu müssen – aber diesem Druck können sich andere Frauen auch entziehen, weil es alternative Lebensentwürfe von Frauen gibt, die gelebt werden und die nicht mit Verfolgung geahndet werden, wenn sie auch häufig sozial diskriminiert werden. Wir wissen, daß viele Frauen ihr Leben, das wir in unserem Verständnis von Autonomie und Selbstbewußtsein als entmündigt und abhängig beschreiben würden, als selbstbestimmt und erfüllt begreifen, weil auch sie für sich in Anspruch nehmen, daß sie sich dafür aus eigenem Willen entschieden haben. Erst in persönlichen Krisen kann das Bild von dieser Frauenwelt der Normalität ins Wanken geraten. Christina Thürmer Rohr hat das Thema sehr pessimistisch aufgegriffen, Frauen haben in dieser Gesellschaft den Mann „als Wertträger, Wersetzer“ akzeptiert und geraten ins Schleudern, wenn sie ihn nun nach der fast vollendeten Zerstörung der Welt in dieser Funktion aufgeben müssen. „Frauen geraten in die Leere. Das bedeutet allerdings nicht, aß sie zuvor ‚im Vollen‘ waren. Denn der Mann als Wert-Setzer setzt Ich-Leerräume der Frau voraus, die sie ihm bereithält zur Füllung.“ (Thürmer-Rohr 1986) Uta Enders-Dragässer bezeichnet diese Leere als Verlust und führt das auf die „nachhaltige“ Zerstörung der „matriarchalen Grundlagen unserer abendländischen“ Kultur zurück, die „einen jahrhundertelangen Höhepunkt in der Hexenverfolgung hatte“ (Enders-Pragässer 1986). Also keine feministischen Wege (das Wort Strategien ist militärisch, dennoch eines der Lieblingsworte in der Frauenbewegung), statt dessen Leere im Kopf oder Verlust unserer kulturellen Grundlagen – reduziert sich unsere feministische Politik im parlamentarischen Raum daher auch ganz auf den Kampf um die Gleichstellung oder um Projektfinanzierung?

Vor diesem Hintergrund scheint – so die zentrale Kritik „radikaler“ Feministinnen häufig – feministische Politik in patriarchalen Strukturen vom Ansatz her schon zum Scheitern verurteilt. Oder – wie die Kritik auch formuliert wird – all das, was feministische Politikerinnen in diesen Strukturen alltäglicher arbeiten und evtl. auch durchsetzen, ist nicht feministisch genug, weil es an das patriarchale System angepaßt ist – sonst hätte es halt keine Mehrheit gefunden. Diese auch quantitativ begründete Kritik kann nicht so leicht widerlegt werden, denn schließlich sind die Frauen in den Parlamenten tatsächlich eine Minderheit, Beschlüsse kommen also immer nur mit der männlichen Mehrheit zustande – und welcher Mann sägt schließlich an dem Ast, auf dem er sitzt? Dennoch behaupten wir, daß wir im Stadtparlament feministische Politik machen, daß wir konkrete Ansätze feministischer Politik formulieren und realisieren und uns als Feministinnen eingebunden in patriarchale Strukturen – von 93 Stadtverordneten in Frankfurt sind nur 22 weiblich – behaupten und qualifizieren.

Was bezeichnen wir dabei eigentlich als Politik? Die Frage scheint in diesem Zusammenhang neu klärungsbedürftig. In vielen Diskussionen mit anderen Frauen beobachten wir zur Zeit einen Trend, mit dem Begriff „Politik“ wieder das zu fassen, was uns herkömmlicherweise als solche verkauft wird: parlamentarische Arbeit, Parteipolitik und Regierung. Ist das ein Rückschritt? Die Frauenbewegung ist mal mit dem Slogan angetreten „Das Private ist politisch“. Dieser Slogan war durchaus revolutionär, ermöglichte er uns doch unsere Existenzprobleme inner-

halb der als patriarchal definierten Gesellschaft nicht als individuelles Versagen sondern als kollektive Unterdrückung zu begreifen und zu fühlen – und damit als kollektiv und individuell veränderbare Strukturen innerhalb und außerhalb von uns selbst. Inzwischen scheint es wieder wie ehedem. Das Private bleibt privat – die Auseinandersetzungen mit Männern auf der Ebene der privaten Beziehungen in ihrer politischen Dimension ist kein Thema mehr – der quotierte Zugang zur öffentlichen Macht, das ob und wenn ja, das wie und wann sind die Fragen der Frauenbewegung.

Wir halten demgegenüber an der Auffassung fest, daß der Vielfalt an durch die neue Frauenbewegung aufgeworfenen Fragestellungen und Forderungen auch eine Vielfalt von Handlungsebenen feministischer Politik entspricht, die jeweils unterschiedliche Wege erfordern. Bei Aktionen auf der Straße haben wir beispielsweise andere Möglichkeiten und Hindernisse als beim täglichern „Privatkampf" mit dem Partner (falls vorhanden) um die Haus- und Familienarbeit oder in den Strukturen der Universität – oder in anderen institutionellen Hierarchien – bei der Durchsetzung feministischer Forderungen. Das Parlament ist für uns *eine* Handlungsebene, die wir jetzt zusätzlich ausprobieren, um den Einflußbereich feministischer Politik zu verbreitern und öffentlich zu machen.

Was bezeichnen wir nun als feministische Politik im Parlament, vielmehr woran orientieren wir uns im kommunalpolitischen Alltag, in dem Fragen aufgeworfen werden, Probleme zur Bearbeitung anstehen, die in der feministischen Diskussion so konkret bisher nicht vorgekommen sind.

Eine erste Antwort auf diese Frage ist, daß wir versuchen, alle unsere Aufgaben im Parlament mit einem feministischen Blick zu sehen, einem Blick, der ausgeht von den weiblichen Lebensverhältnissen und Erfahrungen, dem privaten und öffentlichen Leben von Frauen, einem Blick, den wir in der neuen Frauenbewegung erst haben lernen müssen. Das bedeutet, insbesondere die traditionellen männlichen Politikbereiche, z.B. die Finanzpolitik oder Verkehrspolitik, mit dem feministischen Erkenntnisinteresse aufzudröseln und genauer herauszufinden, was die jeweiligen Maßnahmen oder Entscheidungen gerade für Frauen bedeuten. Wir werden das am Beispiel der städtischen Planung einer „schienenfreien Innenstadt", der vorgesehenen Herausnahme der Straßenbahn aus der Frankfurter Innenstadt noch genauer beschreiben. In diesem Zusammenhang geht es auch immer darum, sich aus der Argumentation des Sachzwanges zu lösen und die Verantwortlichen auch als Personen zu benennen. Wir lernen sie dabei kennen und uns gegen sie zu wehren, müssen uns nicht mehr *nur* unter dem Zwang eines übermächtigen, undurchschaubaren „Systems" fühlen, sondern sehen die Verantwortlichen als konkret handelnde Männer. Hier ist die kommunale Frauengruppe ein wichtiger Ort der Auseinandersetzung und Arbeit an diesen Themen, zugleich aber auch der zentrale Ort unserer emotionalen und politischen Unterstützung. In der Regel sind es Gruppenergebnisse, die wir dann öffentlich vertreten.

Feministische Politik heißt für uns auch, daß wir immer gegen die patriarchale Spaltung von Frauen angehen. Am Beispiel einer für die Stadt diskutierten Sperrgebietsverordnung, der städtischen Reglementierung von Prostitution bedeutete das, daß wir uns nicht dem Motto der SPD „keine Prostitution in die Wohngebiete" angeschlossen haben und damit der Spaltung zwischen den „guten" Ehefrauen und den „schlechten" Prostituierten, sondern daß wir uns gegen jegliche Reglementierung der Prostitution ausgesprochen und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die soziale Absicherung der in der Prostitution tätigen Frauen gefordert haben.

Die patriarchale Spaltung zwischen Frauen innerparlamentarisch anzugehen, d.h. zu einer partiellen Zusammenarbeit mit den Frauen aus den anderen Fraktionen zu kommen, ist uns bisher noch nicht gelungen. Nachdem alle Parteien die „Frauenfrage besetzt" haben, bestehen eher Konkurrenzverhältnisse zwischen uns Frauen. Zudem unterscheiden sich unsere Forderungen oder Beiträge in der Re-

gel von denen der Frauen aus anderen Parteien in ihrer Radikalität. Als Beispiel sei hier die alte ASF Forderung nach kommunalen Frauenbüros angeführt. Auf den für uns nicht akzeptablen Antrag der SPD reagierten wir mit einem Ergänzungsantrag, der eine Ausweitung der Kompetenzen und der personellen Besetzung forderte. Mit den SPD-Frauen konnten wir uns dann auf einen Kompromiß einigen. Die CDU-Frauen verteidigten hingegen die als „Neuland" (von der CDU-Mehrheit) gepriesene Einrichtung einer „Ein-Frau-Gleichstellungsstelle", deren Kompetenzen sich in denen einer Ombudsfrau der Stadtverwaltung erschöpfen. Darüberhinaus gab es bisher allerdings noch keinen Versuch von den Parteifrauen aus SPD oder CDU, mit uns einen Kompromiß zu erarbeiten.

Feministische Politik bedeutet für uns, nicht stellvertretend für andere Interessen zu formulieren, sondern anderen Frauen in der Stadt Raum zu geben und sie zu ermutigen, auch im parlamentarischen Raum ihre Forderungen selbst vorzutragen und zu begründen. Konkret heißt das z.B., daß wir immer wieder für Ausschußsitzungen Rederecht für Fraueninitiativen und -projekte beantragen, das von der CDU-Mehrheit allerdings regelmäßig zurückgewiesen wird. Häufig begründen dann die wenigen weiblichen Stadtverordneten der CDU die Ablehnung unseres Antrages, z.B. indem sie auf die fehlende Repräsentativität unserer Frauengruppe verweisen, erledigen also eigentlich das Geschäft für die Männer. Feministisch Politik zu machen, heißt für uns auch, jede Gelegenheit für öffentliche Stellungnahmen zu nutzen, an Diskussionen teilzunehmen, zu denen wir als Stadtverordnete eingeladen werden, unseren Status einzusetzen, Frauen in das öffentliche Gespräch zu bringen und dabei selbst zu lernen, öffentlich zu agieren und verständlich zu argumentieren.

Feministische Politik heißt für uns nicht, die Frauenprojekte und -initiativen, die Frauenbewegung in Frankfurt zu organisieren, obwohl unsere Fraktionsgeschäftsstelle häufig schon Anlaufstelle für verschiedene Aktivitäten war. Wir müssen vielmehr von dieser Bewegung gestützt und getragen werden und können nur das ins Parlament vermitteln, was in der Stadt gelebt wird. Aber von der Beschäftigung mit den parzellierten Alltagsfragen des städtischen Lebens, wie sie in der Kommunalpolitik bearbeitet werden müssen, den „Niederungen des Konkreten", können Impulse ausgehen zu einer ganzheitlichen Beantwortung der Frage, was für eine Stadt, was für ein Leben wir uns eigentlich wünschen.

Wir wollen das, was wir bisher als feministische Kommunalpolitik abstrakt beschrieben haben, an ein paar Beispielen verdeutlichen. Zum besseren Verständnis sollen einige kurze Anmerkungen zu den Rahmenbedingungen unserer Parlamentsarbeit dienen.

Wir sitzen in der Stadtverordnetenversammlung als autonome Frauen, das bedeutet in Frankfurt, nicht Mitfrau in der Partei zu sein, aber eingebunden in die Fraktion der GRÜNEN, über deren Liste wir gewählt wurden. Die parlamentarische Arbeit im Frankfurter Römer ist ähnlich strukturiert wie die Arbeit im Bundestag. Unsere Stadtregierung, der Magistrat, der vom Oberbürgermeister geführt wird, muß sich vor der Stadtverordnetenversammlung verantworten und von ihr Handlungsaufträge, die sich selbstverständlich im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen bewegen müssen, entgegennehmen. Im Unterschied zu Bundes- und Landtagsabgeordneten, die für ihre parlamentarische Arbeit von ihrer Berufsarbeit freigestellt sind und entlohnt werden, ist das Mandat in der Stadtverordnetenversammlung ehrenamtlich, nach Feierabend zu erledigen. Sitzungen fangen daher in der Regel erst nach 16.00 Uhr an, Stadtverordnetenversammlungen enden häufig weit nach Mitternacht. Weil aber bei dieser zeitlichen Arbeitsorganisation der Magistrat kaum zu kontrollieren wäre – die Verwaltung arbeitet schließlich nur tagsüber – hat jede Fraktion ein Fraktionsbüro, in dem hauptamtlich angestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die politische Arbeit organisieren.

Um uns in unserer Funktion auszuweisen – Elke Kiltz ist Fraktionsassistentin, angestellt zu einem GRÜNEN Einheits-Niedriglohn bei maximalen Arbeitstag, Bri-

gitte Sellach ist Stadtverordnete nach Feierabend, die zweite Stadtverordnete ist Margarethe Nimsch. Beide zusammen sind zuständig für vier Fachausschüsse bzw. deren Themenbereiche: Personal und Organisation, Jugend und Soziales, Haupt- und Finanzausschuß und Gesundheit.
Die Mehrheitsverhältnisse in Frankfurt sind bekannt. Bei den letzten Kommunalwahlen im März 1985 konnte die CDU nur knapp ihre absolute Mehrheit (48 Stadtverordnete, davon 9 weiblich) halten. SPD (37 Stadtverordnete, davon 8 weiblich),und GRÜNE (8 Stadtverordnete, davon 5 weiblich) sind in der Opposition. Damit sind von vornherein fast alle guten Ideen und Ansätze feministischer Politik, die wir ins parlamentarische Geschäft einbringen, zum Scheitern verurteilt und können bestenfalls durch die Medien (auch deren patriarchalische Struktur ist bekannt) Aufmerksamkeit in der städtischen Öffentlichkeit erringen.
Wir stellen nun an einigen Beispielen dar, wie wir versuchen, unseren feministischen Anspruch in diesen patriarchalischen Strukturen einzulösen und wie wir versuchen, die Grenzen zwischen „Drinnen im Parlament" und „Außerhalb des Parlaments" durchlässiger zu machen – vor allem für Frauen.

Beispiel 1: Was hat der öffentliche Personennahverkehr mit Hausarbeit zu tun?

In Frankfurt wird seit einigen Jahren der Plan des Magistrats, die Innenstadt von der Straßenbahn zu „befreien" und damit die Benutzung der im Vergleich zum Netz der Straßenbahn nur unzureichend ausgebauten U-Bahn-Linien zu erzwingen, heftig diskutiert. Die Pläne sind auf großen Unmut der Bevölkerung gestoßen. Die Aktionsgemeinschaft „Rettet die Straßenbahn" hat inzwischen ein Bürger/innen Begehren durchgeführt und mehr als 60.000 Unterschriften gesammelt, so daß die Stadtverordnetenversammlung das Konzept der „schienenfreien Innenstadt" noch einmal diskutieren mußte, obwohl die Entscheidung bereits getroffen war.
Wir haben zusammen mit der kommunalen Frauengruppe untersucht, was diese Entscheidung für die Frauen in Frankfurt bedeutet. Die wichtigsten Anregungen lieferte uns die mit dem Elisabeth-Selbert-Preis ausgezeichnete Diplomarbeit von Angelika Buschkühl (1986), die die Mobilität von Frauen im Kontext der geschlechtlichen Arbeitsteilung untersucht hat. Die verkehrsplanenden Männer, insbesondere in den Führungspositionen fahren in der Regel Pkw und entwickeln aus dieser Erfahrung Mobilitätskriterien für die Verkehrsplanung, die der Lebensrealität von Frauen völlig unangemessen sind. Männliches Verkehrsverhalten ist auf schlichte Hin- und Wegfahrwege von Erwerbstätigen zur Arbeitsstelle fixiert, nicht auf eine Kombination von Wegen kreuz und quer durch die Stadt, mit denen Frauen ihre Aufgaben in der Haus- und Familienarbeit, Erwerbsarbeit und im ehrenamtlichen Engagement miteinander verknüpfen.
Wir wollen die Argumentation hier im einzelnen nicht nachzeichnen, vielmehr der Frage nachgehen, ob und wie diese Argumente Eingang in die öffentliche Diskussion gefunden haben.
Wir haben uns gemeinsam mit der kommunalen Frauengruppe an einer Initiative „Frauen fahren Straßenbahn" beteiligt. Bei einer Fahrgastzählung, die die Aktionsgemeinschaft organisiert hat, haben wir die geschlechtsspezifische Zählung durchgesetzt, die unsere Thesen eindrucksvoll bestätigte: mehr Frauen als Männer in den Straßenbahnen, sehr viel ältere Frauen vor allem, kaum Frauen in der parallel verkehrenden U-Bahn nach Einbruch der Dunkelheit. Gemeinsam mit der Fraueninitiative beteiligten wir uns an der Zählung, an Unterschriftenaktionen, Infoständen usw. Im Parlament stellten wir den Antrag, daß die Stadt weitere Zählungen durchführen und eine Kurzstudie zum Verkehrsverhalten der Frankfurterinnen erarbeiten solle, um zum erstenmal gezielt Daten für eine frau-

enfreundliche Verkehrsplanung zu ermitteln. Im Verkehrsausschuß, in dem dieser Antrag beraten wurde, beantragten wir Rederecht für die Frauen aus der Initiative, außerdem für Vertreterinnen der Grauen Panther. Nach der hessischen Gemeindeordnung können besonders betroffene Bevölkerungsgruppen angehört werden. Beides, Rederecht und unser Antrag, wurde – wie erwartet – von der CDU-Mehrheit abgelehnt, mit der Begründung, daß neue Informationen nicht zu erwarten seien. Dem Ausschuß gehören in der Regel außer einer Frau aus der SPD-Fraktion nur Männer an. Für diese Sitzung hatte die CDU ebenfalls noch eine Frau aufgeboten. Die Argumente der Initiative und unsere ergänzende Darstellung mußten die Herren im Ausschuß dennoch anhören – vorgetragen von der autonomen Stadtverordneten. Sie waren am nächsten Tag ausführlich zusammengefaßt in den drei Frankfurter Tageszeitungen nachzulesen. Auch die Stadtverordnetenversammlung nutzten wir als Gelegenheit, um in einer Rede auf den Zusammenhang von Hausarbeit und öffentlichem Personennahverkehr ausführlich einzugehen.
Wir greifen außer den obligatorischen, immer eher sozialpolitischen Frauenthemen, wie z.B. Gewalt gegen Frauen, zunehmend auch andere aktuelle Themen auf und bearbeiten sie feministisch. Der Zusammenhang zwischen geschlechtlicher Arbeitsteilung und der Mobilität von Frauen in ihrer Relevanz für den öffentlichen Personennahverkehr wäre ohne unsere Auseinandersetzung nicht in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Das bedeutet auch, daß feministische Erkenntnisse, die bisher nur in einer kleinen, zumeist universitären Öffentlichkeit Aufmerksamkeit gefunden haben, eine größere Publizität erhalten. Wissenschaftliche Erkenntnisse aus feministischer Sicht nutzten uns hingegen wenig, wenn wir sie nicht dorthin vermitteln, wo sie als Entscheidungsfaktoren angeführt werden können. Hinzu kommt, daß wir selbst uns vermutlich nicht so differenziert mit dem Thema beschäftigt und so viel neues dabei gelernt hätten, wenn wir nicht über unsere Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung zu einer konkreten Stellungnahme herausgefordert worden wären. Die Zusammenarbeit mit Frauen außerhalb des Parlamentes war bei diesem Thema geradezu ideal. Wir wissen, daß die parlamentarische Arbeit von dem lebt, was sich außerparlamentarisch bewegt, und versuchen deshalb, zu einer engen Zusammenarbeit mit Initiativen, Projekten und einzelnen Fachfrauen zu kommen und ihren Argumenten in Ausschuß- und Plenarsitzungen Raum zu verschaffen.

Beispiel 2: Wir lassen uns nicht spalten in die anständigen Ehefrauen/Freundinnen und die unanständigen Huren

In Frankfurt wird seit ca. 3 Jahren über die Einführung einer neuen Sperrgebietsverordnung – nachdem die bis dahin gültige 1979 vom Regierungspräsidenten außer Kraft gesetzt wurde – diskutiert. Eine Sperrgebietsverordnung bedeutet die strenge Reglementierung von Prostitution in einer Stadt in dem Sinne, daß in bestimmten Gebieten – in den Toleranzzonen – Prostitution stattfinden kann, in anderen – in den Sperrgebieten – nicht. Das Ausweisen von Toleranzzonen wird erst in dem Moment notwendig, wenn „zum Schutz der Jugend und des öffentlichen Anstandes" der Großteil einer Stadt zum Sperrgebiet erklärt wird, weil dem Bedürfnis der männlichen Nachfrager nach käuflicher Sexualität laut Verordnung auf ca. 10% der Stadtfläche Rechnung getragen werden muß. Der erste Entwurf einer neuen Sperrgebietsverordnung des Magistrats für Frankfurt wurde 1984 verabschiedet und mußte auf Einspruch des Regierungspräsidenten überarbeitet werden. Im August dieses Jahres stand die Verabschiedung des überarbeiteten Entwurfs durch die Stadtverordnetenversammlung an. Der jetzt verabschiedete Entwurf – zur Verdeutlichung soll er erklärt werden – teilt die Stadt Frankfurt in drei Zonen ein:

1. *absolutes Sperrgebiet* – hier ist jede Form von Prostitution, d.h. auch die sogenannte graue oder unsichtbare Prostitution, die Wohnungsprostitution nämlich, untersagt. Das Gebiet umfaßt außer dem Touristenviertel Sachsenhausen auch das Bahnhofsviertel, in dem zur Zeit ein Großteil des in Frankfurt stattfindenden Prostitutionsgeschäftes abgewickelt wird. Es ist schwer vorstellbar, wie die Stadt Frankfurt hier das Verbot jeglicher Prostitution durchsetzen will ohne einer Blockwartsmentalität („die junge Frau im dritten Stock hat soviel Herrenbesuch, können Sie da nicht mal nachsehen") Vorschub zu leisten oder die Gesundheitsdaten der Prostituierten zur Durchsetzung zu nutzen, was datenschutzrechtliche Bedenken aufwirft.
2. *eingeschränktes Sperrgebiet* – hier ist die sichtbare Prostitution, beispielsweise Straßenstrich und Bordellprostitution verboten, während die unsichtbare Prostitution geduldet wird. Bei diesem Gebiet handelt es sich um den größten Teil des Stadtgebiets.
3. *Toleranzzonen* – dabei handelt es sich um sieben unterschiedlich große Gebiete, in denen jede Form von Prostitution erlaubt ist. Eine dieser Zonen eignet sich hervorragend für eine Bordellstraße analog der Herbertstraße in Hamburg, die restlichen Zonen sind nur sehr eingeschränkt für den ausgewiesenen Zweck zu nutzen, weil es sich zum größten Teil um Gleis- und Hafenanlagen oder um sehr abgelegene menschenleere Gegenden handelt.
Es fiel uns nicht leicht, zusammen mit der Kommunalgruppe einen feministischen Standpunkt zu diesem Entwurf zu erarbeiten. Die Beschäftigung mit dem Thema Prostitution ist emotionsgeladen, berührt die eigene Sexualität, die moralischen Vorurteile – und offenbarte uns in kürzester Zeit unsere Unkenntnis über die Lebensrealität der Frauen, die in der Prostitution arbeiten. Durch intensive Diskussionen mit den HWG-Frauen („Huren wehren sich gemeinsam" nennt sich der Verein, den die Frankfurter Prostituiertenselbsthilfegruppe gegründet hat) und in der Kommunalgruppe und durch Beschäftigung mit Literatur über die Hamburger und Berliner Erfahrungen mit und ohne Sperrgebietsverordnung konnten wir eine klare Haltung zum gesellschaftlichen Phänomen Prostitution erarbeiten und eine eindeutige Ablehnung jeglicher Art von Sperrgebietsverordnung formulieren:
Wenn eine Gesellschaft meint, nicht ohne käufliche Sexualität auskommen zu können, kann dies nicht einseitig zu Lasten der beteiligten Frauen geschehen. Damit wenden wir uns gegen die patriarchale Doppelmoral, die die Grundlage für diese Ungleichbehandlung ist.
– Frauen, die in der Prostitution tätig sind, unterliegen einer gesundheitlichen Kontrolle. Männer, die die Dienstleistungen dieser Frauen in Anspruch nehmen, unterliegen dieser Kontrolle nicht und weigern sich in der Regel zudem noch, die einfachsten Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Frauen und auch der eigenen Gesundheit (z.B. Benutzung von Präservativen) zu ergreifen.
– Frauen, die in der Prostitution arbeiten, sind von der normalen sozialen Absicherung wie Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung ausgeschlossen, weil ihre Tätigkeit mit dem Argument der Sittenwidrigkeit nicht als Beruf oder Gewerbe gilt (es sei denn, es handelt sich um eine Ausländerin, bei der das „Gewerbe Prostitution" als Abschiebungsgrund gebraucht werden kann). Dagegen ist uns kein Fall bekannt, in dem ein Mann aufgrund seiner Zuhältertätigkeit, seines Bordellbesitzes oder seiner Prostituiertenbesuche aus dem sozialen Versicherungsnetz ausgeschlossen wurde.
– Das Angebot von käuflicher Sexualität gilt als sittenwidrig, unmoralisch etc., während der Kauf bzw. die Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen als legitimes Bedürfnis weder als sittenwidrig noch als unmoralisch bewertet wird. Dies geht eindeutig aus der Rechtsprechung im Vertragsrecht hervor: Eine um ihren Lohn betrogene Prostituierte kann diesen nicht einklagen, während ein Freier durchaus bezahlte sexuelle Dienstleistungen einklagen kann.
Diese Beispiele, die auch ohne Sperrgebietsverordnungen die Arbeitsbedingun-

Prostitutionsdemonstration, Frankfurt (Foto: Ursula Hillmann)

gen von in der Prostitution tätigen Frauen menschenunwürdig erscheinen lassen, mögen genügen. Es gibt unzählige andere.
Die Etablierung von Sperrbezirken und Toleranzzonen hat weitgehende Übergriffsmöglichkeiten von seiten der Zuhälter, Bordellbesitzer sowie der Polizeibehörden zur Folge. Die Abhängigkeit der Frauen von Zuhältern und Bordellbesitzern in abgegrenzten überschaubaren kleinen Randgebieten nimmt zu, weil die Konkurrenz unter den Frauen und den an ihnen verdienenden Männern größer wird und die Kontrollmöglichkeiten der Zuhälterorganisationen und Bordellbetreiber erleichtert werden. Hamburger Erfahrungen belegen überdies, daß durch rigide Sperrgebietsregelungen die Ausstiegsmöglichkeiten der Frauen, die aus der Prostitution aussteigen wollen, erschwert werden.
Da wir bei den bestehenden Mehrheitsverhältnissen davon ausgehen konnten, daß die Sperrgebietsverordnung – die im übrigen nur das moraline Deckmäntelchen für stadtplanerische Interessen, die Säuberung des Frankfurter Bahnhofsviertels für den internationalen Handel und für Banken ist – mit den Stimmen der CDU-Mehrheit verabschiedet würde, haben wir auf parlamentarischer Ebene einen Antrag formuliert, der unabhängig von der Sperrgebietsverordnung die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der in der Prostitution tätigen Frauen zum Inhalt hat. Zudem haben wir nachgefragt, wie denn der Magistrat die Sperrgebietsverordnung durchsetzen will. Beides, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Prostituierten sowie die Maßnahmen, mit denen die geplante Sperrgebietsverordnung durchgesetzt werden soll, waren bisher in der öffentlichen Debatte um die Sperrgebietsverordnung nie Thema.
Die Behandlung des Antrags steht noch aus, genauso der Bericht des Magistrats auf die Anfrage. Gemeinsam mit der Frankfurter Frauenzeitung, dem „Frauenblatt", die sich seit Jahren regelmäßig mit dem Thema Prostitution und Leben im Bahnhofsviertel beschäftigt, haben wir eine Veranstaltung organisiert, bei der Prostituierte aus Berlin, Hamburg und Frankfurt über ihre Arbeitsbedingungen berichteten und eine Diskussion über Prostitution und Sperrgebietsverordnung unter Frankfurterinnen in Gang kam.
Auch bei diesem Thema haben wir im zuständigen Ausschuß Rederecht für Vertreterinnen der HWG-Gruppe beantragt. Wie erwartet, wurde der Antrag wieder abgelehnt und wir mußten deren Argumente selbst vortragen. In der darauffolgenden Debatte im Stadtparlament haben wir ausführlich die Situation der betroffenen Frauen thematisiert und uns scharf und eindeutig gegen die patriarchale Doppelmoral ausgesprochen, die zu der einseitigen Diskriminierung der Frauen in der Prostitution führt. Am Tage der Plenardebatte strahlte das hessische Regionalfernsehen in der aktuellen Hessenschau einen Bericht zur Sperrgebietsverordnung aus, in dem unsere kategorische Ablehnung jeglicher Regelmentierung der Prostitution und unsere Veranstaltung einen Schwerpunkt bildeten. Beispielhaft war hier die Zusammenarbeit zwischen den Frauen in ihren verschiedenen Bereichen innerhalb und außerhalb des Parlaments bis hin zu den Medien. Häufig gelingt es uns nur schwer, daß über unsere Minderheitenposition auch verständlich für die Öffentlichkeit berichtet wird, weil die Medien den GRÜNEN allgemein und uns im besonderen weniger Raum für kritische Meinungen geben als den Altparteien, die sich als „Volksparteien" verkaufen müssen.

Beispiel 3: Vom Haushalt verstehen Frauen etwas

Der Haushaltsplan in Frankfurt, der jedes Jahr von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet werden muß, ist ein 1500-seitiges Druckwerk, in dem minutiös bis in 100,– DM-Beträge aufgeschlüsselt die städtischen Einnahmen und Ausgaben in Milliardenhöhe (1986 4.1 Milliarden DM) verzeichnet sind. Was in

dem Plan nicht aufgenommen wird, kann nicht ausgegeben werden, die Beträge selbst sind mit genauer Zweckbestimmung versehen, z.B. Ersatz für 10 Diktiergeräte, was allerdings nicht allzuviel besagt.
Ein feministischer Blick in den Haushaltsplan fiel erst einmal schwer. Auf Anhieb erschloß sich nur Offenkundiges, daß z.B. eine Vielzahl von kleinen Vereinen, Kleintierzüchter, „Verein historische Eisenbahn", „Dampfbahn Rhein-Main e.V.", Kleingartenverein u.a., von denen wir wissen, daß sie männlichen Hobbies dienen, regelmäßig städtische Zuschüsse erhalten, während Vereine, die von Frauen für Frauen gegründet wurden, z.B. Frauen helfen Frauen e.V. (Träger des autonomen Frauenhauses) im Haushaltsplan nicht vorkommen. Eine weitergehende Analyse erbrachte, daß Ausgaben, auch wenn sie geschlechtsunspezifisch ausgewiesen sind, doch Frauen und Männer auf ganz verschiedene Weise betreffen. Sozialhilfeleistungen als Hilfe zum Lebensunterhalt z.B. erhalten Frauen mehr als Männer, weil Frauen ärmer sind, Jugendhilfeausgaben für die offene Jugendarbeit wiederum kommt eher Jungen als Mädchen zugute, weil Jugendarbeit heute noch vorwiegend Jungenarbeit ist. Ausgaben zur Stärkung des Individualverkehrs in Frankfurt – Ausbau von Straßen u.ä. – dienen eher Männern, weil sie häufiger Autos besitzen und benutzen als Frauen usw. usw. Wir müssen die abstrakten Geldbeträge mit ihren in dürren Worten ausgedrückten Zweckbestimmungen im Kontext der geschlechtlichen Arbeitsteilung interpretieren und finden dann, daß sich das, was wir für die geschlechtsspezifischen Unterschiede in den einzelnen städtischen Lebensbereichen festgestellt haben, auch in dem Zahlenwerk des Haushaltsplanes wiederfindet. Die gewöhnliche Abwertung von Fraueninteressen gegenüber denen der Männer drückt sich aus in der Gewichtung der städtischen Ausgaben – die Förderung des Wirtschaftszentrums Frankfurt mit den vielen versteckten Infrastrukturausgaben hat allemal Vorrang vor sozialen Leistungen zur Verbesserung der Lebensbereiche, für die noch vorwiegend Frauen zuständig sind. Eine weitergehende Erkenntnis erschloß sich uns, als wir uns intensiv mit der Struktur des Haushaltsplanes beschäftigt hatten. Er ist zusammengesetzt aus zwei Teilen, dem Verwaltungshaushalt und dem Vermögenshaushalt. Im Verwaltungshaushalt sind die konsumtiven Ausgaben zusammengefaßt, all das, was verzehrt wird, ohne daß ein Gegenwert gebildet wird, z.B. Personalkosten, Sozialhilfeleistungen, Büromaterialien u.a. Im Vermögenshaushalt sind die investiven Kosten enthalten, die das Vermögen der Stadt erweitern, also Ausgaben für Gebäude, Straßen, Sportstätten usw. Während nun die konsumtiven Ausgaben nur aus den laufenden Einnahmen bezahlt werden dürfen – entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen – können für Investitionen auch Schulden gemacht werden, schließlich entstehen – nach männlicher Logik – ja nur so Werte.. Das kann bedeuten, daß z.B. ein Kindergarten gebaut werden kann, aber keine Erzieherin beschäftigt oder Spielmaterial angeschafft werden können. D.h. die Arbeit zur Erhaltung und Gestaltung des Lebens gilt nur als konsumtiv nicht als investiv, bildet also prinzipiell kein Vermögen, obwohl sie unsere Zukunft ist, nur die Arbeit, die sich in toten Gegenständen, Gebäuden materialisiert, gilt als wertschaffend. So findet sich auch in der Strukturierung des Haushaltsplanes die geschlechtliche Arbeitsteilung und ihre unterschiedliche gesellschaftliche Bewertung wieder, als Trennung zwischen Produktion und Reproduktion (in den klassischen Kategorien, die Feministinnen schon längst nicht mehr akzeptieren), die sich auf der Erscheinungsebene von Frauenarbeit als bezahlte und unbezahlte Arbeit abbildet.
Darüber hinaus kann der Plan als ein reiner Ausdruck männlichen Technokratieverständnisses genommen werden, nach dem alles Lebendige, alle Bedürfnisse in einer Stadt prinzipiell planbar sind. Da diese absolute Beherrschbarkeit des komplexen städtischen Gemeinwesens in der Wirklichkeit natürlich nie erreicht wird – das wissen die Männer schon auch – haben sie Tricks, mit denen sie die Ausgaben trotz eindeutiger Zweckbestimmung dennoch flexibel halten können. Sie bestim-

men einfach, daß verschiedene Zwecke austauschbar sind, untereinander dekkungsfähig, wobei der Zuschnitt dieser Deckungskreise wieder fast beliebig ist.
Im Haushaltsplan ist die Systematik und Genauigkeit nur eine Fiktion, in Wirklichkeit hat der Kämmerer im Laufe des Jahres einen großen Spielraum in der Verwaltung der städtischen Finanzen. Die männliche Rationalität erweist sich bei genauerem Hinschauen auch auf der Ebene eines städtischen Haushaltsplanes als Schein.

Beispiel 4: Tschernobyl – die Frauen bewältigen den Krisenalltag und die Männer verkünden die politischen Strategien

Es waren mehrheitlich Frauen, die in den Tagen nach dem GAU in Tschernobyl in der Geschäftsstelle der Fraktion anriefen und konkret wissen wollten, was sie ihren Kindern noch zu essen geben könnten, was sie ihnen verbieten müßten etc. – und fragten, welche Aktionen und welche Ansprechpartnerinnen es denn gäbe. Und es waren mehrheitlich Männer, die bei den gemeinsamen Treffen von inner- und außerparlamentarisch tätigen Menschen über den „politischen Umgang" mit der Atomkraftkatastrophe, über Demonstrationstermine und -formen, über Strategien etc. diskutierten.
Es ist schlecht möglich, die männlichen politischen Aktivisten oder überhaupt Männer per Antrag, Presseerklärung, Beschluß etc. dazu zu verdonnern, die berechtigten Ängste der Frauen ernstzunehmen und die Mehrarbeit durch die Strahlenbelastung zu teilen. Es ist allerdings möglich, durch Druck von Frauen öffentlichen Raum zu schaffen für das, was Frauen zu dieser Katastrophe und ihren Folgen zu sagen haben. Wir haben uns angesichts des krassen Mißhältnisses von Frauen und Männern auf den Ebenen „Alltagskrisenbewältigung" und „politisches Krisenmanagement", das bei Tschernobyl nur besonders deutlich wurde, geweigert, zu Demonstrationen und Kundgebungen mitaufzurufen, bei denen nur Redebeiträge von Männern vorgesehen waren und einen Offenen Brief von Frauenprojekten und -initiativen initiiert, der paritätische Redelisten forderte – mit dem Erfolg, daß die darauffolgenden Protestaktionen in Frankfurt und Wiesbaden z.B. auch feministische Analysen der Atomtechnologie und ihrer Folgen enthielten.
Dem Druck, der auf die Veranstalter solcher Aktionen ausgeübt werden muß (z.B. durch Anwesenheit auf vielen Terminen) steht auf der anderen Seite die Suche nach und die Aufforderung an Frauen gegenüber, die diesen mühsam erkämpften öffentlichen Raum dann auch nutzen.
Auch in unseren parlamentarischen Initiativen haben wir darauf gedrungen, daß neben der selbstverständlichen Forderung nach Ausstieg aus der Atomenergie und Abschaltung der Atomkraftwerke die alltägliche Verunsicherung und notwendige Umorganisierung und Mehrarbeit bei Ernährung und Kinderversorgung Thema war.
D.h. es gab selbstverständlich auch einen ganz konkreten Antrag an den Magistrat, ausreichende Informationspolitik – für alle Frankfurterinnen und Frankfurter verständlich, also mehrsprachig – zu betreiben, Meßstellen für Strahlenbelastungen einzurichten, Beratungsstellen für schwangere Frauen und Eltern von Kleinkindern bereitzustellen sowie durch städtische Initiativen wie kostenlose Öffnung von Kultur- und Sporteinrichtungen die Mütter (und Väter) und Betreuungspersonen von Kindergärten und -läden von ihrer Mehrarbeit zu entlasten. In der Plenardebatte zu diesem Thema war unsere Stellungnahme vergleichbar. Der Redebeitrag stand unter dem Motto – wir lassen uns unsere Angst nicht ausreden und wir tun alles, was uns möglich ist, um aus der Atomenergie auszusteigen – auf allen Ebenen.

Ausblick

Feministische Politik ist der Prozeß unseres politischen Handelns selbst und die Entwicklung unserer Autonomie und Solidarität im politischen Alltag. Wenn die Utopie für uns der einzige Maßstab für die Realität unserer Arbeit wäre, müßte diese immer entmutigend sein, weil es immer zu wenig bleiben wird, was wir auch machen. Der andere Maßstab dagegen, der Prozeß, die Art und Weise, wie wir zusammen mit der kommunalen Frauengruppe, den Frauen aus den Projekten und anderen Frauen Wege suchen und entwickeln und uns gemeinsam unterstützen und stärken dabei, läßt Raum für das Wahrnehmen auch kleinerer Veränderungen. Dabei bleiben dann auch die Anstrengungen des Weges sichtbar, verschwinden nicht, wie die Arbeit der „Hausfrau", wenn der Tisch gedeckt ist.
Diese Anstrengungen müssen auch körperlich ausgehalten werden, weil wir zu wenige und daher meist überarbeitet sind. Nicht zu unterschätzen ist der psychische Druck, weil wir als Minderheit ausgegrenzt und z.T. auch persönlich in übler Weise diffamiert werden – nicht nur von den politischen Gegnern. Die intellektuelle Anstrengung und Herausforderung liegen darin, daß wir vieles neu denken und entwickeln müssen. Unser Fraktionsbüro ist inzwischen für feministische Fragen in der Kommunalpolitik zu einer über Frankfurts Grenzen hinaus bekannten Anlaufstelle geworden.

Literatur

BUSCHKÜHL, Angelika: Die tägliche Mobilität von Frauen, in: Forum Wissenschaft, Heft 1, 1986, S. 25–28

ENDERS-DRAGÄSSER, Uta: Leserinnenbrief in der TAZ vom 6.8.86

D'EUBONNE, Françoise: Feminismus oder der Tod, München 1971

HOLLAND-CUNZ, Barbara: Politische Struktur und Machtverhältnisse in der feministischen Utopie, in: Aufbruch in die postpatriarchale Gesellschaft, Reutlingen 1986

REINIG, Christa: Entspannung, Düsseldorf 1976; Der Wolf und die Witwen, München 1979

THÜRMER-ROHR, Christina: Feminismus und Moral, TAZ vom 24.7.86

Barbara Holland-Cunz

Patriarchaler Biozid – feministische (Kultur-)Revolution?

„War, she thought, I'm at war. No more fantasies, no more hopes. War." (Piercy 1983 [1979], S. 338).
„Die Psychologie der politischen Gewalt zu untersuchen, ist nicht nur äußerst schwierig, sondern auch sehr gefährlich. Wenn man solche Taten mit Verständnis behandelt, wird einem sofort vorgeworfen, man verherrliche sie. Wenn man andererseits menschliches Mitgefühl für den Attentäter äußert, läuft man Gefahr, als potentieller Komplize angesehen zu werden. Doch nur Erkenntnis und Mitgefühl können uns der Quelle des menschlichen Leidens näherbringen und den letztendlichen Ausweg daraus weisen." (Goldmann 1977 (1911), S. 79)

Eindrücke im Jahre 1 n.T.

Nach Tschernobyl ist die Welt nicht mehr die gleiche wie zuvor; doch sie hat sich nicht verändert. Explosion und Kernschmelze haben uns zweierlei schmerzlich gelehrt: die patriarchale Weltgeschichte der Lebensvernichtung ist weiter als wir dachten/hofften und die subversive Weltgeschichte gesellschaftlicher Veränderung hat noch nicht einmal richtig begonnen. Während täglich neue Meldungen[1)] über den Fortschritt nekrophiler Wissenschaft und Politik am Frühstückstisch eintreffen, kann die demokratsiche Notstandsübung GAU als gelungen bezeichnet werden: keine Stürmung der unverseuchten EG-Lagerbestände, keine Arbeitsniederlegungen, keine Sabotage an den halbfertig gebauten AKW's, keine Besetzungen der Meßstationen, *noch nicht einmal* kaputte Fensterscheiben bei KWU, RWE und wie sie alle heißen... die erste Bürger/innen/pflicht *Ruhe* haben (wir) alle geradezu vorbildlich erfüllt. Ein paaar Demonstrationen und einige Briefe an die zuständigen Ministerien – bessere Informationen erbittend! – stören die herrschenden Mächtigen nicht, im Gegenteil: sie verdeutlichen denen, daß wir den Glauben an ihre demokratische Untertanenbetreuung noch nicht verloren haben.

Thema: die hoffnungslose Unangemessenheit der Politik an die herrschende Gewalt

Ich möchte eine Diskussion anstiften, die in der Frauenbewegung seit ihrer Abkehr von der Linken/Studentenbewegung nicht mehr geführt wurde. Ich möchte uns dazu provozieren, hitzig und heftig, analytisch genau, über die Frage nachzudenken, ob die aktuelle feministische Politik den herrschenden Gewaltverhältnissen überhaupt (noch) angemessen ist. Ich möchte thematisieren, ob wir uns andere Veränderungsformen als den friedlich-institutionellen Weg vorstellen können und/oder wollen. Ich möchte fragen, ob wir eigentlich eine politische Wahl haben, wenn wir die Massakrierung des Lebens noch aufhalten wollen. Ich gebe zu, keine ausgesprochene Heldin in Gefahrensituationen zu sein. Ich gebe zu, Sicherheits- und Glücksbedürfnisse zu haben, die keinerlei Gewalt implizieren. Ich gebe zu, daß theoretische Überlegungen ungefährlicher sind als ihre praktischen Konsequenzen. Und ich habe nicht die fertigen Antworten parat. Eine allein kann die notwendige Neubestimmung von Taktik und Strategie ohnehin nicht leisten; Analyse und Diskussion werden uns sicher die nächsten Jahre beschäftigen müs-

sen. Doch ich behaupte: die Frauenbewegung besitzt einen reichhaltigen Fundus an politischem Material, das zur Frage einer feministischen *Revolutionierung* der patriarchal verwüsteten Welt wertvolle Anregungen/Ansätze/Analysen, Ideen und Visionen beitragen könnte. Wir müssen heute keineswegs wieder bei Null anfangen.
Auf folgende ausgewählte Quellen werde ich mich beziehen, wohlwissend, daß uns noch weitere zur Verfügung stehen (z.B. die Gewalterfahrungen der Suffragetten; frühere Theoretikerinnen wie Atkinson, Solanas, Firestone...):
– die feministische Utopie, in den optimistischen 70er Jahren meist unter dem abschreckenden Etikett „Science Fiction" publiziert[2]. Anhand dieser literarischen Texte können zwei interessante Aspekte diskutiert werden: erstens die Implikationen umfassender antipatriarchaler Zukunftsbilder, zweitens das in den Romanen explizierte Problem gewaltvoller Revolutionierung des Patriarchats. Utopias Zielvorstellung bestimmt unmittelbar den Charakter des Weges ihrer Realisierung. – Die Relevanz dieser Zukunftsphantasien wurde in der BRD noch nicht ausreichend erkannt (insb. Piercy 1983, LeGuin 1981, Russ 1979, Gearhart 1982, Singer 1983, Wittig 1980, Charnas 1983/84). Für die Systematisierung der utopischen Vision und ihrer fiktiven (Revolutions-)Geschichte beziehe ich mich auf die Ergebnisse meiner eigenen Arbeiten[3].
– die derzeitige feministische Praxis, die durch Hoffnung auf verändernde Machtaneignung über die/in den Institutionen gekennzeichnet ist. Quoten, Frauenlisten bei den Grünen oder wenigstens alternierende Besetzung von Listen, Frauenförderpläne etc. verweisen *implizit* auf einen evolutionären – langen/allmählichen/friedlichen – Weg in eine nach-patriarchale Gesellschaft. Analog der literarischen Spekulation der Utopien erfinde ich hier aus den aktuellen Tendenzen deren geschichtliche Fortschreibung, verlängere ich die Chancen derzeitiger feministischer Politik in eine fiktive Zukunft.

Ausgehend vom utopischen Bild, das eine umfassende Gesellschaftsveränderung voraussetzt, werden zwei mögliche Wege zum imaginären Ziel problematisiert. Das Ziel selbst gilt in diesem Zusammenhang als sinnvoll literarisch vorgegeben[4].
Die literarische und die praxisbezogene spekulative Extrapolation aus den aktuellen herrschenden Verhältnissen thematisieren auf den *ersten* Blick widersprüchliche Wege in eine andere Gesellschaft. Während die Utopie aufgrund ihres Pessimismus (!) *revolutionäre* Historie beschreibt, impliziert die feministische Praxis derzeit einen unhinterfragten *evolutionären* Optimismus. Doch eine hypothetische intuitive futurologische Fortschreibung aktueller politischer Tendenzen kann verdeutlichen, daß letztlich *beide* Wege langfristig auf die potentielle Gewaltförmigkeit gesellschaftlichen Wandels verweisen. Beide Modelle, so gegensätzlich sie an ihrem Ausgangspunkt wirken mögen, täuschen – denkt frau sie bis zuletzt durch – doch nicht darüber hinweg, daß das Patriarchat niemals freiwillig seine Machtpostionen und sein Gewaltmonopol an eine freiheitliche Gesellschaft abtreten wird. Nach Tschernobyl müssen wir zahlreiche Fragen, die bereits abgeklärt schienen, aufs neue stellen und uns erneut mit strategischen Überlegungen, auch im Hinblick auf politische (Gegen-)Gewalt, konfrontieren.

Erste Quelle: feministische Utopie: die Vision

Bei der Analyse feministischer Science Fiction aus den Siebziger Jahren (insbesondere amerikanischer Texte) fallen eine Anzahl Romane auf, die sich von den überkommenen naturwissenschaftlich-technischen Motiven ihres Genres stark unterscheiden. Sie müßten als *social* fiction bezeichnet werden, entwerfen sie doch in erster Linie in einem Gedankenexperiment die politischen / sozialen / ökonomischen / ökologischen Bedingungen und Möglichkeiten einer nichtpatriarchalen

Gesellschaft. Sie knüpfen damit an die jahrhundertealte philosophische Tradition der Utopie an – freilich kritisch, ohne deren sexistische Fehler und Widersprüche zu wiederholen. Die Autorinnen jener utopischen Texte ließen sich – unterschiedlich deutlich – von den Themen und Fragen der Neuen Frauenbewegung zu einem literarischen Gesellschaftsentwurf inspirieren, dessen wesentliche inhaltliche Elemente im folgenden skizziert werden sollen. Er entstammt der idealtypischen Interpretation von 15 Romanen (Bradley 1979, Charnas 1984, Eaubonne 1978, Gearhart 1982, Hall 1984, Lautenschlag 1981 und 1983, LeGuin 1980 und 1981, Lessing 1984, Mitchison 1984, Piercy 1983, Russ 1979, Singer 1983 und Wittig 1980; vergleichbare Motive finden sich auch bei: Bryant o.J., Tiptree 1981, Gilman 1980) und spiegelt deren verallgemeinerbare gesellschaftliche Strukturprinzipien wider, die, trotz vorhandener Abweichungen, zu einem Gesamtbild systematisiert werden können/dürfen. *Idealtypisch* beinhaltet die feministische utopische Konstruktion:

Rätemodell: Utopias politische Struktur sieht eine basisdemokratische Organisation in Räten und Vollversammlungen vor (je nach Größe der Gemeinwesen), die bei jeder/jedem persönliches Engagement und Informiertheit voraussetzt. Piercy 1983 und LeGuin 1981 visualisieren dies am konsequentesten, während die Entwürfe von Mitchison 1984, Eaubonne 1978 und Hall 1984 den selbstformulierten demokratischen Anspruch bildlich nicht einzulösen vermögen.

Insgesamt werden die politischen Bedingungen von Utopias Bewohner/inne/n nicht als zwangsförmig empfunden, entspricht die Struktur doch ihren Bedürfnissen und resultiert aus einem selbst erarbeiteten Organisationsmodell, das aktuell immer wieder modifiziert werden kann/muß (solche Modifikationen stellen meist das Thema der literarischen *Handlung* dar). Bedingt durch die Erzählerperspektive nehmen in den Selbstverwaltungsorganen der Utopien die Frauen einen tatsächlich gleichen oder gar hervorragenden Platz ein. Sie bestimmen, unabhängig von der Zusammensetzung der Kommunen, weitgehend deren politisches Leben.

Subsistenzproduktion: Lebensproduktion und Lebensmittelproduktion[5]: Utopias Ökonomie orientiert sich in erster Linie an den natürlichen Kreisläufen und deren Einhaltung und/oder Heilung von den patriarchal entstandenen Zerstörungen; sie basiert auf genauer Naturerkenntnis, Traditionen ökologischen Landbaus, verwendet alternative Technologien und koppelt diese mit einem entwickelten System der Energieeinsparung. Die kostbaren begrenzten Ressourcen werden zu langlebigen, qualitativ hochwertigen Produkten verarbeitet und möglichst ausgedehnt wiederverwertet/recycled. Die Produktion des Lebens selbst wird als gesellschaftlich notwendige Arbeit anerkannt und von ihren patriarchal-herrschaftlichen Implikationen befreit – entweder in der *symbolischen* technologischen Ersetzung des „biologischen Schicksals" der Frau oder in der weitestgehenden Arbeitsentlastung der Frauen von den „Folgearbeiten" des Gebärens. Dieses Motiv führt allerdings – nicht so bei Piercy 1983, Lautenschlag 1983 und Charnas 1984 – zu einer Entsexualisierung der Beziehungen in den Utopien: abstrakte sexuelle Freiheitlichkeit wird nur höchst selten literarisch ausphantasiert. Hier sind die Romane sehr zurückhaltend, fast konservativ.

Dezentralisierung: Sowohl Politik als auch Ökonomie wurden dezentralisiert; Regionen und einzelne Gemeinwesen erhalten größtmögliche Automonie/Autarkie in allen existentiellen Belangen. Nur weiträumigere Gebiete betreffende Fragen werden auf der nächst „höheren" politischen Ebene mit allen Betroffenen möglichst konsensuell geklärt bzw. nach unten zurückgegeben. Mitchison, Eaubonne und Hall (s.o.) entwickeln auch hier wiederum die inkonsequentesten Visionen; ihre politische Gsesamtstruktur tendiert eindeutig zum Zentralismus.

Persönliche Freiheit in Verantwortlichkeit: Die/der Einzelne organisiert ihr/sein Leben in familiär-verbindlichen aber nicht-(nur)-verwandtschaftlichen privaten Gruppenzusammenhängen (Großfamilien vergleichbar, auch Freundes- und Ar-

beitsgruppen), die meist Produktion und gleichmäßige Distribution der notwendigen Lebensmittel sichern (falls die Kommune nicht aufgrund ihrer geringen Größe selbst dafür verantwortlich ist). Arbeit wird insgesamt wenig reglementiert, wechselt frei zwischen gewähltem Arbeitsschwerpunkt/Interesse und den gemeinschaftlich notwendigen Aufgaben (Verpflegung, Politik; und, wie wir sehen werden, unvermeidlich: Verteidigung). Da Utopias gesamte Struktur aus einem gemeinsamen Diskussionsprozeß resultiert (der historische Erfahrungen des Patriarchats kritisch bearbeitet), erfährt sie das Individuum als nicht einengend, identifiziert er/sie sich sehr weitgehend mit der Gemeinschaft – auch ihren Pflichten.
Utopias Frauen, fast immer die literarischen Heldinnen der Romane (Ausnahme: LeGuin 1980 und 1981), vermitteln den Eindruck realisierter Autonomie; ihre Befreiung hat wirklich stattgefunden (während sie in der klassischen Utopie nur behauptet wird). Der Bezug der weiblichen Figuren untereinander ist sowohl von Intensität als auch von Konflikt geprägt, kann beide Aspekte nebeneinander gelten lassen. Die selbstgewählte Arbeit stiftet durch persönliches Engagement und Kompetenz eine Identität, die sich von patriarchaler Weiblichkeit stark unterscheidet. Durch die handlungstragende Rolle der utopischen Frauen, meist am Schnittpunkt der politischen Konflikte der Gemeinwesen, visualisieren die Autorinnen ein antipatriarchales *politisches* Frauenbild, dessen entscheidende Funktion in der Kritik der utopischen Tradition liegt. Gerade in Bezug auf das Verhältnis zwischen Individuum und Gemeinschaft, in der feministischen Utopie durch das Wechselspiel von Konsens und Konflikten geprägt, unterscheidet sich die utopische Struktur wesentlich von allen männlichen Visionen, seien sie klassisch oder modern. Deren Entwürfe basieren fast vollständig auf einer statischen Struktur, die Modifikation möglichst ausschließen will – gar solche, die durch persönliche Erfahrungen (wie denen der utopischen Heldinnen) initiiert werden.
Die Kontrolle des Bevölkerungswachstums ist eine wesentliche Voraussetzung der utopischen Vision und ihrer Realisierung. Diejenigen Entwürfe, die der idealtypischen Tendenz zu Basisdemokratie und Dezentralisierung am wenigsten entsprechen, regeln die Bevölkerungspolitik deutlich regressiver als die feministisch-anarchistischen Gemeinwesen (zu denen im engeren Sinne Piercy 1983, Charna 1984, Gearhart 1982, Lautenschlag 1983, LeGuin 1981, Russ 1979, Singer 1983 und Wittig 1980 gehören). Sofern ein Modus für die Regulierung des Bevölkerungswachstums überhaupt angegeben wird, beschränkt er sich mehrheitlich auf die freiwillige Einsicht in eine langfristig notwendige Reduzierung der utopischen Bevölkerung – zur Schonung der begrenzten Ressourcen und zur Aufrechterhaltung unmittelbarer Demokratie. Da Utopia in der Vision ihrer Autorinnen meist eine kriegerische Geschichte hat (vgl. den folgenden Abschnitt), „lösen" die Utopistinnen das Bevölkerungsproblem häufig durch die vorausgesetzte leidvolle Zerstörung von Menschen (und Natur): ein pessimistisches und brutales Motiv, das sich aber konsequent aus einer dystopischen Sicht (negativen Zukunftsvision) heutiger gesellschaftlicher Realität ableitet.

Erste Quelle: feministische Utopie: ihre folgenschwere Implikation

Anarchistische politische Struktur statt patriarchal-kapitalistischer zentralistischer Herrschaft, ökologische Subsistenzproduktion an Stelle von Naturvernichtung und Frauen(arbeits)ausbeutung, individuelle Freiheit und politische Verantwortung gerade auch für die Frau im Gegensatz zu ihrer heutigen Unterwerfung, gemeinschaftliche Verbundenheit statt eines herrschaftlichen Machtkampfes... stehen als Stichworte für die feministische utopische Konstruktion. Die wechselseitige Vermittlung ihrer Elemente, deren gegenseitige *Abhängigkeit,* läßt sich für die Utopie folgendermaßen skizzieren:

Dezentralisierung ist Voraussetzung für den Abbau politischer Herrschaft; anarchistische, radikaldemokratische Organisation ist ohne regionale Autonomie nicht durchführbar/denkbar

Regionale politische Autonomie kann nur mit tendenziell regionaler ökonomischer Autonomie funktionieren, da die politischen Entscheidungen sonst nicht alleinverantwortlich getroffen werden können

Regionale ökonomische Autonomie setzt eine Produktionsweise voraus, die aus der natürlichen Umgebung des jeweiligen Gemeinwesens/der Region möglichst selbstversorgend wirtschaftet

Selbstversorgendes Wirtschaften bedeutet langfristige Erhaltung der natürlichen Umwelt, da ihre Zerstörung die eigene Lebensbasis vernichten würde und aggressive Expansion nicht gewollt ist

Die Erhaltung der natürlichen Umwelt ist nur mit einer Produktionsweise möglich, die ökologische Naturnutzung/Nicht-Ausbeutung der Natur/Gebrauchswert-Produktion zum Grundprinzip erhebt

Nicht-Ausbeutung der Natur impliziert das gleiche Recht auf Leben für die Natur, das bislang der Mensch in technologischer und ökologischer Verwüstung zum eigenen „Nutzen" allein für sich beanspruchte

Recht auf Leben für Mensch und Natur gleichermaßen setzt eine gegenseitige Abhängigkeit/Bezogenheit positiv voraus, definiert den Mensch als Teil der Natur und Natur als Teil des Menschen

Die gegenseitige Bezogenheit hat zur Konsequenz, auch im menschlichen Gegenüber, Mann oder Frau, statt Reduzierung auf Biologie das Recht auf Eigenständigkeit/Autonomie anzuerkennen

Das Recht auf Eigenständigkeit impliziert die Freiheitlichkeit der individuellen Lebens- und Arbeitszusammenhänge (und damit folglich die Entlastung der Frau von der sozialen Mutterschaft) zur persönlichen Erfüllung/Entfaltung

Die Freiheit der Lebens- und Arbeitszusammenhänge setzt voraus, daß die Gemeinschaft das Individuum nur insoweit reglementiert als sie die Freiheit des/der Anderen schützt

Begrenzte gemeinschaftliche Reglementierung setzt einen Abbau politischer Herkunft voraus, d.h. eine Reduzierung gesamtgesellschaftlicher Gewalt- und Kontrollfunktion

Abbau gesamtgesellschaftlicher Gewalt und Kontrolle funktioniert nur durch eine Aufsplitterung politischer Macht in kleinere und begrenztere Zusammenhänge/ Einheiten

Sie lassen sich nur durch Dezentralisierung organisieren... s.o.

Für unsere Diskussion n.T.: diese etwas schematische Entwicklung der Zusammenhänge zwischen politischer und ökonomischer Regionalität, persönlicher Freiheit, ökologischer Reproduktion etc. will verdeutlichen, daß Utopia uns zurecht bildlich dokumentiert, daß der Abbau patriarchalisch-kapitalistischer Herrschaft ausschließlich *im Gesamtsystem* möglich ist. Neben den konkreten Inhalten der zukunftsbezogenen Visionen, die hier in erster Linie als Ansatzpunkt veränderungs-strategischer Überlegungen dienen, bietet die Utopie eine literarische Beweisführung der richtigen Erkenntnis, daß Frauenbefreiung einzig in einer konsequent und umfassend antipatriarchalen Gesellschaftsstruktur realisiert werden kann. Nur eine alle Bereiche intergrierende Überwindung des Patriarchats darf als die Bedingung der Möglichkeit wirklicher Befreiung der Frau angesehen werden.

Insofern erfüllen die utopischen Entwürfe der Ökologiebewegung, z.B. Callenbach 1982, trotz einiger struktureller Ähnlichkeiten keine hinreichenden Voraussetzungen. Callenbach, dessen basisdemokratische Organisierung weit weniger durchdacht ist, scheitert aus feministischer Perspektive vor allem an der Geschlechterproblematik. Soziale Mutterschaft bleibt weiterhin in weiblicher Verantwortung, die Bezogenheit der Frauen auf den Mann grenzt zum Teil an schlimmste Männerphantasien (bis zur Vergewaltigung). Biologische Unterschiede als ideologische Herrschaftsinstrumente werden nicht problematisiert, und Callenbachs Frauen fehlt der starke und autonome Wille ebenso wie der innige und/oder konflikthafte Bezug untereinander. Die gesellschaftliche Struktur erlaubt wenig echte Veränderungen, fördert dafür konkurrenzbezogene Ventile. Als utopisches Bild erweisen sich diese weiblichen Figuren attraktiv für den Mann; ihre Würde beziehen sie nicht aus sich selbst und ihre Leidenschaftlichkeit beschränkt sich auf die traditionell weiblichen Aufgaben... entsprechend brüchig stellt sich dieses Gesellschaftsbild insgesamt dar.
Die feministische Utopie dagegen integriert weibliche Erfahrungen und Arbeitsweisen in einen systematischen Entwurf: ökologische Produktion umfaßt auch die Lebensproduktion; politische Verantwortung fordert genauso die Frauen; persönliche Interessen werden geschlechtsneutral entwickelt; Autonomie und Intitution erweisen sich im Handlungsverlauf als vereinbar, etc. *Das literarische Ergebnis ist deshalb keine schlichte Addition feministischer Aspekte zu einem ökologischen Entwurf; Utopia transformiert alle gesellschafltichen Bereiche in einer Weise, die weibliche Autonomie erst möglich werden läßt. Ihre idealtypische Vision revolutioniert patriarchale Realität von Grund auf – und prädisponiert damit den Charakter des Veränderungsprozesses,* bestimmt den Weg des Wandels hin auf das antipatriarchale Ziel. Die grundsätzliche Verschiedenheit der utopischen gesellschaftlichen Realität von heutiger patriarchaler Wirklichkeit impliziert, daß der Prozeß des Wandels leidvoll erkämpft werden muß.

Erste Quelle: feministische Utopie: die Konsequenzen der folgenschweren Implikation: phantasierte (Entstehungs-)Geschichte der Zukunftsentwürfe

Wie für jede utopische Konzeption ist auch für die feministische entscheidend, daß das Modell der zukünftigen Gesellschaft nicht das Produkt realitätsferner privater Träume der Autorin darstellt, sondern aus den herrschenden Verhältnissen ihres Lebens negativ/kritisch extrapoliert wurde. Die historische Überwindung/Überwindbarkeit des Patriarchats, seine umfassende Transformation, wird utopisch wie folgt phantasiert:
Als auslösendes Moment für den in Flucht/Krieg/Revolution eskalierenden Widerstand gegen das Patriarchat werden literarisch vor allem technologisch-bedingte Katastrophen wie AKW-Unfälle (sic), (beginnende) atomare Kriege, Kriegsbedrohungen, die Zunahme von Krankheit, Versteppung und andere Mangel-auslösende Zerstörungen, sukzessive Verknappung der Versorgung, Verseuchung der Umwelt bis zu einem kaum mehr erträglichen Maße etc. benannt. Die Zerstörung der Lebensgrundlagen schafft politische Krisensituationen, die über zunehmende Frauen-Repression ausagiert werden darf/muß. Einezlne Texte beschreiben eindringlich, wie sich die Not der Krise aggressiv an den Frauen entlädt[6]. Zwei Motive schließen sich diesem Auslöser kollektiver Verweigerung/bewußten Widerstandes an: die Flucht in eine Enklave, in der Überleben noch bedingt möglich scheint oder der Geschlechterkrieg, der Kampf gegen die *Herr*schenden, die ihre Position gewaltsam verteidigen. Beide utopischen Konstruktionen führen zu großen Verlusten auf Seiten der Rebell/inne/n, die mit medienwirk-

samer Subversion, Guerilla-Krieg, Gebietsbesetzungen oder wohlorganisierter geheimer Flucht, Spionage, Organisierung der Subkultur etc. auf die Zunahme öffentlicher Gewalt antworten.
Durch einen literarischen Kunstgriff klärt sich das Anliegen der Utopistinnen jedoch noch eindeutiger: die Romanhandlung selbst setzt in einem Moment der Konsolidierung der Utopia ein; die o.a. leidvolle Geschichte wird in intensiven Rückblenden gezeichnet. Auf diese Weise gelingt sowohl die Ausphantasierung des utopischen Entwurfs als auch der beabsichtigte symbolische „Nachweis" (Aufruf!), daß (und wie) patriarchale Herrschaft überwunden werden könnte. Und ein Drittes: nach der Revolutionierung/Verweigerung konnte sich die Utopie isolationistisch entwickeln, wachsen-blühen-und-gedeihen. Ihre Erstarkung ruft aber in der *Gegenwart* der Utopias die fast immer feindlich gesonnenen (noch oder wieder) patriarchalen Nachbarn auf den Plan, die nun gewaltsam den Bestand der Kommunen bedrohen (wollen). Utopia, bis dato politisch separatistisch organisiert, wird durch von außen erzeugte Gewalt (Kriegsdrohung, Vernichtungsdrohung, noch! vereinzelte Übergriffe auf ihr Gebiet) gezwungen, ihre bisherige Politik eines friedlichen Isolationismus (das klassische Inselmotiv) zu überdenken. Hatte sich die Utopie also zunächst eine Nische erhofft, flüchtend oder standhaltend erkämpft, gegen die schlechte Realität durchgesetzt und erarbeitet, so wird im literarisch phantasierten Jetzt-Zustand die Naivität der utopischen Hoffnung überdeutlich. Interne Auseinandersetzungen über die adäquate Antwort auf die Gefahr verweisen auf Utopias Dilemma: der Willen zum friedlichen Einklang mit sich und der Natur wird durch die Überlebens-Notwendigkeit der Selbstverteidigung durchkreuzt. Der Isolationismus läßt sich nicht aufrechterhalten; Alternativen, wie etwa die Suche nach Verbündeten, um Gewalt durch Stärke entgehen zu können oder gar der Verzweiflungsschritt eines Angriffskrieges tangieren aber durch die Anwendung politischer Taktik und/oder militärischer Gewalt auch die interne Integrität und politische Struktur. Der Verteidigungszustand gilt Utopia zurecht als Reduktion der freiheitlichen Lebensqualität, als dem Ziel des „guten Lebens" widersprechend. Doch das *Über*leben kann nur offensiv/aggressiv gerettet werden; der Gegner wartet bereits an den Grenzen[7)].

Für unsere Diskussion n.T.: Gewalt erwarten die literarischen Zukunftsbilder in jeder Phase des Weges in eine bessere Gesellschaft: Gewalt als aktuelles Zerstörungspotential gegen Mensch und Natur, als Antwort auf politischen Widerstand und als Vernichtungsdrohung gegen alternative Enklaven. Realistisch zeigen die Utopistinnen, daß die Illusion der Gewaltfreiheit demokratischer Herrschaft in Phasen ihrer Destabilisierung einfach hinweggeschwemmt wird. Gleichermaßen realistisch gehen sie von einer dystopischen *Eskalation* patriarchalisch-kapitalistischer Vernichtungsdrohung aus (ökologisch und politisch); gesellschaftlicher Wandel, so die Vision, läßt noch auf sich warten. Vielfältige Spuren ihrer dystopischen Prophezeiungen finden wir bereits in heutiger Realität: neben der offensichtlich planetarisch fortschreitenden Naturvernichtung, der Zaghaftigkeit bisherigen Widerstands, erleben wir seit den 80er Jahren auch eine deutliche Zunahme von politischer anti-feministischer Repression (Stichworte: konservative Frauenpolitik, Biotechnologien-Forcierung, neuer Chauvinismus auch in der linken/grünen etc. Bewegung...). Die nach-Tschernobyl-Erfahrungen geben der Utopie gerade auch in punkto Eskalation recht: *ein GAU* reicht offensichtlich für kollektive Veränderungswünsche nicht aus, erst die unmittelbare Lebensbedrohung könnte der dystopischen Eskalation Einhalt gebieten. Gesellschaftlichem Widerstand kommt demnach zuallererst die Funktion zu, das Überleben zu sichern. Das Postulat politischer Gewaltfreiheit, so dokumentiert zu Recht die Literatur, läßt sich in einer solchen direkten Bedrohung an Leib und Leben vermutlich nicht aufrechterhalten. Die Stärke des Gegners Patriarchat läßt einen offenen Kampf jedoch eher selbstmörderisch erscheinen (frau denke nur einmal an die Notstands-

gesetze, die Wackersdorf-Schußwaffen-Erlaubnis, die Katastrophenpläne zur Abriegelung verseuchter Gebiete, Hochsicherheitstrakte etc.). Die subversiven Strategien, die *Utopia* aus diesem Grunde vorschlägt, versuchen den Gegner zu umgehen/hintergehen, orientieren sich stärker an Guerilla-Methoden denn an direkter Konfrontation; Aufbau von Enklaven, Horten der Überlebensmittel, Informiertheit über die Winkelzüge des Gegners, gezielte Sabotage werden plastisch genug geschildert, so daß sich jede damit in ihrer Phantasie einmal konfrontieren könnte (vgl. inbes. Hall 1984, Russ 1979, Singer 1983, Gearhart 1982; aufschlußreich auch die Dystopien: Fairbairns 1981, Piercy 1971, bedingt: Lessing 1981). Koalitionen mit Gleichgesinnten, ein sehr typisches Motiv der Utopie, dienen ebenfalls in erster Linie der Verhinderung offener Auseinandersetzungen denn deren Forcierung... ein überlegenswerter Gedanke.
Orientiert am utopischen Lehrstück ließe sich konstatieren, daß Schonung und Ignoranz beim politischen Gegner nur erwartet werden darf, wenn antipatriarchaler/antikapitalistischer Widerstand schwach genug bleibt, um weder Sehnsüchte nach Freiheit zu wecken noch Herrschaft akut zu gefährden. Ökologische Vernichtungsdrohung als *Auslöser* von Widerstand und politische Vernichtungsdrohung bei *entwickeltem* Widerstand (Utopie) präzisieren die Gewaltpotentiale patriarchaler Herkunft durchaus realitätsnah. Aktuelles Beispiel: da die Ruhe n.T. nicht gestört wurde, war präventive Abwiegelung ausreichendes Herrschaftsmittel. Aber bereits nach Wackersdorf spricht mann von neuerlicher Verschärfung des Demonstrationsrechts und vom Ausbau des Bundesgrenzschutzes. Wenn Widerstand massiv wird, muß mit gewaltsamer Unterdrückung gerechnet werden.
Staatliche Gewalt schließt sich nur bei selbstzerstörerischem Verzicht auf Protest aus (und geht selbst dann als Krieg gegen die Natur weiter). Ohne artikulierten Widerstand kann sich Herrschaft liberal und demokratisch gerieren. In der kritischen Eskalation von Naturzerstörung aber liegt politischer Sprengstoff, denn langfristig legitimiert sie zusehends die politische Selbstverteidigung, macht Widerstand zur Überlebensarbeit. In einer Abwägung zwischen dem Gebot der Unverletzlichkeit des Lebens und der gebotenen Verteidigung des Lebens gegen seine Verletzungen könnte sich ein Verständnis politischer Moral entwickeln, welches die Legitimität von Zerstörung gegen staatlich verwaltete Zerstörung setzt. Wann eine solche Frage auf uns zukommen kann, unter welchen Bedingungen sich feministische Politik radikal von reformistischen Strategien abwenden muß, bleibt vorerst offen. Doch wir sollten vorbereitet sein auf zukünftige Katastrophen.

Zweite Quelle: aktuelle feministische Praxis – Konstruktion des Idealfalles einer „erfolgreichen" Institutionen-Politik

Die futurologischen Ambitionen der Utopie zum Vorbild nehmend, spekulieren wir doch einmal, auf dem kritischen Auge blind, über die bestmöglichen Implikationen derzeitiger feministischer Praxis (Quotierung, Förderpläne, Zugriff auf Institutionen-Arbeitsplätze, alternierende Listenbesetzungen, autonome Arbeit bei den Grünen). Behaupten wir schlicht, daß die Bundesrepublik aufgrund starker sozialer Bewegungen und einem sich unterschwellig abzeichnenden Wertewandel die vielleicht weltweit günstigsten Bedingungen für eine gesellschaftliche Veränderung besitzt[8)], die nicht in Realsozialismus oder abhängiger Armutsverwaltung enden muß.
Nehmen wir also recht ungetrübt optimistisch an, die derzeitige Praxis der Bewegung sei mittelfristig erfolgreich. 53% aller Bundestagsabgeordneten seien weib-

lich, durch konsequente Quotierung sei ebenfalls Beamtenapparat, Justiz etc. vergleichbar besetzt. Nehmen wir weiterhin kühn an, daß sich die schönsten feministischen Illusionen erfüllten: mit der *quantitativen* Gleichheit würde sich die Politik *qualitativ* verändern (nichts spricht bislang dafür – außer der Hoffnung). Die 53% MdBs und ihre neugewählte weibliche Exekutive seien demnach frauenfreundlich, naturbezogen und dem Überleben verpflichtet. Ihr erster entsprechender Beschluß: patriarchale Hochtechnologie wird in *jedem* gesellschaftlichen Bereich durch dezentrale sanfte Technologien ersetzt, um die größte unmittelbare Gefahr für Leib und Leben auszuschalten. Die mehrheitlich weibliche Legislative, so unsere wohlwollende Annahme, wäre sich der nicht allein ökonomischen, sondern vielmehr auch *politischen* Konsequenzen solcher Umstrukturierung bewußt: alternative Technologie in dezentralisierter, kontextorientierter Anwendung[9)] stärkt Kommunen und Regionen politisch, ermöglicht direkte Verfügung über die lokale Versorgung und Produktion, entmachtet patriarchalen Zentralismus und die für die Großtechnologie erforderliche Infrastruktur (Stromerzeugungsmonopole, Kreditgeber, Polizei/Militär etc.). Die beabsichtigte Stärkung der Kommunen könnte sogar juristisch forciert und abgesichert werden.

Zwischenbilanz: solch ein gesponnenes Szenario käme durchaus einer Hinwendung zu gesellschaftlicher (R)evoltutionierung nahe, entspräche der denkbar positivsten Konsequenz momentaner feministischer Zielrichtung. – Doch was würde dann passieren? Spätestens an diesem Punkt setzte eine massive Kapitalflucht ins Ausland ein, folgte sodann bewußt provozierte hohe Arbeitslosigkeit, die nur durch garantiertes Mindesteinkommen aufgefangen werden könnte (wir haben immer noch den alternativen Bundestag), letzteres scheiterte am Bankrott der Staatsfinanzen, Verstaatlichung wesentlicher Industriezweige schiene dagegen die einzig denkbare Lösung zur Sicherung nationaler Geld-Ressourcen, dies wiederum würde internationalen Verpflichtungen/Verpflechtungen widersprechen... Denken wir *alle* hoffnungsvollen politischen Modelle der vergangenen Jahrzehnte, so liegen weder militärische Intervertion noch internationaler Boykott oder Handelskrieg als Reaktionen des Auslands sehr fern.

Für unsere Diskussion n.T.: Selbst wenn diese Vorausschau ein wenig hinkt (schließlich ist sie kein computer-simuliertes Weltmodell, das Lieblingskind patriarchaler Futurologie), liegt die Vermutung nahe: Feminismus/Ökologie/Basisdemokratie, aktiv angestrebt *in einem Land*, lassen sich selbt bei intern idealen Bedingungen niemals durchsetzen. Solange der politische Gegner „kapitalistisches Patriarchat" existiert, und sei es nur in einigen Teilen der Welt, bedroht er jeglichen Anspruch auf gesellschaftliche Befreiung – und käme der noch so friedlich daher. Denn die ganze Erde ist sein Interessensgebiet, das er nicht freiwillig einräumen wird (Utopia nimmt Ähnliches an!).
Faktisch impliziert aber die aktuelle Institutionenpolitik der Bewegung, daß die Herrschenden der Demontage ihrer politischen und ökonomischen Macht unwidersprochen zusähen, daß sie international die eigene Absetzung zumindest passiv tolerierten. Solches wäre wohl weltgeschichtlich absolut einmalig!
Frau hofft immer noch auf den Burgfrieden zwischen den ungleichen Gegnern. Gerade im Hinblick auf die systematische planetarische Vernichtungsarbeit müssen wir uns fragen: haben wir noch *Zeit*, auf die Ergebnisse evolutionärer Reform-Politik zu warten/hoffen? Wie lange wollen wir dem Biozid (Daly 1986) noch tatenlos zusehen, das Bundestagsmandat, die Professur oder den Gewerkschaftsvorstandsposten im Auge? Will die feministische Bewegung eine grundsätzliche, d.h. für alle Menschen utopieträchtige Veränderung – und das *muß* sie wollen, will sie die "Emanzipation der Frau" – dann müssen die Gewaltfrage und der Revolutionbegriff enttabuisiert werden und von einer feministischen Position aus neu diskutiert werden.

Resumee: eine „neue" Situation wirft alte unbequeme Fragen auf

Neu freilich ist die Lage n.T. nicht, sie rückt nur unübersehbar in Bewußtsein, daß wir uns im Laufe der vergangenen 10 Jahre zusehends in den Verhältnissen eingerichtet haben – bei exponentiell eskalierender Vernichtung des Lebens, zunehmender physischer und psychischer Zerstörung der Frauen, weltweit. Stellte sich lange die Frage effektiver Strategie und Taktik vor allem als Reaktion auf die politischen Erfolge der Grünen oder als dringlicher Widerstand gegen aufkommenden Konservatismus und frauenpolitische Repression, so können wir nun nicht länger verdrängen, daß autonomes Handeln angesagt ist. Dennoch besteht nicht nur Grund zu resignativer Hilfslosigkeit: unser gesammeltes Wissen, auch die früher programmatische Theorie[10)], kann für die jetzt notwendige Debatte sehr hilfreich sein. Wir können auf vielgfältiges Material zurückgreifen – Utopia ist nur *ein* Ausschnitt davon –, müssen nicht beim Nullpunkt neu beginnen. Momentan fehlt es an konkreten Vorschlägen[11)]. Doch solch vornehme Zurückhaltung scheint mir völlig unangebracht: Ideen und utopische Phantasien tun not! Wir brauchen zudem analytisch begründete Aufarbeitung von Praxiserfahrungen und theoretischem/literarischem Material: zur Neubestimmung des Wechselverhältnisses aller unterschiedlichen Arbeitsweisen, des Stellenwerts der autonomen Projekte für die Überlebensarbeit, der Möglichkeit institutionneller (Zu)Arbeiten, der krisensicheren Vernetzung aller Praxisformen ... *Wir brauchen auch das Ausspinnen neuer Aktionsmöglichkeiten. Stärke und Zerstörungspotential des Gegners lehren uns, daß es die eine Linie nicht geben darf, lehren aber zugleich, daß pessimistischer Realismus bei der Einschätzung von institutionellen Veränderungschancen für das Überleben der Bewegung und jeder Einzelnen gebraucht wird.* Ich möchte das Dilemma unserer Situation nicht bestreiten: einerseits die notwendige umfassende Revolutionierung der schlechten Wirklichkeit – andererseits strategische und taktische Unklarheit über den Weg dorthin... und allzu berechtigte Ängste. Denn es steht zu befürchten, daß die Utopie keineswegs utopisch über Zukunft spektuliert, wenn sie einen leidvollen Weg in eine befreite Welt prophezeit; Tschernobyl war nur eine erste (??) Lektion. Der soeben überlebte gewaltsame Zugriff auf Alltag und Privatheit, die, trotz besseren Wissens, nocht immer als Refugien empfunden werden, könnte einen Anfang des Umdenkens markieren.
Wir haben nicht mehr lange die Wahl zwischen Engagement und Bescheidenheit, Hoffnung und Resignation, Veränderung oder Verelendung. Ohne unser Engagement drohen uns diktatorische Mangelverwaltung letzter Ressourcen und unverseuchter Gebiete, Ghettoisierung der Ausgegrenzten, soziale Vernichtung der „Unwerten". Wollen wir nicht schrecklich scheitern, ist das Problem gestellt: wie können wir handeln – zwischen öffentlicher Gewalt und privater Angst?

Anmerkungen

1) *Einige wahllose Beispiele aus der Zeit n.T.: das Waldsterben wird immer drastischer, die Ozonschicht dünner; Krebstote in einem französischen Biotechnologie-Labor; Wetterbeeinflußung über dem zerstörten Reaktor; Entbindung bei einer klinisch toten Frau; Hamm-Uentrop.*

2) *Science Fiction als Ort utopischer Phantasie verweist auf die potentiellen Möglichkeiten des Genres, die bis Ende der 60er Jahre kaum genutzt wurden. Das Gedanken-Experiment mit fantasierten Gesellschaftsformen und hypothetischen Umwelten* kann *utopisch sein. Im Zuge der Protestbewegungen wurden der SF erstmalig solch freiheitliche, gesellschaftspolitische Motive erschlossen; engagierte, der Frauenbewegung nahestehende (vor allem amerikanische) Autorinnen nutzten das Potential des Genres zur Artikulation feministischer Gesellschaftsentwürfe; europäisches Matrerial existiert sehr viel seltener.*

3) *Neben Holland-Cunz 1985/1986a/1986b/1986c beziehe ich mich vor allem auf meine noch in Arbeit befindliche Dissertation zur feministischen Utopie. Deren Methodik, die sich hier (allerdings nur*

als fertiges Resultat skizziert) widerspiegelt: idealtypische Systematisierung der politischen/ökonomischen/individuellen Motive der Texte zu einem auf politische Theorie und Praxis beziehbaren Gesamtbild „feministische Utopie". Die in der Sekundärliteratur von Mellor 1982 vorgeschlagene literaturwissenschaftliche Unterscheidung zwischen reinen Frauengesellschaften und gemischtgeschlechtlichen Gesellschaften betrachte ich im Hinblick auf die offensichtlichen strukturellen Identitäten in der gesamten Motivwahl der 15 untersuchten Romane als irrelevant. Ich gehe deshalb hier auch nicht näher auf diese Unterscheidung ein; zur Kritik an Mellor 1982 vgl. Holland-Cunz 1986a.

4) *Zur ausführlichen* kritischen *Würdigung der feministischen utopischen Literatur vgl. Holland-Cunz 1986c.*

5) *Subsistenzproduktion, in Anlehnung an den „Bielefelder Ansatz" wird hier utopisch gewendet. Sie versteht sich deshalb als transformatische Kategorie im Sinne einer anti-kapitalistisch/anti-patriarchalischen „utopischen Produktionsweise".*

6) *Gearhart 1982 (Hexenprozesse/Ehegesetze/Weiblichkeitskonditionierung); Singer1983 (die Frau, zum Sündenbock gesellschaftlicher Entwicklung erklärt, wird „zur Strafe" systematisch versklavt).*

7) *Beispiel zur Arbeitsweise: die angegebenen Motive zur Eskalation entstammen einer Systematisierung der in den untersuchten Texten beschrieben (Revolutions-)Geschichte, verallgemeinern die Informationen zu einer historischen Struktur. Nicht jeder Roman nennt folglich alle Motive; gemeinsamer Tenor, vergleichbare Zielrichtung, Zusatzinformationen aus anderen Bänden (bei Zyklen) und viele unmittelbar augenfällige Identitäten rechtfertigen jedoch das Vorgehen. Resultat ist eine nachweisbare Inhalts-Tendenz. Für die genaue Aufschlüsslung der historischen Utopie-Motive, auch deren Unterschiede, vgl. Holland-Cunz 1986a, S.87-96*

8) *Erler 1985, S.34, nach Klipstein/Strümpel 1984*

9) *Alternative Technologie ist nicht per se „sanft"; wie wir derzeit beobachten können, gelingt es patriarchaler Naturwissenschaft und Technik mit Leichtigkeit, sie in neue Großprojekte (Windfarm, Growian-Nachfolge) zu verwandeln.*

10) *bei der Lektüre älterer Texte fällt auf, daß die Lust an Strategieentwürfen sehr viel größer ist als heute; auch der Revolutionsbegriff wird selten gescheut; vgl. Atkinson 1978, Firestone 1975, Eaubonne 1975, Solanas 1982, Millett 1977; wir sollten sie aus dem Bücherschrank holen...*

11) *symptomatisch Morgan 1985, S.374: „Du wirst deine eigenen Strategien finden, deine eigenen Lösungen erfinden. Und so soll es auch sein. Sagt ein selbstständiges Teilchen dem anderen, was es zu tun hat? Dafür sind die viel zu weise, sie tanzen nur nebeneinander..." Doch was spricht gegen Vorschläge an Stelle von Befehlen? vgl. auch Daly 1981 und 1986: Spinnen und Spiralen in die Metamorphosphären.*

Literatur

ATKINSON, Ti-Grace: Amazonen Odyssee, München 1978

BRADLEY, Marion Zimmer: Die Matriarchen von Isis, Bergisch Gladbach 1979

BRYANT, Dorothy: Die Insel der Ata, München o.J

CALLENBACH, Ernest: Ökotopia, Berlin 1982 (69.-78.Tausend)

CHARNAS, Suzy McKee: Tochter der Apokalypse, München 1983

dies.: Alldera und die Amazonen, München 1984

DALY, Mary: Gyn/Ökologie. Eine Meta-Ethik des radikalen Feminsmus, München 1981

dies.: Reine Lust. Elemental-feministische Philosophie, München 1986

EAUBONNE, Francoise de: Das Geheimnis des Mandelplaneten, Reinbek 1978

dies.: Feminismus oder Tod. Thesen zur Ökologiedebatte, München 1975

ERLER, Gisela Anna: Frauenzimmer.Für eine Politik des Unterschieds, Berlin 1985

FAIRBAIRNS, Zoe: Der Frauenturm. Eine Apokalypse, Berlin 1981

FIRESTONE, Shulamith: Frauenbefreiung und sexuelle Revolution, Frankfut/Main 1975

GEARHART, Sally Miller: Das Wunderland. Geschichten von den Hügelfrauen, München 1982

GILMAN, Charlotte Perkins: Herland, Reinbek 1980

GOLDMANN, Emma (Frauen in der Revolution Band 2), Berlin 1977

HALL, Sandi: Feuer auf der See, Berlin 1984

HOLLAND-CUNZ, Barbara: Frauen Science Fiction oder Feministische Utopie, i: Science Fiction Times 1/1985, S.14-17

dies.: Politische Struktur und Machtverhältnisse in der feministischen Utopie, in: dies. (Hrsg.): Feministische Utopien – Aufbruch in die postpatriachale Gesellschaft, Meitingen 1986, S.61-105 (a)

dies.: Doris Lessings Pentaloigie „Canopus im Argos: Archive", in: dies. (Hrsg.):Feministische Utopien – Aufbruch in die postpatriarchale Geselllschaft, Meitingen 1986, S.189-200 (b)

dies. (Hrsg): Feministische Utopien – Aufbruch in die postpatriarchale Gesellschaft, Meitingen 1986 (c)

dies.: Patriarchale Nekrophilie, in: links 6/1986, S.10/11 (d)

LAUTENSCHLAG, Marockh: Araquin, Frankfurt/Main 1981

dies.: Sweet America, Frankfurt/Main 1983

LEGUIN, Ursula K.: Winterplanet, München 1980 (3.Aufl.)

dies.: Planet der Habenichtse, München 1981 (4.Aufl.)

LESSING, Doris: Die Memoiren einer Überlebenden, Frankfurt/Main 1981

dies.: Die Ehe zwischen den Zonen Drei, Vier und Fünf (Archive II), Frankfut/Main 1984

MELLOR, Anne K.: On Feminist Utopia, in: Women' s Studies Vol.9, 3/1982, S.241 ff

MILLETT, Kate: Sexus und Herrschaft, München 1977 (2.Aufl.)

MITCHISON, Naiomi: Lösung Drei, Bergisch Gladbach 1984

MORGAN, Robin: Anatomie der Freiheit. Feminismus, Physik und Weltpolitik, München 1985

PIERCY, Marge: Dance the Eagle to Sleep, New York 1971

dies.: Woman on the Edge of Time, London 1983 (4.Aufl.)

RUSS, Joanna: Planet der Frauen, München 1979

SINGER, Rochelle: Die Demeter Blume, Frankfurt/Main 1983

SOLANAS, Valerie: Manifest der Gesellschaft zur Vernichtung der Männer (SCUM), Berlin/Schlechtenwegen 1982 (5.Aufl.)

TIPTREE Jr.; James (Alice Sheldon): Houston, Houston, bitte melden!, in Wolfgang Jeschke (Hrsg.): Science Fiction Story Reader 17, München 1981, S. 298 ff

WITTIG, Monique: Die Verschwörung der Balkis, München 1980

Cornelia Giebeler

Institutionalisierung der Empörung

Zum Verhältnis „Bewegung" und „Institution" am Beispiel der Frauenforschung

Seit fünfzehn Jahren wachse ich mit der entstehenden „neuen" Frauenbewegung und im Bewußtsein, daß wir Frauen in unserem eigenen Interesse handeln können, selbst Vorstellungen und Utopien entwickeln müssen, deren Realisierung unsere Situation als Abhängige verändert. Die letzten zehn Jahre waren bestimmt vom Versuch, die Utopien, Vorstellungen von einem anderen „besseren" Leben zu realisieren. Die Utopie konkretisierte sich. Utopie hieß nie „großer Gesellschaftsentwurf", sondern bedeutete die Veränderung unserer konkreten Lebenspraxis in der Politik des Alltags. Die Realisierung dessen was wir wollten, hat jedoch nicht nur positive Früchte getragen – ein Effekt der Arbeit in den letzten zehn Jahren ist auch ein Verlust: ein Verlust an Hoffnungen, Wünschen, Idealen. Kollektive Lebensform, Aufhebung der geschlechtlichen Arbeitsteilung, Verweigerung beruflicher Karriere auf Kosten lebendiger Beziehungen, „Gegen"-leben waren zehn Jahre lang spannende Experiemente, sehr glückliche aber auch schmerzhafte Erkenntnisprozesse, die als Lebenszusammenhänge zur Zeit einen vorläufigen Abschluß gefunden haben. Ob es die Gründung der Frauen-WG war, der Auszug aus der Hetero-Selbstverständlichkeit, die Gründung verschiedener Frauengruppen und -projekte, das kollektive Zusammenleben mit Kindern etc. – die alltäglichen Versuche und Erfahrungen haben Grenzen der gesellschaftlich definierten Selbstverständlichkeiten niedergerissen. Beziehungs- und Lebenszusammenhänge sind entstanden, in denen die Lust, der Spaß am Widerstand gegen die Normierung und Begrenzung Neues produziert und lebt.

Doch der Spaß, die Lust am Widerstand gegen die Fesseln unserer Sinnlichkeit, Gedanken und Fluchten sind nicht mehr einfach kollektiv da.

Am Anfang gab es ein lebendiges Miteinander. Der Aufbruch ins „Frauenland" und die vielfältigen Experimente auf dem Weg dorthin einten uns trotz aller Unterschiede und Streit.

Zehn Jahre später hat sich eine „Krankheit" ausgebreitet: die Zersplitterung unserer Verhältnisse, die Atomisierung, die Spaltung, das Gift des Egoismus, die Beliebibkeit, die Warenförmigkeit der Beziehungen. Diese „Krankheit" bedroht den Aufbruch „zu neuen Ufern". *Sie transportiert die Selbstverständlichkeiten der patriarchalen „Normalität" in unsere Bezüge und begrenzt die Möglichkeiten des kollektiven Widerstands auf das Machbare.* Sie führt zur Ausgrenzung, Diffamierung und verhindert die Kommunikation zwischen Frauen und feministischen Projekten.

Die Lebendigkeit des Aufbruchs und des „Gegen"-Lebens wird begrenzt, in Formen gegossen, festgehalten, „institutionalisiert". Der Versuch, den Aufbruch „zu neuen Ufern" festzuhalten, ihm ein stabiles Gefüge zu geben, beruht auf dem Wunsch, das Ergebnis unserer Arbeit zu sehen und ihm Dauer zu verleihen. So entstehen die vielen kleinen und größeren „Frauenecken", in denen wir den Widerstand gegen die *Normalität unserer Unterdrückung* positiv gewendet haben und in denen wir nach einem konkret utopischen Ausdruck unserer Kritik suchen. Damit halten wir fest: unsere Interessen, Anliegen, unseren Widerstand, unsere Empörung.

Wir halten die Kritik fest, indem wir sie zum festen Bestandteil des Patriarchats formen. Und wir entscheiden uns in der Art des Festhaltens für bestimmte Formen. Ob es die andere Organisierung unseres Alltags ist, die Initiierung von Pro-

jekten und deren Aufrechterhaltung, die Ausweitung, Grenzüberschreitung in Institutionen: Die Empörung von Frauen über Ungerechtigkeiten und Zumutungen patriarchaler Verhältnisse sucht sich einen Weg in der „Institutionalisierung".
Die Institutionalisierung der Empörung ist der Versuch, einen Ort zu besetzen, in dem nach innen von Frauen gesetzte Regeln das Zusammenleben und -arbeiten bestimmen. Es ist gleichzeitig der Versuch, der Empörung über das Patriarchat innerhalb desselben eine Ecke einzurichten, die Schutz bietet.

In der Diskussion um die *Formen des Festhaltens unserer Arbeit* hat sich in den letzten Jahren ein Gegensatz herausgebildet: Auf der einen Seite stehen die feministischen Projekte, auf der anderen die Versuche, den Feminismus in die bestehenden Institutionen zu tragen.
Ich glaube mittlerweile, daß diese Polarisierung eine falsche ist. Auch Projekte der Frauenbewegung sind inzwischen institutionalisiert (Frauenhäuser) und zum Teil zur (problematischen) Selbstverständlichkeit geworden. Ich möchte daher hier die formale Polarisierung zwischen „drinnen oder draußen" verlassen.
Das „Festhalten" unserer Arbeit in bestimmten Formen ermöglicht es uns, einen mehr oder weniger selbstbestimmten Ort zu besetzen. Ob mehr oder weniger Autonomie möglich ist, hängt von der *Form des Festhaltens* ab: Von dem Maß in dem die Instutionen des Patriarchats den „Frauenecken" ihre Regeln aufzwingen und von der Bereitschaft der Frauen sich diesen Regeln unterzuordnen.
Die Bereitschaft zur Akzeptanz herrschender Bedingungen bewegt sich zwischen der Empörung über die patriarchale Herrschaft und deren selbstverständlichen Normalität.

Mich interessiert die Frage, wie das „Festhalten" der feministischen Anliegen zu erreichen ist:
– Wie ist die Institutionalisierung an den Inhalt dessen geknüpft, was festgehalten werden soll?
– Wie stark können die patriarchalen Bedingungen, gegen die sich die Empörung richtet, die Formen bestimmen, in denen Erreichtes für beide Fragestellungen festgehalten wird?
Die Klammer der ist hier die Empörung, die Sensibilität und die Bereitschaft unbequemen Wahrheiten ins Auge zu sehen und die Wut über unterdrückerische Bedingungen zuzulassen.
Die Empörung ist der Motor feministischer Politik. Kreativität und Radikalität feministischer Ideen und Aktionen sind ohne Empörung und Lust an der Veränderung nicht denkbar. Strategisches, taktisches Handeln allein bezieht die Regeln der Gegner mit ein, orientiert auf erwartetes Verhalten und überschreitet in der Konsequenz nicht die vom Patriarchat gesetzten Grenzen.
Ich versuche zu begreifen, wie die Geschichte der Frauenbewegung war und suche danach, den Ort, an dem wir uns jetzt befinden, zu benennen. Meine Frage dreht sich darum, wie es möglich ist, die erreichte Veränderung festzuhalten und zu bewahren, und wie hoch der Preis ist, den das „Festhalten" in der Hierarchie der Tradition dem „Gegen"-Leben abverlangt.

Mein Beispiel ist hier die Frauenforschung, in der das „Festhalten" von Erkämpftem sich hauptsächlich innerhalb der bestehenden Institution Wissenschaft vollzieht. Feministische Forschung stellt eine grundsätzliche Infragestellung aller bisherigen männlichen Wissenschaft dar. Der Institutionalisierungsprozeß feministischer Forschung bezieht sich auf *die* Institution, in der der androzentrische Blick auf die Realität die wissenschaftliche Produktion dominiert: ein Paradox. Das Beispiel ist für die Fragestellung austauschbar, es ist jedoch nicht beliebig, da es sich hier um einen Professionalisierungs- bzw. Verwissenschaftlichungsprozeß handelt, in den ich zur Zeit involviert bin.

Zwischen sündigem Mut und kleinem Erfolg

Empört warf Siegrid Rüger im September 1968 die legendäre Tomate dem Genossen ins Gesicht. Doch ihre Empörung war keinesfalls Ausdruck einer gemeinsamen Revolte aller Frauen im SDS. Die meisten Frauen fanden den Tomateneffekt eher peinlich (Schwarzer 1983, S. 13). Trotzdem war es die Tomate, die die Frauen der männlich dominierten Studentenbewegung bewegte. Es war weniger der Inhalt der Rede von Helke Sander, die auf der Versammlung von den Genossen freundlich ignoriert wurde, was der Anlaß für den Tomatenwurf war. Es war und ist die Empörung, die Wut über konkrete Frauenfeindlichkeiten, die zur Bewegung führt. 1968 richtete sich die Empörung auf die „sozialistischen Eminenzen mit ihren bürgerlichen Schwänzen", dann gegen das Abtreibungsverbot und schließlich gegen die Männergewalt. Ausmaß und Bedeutung von Männergewalt in dieser Gesellschaft wurden erst langsam deutlich und bestimmten bis heute feministische Politik: Frauenhäuser, Selbstverteidigung, Notrufgruppen, Nachttaxis.
Die Themen des Frauenwiderstandes verändern sich nicht, solange sich die Realität nicht ändert. Es geht um Selbstbestimmung, Autonomie und Würde von Frauen.
Was sich geändert hat, ist die Interpretation dieser Begriffe und die Art und Weise die Themen der Frauenbewegung zu verankern. Ein Teil der bewegten Frauen schließt sich nach wie vor außerhalb der Männerbunden zusammen und „kratzt" von dort an den Macht- und Entscheidungsstrukturen. Ein anderer Teil der Feministinnen versucht heute innerhalb der bestehenden männlichen Organisationszusammenhänge die Institutionalisierung frauenpolitischer Anliegen und Forderungen durchzusetzen. Dort ist die Macht, das Geld, das Recht zu finden, und vor allem die Chance feministische Anliegen auf abgesicherten Arbeitsplätzen vertreten zu können. Es werden neue Räume geschaffen, die „Frei"-räume zu sein scheinen (Gleichstellungsstellen, Frauenprofessuren, Frauenbeauftragte, Frauenstudien, Frauenforschungsstellen etc.) und Frauen in die Ambivalenz zwischen Empörung und institutioneller Regelbefolgung zwingen. Aber dort verbirgt sich auch die Verführung. Die Beachtung institutioneller Regeln, die Kenntnisse der bürokratischen Tastatur, das Regelspiel der hierarchischen Beziehungen verführt zum Glauben an das Versprechen, Frauen gleich zu behandeln und sie in ihren frauenpolitischen Inhalten ernstzunehmen. Dieser Glaube und die Beachtung der institutionellen Regeln führt auch zur Unterdrückung der Wut und Empörung über die Verhältnisse, die sich durch das Eindringen von Feministinnen in die Institutionen schließlich nicht geändert haben. *Wut und Empörung zu zeigen, erscheint nun anachronistisch -sozusagen, „Schnee von gestern".*

Die Institutionen als Repräsentanten der Macht des Staates versprechen und lokken mit Möglichkeiten für Frauen und die geweckten und immer neu entstehenden Hoffnungen der Frauen angesichts der klitzekleinen Erfolge geraten zum Selbstbetrug in Anbetracht der realen Niedrigbewertung von Frauen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt (Ausweitung von Honorarverträgen, Zeitverträgen, ungesicherten Arbeitsplätzen). Immer wieder enthüllt sich die Hoffnung auf Gleichheit als Farce. Immer wieder wirkt die Unterdrückung der Empörung als selbstzerstörerisch.
Doch die Empörung bleibt bestehn, solange sich die Verhältnisse, auf die sie sich richtet, nicht ändern. Aber sie äußert sich weniger als Angriff auf die Täter. Die Empörung über die Täter und ihre Benennung lebt lediglich unter den Opfern in der Frauengruppe, der Frauenecke, der Frauenbeziehung. Dennoch bleibt der Blick vieler Frauen auf die Verhältnisse, in denen sie leben, geschärft und immer wieder flackiert die Wut auf und setzt sich um in Aktionen, in denen einzelne Männer als Täter benannt werden.

Dies scheint im universitären Zusammenhang m.E. in Bielefeld noch möglich zu sein. Empört gingen Soziologinnen im Mai 1985 in Bielefeld mit Sprühflaschen durch die Gänge der Universität und titulierten die ehemals Linken als Gewalttäter und Feiglinge, da sie die Qualifikation einer Frau in einem Bewerbungsverfahren schlicht mißachten (Frauen- und Lesbenreferat 1985). Auch diese Aktionen fand die Mehrheit der Frauen an der Hochschule peinlich und inadäquat. Zwischen diesen beiden Ereignissen, dem Tomatenwurf von 1968 und der Sprühaktion, liegen 17 Jahre Frauenbewegeung, und wieder ist es Frauen peinlich, wenn Frauen Empörung und Wut gegen Männern äußern.
Es scheint mir jedoch, daß die Ping-Pong-Politik der männlichen Institutionen mit ihren Versprechungen und der realen Möglichkeit, daß einige Frauen innerhalb der Institution frauenpolitisch arbeiten können, den Blick dieser Frauen für die gesamten Verhältnisse und die Zusammenhänge die diesen zugrunde liegen trübt. Frauenpolitische Debatten innerhalb der Institutionen sind geprägt von Strategie und Taktik, Debatten verlieren sich im Detail eines Forderungskatalogs, Frauen trainieren und üben Männerpolitik in Gremien. So sehr ich alle diese einzelnen Aktivitäten schätze, sofern sie in größerem Zusammenhang frauenpolitischer Utopien stehen, so gefährlich finde ich sie, wenn sie alleingenommen sich ausschließlich nur noch auf das jeweils kleine gesteckte Ziel orientieren. Erfolge werden dann auch nur am Erreichen dieser kleinen Ziele gemessen. Erfolge können dann nicht mehr darin bestehen, diese kleinen erreichten Ziele im Interesse grundsätzlicher gemeinsamer politischer Überlegungen zurückzuweisen. *Die „Politik der kleinen Schritte" frißt die Empörung.*

Ohne Raum, Zeit und Geld: die Frauen dieser Welt

Nach den Aufbrüchen der 70er Jahre, in denen die neue Frauenbewegung gesellschaftliche Widerstände brechen konnte, sind die 80er Jahre geprägt vom Bestreben, das Erreichte festzuhalten und zu institutionalisieren. Die Institutionalisierungsversuche fallen in eine polit-ökonomische Umbruchsituation, in der der Umverteilungskampf von Arbeit und Geld zwischen den Geschlechtern eine neue Qualität erreicht. Damit sind die Bedingungen für Institutionalisierung schlechter als noch vor 10 Jahren. Die Möglichkeiten der Umverteilung von Arbeit und Geld zugunsten von Frauen sind durch Erwerbslosigkeit, neue Armut, zunehmende reaktionäre Politik, die Beschneidung erkämpfter Rechte, erheblich geringer als noch in den 70er Jahren. Die Grenzen sind enger geworden und die Kraft, mit der diese ausgeweitet und verändert werden können, fehlt. Sie wird verschlissen im *Sog institutioneller Machtversprechen.*
Wenn ich hier von Institutionalisierung spreche, meine ich die Formalisierung und das Festhalten von Beziehungsgefügen und Prozessen. Sich institutionalisierende Zusammenhänge sind dadurch charakterisiert, daß sie sich vor allem mit Geldforderungen an den Staat richten. Das Festhalten von Erreichtem im Sinne der Institutionalisierung ist nicht nur an Geld sondern auch an Räume und Zeit gebunden. Jedoch haben Frauen weder Verfügungsgewalt noch Entscheidungsmacht über die Verteilung von Räumen, Zeit und Geld.
In Institutionen wird Geld verteilt in Form von Ressourcen und Stellen. Die dort verbrachte Zeit (sowohl lohnarbeitend als auch „ehrenamtlich") wird wertgeschätzt. An Frauen werden die Räume der Institution jedoch nur leihweise, zeitweise abgetreten. Die Institution ist männlich besetztes Territorium. Aber was heißt das nun für feministische Politik?
Eine Konsequenz aus dieser Erkenntnis könnte die Aufnahme der direkten Konkurrenz zwischen Männern und Frauen sein, der Kampf von Frauen um Positionen, Geld, Status, Entscheidungsbefugnis, etc. Die Stellenkämpfe von Frauen in den Institutionen wären dann genau die adäquate Strategie, um besetztes Territo-

rium zu erobern. Dabei vergessen Frauen leider oft, daß das Territorium mit Regeln, Formalismen, Prinzipien, Hierarchien, Unterwerfungsritualen, Hofierungen, sinnlosen Scheingefechten, ebenso unsinnigen, nur auf den Selbsterhalt bedachten Abteilungen, etc. pp durchlöchert, umgegraben und verunstaltet ist. Für viele Feministinnen in den Institutionen heißt dies, einem schier unauflösbaren Konflikt ausgeliefert zu sein. Sie laufen permanent Gefahr, auch Teil dieser Regelmechanismen zu werden und damit den Versuch der (Rück)eroberung männlich besetzten Territoriums aufzugeben. Frauen werden so zur Mittäterschaft an der Institutionenrealität aufgefordert.
Wenn sich Frauen auf den Weg machen, institutionelle Territorien zu erobern, setzen sie sich mit der Institutionenrealität im Detail auseinander, geraten an Grenzen, ermüden in den Debatten um die „Sachzwänge", um die Regeln in den langsam mahlenden Mühlen der Bürokratie. Sie erfahren, daß die Grenzen enger geworden sind, daß Männer ihre eigenen Interessen massiver vertreten, daß diese angesichts der Stellen- und Ressourcenknappheit ihre „frauenfreundlichen" Versprechungen keineswegs einzuhalten sind. Und sie erfahren, daß die Kenntnis der institutionellen Regeln, die Beteiligung an aufwendiger Gremienarbeit ihnen einen gewissen Schutz gewährt. Sie werden zwar nicht geschätzt und geachtet, aber immerhin toleriert. Dies verführt Feministinnen zur *Mittäterschaft* und bringt sie in den Sog institutioneller Anpassung. Der Sog ist sehr stark und es bedarf einer gehörigen Portion *Unerschrockenheit,* um ihm zu widerstehen. Für vereinzelte Frauen ist dies nicht möglich. Es bedarf der *kollektiven Widerspenstigkeit,* um die Mittäterschaft von Frauen am System der Frauenausgrenzung und -erniedrigung zu erkennen, zu benennen und möglichst zu verhindern. Die Voraussetzung der Verhinderung unserer Mittäterschaft ist jedoch, genau dieses Prinzip institutioneller Hierarchie zu durchschauen und in seiner Bedeutung für Feministinnen innerhalb der Institutionen zu begreifen.
Denn den Feminismus in die Institutionen zu tragen, heißt auch, selbigen in den Schutz der institutionellen Patriarchen zu stellen. *Wie wir jedoch aus der Diskussion über die Gewalt gegen Frauen wissen, impliziert der „Schutz" des Patriarchen die potentielle Vergewaltigung.*

Die „heilige Ordnung" der Institution

Wie sieht nun der „Schutz" der Patriarchen für Feministinnen in den Institutionen konkret aus? In diesem Zusammenhang betrachte ich im folgenden die herrschende patriarchale Institutionenlehre.

Der „Schutz" des Patriarchats

Die Institutionenlehre zeichnet sich vornehmlich dadurch aus, daß der handelnde Mensch aus der Institutionenrealität ausgeblendet wird, obgleich als „Sinn" der Institutionen einvernehmlich die Etablierung und Stabilisierung von Ordnungsgefügen betrachtet wird, die das menschliche Zusammenleben regeln. Der ursprüngliche „Sinn" von Institutionengründungen besteht darin, menschliche Bedürfnisse (Malinowski), „Gewohnheiten" (Gehlen), „Sinnzusammenhänge" (Luhmann) auf Dauer sicherzustellen. Mit den gesellschaftlich je unterschiedlichen Institutionenbildungen werden so menschliche Lebensäußerungen in Formen gegossen, zu denen es keine/kaum Alternativen gibt (Ehe, Staat, Recht, Gewalten). Einheitlich wird die Darstellung der Institutionenbildung und -ausweitung trotz vielfältiger Unterschiede bei den genannten Autoren als herrschaftsfreier Prozeß beschrieben und vor allem als Prozeß, in dem das Geschlecht keine Rolle spielt. Daß dies jedoch sehr wohl eine entscheidende Bedeutung für die Institutionenbildung hat, möchte ich hier am Beispiel der Geschichte der Entstehung der Hausfrau, dem Prozeß der Hausfrauisierung erläutern. Das hierarchische Verhältnis zwischen

Männern und Frauen das generell durch die sexistische Arbeitsteilung bestimmt ist, definiert auch den *männlich identifizierten Charakter von Institutionen.*
Malinowski definiert Instutionen als organisierte Gruppen. Sie sind notwendig, da der Mensch gruppenhaft organisiert werden muß, um seine Bedürfnisse dauerhaft zu befriedigen. Durch die Bedürfnisbefriedigung entstehen neue Bedürfnisse, weiten sich Institutionen immer weiter aus und differenzieren sich. Malinowskis antropologischer Erklärungsansatz suggeriert die universelle, überhistorische Richtigkeit seiner Thesen (1962). Hier wird der androzentrische Blick Malinowskis deutlich, der mit seiner Beschreibung der Institutionen nur Männer im Blick hat. „Bedürfnisse" werden anthropologisch konstant fixiert, für Männer gedacht und Frauen übergestülpt.
Zum Zeitpunkt der Entwicklung seiner Theorie hatte sich die Geschlechterpolarisierung bereits weitgehend vollzogen. Die Entstehung der Hausfrau war in zentralen Ökonomien abgeschlossen. Die Isolierung und Ver-Heimlichung ihrer Arbeit steht im deutlichen Gegensatz zur scheinbar notwendigen gruppenhaften Organisierung der Bedürfnisbefriedigung. Die spezifisch neuzeitliche Institution Ehe dient nicht der gruppenhaft organisierten Bedürfnisbefriedigung sondern vielmehr der Bedürfnisauslöschung der entstehenden Hausfrau. Ihre „Bedürfnisse" werden auf die „Bedürfnisse" des Familienoberhauptes zugerichtet, sei es durch Sexismus, Arbeitsteilung, Mutterliebe, Zwangs-Hetereo-Monogamie oder Weiblichkeitsdefinitionen. Die Hausfrau hat in Malinowskis der Theorie keine Subjektivität, sie rezipiert passiv das, was ihr als Natur angedichtet wird.

Gehlen baut auf Malinowskis Ausführungen auf, behauptet jedoch die moderne Subjektivität des Individuums stehe im Gegensatz zum Wesen der Institution (1965). Subjektivität wird bei ihm verstanden als Produkt bürgerlicher (männlicher) Freiheit: Individualität. Bei ihm wird noch deutlicher als bei Malinowski, daß mit der Etablierung der konservativen Beziehungsregelung innerhalb von Institutionen der einzelne Mensch aus den Strukturen der Institution verschwindet. Menschen stehen nicht als Subjektive innerhalb der Institutionen, sondern geraten, wenn sie noch Subjekte sind, in den Gegensatz zur Institution. Das Funktionieren von Männern nach den Regeln der Herrschaft in Institutionen, entledigt sie ihrer Subjektivität/Authentizität.
Gehlen bezieht seine Institutionenbetrachtungen auf die negative Utopie, daß die Institutionen die großen bewahrenden, uns weit überdauernden Ordnungen und Verhängnisse sind, in die die Menschen sich sehenden Auges hineinbegeben. Für ihn sind Institutionen angesichts seiner Annahme vom Menschen als Mängelwesen von geradezu fundamentaler Bedeutung. Alle Stabilität und Kontinuität hängt in seinen Augen von ihnen ab (vgl. Gehlen 1964, S. 8 ff). Und er sieht sich im folgenden vor der Aufgabe, die „Verselbständigung" der Institutionen aus der Natur des Menschen abzuleiten. Er gleitet damit von seinem milieutheoretischen Ansatz ab in die Suche nach überhistorischen und „selbstverständlich" geschlechtsneutralen, universellen Konstanten. Durch diese Sicht wird die Ordnung der Institutionen als ein ineinander verschränktes, regulierendes Handlungssystem begriffen, das nur so und nicht anders funktionieren kann. So wird die Ordnung hypostasiert, als gäbe es keine Täter. Die individuellen Handlungen der einzelnen Männer, die diese Ordnungen immer wieder neu herstellen, werden in den institutionellen Strukturen verborgen.

Auch Luhmanns Ausgangspunkte scheinen erstmal durchaus handlungstheoretisch begründet: „Soziale Systeme bestehen aus faktischen Handlungen verschiedener Personen, die durch ihren Sinn aufeinander bezogen und durch diesen Sinnzusammenhang abgrenzbar sind gegenüber einer Umwelt, die nicht zum System gehört" (1970, S. 28). Im weiteren verlieren sich jedoch seine Handlungsansätze in den formalistischen funktionalistischen Beschreibungen der Institutionenrealität.

Da es bei Luhmann keine Herrschaftsverhältnisse in der funktional-differenzierten Gesellschaft gibt, betrachtet er die Institutionalisierung von gesellschaftlichen Anliegen ausschließlich unter den Gesichtspunkten der „Generalisierung von Konsens", der ob real oder imaginiert, zur Instituionalisierung von gesellschaftlichen Anliegen führt. Damit sind die Hierarchien zwischen den Beteiligten über einen als gemeinschaftlich bestimmten Konsensus herausdefiniert.

Menschen werden als handelnde „ganze" Personen nicht nur aus der Institutionenlehre, sondern auch aus den realen Institutionen herausdefiniert. Daß Ziele und Zwecke der Institutionen folgenlos in direkten Gegensatz zu den Bedürfnissen der involvierten Personen treten können, sehen die zitierten Autoren nicht. Subjektivität wird ersetzt durch die Erfahrung aus zweiter Hand, durch die sich die Beteiligten ihre Existenz als Person bewahren. Diese Feststellung führt direkt zu der Frage nach den Herrschaftsbeziehungen innerhalb von Instutitionen, über die die institutionellen Funktionen *trotz* bestehender Widersprüche und Konflikte aufrechterhalten werden können. Die Beantwortung dieser Frage gelingt m. E. nicht, solange die handelnde Person aus dem Gefüge institutioneller Regelmechanismen ausgeblendet bleibt. Die Vernichtung der Subjektivität in der Institution hat als These in der Soziologie eine lange Tradition. Die Auswirkungen dieser Vernichtung werden von Gehlen gar als „Opferritual" bezeichnet. Obgleich bei Gehlen der Bewertung der Institution eine gänzlich andere Moral zugrunde liegt als bei Malinowski oder auch Luhmann, bleibt die Frage, wie es möglich ist, Subjektivität dergestalt zu verbannen, unbeantwortet.
Warum orientieren sich männliche Autoren derart an Strukturen, Ordnungen, Grundzüge und Regeln nach denen sich Gesellschaft bestimmen, erklären und „machen" läßt? Zur Beantwortung dieser Frage liegt eine Betrachtung des Zusammenhangs von „Herrschenwollen", männlicher *Allmachtsphantasie,* wie sie sich seit der Neuzeit herausgebildet hat und dem modernen Wissenschaftsverständnis nahe. Ein universalistischer Ansatz der Wissenschaft setzt die Möglichkeit des Erkennens überhistorischer und überkultureller Wahrheiten und Gesetzmäßigkeiten, die nachweisbar sind, voraus. Das Erkennen, Wissen und die Macht zu erschaffen, Fähigkeiten, die in der christlichen Tradition auf den einen Gott projiziert wurden, sind seit Entstehung der Neuzeit Bestandteil männlicher Allmachtsphantasie. Es ist nicht mehr nur ein männlicher Gott, der die Welt erschuf und Gesetze, Regeln des Zusammenlebens bestimmt. Es entsteht der männliche Herrscher/Patriarch, der sich Natur und Gesellschaft untertan macht und lebenszerstörend die zweite Natur herstellt (vgl. dazu u.a. Daly 1979, Daly 1981, Jansen 1984, Merchant 1983).
Institutionen bewahren in diesem Zusammenhang die von Männer-Menschen gemachten Regeln und Gesetze, produzieren die Ordnung, in der die immer neue Unterwerfung des unkontrollierten Lebendigen vonstatten geht. Damit erheben sich Institutionen über die Subjektivität und den Menschen als „ganzer Person". Frauen, die als Geschlecht eher als naturverhaftet und „ganz" definiert sind, werden aus der „Erhabenheit" der Institution ausgeschlossen. Der Ausschluß impliziert jedoch ihre Unterwerfung bzw. spezifische Wiedereingliederung auf den unteren Rängen indem sie dem „Schutz der Institutionen untergeordnet werden".

Die Institution als Männerbund

Im theoretischen Diskurs über Institutionen wird die hierarchische Eingliederung von Frauen zur Legitimation des Männerbundes genutzt. Was macht nun die männerbündlerische Institutionenrealität im einzelnen aus?
Gerhard Schwarz (1985) analysiert die „heilige Ordnung" der Männer:

1. historisch als Zwangskoordinationssystem zwischen autark existierenden Gruppen, mit dem Ziel der Zentralisierung von Macht,

2. systematisch als Kommunikationsstruktur von Herrschaftsbeziehungen innerhalb zentralisierter Institutionen.

Er gelangt zum Schluß zur Frage nach der Universalität der „heiligen Ordnung". „Die Legalität und die Moralität, die Religion und die Natur, das Denken und die Organisationen – alles hat immer wieder dasselbe Prinzip: Ordnung in Über- und Unterordnung; vielleicht hat diese Universalität der Anwendung auch ganz wesentlich zur Stabilität dieser Ordnung beigetragen" (Schwarz 1985, S. 209). Die Subsumtion der menschlichen Subjektivität unter das abstrakte Herrschaftsschema der „heiligen Ordnung" funktioniert jedoch nicht ungebrochen. Die nicht erfaßten Dimensionen zwischenmenschlicher Beziehungen „stören" immer wieder die Herrschaftskommunikation. Wo bleiben sie, die nicht der Vernunft, der Herrschaft der Logik unterzuordnenden Bedürfnisse und Wünsche?
Wie werden sie innerhalb des Herrschaftsgefüges Institution verdrängt, integriert, verformt, vernichtet? An dieser Stelle hört Gerhard Schwarz auf, weiterzudenken. Er differenziert nicht in Männer und Frauen. Das „männliche" an der heiligen Ordnung besteht für ihn schlicht darin, daß diese Ordnung (quantitativ) mehr von Männern als von Frauen getragen wird (1985, S. 215).
Diese Tatsache allein verweist jedoch nicht auf den patriarchalen Charakter von Institutionen. Wenn wir die Ehe als solche bezeichnen, läßt sich nicht leugnen, daß sie nun gerade zu 50% aus Frauen besteht. Auch in anderen Institutionen, selbst beim Militär basiert der Ausschluß von Frauen aus der „heiligen Ordnung" auf ihrer andererseits besonderen Integration in genau diese Ordnung (Fiegl 1985). Frauen bilden den Untergrund auf dem sich die Hierarchie der heiligen Ordnung der Männer bildet. Oder: *In der heiligen Ordnung der Männer finden Frauen nur als Sklavinnen ihren Platz.*

Das „Teile- und Herrsche"-Prinzip männlicher Bindung

Das Grundprinzip patriarchaler Herrschaft heißt „Teile und Herrsche" (dazu Mies 1985; Bennholdt-Thomsen 1985). Nach genau diesem Prinzip ist auch die Macht in den Institutionen strukturiert. Dieses Prinzip bedeutet meiner Ansicht nach jedoch nicht nur die dualistische Spaltung in u.a. Hausfrauen/Erwerbsarbeiterinnen, Weiße/Schwarze, Männer/Frauen, wie Maria Mies es beschreibt, sondern heißt vor allem, daß eine zentrale Figur, die Entscheidungsmacht hat. Die Voraussetzung für „Teile und Herrsche" ist die Hierarchie, die Einteilung der Welt in oben und unten. Damit diese Welt auch so funktioniert, müssen Konflikte möglichst ausgeschaltet werden, den jeweils Unteren wird wird wieder jemand unterstellt und vor allem darf auf jeder Ebene jeweils nur eine Person Entscheidungskompetenz innehaben. Freundschaften können in diesem System gegenseitiger Abhängigkeit oder Konkurrenz unter Männern nicht entstehen. („Dienst ist Dienst und Schnaps ist Schnaps").
Die Konstruktion von Beziehungslosigkeit, die Verhinderung von Freundschaft ist die Methode patriarchaler Herrschaft, die das „Teile- und Herrsche"-Prinzip in den Institutionen gesellschaftlicher Macht konstituiert. Freundschaften in den Institutionen werden ersetzt durch rituelle Praktiken, durch die „männliche Bindung" (Tiger 1973), die Kameradschaft oder Bruderschaft. Im Unterschied zur „Beziehung", die Freundschaft umschließt, ist die „männliche Bindung" / Bruderschaft / Kameradschaft durch Beziehungslosigkeit charakterisiert. Die Bezüglichkeit, d.h. die Art und Weise Bezug zwischen Individuen herzustellen, ist instrumentell, ziel- und zweckorientiert. Die Praxis der männerbündlerischen Bezüglichkeit kann z.B. sein:

– Saufgelage zwecks Selbstdarstellung, Konkurrenz, dem Festlegen der Hackordnung,

– Seilschaften zwecks gegenseitiger Hilfeleistung in konkurrierenden Männergruppen,

– Zitierkartelle, in denen nur bestimmte Autoren Erwähnung finden, etc.
Die beziehungslose „Bezüglichkeit" zwecks Konfliktregelung/-ausschaltung in der Hierarchie des „Teile und Herrsche" hat eine wichtige Funktion: Sie *egalisiert die Bindungen* zwischen Männern, und sie führt zur *Gleichheit zwischen Männern*.
Mary Daly hat als Charakteristikum der männlichen Kameradschaft/Brüderlichkeit das Eindämmen der Individualität, die weitgehende Aufgabe des Selbstgefühls festgestellt (1981, S. 387-397). Die Unterdrückung bis zum Verlust des Selbstgefühls in der Bruderschaft, dem Männerbund hat m.E. eine bedeutende Konsequenz für den Umgang von Männern mit Frauen in der Institution. Durch andere Männer reduziertes Selbstwertgefühl, der Verlust von Identität in den hierarchischen Strukturen des nach dem „Teile- und Herrsche"-Prinzip organisierten Männerbundes würde nicht funktionieren, wenn es nicht eine gemeinsame Grundlage gäbe, auf der sich die männliche Bindung in ihrer hierarchischen Bezogenheit gemeinschaftlich erheben könnte. „Ich sehe die männliche Bindung als Rückgrat eines Gemeinwesens, und zwar in folgender Weise: Gemeinwesen verdanken der hierarchischen Verbindung von bedeutenden Männern ihre Struktur, ihren sozialen Zusammenhalt und zu einem guten Teil ihre zeitliche Kontinuität" (Tiger 1973, S. 79).

Die Sklavinnen der „heiligen Ordnung"

Es ist häufig genug nachgewiesen, daß Männer nur ihr eigenes Geschlecht meinen, wenn sie von den Menschen reden (Schaeffer-Hegel 1984, Nowotny 1984). Daß auch eine männlich-kritische Instituionenanalyse als patriarchale Herrschaftsinstanz nicht zu einer Klärung der Frage verhilft, wie denn nun Institutionen sich immer wieder als Herrschaftsorganisationen gegen und auf dem Rücken von Frauen etablieren, zeigt die Auseinandersetzung mit Gerhard Schwarz. Offen bleibt bei ihm die Frage nach dem Status, der Arbeit und der Bewertung von Frauen innerhalb der patriarchalen Institutionenrealität. Für Frauen stellt sich die Auseinandersetzung mit der Macht als Auseinandersetzung mit den Institutionen dar. Für die Beantwortung dieser Frage führen meiner Ansicht nach zwei Pfade weiter:

1. das Begreifen des Sklavinnen-Leibeigenenstatus von Frauen wie er deutlich durch die Hausarbeitsdebatte und die Hausfrauisierungsthese ausgeführt wird,
2. die Auseinandersetzung mit Subjektivität/Individualität und der Benutzung von Frauen als „ganzer Person" durch Männer.

Die Hausfrauisierung von Frauen in der Institution

Die Hausfrau entstand mit dem Lohnarbeiter (Kittler 1980; Bock, Duden 1977; Bennholdt-Thomsen 1983 u.a.). Sie ist ihm individuell zugeordnet und verpflichtet unbezahlte und niedrigst bewertete weibliche Tätigkeiten zu verrichten (Kontos, Walser 1979; Meyer 1982), die im Prozeß der Hausfrauisierung (Mies 1983) zunehmend unsichtbar gemacht und verheimlicht werden.
Der Definition der Tätigkeiten als „weibliche" entspricht die Zuordnung und Entwicklung des „weiblichen Geschlechtscharakters" (Hausen 1978), der als naturhaft gesetzt wird und als internalisierte „Geschlechtskrankheit Weiblichkeit" (Thürmer-Rohr 1986, S. 116) den niedrigen Status von Frauen zementiert (implizit deutlich bei Brownmiller 1984). Dieser historisch gewordene niedrige Status des Geschlechts Frau verursacht durch die sexistische Arbeitsteilung, vornehmlich durch die Zwangszuweisung von Hausarbeit und Kinderaufzucht an Frauen (Werlhof, Mies, Bennholdt-Thomsen 1983; Müller 1976; Badinter 1985; Rich 1979). Der Begriff der Hausfrauisierung, der den Prozeßcharakter betont, begreift den Hausfrauenstatus über die Zuweisung niedrigst entlohnter und nichtentlohnter (Subsistenz-)Arbeit als notwendigen Bestandteil kapitalistischer Ent-

wicklung (Mies 1983). Hier enthält der Diskurs wiederum die Frage nach dem Status von Frauen in Institutionen, und zwar unter ökonomischen Gesichtspunkten. Außerhalb ihrer Lohnarbeit in der Institution sind Frauen den Erwartungen zu verheimlichender Arbeit unterworfen. Innerhalb ihrer Lohnarbeit sind sie ebenfalls als Geschlecht gefragt, sei es durch zusätzliche Erwartungen heimlicher Arbeit, sei es durch sexistische Übergriffe (Plogstedt, Bode 1984) oder durch die symbolische Reduktion auf ihre Sexualität über die „Frauenbilder" (Schmerl, Fleischmann 1980; Hering 1976). Diese Faktoren zusammen genommen zeigen, daß Frauen in der Lohnarbeit generell anders behandelt werden als Männer. Die Abspaltung der „Ware" Arbeitskraft von der Frau als ganzer Person hat sich historisch nicht vollzogen (vgl. AG Zukunft der Frauenarbeit 1985). Im Gegenteil: Die Vernutzung weiblicher Arbeit ist unmittelbar gekoppelt an ihr Geschlecht. Das heißt, sie ist gekoppelt an ihre Definition bzw. *Imagination als „ganzer Person"*, als imaginierter Frau mit bestimmten Ausprägungen ihres Geschlechtscharakters.

„So-tun-als-ob": Elemente des weiblichen Geschlechtscharakters

Hier stellt sich die Frage nach der Subjektivität/Individualität von Frauen und den konkreten Bedingungen, die es ermöglichen, daß Frauen als ganze Personen für Männer funktionieren. Die Koppelung von Frauenarbeit an ihr Geschlecht ermöglicht es Männern in Institutionen, die Abhängigkeit von Frauen für Zusatzarbeiten zu benutzen, ihnen Ressourcen zu streichen, sie sexuell zu belästigen. In jeder Situation muß die Sekretärin, Putzfrau, Wissenschaftlerin . . . gewärtig sein, als Angehörige ihres Geschlechts bei der Arbeit benutzt, belästigt, ausgeschlossen zu werden (Plogstedt, Bode 1984).

In jeder Situation verlangt die „heilige Ordnung", daß Frauen diese Tatbestände akzeptieren, womöglich gutfinden, aber zumindest tolerieren und hinnehmen. „Diese Ordnung verlangt von Frauen das Nichtverletzen von Männern und damit eine Lebenshaltung des So-Tun-Als-Ob." (Thürmer-Rohr 1986, S. 114). „So zu tun als ob" heißt für die Frau, z.B.: daß

- sie gern zusätzliche Arbeit verrichtet,
- sie Belästigungen als Kompliment versteht,
- sie sexistische Bilder in den Büroräumen ihrer Kollegen nicht sieht,
- sie frauenfeindliche Witze auch witzig findet oder nicht hört,
- sie das Problem der Doppelbelastung locker geregelt kriegt (wie ihre Arbeit)
- sie freudig erregt den Anweisungen ihres jeweiligen Herrn folgt,
- sie in der glücklichen Familie oder Beziehung mit dem Ausnahmemann lebt,
- sie Toleranz übt bei „gelegentlichen" frauenfeindlichen Ausrutschern „frauenfreundlicher" Herren,
- sie durch alle diese Erfahrungen nicht verletzt wird und im „Als-Ob" glücklich ist.

„So zu tun als ob" heißt, sich selbst mit den eigenen Erfahrungen zu belügen. „Im Kampf ums Überleben lügen wir. Wir belügen unsere Chefs, wir belügen unsere Gefängniswärter, die Polizei, die Männer, die Macht über uns haben, die uns und unsere Kinder legalerweise besitzen, und unsere Liebhaber, die uns zum Beweis ihrer Männlichkeit brauchen. Wie alle machtlosen Menschen laufen wir eine bestimmte Gefahr: Daß wir vergessen, daß wir lügen oder daß das Lügen zu einer Waffe wird, von der wir auch in Beziehungen mit Menschen Gebrauch machen, die keine Macht über uns haben" (Rich 1983, S. 178).

Denn: das „So-Tun-Als-Ob", die Lüge wird belohnt. Die höflichen Aufmerksamkeiten vom freundlichen Lächeln, übers weibliche Äußere, bis zur „freiwilligen" Mitwirkung in sexistischen Situationen scheinen das Leben in der Männerwelt einfacher zu machen. Doch der Preis der Verleugnung ist hoch und für den „Lohn"

gibt es keinen Tarifvertrag. Hier sind Frauen sklavinnenähnlich von der Willkür ihrer jeweiligen Befehlshaber abhängig. Das Prinzip der Belohnung Frauen gegenüber ist das der Willkür. Ob sie in ihrer Abhängigkeit für ihr „So-Tun-Als-Ob" belohnt werden, ist nicht vorhersehbar. Es ist zwar möglich doch unsicher. Frauen haben keine Macht, einen Äquivalent für die internalisierte Zurichtung ihrer Person auf die Bedürfnisse von Männern zu verlangen.

Der feministische Angriff auf die patriarchalen Selbstverständlichkeiten

Nun hat sich der Feminismus daran gemacht, die patriarchalen Selbstverständlichkeiten der *hierarchischen Einbeziehung und Ausgrenzung* von Frauen in Frage zu stellen. Frauen kritisieren und wehren sich, entwickeln aus ihren Erfahrungen eigene Ansichten über die gesellschaftlichen Verhältnisse und setzen sie um in konkrete Politik (zu den Ansätzen feministischer Theorie: Göttner-Abendroth 1984; Wolff-Graf 1981; zum Politikverständnis: Marx 1984; Knäpper 1984). Wie sich die Grundlagen des Feminismus im Sog des institutionellen Machtgefüges verändern können, möchte ich im folgenden am Beispiel der Institutionalisierung von Frauenforschung diskutieren.

Feministische Soziologie oder Soziologie der Frau

„Was bedeutet es, wenn der Staat gegenüber der Frauenbewegung nicht nur weniger ‚repressiv', sondern gelegentlich sogar in der Rolle des ‚Förderers', gar des ‚Inovators' auftritt?" (Stoehr 1978) Diese Frage wurde vor acht Jahren anläßlich der Auseinandersetzungen um die Einrichtung der Zentraleinrichtung für Frauenfragen in Berlin gestellt (ZE 1980). Der Konflikt verlief damals zwischen dem autonomen Frauenprojekt FFBIZ (Frauenforschungs- und Frauenbildungsinstitut) und der Initiative für die Einrichtung eines Zentralinstitutes für Frauenforschung an der Freien Universität Berlin. Es ging darum, daß der Staat die Frauenbewegung nicht mehr ignorierte, sondern versuchte Frauenpolitik in die Bahnen offizieller Politik zu lenken. Die Auseinandersetzungen um das Verhältnis der Frauenbewegung zum Staat entzündeten sich an der Frage, unter welchen Bedingungen Frauenforschusng vom Staat bezahlt werden solle und ob eine universitäre Initiative für die Etablierung von Frauenforschung ohne Einbeziehung der bereits bestehenden Initiativen und autonomen Projekte im Interesse der Frauenbewegung sein könne. Damals wurde die Initiierung der Zentraleinrichtung für Frauenforschung von sehr vielen Gruppen und Projekten abgelehnt. Der Hintergrund war zum einen die Art und Weise wie die Gründung der ZE an den bestehenden Initiativen vorbei – von oben – vonstatten ging und zum anderen die Befürchtung, daß sich viele Frauen auf den Integrationsweg begeben würden und damit autonome feministische Organisationsformen und Inhalte einen sehr viel schlechteren Stand hätten.

Seit der im Jahr darauf stattfindenden Sommeruniversität zum Thema Autonomie oder Institution wurde die Frage nach den Grundsätzen der feministischen Perspektiven vorläufig von der praktischen Politik in Projekten und Institutionen abgelöst. Zumindest wurde sie nicht mehr öffentlich, veröffentlicht diskutiert, auch wenn sie keineswegs beendet ist. Innerhalb der Universitäten entstanden überall Initiativen der Frauenforschung, Ringvorlesungen , Seminare, die die verschiedenen Formen der Institutionalisierung vorantrieben. Acht Jahre später ist die Frauenforschung gesellschaftsfähig geworden. Frauenarbeitszusammenhänge existieren innerhalb, außerhalb und am Rande von Institutionen. Der Prozeß war „erfolgreich". Es gibt Frauen, die für diese Arbeit hart erkämpfte „Staatsknete" erhalten. Dazu gehöre ich auch.

Der Institutionalisierungsprozeß der Frauenforschung ist zwar 1986 nicht abge-

schlossen, doch steht er vermutlich vor einem Höhepunkt, insofern als die ersten Einrichtungen vor ihrer unbefristeten Etablierung stehen (z.B. Zentraleinrichtung für Frauenfragen in Berlin – Interdisziplinäre Forschungsgruppe Frauenforschung in Bielefeld und zur Zeit mehrere Frauenprofessuren, die eingerichtet und besetzt werden sollen, u.a. in Frankfurt und Bielefeld). Gemeinsam mit den vereinsmäßigen und berufsständischen[1)] Zusammenschlüssen von Frauen wird in diesem Prozeß das definiert, was aktuell und zukünftig unter feministischer Wissenschaft bzw. Frauenforschung zu verstehen sei. Dieser inhaltliche Definitions- und Orientierungsprozeß ist eine Gratwanderung zwischen feministischem Anliegen, Erkenntnisinteressen und Politikverständnis einerseits, und dem Integrationssog der diesem Anliegen zuwider laufenden herrschenden Wissenschaftsinstitution. Dieser Integrationssog entsteht dadurch, daß die männliche Wissenschaftsinstitution auf Grund (noch) bestehender Inkompetenz und politischer Opportunität gezwungen ist, sich einerseits der Feministinnen zu bedienen, die seit langem Frauenforschung betreiben, andererseits den subversiven politischen Einfluß, der von ihnen ausgeht, zu neutralisieren, um die „heilige Ordnung" innerhalb der Institution aufrechtzuerhalten. Trotzdem birgt die Verankerung des Feminismus in der Hochschule durchaus auch eine Chance, die querliegenden Inhalte und Personen im herrschenden Betrieb zu etablieren. Beispiele aus den USA zeigen, daß dies durch massiven studentischen Protest bis hin zum Streik durchaus möglich ist. Wie kann es im männlich besetzten Territorium der Hochschule gelingen, die traditionelle männliche Soziologie der Frau durch die feministische Soziologie zu ersetzen? Kann es gelingen, ohne den Verführungen und dem Sog der Institution zu erliegen?

Die Entwicklung des Curriculums „Grundlagen sozialwissenschaftlicher Frauenforschung"

Im folgenden möchte ich am Beispiel der Entwicklung des Curriculums „Frauenforschung" in der Fakultät für Soziologie Bielefeld die Folgen des institutionellen Sogs für die schriftliche Fixierung der Inhalte feministischer Forschung verdeutlichen. Die Vorgeschichte bis hin zur Kommissionsbildung und der inhaltlichen Arbeit an einem Curriculum ist für das Verständnis der inhaltlichen Entwicklung der Diskussion wichtig und soll kurz angerissen werden.

1. Seit zehn Jahren werden an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld Frauenseminare durchgeführt. Wie an anderen Hochschulen auch werden die Veranstaltungen von den Dozentinnen zusätzlich zu ihrem Lehrdeputat bzw. in eigenwilliger Umdefinition dessen, was sie eigentlich tun sollen, durchgeführt. Dieser Eigensinn wird von den männlichen Institutionsmitgliedern nicht immer wohlwollend betrachtet, zumal viele Bereiche, in denen Frauen wissenschaftlich tätig sind, sich dem „Thema Frau" gegenüber per se sperrig zeigen. Erst recht sperren sich die Kollegen, wenn es nicht nur um die Einführung eines Frauenthemas geht, sondern um die Behandlung anderer soziologischer Fragestellungen mit feministischem Blick.

2. Mehrere Studentinnengenerationen haben sich bereits in den Lehrveranstaltungen mit feministischem Gedankengut befaßt. Diese Tradition ist jedoch im Gegensatz zu allen anderen Soziologieveranstaltungen brüchig, da die Lehre an die Personen gebunden ist und mit dem Ausscheiden der Personen aus der Institution auch die Veranstaltungen ersatzlos gestrichen werden.

3. Seit 1983 initiieren darum das „Feministische Archiv" an der Fakultät, die Fachschaft und die „Frauen der Fakultät" die Verankerung der Frauenforschung in Curricula der einzelnen Lehrgebiete der Soziologie. Dies geschieht gerade zu diesem Zeitpunkt weil: a) die Arbeitsverträge etlicher Frauen, die an der Fakultät beschäftigt sind, auslaufen, vor allem auch die der feministischen Wissenschaftlerinnen und b) sowieso eine allgemeine Curriculumrevision an der Fakultät anvisiert wird.

In dieser Situation, die sich zwar im Detail, jedoch nicht grundsätzlich von der an anderen Hochschulen unterscheidet, wird die Besetzung einer Professur mit einer feministischen Forscherin gefordert.[2] Daran geknüpft ist die Auflage, zuvor ein Curriculum Frauenforschung zu entwickeln. Auf einem der regelmäßigen Treffen der Frauen der Fakultät wird beschlossen, die Curriculum-Kommission mit den Frauen, die bislang an der Fakultät Frauenforschung betrieben haben, zu besetzen. Der Vorschlag soll vom Dekanat abgesegnet werden. Dieses lehnt jedoch den Vorschlag mit der Begründung ab, es dominiere dann *eine* Richtung der Frauenforschung. Es solle jedoch das ganze Spektrum der Frauenforschung vertreten sein – national wie international.
Im folgenden interessiert mich für die Analyse nur der Gesichtspunkt, wie die institutionelle Politik der „heiligen Ordnung" nach dem „Teile-und-Herrsche"-Prinzip auf die Inhalte der im Curriculum definierten und weitergeführten Grundlagen sozialwissenschaftlicher Frauenforschung wirken konnten.[3]
Der erste Entwurf des Curriculums entsteht aus den Diskussionszusammenhängen innerhalb der Fakultät, wie sie seit Jahren bestanden, sowie aus der Kenntnis von Curricula aus den USA. Im Verlauf der Debatten um Struktur und inhaltliches Angebot wird der Entwurf dergestalt verändert, daß Begriffe, Themen, Ansichten herausfallen und so umformuliert werden, daß an manchen Stellen die Unterschiede zwischen herrschender Soziologie und feministischer Soziologie kaum noch erkennbar sind.

Ursprüngliche Formulierungen u.a.:	**Umformulierungen u. a.**
Grundbegriffe der feministischen Gesellschaftstheorie oder theoretische Ansätze feministischer Gesellschaftsanalysen	normative und begriffliche Grundlagen und empirisch-historische Gegenstände sozialwissenschaftlicher Frauenforschung – empirische Sozialstrukturanalysen
Untersuchung soziologischer Theorien auf ihren androzentrischen Charakter	Überprüfung des Universalismusanspruchs soziologischer Theorie für den Lebenszusammenhang von Frauen
Methodologie der Frauenforschung Theorie und Praxis der Frauenforschung/Frauenbewegung	Methodologie und Praxis der Frauenforschung (aus zwei Veranstaltungen wird eine)

Als Ergebnis dieser Umformulierungen bleibt die peinliche Vermeidung von „Theorie", ihre Reduzierung auf „Kritik", die Marginalisierung der Methodologie-Debatte, des Praxisbezugs, der neuen Frauenbewegung. Damit sind genau die Thematisierungen soziologischer Frauenforschung herausgefiltert, die quer zum etablierten Wissenschaftsverständnis liegen und die ein originär „feministisches" Wissenschaftsverständnis begründen.
Ich möchte noch ein weiteres Beispiel für die Veränderungen geben.

Im ersten Entwurf sieht ein vorgeschlagener Veranstaltungstyp folgendermaßen aus:	In der Endfassung sieht dieser Veranstaltungstyp dann folgendermaßen aus:
Wissenschaftskritik aus der Perspektive der Frauenforschung. In der Veranstaltung dieses Typs sollen bestehende soziologische Theorien auf ihren androzentrischen Charakter hin untersucht werden. Insofern stehen sie	**Wissenschaftskritik aus der Perspektive der Frauenforschung: Feministische Wissenschaftskritik als Ideologiekritik.** Feministische Wissenschaftskritik basiert auf der Annahme und auf dem

in engem Zusammenhang mit dem bestehenden Lehrangebot der allgemeinen Soziologie und sollen zu einer kritischen Kenntnis soziologischer Grundlagentexte führen (Klassiker). Die Kritik der Behandlung der Geschlechterhierarchie in den Sozialwissenschaften war der Ausgangspunkt für die Feministische Theoriebildung.
Dabei ist es für diesen wie für den vorherigen Veranstaltungstyp zentral, über die additive Zuordnung der Frauenthematik vom bestehenden Wissensangebot hinausgehen. Die Ausblendung der Geschlechterhierarchie bzw. ihre ideologische Behandlung in soziologischen Theorien bedarf einer allgemeinen kritischen Problematisierung der patriarchalen und sexistischen Strukturen der Gesellschaft und der Wissenschaft. Hier soll nicht nur positives neues Wissen geschaffen, sondern anhand der Kritikfähigkeit am Bestehenden die feministische Theorie fundamentiert werden, indem an dem Diskurs der Soziologie angeknüpft wird. Denkbare Veranstaltungen dieses Typs wären:
- Kritik an den grundlegenden soziologischen Theorien (Marx, Weber, Simmel) durch kursorische Lektüre,
- das Frauenbild soziologischer Theoretiker,
- Kritik des mechanistischen Weltbildes,
- Dualismustheorien,
- Kritik an den soziologischen Theorien zur Arbeitsteilung.

Nachweis, daß die marginale Stellung von Frauen in den Sozialwissenschaften die Art und Weise des Erkenntnisgewinns einschließlich der Akzentuierung bestimmter Forschungsgebiete prägt. Der Universalismusanspruch von soziologischer Theoriebildung wird von feministischer Wissenschaftskritik daraufhin überprüft, ob er für die Analyse des Lebenszusammenhangs von Frauen Geltung beanspruchen kann. Gegenstand der Lehre können sein:
- Perspektivität und Selektivität von Gegenstandsbereichen,
- Reflexion des Vorverständnis soziologischer Theoriebildung,
- Implikation von Definitionsmacht,
- Leerstellen in soziologischen Theorien und in der Forschungspraxis,
- Geltungsanspruch von Theorien,
- Feministische Wissenschaftskritik als Kritik feministischer Wissenschaft.

Auch hier wird meines Erachtens deutlich, wie es im Verlauf der Diskussion innerhalb der Curriculum-Kommission möglich wurde, strategisch-taktische Argumente für die Durchsetzbarkeit des Curriculums in der Fakultäts-Konferenz wirken zu lassen. Im „Vorfeld" der Expertinnendebatte war es bereits möglich, Frauenforschung curricular so auf die Machtzentren institutioneller Entscheidungen auszurichten, daß der *Realität* (der Gewalt gegen Frauen, des Sexismus, der Frauenunterdrückung, der hierarchischen geschlechtlichen Arbeitsteilung) die Frauenforschung zu erkennen beansprucht, der *Diskurs* über die Thematisierbarkeit dieser Begriffe entgegengestellt werden konnte.

Der internalisierte Legitimationsdruck, Frauenforschung als Wissenschaftsdisziplin der Soziologie beweisen zu müssen/zu wollen, führt zur *Abspaltung der Empörung* über die Verhältnisse (die Frauenforschung begründen) hin zur *distanzierten Betrachtung* dieser Verhältnisse, mit dem Ziel den Diskurs innerhalb der Institution Wissenschaft (der schließlich auch diese Empörung gilt) zu verankern. Anstatt mit diesem Curriculum den Versuch zu starten, feministische Methodologie

und Inhalte in die herrschende Wissenschaft hineinzutragen und die Diskussionen, die daran geknüpft sind, auf sich zu nehmen, wurde versucht, die herrschende Methodologie als Maßstab für die Wissenschaftlichkeit der feministischen Wissenschaft anzusetzen. Die Allokation der Ressourcen für Frauenforschung wird von den „Expertinnen" nur dann als möglich antizipiert, wenn die Inhalte und Personen mit dieser männlichen Institution verträglich erscheinen. Die Vorwegnahme einer möglichen negativen Reaktion auf die Intentionen feministischer Wissenschaftspositionen und der sie vertretenden Frauen führt zur *Spaltung in gute und böse, anständige und unanständige Frauen,* deren unterschiedliche Anpassungsleistung bzw. Bereitschaft zur Grenzüberschreitung, die Gratwanderung feministischer Forschung zwischen Ausgrenzung und völliger Anpassung verhindert. Innerhalb der Institution „so zu tun als ob" feministische Wissenschaft genauso sein könne wie herrschende Wissenschaft, ermöglicht und erleichtert vielleicht kurzfristig das Leben innerhalb der Institution. „So zu tun als ob" sich feministische Forschung relativ bruchlos in die Maßstäbe und Bedingungen der Wissenschaft integrieren könne, verwischt nicht nur die Grenzen zwischen dem, was der Feminismus will und dem, was die Familiensoziologie sowieso schon immer erforschte, sondern spaltet auch zwischen den Frauen. Nicht mehr jede Frauenforscherin ist anständig (im Sinne der Anknüpfung an den wissenschaftlichen Diskurs) und unanständig (im Sinne ihres querliegenden Wissenschaftsverständnisses), sondern die eine ist gut und die andere schlecht. Und damit die Guten gut bleiben, stimmen sie dem herrschenden Diskurs über die Schlechtigkeit der anderen zu bzw. unterlassen ihre Verteidigung.
Mit dieser Spaltung „greift" die institutionelle Macht mit Hilfe des „Teile-und-Herrsche"-Prinzip innerhalb der feministischen Zusammenhänge. Der so institutionell begrenzte, auf das antizipierte Machbare reduzierte, von Loyalitäten zur Institution und zu Männern eingeengte Versuch, den Feminismus in der Institution festzuhalten, kann die geringe Chance, ein bislang männlich besetztes Territorium für Frauen zu bekommen, zunichte machen. Solange die Institution Wissenschaft sich nicht inhaltlich damit auseinandersetzen muß, was feministische Forschung ist und ihre Definitionsmacht dessen, was Wissenschaft sei, auf die feministische Forschung ausdehnen darf, gehen uns die Initiativen der feministischen Forschung als Projekte und Teile der Frauenbewegung verloren.

Anmerkungen

1) *z.B. Sektion Frauenforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Verein für Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen, Verein Wissenschaft und Frauenbewegung.*

2) *Im Wintersemester 84/85 wurde der Versuch unternommen, eine freie Professur mit einer Feministin zu besetzen. Der Versuch scheiterte, die Stelle wurde auf „Sozialisationsforschung" ausgerichtet und mit einem männlichen Bewerber besetzt (Frauen- und Lesbenreferat 1985). Als „Kompromiß" nach den Auseinandersetzungen an der Fakultät wird von der Fakultätskonferenz die Ausrichtung der nächsten frei werdenden Stelle auf Frauenforschung beschlossen.*

3) *Ich sehe hier eine Reihe weiterer Probleme, die ich jedoch ausklammern möchte. Es handelt sich dabei im weiteren um:*
– die Dynamik der Kommissionsbildung im Einzelnen,
– die unterschiedlichen Politikverständnisse der involvierten Frauen,
– die Spaltung unter den Frauen,
– die Zwänge der Gremienarbeit,
– den Diskussionsverlauf in der Kommission im Einzelnen,
– die Unverhältnismäßigkeit des Aufwands im Vergleich zu anderen Curricula/Stellenausrichtungen,
– die Bedeutung dieser Arbeit innerhalb der Fakultät,
– den männlichen Diskurs über Frauenforschung auf den jeweiligen Fakultätskonferenzen,
– den Sinn oder Unsinn curricularer Verankerung feministischer Forschung.
Die Kommission besteht letztendlich aus drei auswärtigen Mitgliederinnen und sechs Personen aus der Fakultät, darunter ein Mann. Die drei Studentinnen haben aus Protest über die Art der Kommissionsbildung die Kommission verlassen.

Literatur

AG „ZUKUNFT DER FRAUENARBEIT": c/o Autonomes Frauen- und Lesbenreferat der Uni Bielefeld/ASTA Dokumentation, Analysen, Protokolle, Strategien, Bielefeld 1985

BADINTER, Elisabeth: Die Mutterliebe: Geschichte eines Gefühls vom 17. Jahrhundert bis heute, München 1980

BENNHOLDT-THOMSEN, Veronika: Zur Bestimmung der geschlechtlichen Arbeitsteilung im Kapitalismus, in: Claudia von Werlhof, Maria Mies, Veronika Bennholdt-Thomsen: Frauen, die letzte Kolonie, Reinbek b. Hamburg 1983

dies.: Teile und herrsche – Zusammenhang, nicht Trennung von Haus- und Erwerbsarbeit, in: AG „Zukunft der Frauenarbeit", Bielefeld 1985

BOCK, Gisela/DUDEN, Barbara: Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus, in: Frauen und Wissenschaft, Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen, Berlin 1977

BROWNMILLER, Susan: Weiblichkeit, Frankfurt a.M. 1984

DALY, Mary: Jenseits von Gottvater, Sohn & Co, Aufbruch zu einer Philosophie, München 1979

dies.: Gyn/Ökologie. Eine Meta-Ethik des radikalen Feminismus, München 1981

FRAUEN- UND LESBENREFERAT/ASTA UNI BIELEFELD (Hrsg.): Soziologie in Bielefeld/ Wie man Feministinnen an der Hochschule verhindert, Bielefeld 1985

FIEGL, Verena: Über den Zusammenhang von Staat – Militär – Prostitution, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 13, Köln 1985

GEHLEN, Arnold: Urmensch und Spätkultur, Frankfurt a.M. 1964

GÖTTNER-ABENDROTH, Heide: Wissenschaftstheoretische Positionen in der Frauenforschung (Amerika, Frankreich, Deutschland), in: ZE, Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauenstudien und Frauenförderung an der Freien Universität Berlin (Hrsg.): Methoden in der Frauenforschung, Frankfurt a.M. 1984

HAUSEN, Karin: Die Polarisierung der Geschlechtscharaktere, in: Heidi Rosenbaum (Hrsg.): Seminar, Familie und Gesellschaftsstruktur, Frankfurt a.M. 1978

HERING, Heide: Weibs-Bilder. Zeugnisse zum öffentlichen Ansehen der Frau, Reinbek b. Hamburg 1976

JANSEN, Sarah: Magie und Technik – Auf der Suche nach feministischen Alternativen zur patriarchalen Naturnutzung, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 12, Köln 1984

KITTLER, Gertraude: Hausarbeit. Zur Geschichte einer „Natur-Ressource", München 1980

KONTOS, Silvia/WALSER, Karin: . . . weil nur zählt, was Geld einbringt. Probleme der Hausfrauenarbeit, Gelnhausen 1979

LUHMANN, Niklas: Institutionalisierungs-Funktion und Mechanismus im sozialen System der Gesellschaft, in: Helmut Schelsky: Zur Theorie der Institution, Gütersloh 1970

MALINOWSKI, Bronislaw: Geschlecht und Verdrängung in primitiven Gesellschaften, Reinbek b. Hamburg 1962

MORGAN, Robin: Anatomie der Freiheit. Feminismus, Physik und Weltpolitik, München 1983

MARX, Sabine: Der Ort der Politik ist: Hier, überall. Die Zeit der Politik ist: Jetzt, sofort, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 13, Köln 1985

MERCHANT, Carolyn: The Death of Nature. Woman, Ecology and the Scientific Revolution, San Francisco 1983

MEYER, Sybille: Das Theater mit der Hausarbeit: bürgerliche Repräsentation in der Familie der wilhelminischen Zeit, Frankfurt a.M. 1982

MIES, Maria: Subsistenzproduktion, Hausfrauisierung, Kolonisierung, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 9/10, Köln 1983

dies.: Teile und herrsche – Das Strukturprinzip kapitalistisch-patriarchaler Herrschaft, in: AG „Zukunft der Frauenarbeit", Bielefeld 1985

MÜLLER, Ludmilla: Kinderaufzucht im Kapitalismus – wertlose Arbeit; über die Folgen der Nichtbewertung der Arbeit der Mütter für das Bewußtsein der Frauen als Lohnarbeiterinnen, in: Prokla, Heft 27, Berlin 1976

NOWOTNY, Helga/HAUSEN, Karin: Wie männlich ist die Wissenschaft? Tagung vom 13.–15.12.84 im Zentrum für Interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld, Arbeitspapiere

PLOGSTEDT, Sybille/BODE, Kathleen: Übergriffe. Sexuelle Belästigung in Büros und Betrieben. Eine Dokumentation der Grünen Frauen im Bundestag, Reinbek b. Hamburg 1984

RICH, Adrienne: Von Frauen geboren: Mutterschaft als Erfahrung und Institution, München 1979

dies.: „Denken wie Männer": Die Funktion der Alibifrau – Mut zum Ketzertum: Die Vision der Außenseiterin, (Rede am Smith College 1979), in: Dagmar Schultz (Hrsg.): Macht und Sinnlichkeit, Ausgewählte Texte von Adrienne Rich und Audre Lorde, Berlin 1983

SCHAEFFER-HEGEL, Barbara: Feministische Wissenschaftskritik. Angriffe auf das Selbstverständliche in den Geisteswissenschaften, in: Barbara Schaeffer-Hegel, Brigitte Wartmann (Hrsg.): Mythos Frau, Projektionen und Inszenierungen im Patriarchat, Berlin 1984

SCHELSKY, Helmut: Zur Theorie der Institution, Gütersloh 1970

SCHMERL, Christiane/FLEISCHMANN, Gerd: Materialien zur Frauenfeindlichkeit in der Werbung, Bielefeld 1980

SCHWARZ, Gerhard: Die „heilige Ordnung" der Männer. Patriarchalische Hierarchie und Gruppendynamik, Opladen 1985

SCHWARZER, Alice: So fing es an! Die neue Frauenbewegung, München 1983

SOMMERUNI 79: „Autonomie oder Institution", über die Leidenschaft und Macht von Frauen, Beiträge zur 4. Sommeruniversität der Frauen, Berlin 1979

STOEHR, Irene: Auf dem Weg in den Staatsfeminismus? Zur Auseinandersetzung um ein Institut für Frauenforschung in Westberlin, in: „alternative", Heft 120/121, Der „andere Blick" – feministische Wissenschaft?, Berlin 1978

THÜRMER-ROHR, Christina: Die Gewohnheit des falschen Echos, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 17, Köln 1986

TIGER, Lionel: Warum die Männer wirklich herrschen, München 1973

WERLHOF, Claudia v./MIES, Maria/BENNHOLDT-THOMSEN, Veronika: Frauen, die letzte Kolonie, Reinbek b. Hamburg 1983

WOLFF-GRAF, Anke: Frauenarbeit im Abseits. Frauenbewegung und weibliches Arbeitsvermögen, München 1981

ZENTRALEINRICHTUNG ZUR FÖRDERUNG VON FRAUENSTUDIEN UND FRAUENFORSCHUNG (Hrsg.): Dokumentation der Internationalen Konferenz. „Ziele, Inhalte und Institutionalisierung von Frauenstudien und Frauenforschung", Berlin 1980

Veronika Bennholdt-Thomsen

Geh zurück auf „Los"

Gegen die Männer-identifizierte Reaktion in der Frauenforschung!

Eine Polemik zu: Lerke Gravenhorsts Artikel: „Private Gewalt von Männern und feministische Sozialwissenschaft".

Im Zuge der Vorbereitung meiner Vorlesung zum Thema „Gewalt und Geschlecht" stieß ich auf Lerke Gravenhorsts Artikel. Bei der Veranstaltung ging es mir darum aufzuzeigen, daß ein Verstehen der sozialen Verhältnisse der modernen Gesellschaft und Erklärungen über ihre Entstehung ohne die Analyse dessen, wie die Gewalt gegen Frauen in Vergangenheit und Gegenwart die Struktur der Institutionen und des Akkumulationsprozesses prägt, nicht nur nicht möglich sei, sondern daß so auch „wissenschaftlich" die Männerherrschaft ver-herr-licht würde. Ferner ging es mir darum zu zeigen, daß die herr-schenden Gesellschaftstheorien genau an diesem Mangel leiden – so thematisieren selbst diejenigen Autoren wie Elias, Foucault, Fanon, die sich mit der Gewalt im Prozeß der Moderne befassen, dennoch nicht die Gewalt gegen Frauen –, daß aber die Frauenforschung Ansätze und Ergebnisse bereithält, diesen Mangel zu überwinden. Der Artikel von Lerke Gravenhorst versprach vom Titel her hilfreich zu sein. Schließlich sollte hier ein Überblick über Beiträge zum Thema aus der *feministischen* Sozialwissenschaft gegeben werden, wenn mich auch die Kennzeichnung der „Gewalt von Männern" als „privat" stutzen ließ. Was ich dann aber zu lesen bekam, war die Demontage feministischer Sozialwissenschaft als einer selbständigen, sich aus den herr-schenden Zwängen befreienden Wissenschaft.

Der Text ist von Lerke Gravenhorst als Vortrag in der Sektion Frauenforschung auf dem Deutschen Soziologentag 1984 in Dortmund gehalten und in der entsprechenden Dokumentation abgedruckt worden. Carol Hagemann-White macht in der kurzen Einleitung dazu u.a. folgende kritische Bemerkung: „ . . . der Entwurf einer möglichen männlichen Auflehnung gegen Männergewalt verschwimmt stellenweise mit der Aufforderung das „spezifisch Männliche" (vielleicht sogar das Mißhandlungsverhalten?) anerkennen zu sollen" (Hagemann-White 1985, S. 88). Neben dieser und einigen, wie mir berichtet wurde – wenigen – anderen kritischen Stimmen auf der Sektionsveranstaltung selbst, hat es keine weitere nennenswerte Reaktion auf Gravenhorsts Beitrag gegeben.
Noch vor vier bis fünf Jahren, so meine ich, wäre das anders gewesen. Da hätte die Mehrzahl der Frauen den Gravenhorstschen Ansatz und ihre Thesen vehement kritisiert. Vermutlich wäre Lerke Gravenhorst selbst gar nicht auf die Idee gekommen, solch einen Männer-identifizierten Text zu schreiben, geschweige denn, ihn den Frauenforscherinnen vorzutragen. Schließlich hatten sich die feministischen Sozialwissenschaftlerinnen gerade aufgrund der Behinderungen durch die männlichen Kollegen bei der Verfolgung ihrer Frauen-befreienden Forschungsinteressen gesondert zusammengeschlossen; zuerst in dem eigenständigen, von männlichen Organisationen getrennten Verein für Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen und dann doch auch noch als Sektion in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, die die Frauenforscherinnen eigentlich gar nicht haben wollte. Wir haben uns zusammengeschlossen, weil allen klar war, daß wir nur gemeinsam stark genug wären, unsere feministischen Inhalte gegen die Anfeindungen weiter ausbauen zu können und daß wir nur durch einen breiten und – durch die vielen Stimmen – lauten Diskurs, Mittel für Projekte und Forschung bekommen würden, also Geld für unsere Existenzsicherung auf eine weni-

ger entfremdete Weise als die herrschende Wissenschaft sie uns aufzwingt.
Dieser Zusammenhalt ist heute, da sich die Fronten gegen die Feministinnen formiert haben, wichtiger denn je, aber gerade jetzt bröckelt er. Vermutlich weil die Angst der Frauen vor der Mittellosigkeit aufgrund der Krise wieder zugenommen hat und weil sie – völlig irrigerweise – dem Geldversprechen der Herr-schenden, wenn sie sich nur kompromißbereit zeigten, glauben. Gegen diesen Einbruch und das Verschieben der Grenze in unsere Reihen hinein will ich mich wehren. Insofern steht Lerke Gravenhorsts Aufsatz stellvertretend für andere. Und ich kritisiere gerade ihn so ausführlich, weil das Thematisieren der Gewalt gegen Frauen der entscheidende Punkt in der Frauenforschung ist, denn das Aufdecken der Gewalt gegen Frauen und das Sich-dagegen-zur-Wehr-setzen sind die entscheidenden befreienden Schritte in der Forschung und in der Praxis. Und ich kritisiere gerade Lerke Gravenhorst, weil sie eine derjenigen ist, die viel Energie in den Aufbau der feministischen sozial-wissenschaftlichen Zusammenhänge gesteckt hat, und anderen die Mühe, sich mit ihr auseinanderzusetzen, deshalb auch abfordern kann.

In Lerke Gravenhorsts Aufsatz geht es um Begrifflichkeit und Ansatz, die Frauenforscherinnen bei der Behandlung des Themas „Gewalt gegen Frauen" bezüglich der Männer verwenden. Es interessiert sie „ . . . an welchem Bild des männlichen Geschlechts sich dieser Teil feministischer Wissenschaft orientiert" (S. 104). Sie hat den Eindruck, daß Männer dabei leicht einseitig und vorurteilsvoll betrachtet werden und sucht daher nach einem angemessenen, sozusagen gerechten wissenschaftlichen Umgang mit dem Thema.
Helke Sander hat das Problem, das auch Lerke Gravenhorst beschäftigt, bereits vor Jahren sehr treffend als „Dilemma" bezeichnet: „Alle Frauen sind in dem Dilemma, daß Männer, die sie lieben, gleichzeitig in ihrer Funktion sich gegen die Interessen der Frauen verhalten, bzw. von Sitten und Gesetzen profitieren, die den Frauen schaden und von denen sie auch dann noch profitieren, wenn sie, die Männer, sogar schon wissen, daß diese, die frauenunterdrückenden Gesetze auch den Männern heute nur noch bedingt nützen" (Sander 1980, S. 21).
Und speziell das Unbehagen, das Lerke Gravenhorst mit dem Blickwinkel zu haben scheint, aus dem Feministinnen die Gewalt gegen Frauen betrachten, wird von Helke Sander geteilt und gezielt benannt. „Es wäre sicher einiges damit gewonnen, würden die Frauen sagen, und zwar in der Frauenbewegung sagen, daß ihnen die Männer und Söhne nicht egal sind, daß sie oft verzweifeln an ihrer Liebe zu ihnen und ersticken an ihrem Haß gegen sie, daß sie fühlen, es müsse andere Alternativen geben als Unterwerfung oder Trennung. Sie sehen, daß die Männer als Vergewaltiger sozialisiert werden und die Frauen als Opfer. Wie verhindern wir, weiter Opfer zu sein, ohne andere dazu zu machen?" (Sander, S. 22). Und ich selbst habe kürzlich in einem Vortrag in diesem Sinne die Frage gestellt: „Sind Feministinnen schizophren?" Der Titel des Vortrags lautete „Auch Männer sind Menschen!"
Die Wichtigkeit des Themas betone ich hier erst einmal deshalb so explizit, um deutlich zu machen, daß mich nicht Gravenhorsts Fragestellung irritiert, sondern daß es ihre Antwort ist, die mich empört. Sehen wir uns nochmal an, welche Antwort Helke Sander findet, bevor ich auf Gravenhorst eingehe. „Männer sagen Frauen immer, Männer und Frauen sollen gemeinsam arbeiten. Man brauche die Unterstützung aller, um etwas zu verändern. Der Meinung bin ich auch. Diese Gemeinsamkeit in den Überlebensfragen kann aber für mich heute nur so aussehen, daß Männer einer feministischen Strategie folgen. Und die fängt damit an, sich als Vorbedingung und an Ort und Stelle, da, wo wirkliche Konflikte auftauchen, damit zu befassen, . . . " (Sander, S. 29). Denn, so Helke Sander, wir müssen endlich ernst machen mit unserer Erkenntnis, daß das Private politisch ist und müssen die Gewalt gegen uns, da, wo sie auftaucht, bekämpfen, nämlich in den

„Liebesverhältnissen", dann bekämpften wir auch direkt die Gewaltstruktur der Gesellschaft, so die Stationierung der Mittelstreckenraketen (S. 29).

Lerke Gravenhorst hingegen meint, daß wir uns am besten nicht mehr mit der Gewalt von Männern gegen Frauen befassen sollten, sondern allenfalls mit einem geschlechtsneutralen Gewalttätigen, das Männer und Frauen gleichermaßen trifft. Sie will die Tat, und das heißt das Politische, wieder aus der Diskussion eliminieren, sie will, daß wir das Private lieber privat halten, es nicht öffentlich machen, daß Frauen nicht Konflikte austragen, sondern sie wieder verständnisvoll zudekken sollen. „Der Grundton dieser Theorie patriarchaler Weiblichkeit (von Margrit Brückner, deren Ansicht Lerke Gravenhorst emphatisch teilt, V.B.-Th.) scheint am ehesten der einer *Trauer* darüber, daß im Patriarchat die Erfüllung menschlicher Möglichkeiten so sehr verhindert wird. Die mißhandelnden Männer werden als Menschen gesehen, die im patriarchalen Geschlechterarrangement auch einer Tragik unterliegen, *schuldlos* schuldig werden. Nach meinem Eindruck enthalten ihr Leben, ihre Handlungen in diesem Entwurf, eine Qualität, die sie *verständlich* und *einfühlbar* machen" (Gravenhorst, S. 113–114, Hervorhebungen im Zitat, V.B.-Th.). Wir sollen also wieder die Täuschung mittragen, anstatt zu ent-täuschen (Thürmer-Rohr 1983). Mit Christina Thürmer-Rohr und Helke Sander bin ich jedoch der Meinung, daß das Mittäterschaft ist, nämlich die Unterstützung der technologischen Planer, der politischen Befürworter und der produzierenden Konstrukteure der Mittelstreckenraketen.
Welchen Begriff von patriarchaler Gewalt in unserer Gesellschaft hat die Autorin überhaupt, wenn sie die männliche Gewalt gegen Frauen als „private Gewalt" bezeichnet? Nach allem was in der feministischen Forschung über die durchgehende Gewaltstruktur, die in unserer Gesellschaft anhand der Gewalt von Männern gegen Frauen herrscht, gesagt worden ist, erwartete ich zumindest eine Definition oder Stellungnahme zur Kennzeichnung „privat", etwa im Sinne von Galtungs Unterscheidung zwischen „personaler" und „struktureller" Gewalt (Galtung 1975). Dies erfolgt jedoch nicht, im Gegenteil, der Begriff „private Gewalt" wird hier einfach als gegeben benutzt, so als wäre er nie kritisiert worden, so als hätte es niemals eine lange Diskussion über den Zusammenhang bzw. die Trennung in „öffentlich" und „privat" in der feministischen Forschung gegeben. Kein Wort darüber, daß die Frauen „privatisiert", nämlich „domestiziert" und „hausfrauisiert" worden sind, und daß die Privatheit der Arbeit der Frauen ihre Ausbeutung und Unterdrückung unsichtbar macht, daß folglich die „private" Gewalt diejenige ist, die geleugnet und versteckt gehalten wird. „Schrei leise" lautet deshalb der Titel eines der ersten Beiträge zum Thema von Erin Pizzey (1976).

Wenn ich dann bedenke, daß die von mir gemeinten aufklärerischen feministischen Bücher und Artikel schon zu den Klassikern vom Beginn der Neuen Frauenbewegung zählen – nämlich Millett, Brownmiller, Janssen-Jurreit, Bock/Duden – dann beschleicht mich bei der Lektüre des Aufsatzes von Lerke Gravenhorst ein beklemmendes Gefühl von einer reaktionären Frauenforschung, die um sich greift. Tatsächlich distanziert sich Lerke Gravenhorst unter dem Deckmantel der Eigenbenennung „feministisch" (S. 104) in Wirklichkeit von dem Feministischen in der feministischen Forschung, nämlich von deren Ziel zur Überwindung der Unterdrückung von Frauen durch Männer in dieser Gesellschaft durch ihre Analyse beizutragen.
Solch ein Unterfangen bedarf einiger Verrenkungen, denn schließlich soll hier ein Etikettenschwindel inszeniert werden, wohlwissend, daß es selbst zumindest in der aufgeklärten männlichen Sozialwissenschaft inzwischen nicht mehr üblich ist, sich explizit von der feministischen Forschung abzugrenzen. Um wieviel weniger paßt dies zu einer Frauenforscherin und um wieviel mehr muß sie sich anstrengen, das zu verschleiern. Die Methoden dazu beherrscht Gravenhorst recht gut, aber

sie sind spätestens seit ihrem Aufdröseln durch Mary Daly u.a. durchsichtig geworden. Sie bezeichnet sie als „Umkehrung", „falsche Polarisierung", als „Irreführung/Umkehrung", als „Einschüchterung durch Beschuldigung der Einseitigkeit", als „zu-decken des Ent-deckten", Schaffung von „Pseudo-Gattungsbegriffen" usw. (Daly 1981, S. 28; S. 51; S. 69; S. 144 ff; S. 151 ff.; S. 164 ff).
Gleich am Anfang wehrt Gravenhorst den antiemanzipatorischen Eindruck, den die Leserin ihres Aufsatzes sehr schnell bekommt, dadurch ab, daß sie ihn selbst benennt und behauptet, dieses sei ein falscher Eindruck. „Da ich Sorge habe, daß mein Interesse zu den ‚verirrten Loyalitäten' – wie Cheryl Benard und Edit Schlaffer (1984) sie genannt haben – gezählt werden könnte, möchte ich auf die mögliche Kritik . . . antworten" (S. 104). Und die Antwort besteht in dem Versuch, die völlig berechtigte Kritik einer „verirrten Loyalität" für das Patriarchat dadurch abzubiegen, daß Gravenhorst so tut, als würde in solch einem Fall etwas kritisiert, was in der Tat in keiner Weise kritikwürdig ist, nämlich daß sie sich „als Frau" ihr „Bild vom anderen Geschlecht" mache. Will sie damit sagen, wirklich feministisch sei, überhaupt nicht über Männer, sondern nur über Frauen zu sprechen? Welch verquere Annahme. Wenn sie sich doch wirklich ein Bild vom anderen Geschlecht machen würde, kann ich dazu nur sagen. Denn sie macht es sich nicht als Frau, sondern sie übernimmt das von der patriarchalen Wissenschaft vorgespiegelte Bild. Wie wenig Kritik sie an der patriarchalen Wissenschaft zu üben gedenkt, läßt sich an ihrer reichlich lauen und wenig prägnanten Kennzeichnung dessen ablesen, was vorgeblich das Interesse der Frauenforschung sei. „Umgekehrt und auf Forschung bezogen, glaube ich auch nicht, daß wir die bisherige männliche Forschung zu Frauen ablehnen, weil sie sich überhaupt ein Bild zu Frauen gemacht hat, sondern weil sie sich nur zu oft ein falsches und für uns unnehmbares gemacht hat" (S. 104).
Erstens, lehnen Frauenforscherinnen männliche Forschung nicht ab, sondern sie kritisieren sie, und zwar gerade deshalb, weil sie sich kein explizites Bild zu Frauen gemacht hat, weil sie nämlich überhaupt nicht direkt zu Frauen geforscht hat. Die feministische Kritik bestand gerade darin, daß die männliche Forschung Frauen unsichtbar hielt (Bridenthal, Koonz 1977), sie im Dunkeln der Geschichte hielt (Rowbotham 1980), sie allenfalls imaginierte, aber nicht erforschte (Prokop 1976), und nur seine Geschichte (his-story) und Soziologie betrieb und nicht ihre (her-story).
Zweitens, ist die Aussage, die das Nicht-Bild sehr wohl macht, nicht einfach falsch, sondern die feministische Kritik reicht entschieden weiter. Sie spricht der androzentrischen Sozialwissenschaft aufgrund ihrer Nichtbefassung mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit von Frauen und aufgrund der personellen Dominanz des Wissenschaftsbetriebes durch Männer, auch bezogen auf sonstige Aussagen über gesellschaftliche Zusammenhänge, deren zentralen Anspruch von Objektivität und universaler Gültigkeit ab (vgl. Schaeffer-Hegel 1984).
Drittens schließlich, ist das Bild, das in der androzentrischen Wissenschaft durch das Verschweigen von Frauen entsteht, nicht „unnehmbar", sondern es verschleiert aktiv Herrschafts- und Gewaltmechanismen, die von der feministischen Forschung entschleiert werden. Das ist zumal heutzutage wichtig, da Gleichberechtigung und Freiheit von Frauen durch deren Nennung als „Gesellschaft" in einem Atemzug mit Männern, einfach behauptet und damit die reale Ungleichheit und Unfreiheit gezielt geleugnet werden.

Gravenhorsts mangelnde Reflektion über das androzentrische an der herr-schenden Sozialwissenschaft verkehrt sich zu einer offenen Desavouierung feministischer Sozialwissenschaft. Sie behautpet, daß die Mehrzahl der feministischen Forscherinnen alle Männer *nur* als potentielle Mißhandler von Frauen wahrnehmen, also Mann und Mißhandler synonym setzen würden. Gegen diesen offensichtlichen Nonsens profiliert Gravenhorst sich dann als besonnene Forscherin. Denn

die durchweg unbelegte, da unbelegbare Behauptung wird von ihr offenbar deshalb aufgestellt, um die eigentliche Aussage ihres Aufsatzes möglichst realistisch und normal erscheinen zu lassen: Männliche Gewalt gegen Frauen beruht auf *persönlichen Ausrutschern* und hat nichts mit der geschlechtlich-hierarchischen Struktur unserer Gesellschaft zu tun.
Die Umleitung richtiger Gedanken, deren Verkehrung und Verwandlung in Nonsens, um der eigenen Argumentation dadurch Sinn zu geben, ist die durchgängig von Gravenhorst in diesem Aufsatz benutzte Methode. Unter der Überschrift „Eindeutige Negativität oder vielfältige Wertigkeit?" bringt sie fünf nacheinander gestellte Zitate aus vier unterschiedlichen Texten zur Gewalt gegen Frauen, die allesamt aussagen, daß jede Frau in unserer Gesellschaft von männlicher Mißhandlung bedroht ist. Dazu Gravenhorst: „Wenn diese Diagnosen stimmen, dann bleibt trotzdem noch die Frage, was bedeuten sie? . . . Ich erinnere mich z.B., wie erschreckt ich über eine parallele Aussage war, die eine feministische Juristin bei einer Diskussion zum Thema Gewalt gegen Frauen machte: „Jede Mutter ist eine potentielle Mißhandlerin" (S. 106).
Was für ein mieser Trick! In der Frauenbewegung/in der Frauenforschung ist die Diskussion um die Mittäterschaft von Frauen bei der Aufrechterhaltung patriarchalischer Herrschaft ein wichtiges politisches und bewußtseinsförderndes Thema geworden. Es geht darum, alle Beteiligten in diesem Herr/Knecht-Verhältnis als Handelnde zu begreifen, gerade um zu sehen, wie Frauen sich zur Wehr setzen können, anstatt der verlängerte Arm des Patriarchats zu sein. Ich bin sicher, daß die zitierte Juristin, zumal wenn das Adjektiv „feministisch" zutreffen sollte, eben diesen Zusammenhang gemeint hat. Gravenhorst jedoch tut so, als hätte diese Frau weder über *Mittäterschaft* noch über den verlängerten Arm gesprochen, sondern als hätte sie gesagt, die Schläge der Mutter sind dasselbe wie die Schläge eines Vergewaltigers. Und es ist gerade das Erschrecken von Gravenhorst, das uns zeigen soll, daß nur diese Interpretation des ansonsten sehr vernünftigen und überhaupt nicht erschreckenden Satzes möglich sei. Dadurch entsteht so etwas wie eine Drohung und in deren Folge eine Art Denkverbot: Du Feministin, die Du sagst, daß jeder Mann ein potentieller Mißhandler ist, sagst damit zugleich und in dem gleichen Sinn, jede Mutter ist eine potentielle Mißhandlerin.
Gravenhorst kann sich außerdem sicher sein, daß sich der Leserin bei solch einer Zusammenstellung der Aussagen die Nackenhaare sträuben, da sie einen besonders neuralgischen Punkt mit ihrer unseligen Verquickung berührt hat. Frauen weigern sich zunehmend den Gedanken der herkömmlichen Psychoanalyse Freudscher Prägung weiterzudenken, demzufolge die Mutter an allem Schuld sei. Die dagegen formulierte Kritik der feministischen Forschung ist Gravenhorst ohne Zweifel bekannt und ich frage mich, ob sie nicht genausogut weiß, daß dieser Ansatz auch in der Untersuchung zu Motiven der Vergewaltigung häufig vertreten wird. Ein Mann wird demzufolge zum Vergewaltiger, weil seine Mutter zu liebevoll (gleich Besitz ergreifend) oder zu lieblos (gleich gefühlsarm) war. Anstatt die darin steckende Verwirrung zu entwirren, verwirrt Gravenhorst nur mit. Wenn nämlich die Analyse von männlicher Mißhandlung nichts weiter als eine Variation des Themas „Die-Mutter-ist-Schuld" sein sollte, dann ist ein sinnvolles Nachdenken darüber tatsächlich nicht mehr möglich. Hören wir also auf über dieses verworrene Thema nachzudenken, scheint Gravenhorst uns damit sagen zu wollen.

Wie gezielt Lerke Gravenhorst die Leserin manipuliert, wird an dem folgenden Satz besonders deutlich. „Nach meinem Eindruck besteht der Erkenntnis- und Bewußtseinsfortschritt im letzteren: daß wir erkennen, daß Männer Täter sein *können* – wo doch die allgemeine Öffentlichkeit das bis Datum nicht wahrhaben wollte – daß sie es aber ebensowenig sein *müssen*" (S. 106). Wer ist hier mit „wir" gemeint? *Wer* der feministischen Autorinnen hat diesen absoluten Unsinn, daß Männer Gewalttäter sein *müssen*, jemals behauptet? Vor welchen imaginären

dümmlichen Autorinnen und deren Argumentationen will Gravenhorst die Leserin warnen? Oder ist vielleicht gar nicht die feministische Leserin angesprochen, sondern vielmehr der männlich-chauvinistische Leser, der schon immer wußte, daß Feministinnen Psychopathinnen sind, paranoide Männerhasserinnen? Keine der von Gravenhorst am Anfang zitierten Autorinnen läßt auch nur einen Gedankenhauch in dieser Richtung aufkommen, alle weisen sie darauf hin, daß in unserer Gesellschaft Männer zu Mißhandlern werden *können*. Da sie diese Zitate selbst gewählt und am Anfang darauf hingewiesen hat, daß sie gerade diese Forschungsarbeiten zur Gewalt gegen Frauen positiv bewertet, kann ihr Verächtlichmachen nicht die Texte selbst meinen, sondern etwas Grundsätzlicheres, etwas, das dahinter steht. Stört sie vielleicht, daß das Thema überhaupt aufgegriffen wird, daß Männergewalt gegen Frauen in der Frauenforschung eine wichtige Rolle spielt? Und stört sie das deshalb, weil damit der Bruch zwischen herr-schender männlicher und feministischer Forschung sichtbar wird, und weil sie bruchlos in die herrschende Forschung integriert sein möchte? Dieser Eindruck zumindest ergibt sich hier wie auch im folgenden.

„Wo hat in der feministischen und Frauenforschungsöffentlichkeit der positiv-legitime Anteil an mißhandelnden Männern seinen Platz?" (S. 107). Will sie damit sagen, daß es immerhin einen Teil von Männern gibt, die die Frauen aus gutem Grund mißhandeln? Und genau damit soll sich ausgerechnet die feministische Forschung beschäftigen, als gäbe es keine wichtigeren Probleme? Ist sie so realitätsblind, daß sie nicht weiß, daß der Satz – „Er schlägt sie, wenn sie es verdient" – genau umgekehrt gilt: „Wenn er sie schlägt, dann hat sie es verdient!"? Denn in unserer sexistischen Gesellschaft ist die Mißhandlung *jeden* Mannes an einer Frau grundlegend erst einmal positiv-legitim. Genau das aufzudecken ist Aufgabe der feministischen Forschung. Aber wie sich im folgenden zeigt, ist Lerke Gravenhorst aufgrund ihrer eigenen ideologischen Sicht gar nicht dazu in der Lage. Sie fährt fort: „Und eine Vorfrage dazu wäre: sollte es überhaupt einen Platz für die explizite Anerkennung männlicher Verhaltensweisen – *und d.h. dann auch: von Verhaltensweisen mißhandelnder Männer* – in dem feministischen Diskurs und speziell in dem über Mißhandlung und Vergewaltigung geben? Für mich habe ich diese Frage positiv beantwortet – gegen den Trend in der feministischen und auch feministisch-sozialwissenschaftlichen Öffentlichkeit" (S. 107; Hervorhebung V.B.-Th.). Abgesehen von der märtyrerhaften Larmoyanz, die aus Gravenhorsts Antwort penetrant durchscheint, stellt sie eine schlichte Setzung dar, die sie nicht begründet und – ihrer Meinung nach wohl auch nicht zu begründen braucht. Denn, so kann man das nur interpretieren, wenn Frauen überhaupt etwas Positives an Männern sehen wollen, dann müssen sie auch Mißhandlung positiv sehen.

Erstaunlicherweise finden wir hier die vorher gegen anonyme, nicht identifizierte und tatsächlich imaginäre Feministinnen erhobene Behauptung „Mann" und „Mißhandler von Frauen" seien Synonyme, realisiert. Denn dieser Gedankengang ist zwar nicht Bestandteil des feministischen, sehr wohl aber des verbreiteten populären Diskurses „Männer *sind* so". Es ist der Diskurs des Biologismus. Der gewalttätige Sozialcharakter des modernen Mannes wird darin nicht als ein Ergebnis historischer Prozesse, sondern völlig unhistorisch und damit auch unabänderlich an die anthropologisch vorgegebene Natur des Mannes gebunden gesehen. Nicht die normierenden und militarisierenden Institutionen (wie Schule, Gefängnis, Kaserne, Fabrik), verbunden mit der geschlechtlichen Arbeitsteilung (durch die Frauen für die Menschen, Männer hingegen für Maschinen zuständig sind), und verknüpft mit der Perversion der Geldökonomie (in der die Arbeit an den Kindern und in der unmittelbaren Subsistenzproduktion gesellschaftlich gering, die Arbeit für Geld und die Produktion von Autos und Raketen gesellschaftlich hoch bewertet sind), werden als Stationen auf dem Weg der Herausbildung der modernen Geschlechtscharaktere identifiziert, sondern das Geschlecht ist demzufolge ein ungesellschaftliches, biologisch-strukturelles Fa(k)tum. Besonders deutlich

formuliert wird diese Sehweise durch sozialbiologistische Ansätze. Der Mann sei von Natur aus Jäger und Krieger, Aggression gehöre notwendig zu seinem Triebhaushalt, dies sei aufgrund seiner Gene solchermaßen vorprogrammiert (Morris 1968). Und das sei gut so, denn ohne männlichen „Eroberungsdrang" gäbe es keine Kultur, keine Zivilisation, keine Technologieentwicklung. Durch diese vorgeblichen Errungenschaften, die dem männlichen Hang zur Gewalttätigkeit zu danken sind, wird dann die Herrschaft von Männern über Frauen positiv legitimiert (vgl. Tiger 1972; Godelier 1981). Die Falle, die für alle Frauen im Patriarchat bereitsteht, hat bei Gravenhorst zugeschnappt. Die patriarchale biologistische Argumentation lautet: Da Gewalt gegen Frauen zum Wesen des Mannes gehöre, habe frau einzig die Alternative, entweder Männer völlig abzulehnen und zu hassen, oder Mißhandlung zu akzeptieren.

Gravenhorsts Biologismus – sie schreibt einleitend bezeichnenderweise von ihrer genuinen Existenz als Frau (S. 104) – und ihre Unfähigkeit oder Unwilligkeit Gewalt gegen Frauen als gesellschaftliches und historisches Phänomen zu analysieren, macht sich auch im folgenden bemerkbar. Ein Autor, der sich mit sexueller Mißhandlung von Töchtern durch Väter befaßt hat und der feststellt, daß dieser Mißbrauch in der „normalen" Männer-Frauen-Beziehungs- und d.h. Herrschaftsstruktur angelegt sei und der wegen dieser Sehweise von zwei Frauenforscherinnen als positive Ausnahme in der ansonsten androzentrischen Sozialwissenschaft zitiert wird, gilt bei Gravenhorst als ein Mann, „der sich in eine Reihe mit Männern stellt, die ihre Töchter mißbraucht hatten" (S. 108). Also allein deshalb, weil er das gesellschaftliche Herrschafts- und Gewaltverhältnis zwischen den Geschlechtern kritisch identifiziert, anstatt es als naturgegeben zu ignorieren, sieht Gravenhorst ihn als einen, der sich mit Mißhandlern positiv identifiziert? Und soll das auch vermittelt über ihn für die Autorinnen gelten, die ihn zitieren und die deshalb, so Gravenhorst, sich „in eine anerkennende Beziehung zu gerade solch einem potentiellen Mißhandler" setzen (S. 108)? Nein, ich halte Gravenhorst nicht für dermaßen unfähig, Positionen und Aussagen zu unterscheiden, vielmehr steckt hinter den scheinbaren Mißverständnissen eine präzise Intention. Nämlich Frauen wie Männer sollen die gewaltsame soziale Hierarchie im modernen Geschlechterverhältnis aus der Analyse heraushalten. Wenn sie es im Gegensatz dazu jedoch tun, dann ist nicht die Unterdrückungshandlung das Problem, sondern diejenigen werden zu Täter/innen, die das Tabu gebrochen haben.
Und nun, da der Ansatz, der von der sozialen Hierarchie zwischen den Geschlechtern und der Unterdrückung von Frauen für die Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse ausgeht, diskreditiert worden ist, indem den entsprechenden Forscherinnen und Forschern unterstellt wird, sie würden sich mit jener Gewalt identifizieren, deren gesellschaftliche Ursprünge sie gerade aufzudecken versuchen, geht Gravenhorst daran, einen Ansatz, der die Gleichheit zwischen Männern und Frauen als gegeben postuliert, zu propagieren und zugleich die Tatsache, ob das Postulat geglaubt wird oder nicht, zum Maßstab ihrer Beurteilung zu erheben. Entsprechend kommt nun auch das uralte Argument, daß diejenigen, die die Fiktion der Gleichheit nicht mehr stützen, indem sie nämlich der Unterdrückung von Frauen entgegenwirken, Männer diskriminieren würden. So findet sie in dem Bericht über das Berliner Frauenhaus ein „immanentes negatives Jungenkonzept" weil nämlich „Die Mitarbeiterinnen . . . eine feministische Arbeit mit Mädchen (fordern), die die Mädchen „unterstützen" soll in ihren Ansätzen, der „Hierarchie in der Familie und den sie einengenden Bedingungen Widerstand entgegenzusetzen" und weil „Im Gegensatz dazu . . . die Jugendpädagogik . . . nicht parallel beschrieben (wird) als Unterstützung der konstruktiven Anteile in Jungen und als Respekt vor der Entfaltung des ‚Eigenen' der Jungen oder ihres ‚Selbstwertes'" (S. 110). Die Ungerechtigkeit liegt nach Gravenhorst auf seiten der Autorinnen des inkriminierten Forschungsberichtes, die die Jungen nicht *parallel* behandeln

und nicht auf seiten der sozialen Realität, die diese Parallelität nicht schafft.
In diesem Sinne geschieht dann auch die folgende Verdrehung: „Anders als für Kinder allgemein ist für Jungen in ihrer Besonderheit keine Sprache vorhanden" (S. 111). Anstatt festzuhalten, daß im herr-schenden Sprachgebrauch nur ein Teil, nämlich die Besonderheit von Jungen und Männern für die Gesamtheit steht, beklagt Gravenhorst, ganz nach herr-schender Manier, die Forscherinnen seien einseitig, wenn sie sich besonders mit Mädchen und speziell der Stärkung ihrer Abwehr von männlicher Gewalt beschäftigen (vgl. Info Frauenforschung, Offener Brief 1981). Gravenhorst ignoriert einfach, daß Mädchen im Vergleich zu Jungen in unserer Gesellschaft ein Defizit an Anerkennung, Achtung und Rechten haben. Andernfalls müßte es ihr selbstverständlich sein, daß sie besonders gefördert werden müssen. Auch muß sie wohl nochmals speziell an die übermäßige Bedrohung, der Mädchen ausgesetzt sind, erinnert werden: 90% der Opfer des sexuellen Mißbrauchs an Kindern sind Mädchen (taz 19.9.85). Mit ihrer Argumentation kehrt Gravenhorst wieder zum Punkt Null zurück, dorthin, wo wir vor dem Aufbruch der Neuen Frauenbewegung und der analytischen Sprachkritik und Sozialkritik der feministischen Forschung waren: Die Allgemeinheit kann aufgrund der realen Ungleichheit wieder ungebrochen männlich besetzt werden. Geh zurück auf „Los".

So beharrt sie darauf, daß existentiell qualitativ Unterschiedliches, menschlich völlig anders Erfahrbares, dennoch nicht unterschiedlich betrachtet werden soll. „Trotz der Brutalität der Mißhandlungen, die Männer Frauen zufügen können, hält Margrit Brückner an einer prinzipiell unteilbaren Menschlichkeit aller Menschen fest . . . Den mißhandelnden Männern wird *dieselbe* grundlegende menschliche Bedürftigkeit zugestanden und *dieselbe Anstrengung,* ihr Menschsein zu verwirklichen wie den Frauen" (S. 112; Hervorhebung V.B.-Th.). Was hier „dieselbe Bedürftigkeit", „dieselbe Anstrengung", also Identisches sein soll, erläutert Gravenhorst durch das unmittelbar anschließende Zitat aus dem Text von Margrit Brückner „Das Bedürfnis des Mannes nach totaler Liebe gerät zur totalen Machtübernahme: Das Bedürfnis der Frau nach totaler Liebe gerinnt zur völligen Abhängigkeit" (Brückner 1983, S. 116). Nicht auf das Ergebnis, nicht auf die real gelebte Erfahrung, will Gravenhorst uns hier sagen, kommt es an, sondern auf das identische Motiv. Und das, so soll die Leserin verstehen, ist und bleibt gut, ganz unabhängig davon, ob es zum Ergebnis von Brutalität und totaler Machtübernahme auf der einen Seite oder völliger Abhängigkeit auf der anderen führt.

Daraus folgt, was dann auch nochmal deutlich gemacht wird, daß nach Gravenhorsts Meinung kein Unterschied zwischen Opfern und Tätern gemacht werden soll, sondern das Opfer zugleich Täter und Täter zugleich Opfer sind. Was das unter Bedingungen der sexistischen Gesellschaft heißt, weiß, außer anscheinend Gravenhorst, jede Frauenforscherin, nämlich daß aus den Frauen, anstatt sie als Opfer zu betrachten, die Schuldigen werden. „Neben der essentiellen Menschlichkeit der mißhandelten Frau ist ausdrücklich (bei Brückner, V.B.-Th.) von der essentiellen Menschlichkeit der mißhandelnden Männer die Rede, auch wenn diese verlorengehen kann" (Gravenhorst 1985, S. 112). „(. . .) die Frau verliert ihr Selbstgefühl, ihr Selbstverständnis als eigene Person mit einem Recht auf Menschlichkeit; der Mann verliert seine Hemmung, eine Frau, die er für sein Eigentum hält, zu verletzen und ihr Menschsein zu entwürdigen, dabei entäußert er ebenfalls seine Menschlichkeit" (S. 113). Und wie immer, wenn es dem gesunden Menschenverstand schwer fällt, die ideologische Verrenkung als Realität zu akzeptieren, rekuriert die Argumentation auf den mystischen Schauer und es wird pompös wie im folgenden Satz: „Auf beide Geschlechter wird in dieser Vorstellung in einer grundlegend gleichen Teilhabe am menschlichen Universum Bezug genommen" (S. 113).

Kurz vor Schluß des Aufsatzes stutze ich noch einmal, weil die bisher verkündete Botschaft, daß Männer unter der Tatsache, daß sie mißhandeln, angeblich ebenso leiden wie Frauen, die von ihnen mißhandelt werden, dadurch relativiert und der Wirklichkeit wenigstens ein kleines bißchen näher gebracht wird, daß Gravenhorst nun sagt „am stärksten" leiden aber die Frauen. Es hört sich an wie eine Entschuldigung, allerdings mehr im Sinne eines Zugeständnisses gegenüber einem Kind, das sich wehgetan hat und dem man erst sagte, stell Dich nicht so an, um dann hinzuzufügen, aber ich weiß ja, daß es weh tut. Dieser Eindruck bestätigt sich auch gleich, wenn Gravenhorst „Trauer darüber, daß im Patriarchat die Erfüllung menschlicher Möglichkeiten so sehr verhindert wird" (S. 113), für die geeignete Reaktion von Frauen hält, auf die massive Drohung und Ausübung von Gewalt gegen sie zu reagieren. – Genau, so fällt mir dazu ein, kleine Mädchen sollen weinen, damit sie von den großen Papas getröstet werden können.

Immerhin spricht Gravenhorst in diesem Zusammenhang in Kategorien der feministischen Sozialwissenschaft, d.h. in Kategorien, die die Absicht befreiend gegen die Unterdrückung von Frauen zu wirken, begrifflich einschließen. Die Frage allerdings ist, ob sie damit dasselbe meint: „Im Ergebnis schaffen diese Prozesse Entfremdung und Zerstörung für beide Geschlechter, unter gegebenen Bedingungen des Patriarchats am stärksten für die Frauen . . . Sicher ist die gemeinte Einheit im Patriarchat eine, die als männliche Herrschaft strukturiert ist und sich in zerstörerischer Kraft gegen beide Geschlechter richtet, am stärksten gegen Frauen" (S. 113). Was sollen hier „Patriarchat" und „männliche Herrschaft" heißen? Diese Frage muß Gravenhorst nachgerade pein-lich sein, denn sie verwendet zwar die Worte, die den Gegensatz von Herrschaft und Unterwerfung, von Täter und Opfer zum Inhalt haben, verwirft aber im selben Atemzug jegliche Herangehensweise dieser Art. Die Manier mit der sie sie verwirft, besteht wieder anstelle einer inhaltlichen Argumentation, in einer grotesken Verzerrung – damit seien „zwei dichotome Klassen oder Kulturen" gemeint –, die schließlich in einer Verunglimpfung aufklärerischer feministischer Gedanken gipfelt. So schreibt sie im folgenden, daß es nicht richtig sei, wenn gesagt wird, Frauen schlafen mit ihrem Feind, „sondern allenfalls", so rückt Gravenhorst das Bild zurecht, „mit den Müttern oder Vätern ihrer Kindheit" (S. 113). Und wieder macht sie, ohne viel zu sagen, aufgrund der Andeutungen und Mutmaßungen, die in dem Satz mitschwingen, die aufklärerische Intention feministischer Erkenntnis über Sexualität und Macht, Heterosexualität und weiblicher Homosexualität zunichte. Denn das Bild wird nicht nur so zurecht gerückt, daß es nicht Feinde, sondern die Väter seien, mit denen die Frauen schlafen, nein, es sind auch die Mütter. Denn Frauen schlafen auch mit Frauen, will sie damit sagen – so weit auch so gut – aber, sollen wir verstehen, es ist *dasselbe,* ob Frauen mit Frauen oder mit Männern schlafen. Und, so sollen wir ferner verstehen, mag sein, daß Männer, mit denen Frauen schlafen, Feinde sind, aber dann sind die Frauen, mit denen sie schlafen, es auch. Kurz, in lesbischen Beziehungen herrsche dieselbe Gewalt und geschehe dieselbe Mißhandlung wie in heterosexuellen Beziehungen auch. Und das könne doch ebensowenig sein, wie das, was wir am Anfang schon gehört haben, daß nämlich jede Mutter eine potentielle Mißhandlerin sei. Schweigen wir also lieber darüber, es sei denn, wir seien bereit zu akzeptieren, daß jegliche Sexualität eben von Natur aus gewalttätig sei.

Ein Rat an Lerke Gravenhorst wäre, daß sie jene Worte, die ihr so pein-lich sind, einfach aus ihrem Vokabular streichen soll und die entsprechenden Inhalte am besten gleich dazu. Dann brauche ich mich nicht mehr darüber aufzuregen, wie aus befreiend gemeinten, analytischen Begriffen und Gedankengängen der feministischen Forschung groteske Karikaturen oder allenfalls leeres Wortgeklingel wird, und sie braucht sich nicht mehr gegen die feministische Forschung abzugrenzen.

Tatsächlich aber geht Gravenhorst noch einen Schritt weiter: „Nach meinem Eindruck enthalten ihr (der Männer, V.B.-Th.) Leben, ihre Handlungen in diesem

Entwurf (von Margrit Brückner, V.B.-Th.) eine Qualität, die sie verständlich und einfühlbar machen" (S. 114). Und damit ist der Aufsatz bei seiner Quintessenz angelangt. Denn wenn wir richtig anstatt nur „Handlungen" Miß-handlungen lesen, dann lesen wir auch das, was uns zu verstehen gegeben worden ist, nämlich, daß der richtige Ansatz der ist, die Mißhandlungen zu verstehen und den Mißhandlern einfühlsam die Schuld abzunehmen, anstatt sie zu thematisieren, zu analysieren und uns auf der Ebene der Forschung mit deren Mitteln dagegen zu wehren. Denn Gewalt gegen Frauen ist nichts weiter als eine „Widersprüchlichkeit im weiblichen Lebenszusammenhang" und sie „aufzuspüren", „scheint mir (Lerke Gravenhorst, V.B.-Th.) nur möglich, wenn sie (die Frauenforschung) das auch im Bewußtsein einer übergreifenden Einheit des weiblichen und männlichen Lebenszusammenhanges tut – auch wenn diese Einheit *noch* im Vorzeichen patriarchaler Herrschaft steht" (S. 114; Hervorhebung V.B.-Th.). Dazu, daß es *noch* lange so bleibt, wird Lerke Gravenhorst beitragen, wenn sie weiterhin diese Männer-identifizierte Frauenforschung betreibt.

Literatur

BENARD, Cheryl/SCHLAFFER, Edit: Die Grenzen des Geschlechts. Anleitungen zum Sturz des Internationalen Patriarchats, Reinbek b. Hamburg 1984

BOCK, Gisela/DUDEN, Barbara: Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit. Zur Erstehung der Hausarbeit im Kapitalismus, in: Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen, Juli 1976, Berlin 1977, S. 118–199

BRIDENTHAL, Renate/KOONZ, Claudia (Hrsg.): Becoming Visible. Women in European History, Boston 1977

BROWNMILLER, Susan: Gegen unseren Willen. Vergewaltigung und Männerherrschaft, Frankfurt a.M. 1980 (1975)

BRÜCKNER, Margrit: Die Liebe der Frauen. Über Weiblichkeit und Mißhandlung, Frankfurt a.M. 1983

DALY, Mary: Gyn/Ökologie. Eine Meta-Ethik des radikalen Feminismus, München 1981 (1978)

DESMOND, Morris: Der nackte Affe, München 1968

GALTUNG, Johan: Strukturelle Gewalt, Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Reinbek b. Hamburg 1975

GRAVENHORST, Lerke: Private Gewalt von Männern und feministische Sozialwissenschaft, in: Sektion Frauenforschung in den Sozialwissenschaften in der DGS (Hrsg.): Frauenforschung. Beiträge zum 22. Deutschen Soziologentag, Dortmund 1984, Frankfurt a. M. 1985, S. 104–115

GODELIER, Maurice: The Origins of Male Domination, in: New Left Review, Nr. 127, 1981, S. 3–17
INFO-FRAUENFORSCHUNG – Offener Brief der AG Frauenforschung, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 5, München 1981, S. 119–122

JANSSEN-JURREIT, Marielouise: Sexismus. Über die Abtreibung der Frauenfrage, Frankfurt a.M. 1979

MILLETT, Kate: Sexus und Herrschaft, Köln 1982 (1969/70)

PIZZEY, Erin: Schrei leise. Mißhandlungen in der Familie, Stuttgart 1976 (1974)

PROKOP, Ulrike: Imaginierte Weiblichkeit. Weiblicher Lebenszusammenhang: von der Beschränktheit der Strategien und der Unangemessenheit der Wünsche, Frankfurt a.M. 1976

ROWBOTHAM, Sheila: Im Dunkel der Geschichte, Frauenbewegung in England vom 17. bis 20. Jahrhundert, Frankfurt/New York 1980 (1973)

SANDER, Helke: Über Beziehungen zwischen Liebesverhältnissen und Mittelstreckenraketen, in: Courage 4, April, 1980, S. 16–29

SCHAEFFER-HEGEL, Barbara: Feministische Wissenschaftskritik: Angriffe auf das Selbstverständliche in den Geisteswissenschaften, in: dies., Brigitte Wartmann (Hrsg.): Mythos Frau. Projektionen und Inszenierungen im Patriarchat, Berlin 1984, S. 36–60

THÜRMER-ROHR, Christina: Aus der Täuschung in die Ent-Täuschung – Zur Mittäterschaft von Frauen, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 8, Köln 1983, S. 11–26

TIGER, Lionel: Warum die Männer wirklich herrschen, München 1972

Nevâl Gültekin

Anpassung zur Emanzipation?

Siebziger Jahre Frauenbewegung in Deutschland. Ausländische Intellektuelle, Studentinnen, die aus sozio-politischen Gründen die Heimat verlassen hatten, und einige hier aufgewachsene Töchter ausländischer „Gastarbeiter" waren beeindruckt von dem Anblick der gegen den § 218 auf den Straßen demonstrierenden Frauen. Es war wunderschön, einem solchen Spektakel beizuwohnen und Teil eines solchen Kampfes zu sein.

Ausländerinnen, sowie Ausländer waren hier in der Bundesrepublik ohnehin mit vorher nie erlebten Kampf-, Arbeits- und Lebensformen konfrontiert. In der Heimat wurde allgemein erzählt, daß Europäer in fast allen Beziehungen weiter seien als wir. Freiheit und Demokratie herrsche in Deutschland, und sie seien dort im Gegensatz zu unserem Land gesichert. Daher kamen die meisten von uns mit mehr oder weniger Minderwertigkeitsgefühlen nach Deutschland. Von den Deutschen wollten wir das Arbeiten, die Wissenschaft, die Freiheit, auch das Kämpfen und Lieben lernen. Nach und nach gaben wir alles, was wir von der Heimat mitbrachten, auf. Wir wollten neue Menschen werden, waren offen für alle neuen Einflüsse. Wir ließen von Kuskus, von Bulgur, von Dolma und Cevapcici ab, wir probierten Wurst, Pommes Frites und Sauerkraut. Wir kauften Thunfisch- und Erbsenkonserven. Wir tranken Bier statt Ouso, tranken Kaffee statt Tee. Auch unsere Gedanken und Überzeugungen haben wir ständig überprüft. Wir glaubten, daß vieles davon noch rückschrittlich war.

Mit deutschen Frauen diskutierten wir über unsere Befreiung. Sie interessierten sich damals sehr stark für uns, wollten von uns viel über unsere Länder erfahren. Wir erzählten von unserem Leben in der Heimat, vom Leben unserer Mütter und Väter. Dabei kamen wir gemeinsam zu der Überzeugung, in was für mittelalterlichen Strukturen unsere Menschen teilweise zu leben schienen, wie „unselbständig" und „unterdrückt" Frauen bei uns waren. Wir jungen Emigrantinnen von damals, wollten nicht wie unsere Mütter werden, deshalb waren viele von uns ja auch nach Deutschland gekommen. Denn wir hatten schon in der Heimat gehört, wie frei, selbständig und selbstbewußt deutsche Frauen seien, und zwar sozial und ökonomisch. Deshalb paßten wir genau auf, was sich in der Studentenbewegung und Arbeiterbewegung tat. Eines konnten wir nicht ganz begreifen: Warum wurden denn Frauen in den Universitäten und in politischen Gruppen trotz alledem von ihren Kollegen und Kommilitonen nicht ganz so ernst genommen? Waren sie doch nicht so frei? Na ja, es war nicht so wichtig. Wichtig war, daß Frauen Kampfmethoden entwickelten, die uns neu waren. Sie gingen geschminkt, mit Besen und Transparenten, mit Töpfen, Kopftüchern und Schürzen auf die Straßen. Sie stellten ihre Lage in Theaterstücken dar. Sie stellten vor allem konkrete Forderungen an die Gesellschaft. Wir wollten lernen, wir fühlten uns als Schülerinnen der deutschen Frauenbewegung.

So haben einige von uns in Frauenzentren die Beratung unserer Landsfrauen übernommen, die u.a. wegen Schwangerschaftsabbruch Hilfe suchten. Sie haben an den Diskussionen zum Thema Gewalt gegen Frauen teilgenommen. Sie haben mit deutschen Frauen zusammen die ersten Selbstverteidigungskurse für Frauen aufgebaut, zusammen darin gelernt und geübt. Gemäß dem damaligen Diskussionsstand unter Frauen in bezug auf die Auseinandersetzung zwischen den beiden Geschlechtern haben sich frauenbewegte deutsche und ausländische Frauen fast ausschließlich in Frauenzusammenhängen bewegt. In den ersten Frauenwohngemeinschaften wohnten auch junge Emigrantinnen mit. Sie waren natürlich eine Minderheit sowohl unter den Deutschen als auch unter ihren Landsfrauen. Fast alle waren Studentinnen aus städtischen Gegenden der Heimatländer und einige

wenige hier aufgewachsene Emigrantinnen der zweiten Generation. Kein Wunder. Denn auch die Frauenbewegung entstand aus der Studentenbewegung heraus.
Nach einigen Jahren war die Begeisterung vorbei, viele von uns Ausländerinnen waren enttäuscht. Die beschworene Frauensolidarität war von Inländerinnen und von uns unterschiedlich wahrgenommen worden. Für uns war eine Frauengemeinschaft in der von Männern beherrschten und besetzten Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit, während die deutschen Frauen diese erst aufbauen mußten. In allen Südländern, ob Griechenland, Türkei, ob Sizilien oder Jugoslawien, haben Frauen im Alltag viel mehr miteinander zu tun als mit Männern. Frauensolidarität in den nordeuropäischen Industrieländern war und ist keine Selbstverständlichkeit. Sie war aufgesetzt. Wir stellten auch bald fest, daß man hierzulande von Kindesbeinen an lernt, eigene, individuelle Interessen und Bedürfnisse zu entwickeln und für ihre Durchsetzung zu kämpfen. Auch in den meisten (Frauen)Wohngemeinschaften siegte, trotz guten Willens und großer Mühe, die Individualität gegen das Soziale, das Gemeinschaftliche. Einige frauenbewegte Inländerinnen haben individuelle Wege eingeschlagen, andere kämpfen heute noch in den wenig verbliebenen Frauenzusammenhängen. Langsam merkten wir, daß Frauen hier gar nicht so viel weiter waren als unsere Mütter und Schwestern in der Heimat. Auch gebildete Frauen hier geben ihre berufliche Planung mehr oder weniger auf, für die Kinder, die sie inzwischen geboren haben und die sie alleine versorgen müssen. Sie haben keinen größeren Freiraum und nicht mehr Entscheidungsmöglichkeiten als Frauen in unseren Ländern, es sei denn, wir würden Vergleiche ziehen, ohne die Schichtzugehörigkeit zu berücksichtigen, beispielsweise wenn wir gebildete Frauen hier mit Bäuerinnen in Südländern vergleichen. Wir stellten außerdem fest, daß unsere aus der Heimat mitgebrachten Minderwertigkeitskomplexe im kolonialistischen Herrendenken der Inländer/innen ihr Gegenstück hatten. Über diese Strukturen wurde allerdings, im Gegensatz zu unserer „islamischen, patriarchalischen Sozialisation", nicht diskutiert. Die Inländer/innen haben ausschließlich diejenigen von uns akzeptiert, vielleicht auch bewundert, die sich „emanzipierten", was für viele von uns zuerst bedeutete, sich und ihre Herkunft verleugnet zu haben. „Mensch, was sie alles überwinden mußte! Toll! Wir haben es ja viel einfacher gehabt." So oder ähnlich wurde unsere „Emanzipation" kommentiert. Damit wurden einerseits die eigenen Normen als etwas Positives und Erstrebenswertes hingestellt und die unsrigen als etwas minderer Natur. Selbstverleugnung unter den meist jungen hier aufgewachsenen Emigrantinnen wurde häufig als eine Errungenschaft auf dem Weg zur Emanzipation (miß)verstanden, die sie allerdings vor den weiterhin existierenden Benachteiligungen als Ausländerinnen nicht schützen sollte. In der Frauenbewegung wurden bis vor ein paar Jahren die besonderen ausländerrechtlichen Benachteiligungen der Emigrantinnen ignoriert. Viele von uns merkten, daß auch dort kein Platz war für den Kampf zur Aufhebung unserer besonderen Benachteiligungen und daß auch dort bedingungslose Anpassung auf der Tagesordnung stand. Bemerkt und diskutiert wurde einzig über die patriarchalische und feudale Orientierung in unserem Verhalten und Denken: Einflüsse unserer Sozialisation! Oft genug wurde sich an den besonderen Formen unserer Unterdrückung abgearbeitet, um sich die eigene Emanzipation zu versichern und die eigene Unterdrückung zu verleugnen. Frauenbewegte Ausländerinnen lebten in der politischen Auseinandersetzung ihre Identität allgemein als Frau und besonders als Ausländerin nicht gleichzeitig. Als Frauen fühlten sie sich irgendwann nicht verstanden, vor allem aber heimatlos. Sie waren weder in ihren gemischtgeschlechtlichen nationalen politischen Gruppen, noch in der inländischen Frauenbewegung zuhause. In keiner Gruppe war es möglich, sich gemeinsam gegen die besondere Diskriminierung von Frauen einzelner Gesellschaftsschichten, Nationalitäten und Randgruppen, sowie gegen den wachsenden Rassismus wirksam zur Wehr zu setzen. Ausländerinnen mit politischem und sozialkriti-

schem, d.h. auch feministischem Bewußtsein leben diese drei Dimensionen der Diskriminierung heute gleichzeitig.
Viele Frauen aus der Frauenbewegung, aber auch viele andere deutsche Frauen aus allen Bevölkerungsschichten, glauben heute die Frauenfrage in ihrem kleinen Rahmen für sich individuell gelöst zu haben. Kann denn ein gesellschaftliches Problem überhaupt individuell gelöst werden? Bei dieser Einstellung bleibt Emanzipation häufig an äußere Erscheinungen gebunden. Dementsprechend sind inländische Frauen befremdet über die Mehrheit derjenigen Emigrantinnen, die sich an den Traditionen orientieren. Inländerinnen nehmen äußere Bilder von Ausländerinnen als Bedrohung für ihre Emanzipation oder mit Erleichterung wahr. Z.B. die türkische Frau, „die drei Schritte hinter ihrem Mann herläuft„, oder die Griechin oder Spanierin, die acht Stunden am Tag in der Fabrik schafft, „danach den ganzen Haushalt schmeißen, Mann und Kinder ‚bedienen' muß", oder die junge Marokkanerin, „die verheiratet wird und obendrein freiwillig ihren Kopf bedeckt" usw. sind ausschließlich Bilder, die sie bedrohen, empören oder vielleicht sogar erleichtern. Sie sind empört und fühlen sich bedroht, weil die ausländischen Männer, die in den wahrgenommenen Bildern die Nutznießer der Situation darstellen, ihnen ihre Emanzipation streitig machen könnten. Sie sind erleichtert vielleicht, weil sie besser dastehen als „diese bedauernswerten Ausländerinnen".
Auch die Türkin, „die drei Schritte hinter ihrem Mann herläuft", tut dies nicht als bewußte Unterwerfung und gedankenlos. Sie muß nicht diese drei Schritte verkraften, verarbeiten, sondern eine Entfernung von Tausenden von Kilometern und eine meist Jahrzehnte lange Trennung von der vertrauten Lebensform, von geliebten Menschen. Auch die Griechin, die acht Stunden am Tag in der Fabrik schafft usw., tut all dies meistens für ihre Töchter, die es besser haben sollen. Sie sieht die qualitative Verbesserung ihres Lebens als Frau in der Kontinuität des Lebens ihrer Töchter. Und schließlich muß die Marokkanerin die Kopfbedeckung nicht als Ausdruck der Unterdrückung ansehen, sondern kann sie als ein Ausdruck der Reifung oder als Schmuck oder als Bekennung zur eigenen Kultur begreifen. Sind diese „Bilder" nicht – neben ihrer individuellen Wahrnehmung und Interpretation – ein Ausdruck der weltweiten patriarchalischen Ausbeutung, bei der jede Frau in der Bundesrepublik auch eine Rolle spielt und zwar eine doppelte Rolle? Einmal die der Ausbeuterin, d.h. Konsumentin in einem Industrieland, in bezug auf alle Menschen der „Dritten Welt" und einmal die der Ausgebeuteten, d.h. dem ausgebeuteten Geschlecht zugehörig. Wenn durch Aufrechterhaltung der Tradition die Ausbeutung in den Dritte-Welt-Ländern besser gesichert wird, profitiert auch die deutsche Hausfrau davon, beispielsweise wenn sie eine von Frauen in der Dritten Welt für ein paar Märker gehäkelte Tischdecke höchster Qualität hier in einem Kaufhaus preiswert erwirbt. Sind nicht u.a. wir Frauen wegen unserer Passivität für die Einführung der Teleheimarbeit in der Bundesrepublik einerseits und die Ausbeutung der Asiatinnen in der Micro-Chip-Produktion mit einem Hungerlohn andererseits verantwortlich?
Es gibt noch viele Fragen, auf die wir gemeinsam Antworten suchen müssen. Es gibt nicht die „arme, unterdrückte, unselbständige" Fatma, die es zu befreien gilt, sondern es gibt Fatma, die noch die ihr zustehenden Rechte zu bekommen hat, und es gibt viele Monikas, Fatmas, Karins, Gültens und Carmens, die von der Gleichstellung zum Mann noch weit entfernt sind und dieses Ziel nicht nur in den USA oder der Bundesrepublik, sondern weltweit erreichen müssen. Ich meine allerdings, daß es nicht nur ein einziges Modell für die Gleichstellung der Frau mit dem Mann gibt. Sondern der Weg hin zur Autonomie und Befreiung der Frau sowie die Gestalt der Gleichstellung ist verschieden, so wie wir mit unserer Geschichte, unseren Erfahrungen, Wahrnehmungen und Empfindungen und unserer Persönlichkeitsstruktur verschieden sind.

Kathrin Braun, Elisabeth C. Kremer, Beate Leddin

Erziehungsgeld – Lohn für Hausarbeit als Strategie konservativer Politik?

Während in der Frauenbewegung die einstmals heftig geführte Debatte um Lohn für Hausarbeit längst abgeflaut ist, allenfalls in den Diskussionen um die Feminisierung der Armut die mangelnde Entlohnung und soziale Absicherung der Familienarbeit beklagt wird, hat der *konservative Feminismus*[1] in Gestalt von Heiner Geißler, Norbert Blüm und Rita Süßmuth die Mutter als „Aschenputtel der Moderne" entdeckt und zur „Auserwählten der neuen Zeit" erkoren (Blüm, 1981). Sie setzen sich für die Erhaltung der „Arbeit aus Liebe" ein und entdecken Mütterlichkeit, weibliche Empathie und Nähe zum Lebendigen aus Prinzipien, ohne die einer dem Fortschritt, rationellem Kalkül und der Leistung verschriebenen Industriegesellschaft ihr Sinn verlorenginge. „Keine andere Arbeit ist so unmittelbar dem Leben verbunden. Die Arbeit der Mutter enthält mehr von dem ursprünglichen Schöpfungscharakter der Arbeit, als alle Humanisierungsbemühungen der Erwerbsarbeit zurückgeben können. (...) Daß viele Frauen mit der Ehe oder mit dem ersten Kind die Erwerbsarbeit aufgeben, ist kein Erkennungszeichen von Unterdrückung. Für viele ist es eine Befreiung." (CDA-Sozialausschüsse 1981)[2].
Um den schönen Worten auch Taten folgen zu lassen, greift die CDU mit dem Erziehungsgeldgesetz die schon etwas verblichene Forderung nach Lohn für Hausarbeit auf und will damit der Familienarbeit endlich gesellschaftliche Anerkennung – gerade auch in materieller Hinsicht – verschaffen. Verabschiedet sich die CDU nun mit dem Erziehungsgeldgesetz und dem Frauenministerium von der Männergesellschaft, wie es Geißler mit seinem jüngsten Buch nahelegt, und vollzieht eine Kehrtwendung hin zu feministischen Forderungen? Die im Deutschen Frauenrat zusammengeschlossenen Frauenverbände begrüßten mehrheitlich das Gesetz als einen „schon lang geforderten Beitrag zu mehr Wahlfreiheit für Männer und Frauen bei ihrer partnerschaftlichen Entscheidung über die Tätigkeit in Familie und Beruf..." und als „ersten Schritt zur sozialen Sicherung der Familienfrau" (Deutscher Frauenrat, 1985). Was immer als selbstverständlich galt, nämlich daß Frauen im Kapitalismus die Arbeit für Kindererziehung und Haushalt unentgeltlich leisten, ist den konservativen Politikern plötzlich fragwürdig geworden. Das Novum des Erziehungsgeldgesetzes ist zum einen, daß damit die Familienarbeit der Frauen honoriert wird, da in den ersten sechs Monaten das Geld direkt, also nicht über den Ehemann, an die Frauen ausgezahlt wird. Zum anderen ist jede Frau anspruchsberechtigt, nicht nur Erwerbstätige, wie bisher beim Mutterschaftsurlaubsgeld, sondern auch Hausfrauen. Allerdings müssen erwerbstätige Frauen, um in den Genuß des Erziehungsgeldes zu kommen, ihre Erwerbsarbeit aufgeben und 10 Monate Erziehungsurlaub nehmen. Denn schließlich soll die Wahlfreiheit zwischen Familie und Erwerbstätigkeit durchgesetzt werden. Auf dem Weg zur neuen Partnerschaft und Gleichberechtigung in der Familie ist vom Gesetz auch den Vätern die Möglichkeit eingeräumt worden, im Erziehungsurlaub sich den Kindern zu widmen. Ob die gleichen Rechte auch die gleichen Konsequenzen für Männer und Frauen nach sich ziehen, steht dagegen auf einem anderen Blatt.
Mit dem Erziehungsgeldgesetz wird aber nicht nur zum Teil die Familienarbeit honoriert, gleichzeitig ist es ein Gegenentwurf zur Reform des § 218. In Verbindung mit der Stiftung „Mutter und Kind" soll der sozialen Indikation, die konservativen Politikern schon längst ein Dorn im Auge ist, ihre Berechtigung entzogen werden. Es ist jedoch weniger eine bevölkerungspolitische Maßnahme, um die bundesdeutschen Frauen mittels einer Gebärprämie zum Kinderkriegen zu animieren. Vielmehr scheint sich hinter dem Klagen über das Aussterben der Deutschen, die

Verunsicherung darüber zu verbergen, daß Frauen verstärkt auf den Arbeitsmarkt drängen und ihnen Mütterlichkeit und aufopferungsvolle Liebe nicht mehr selbstverständlich sind. Frauen werden damit nicht nur zu einem ungünstigen Faktor für die Bereinigung der Arbeitslosenstatistik, sondern entziehen auch den kostensparenden Maßnahmen im Sozialbereich den Boden der Familie. Doch nicht Frauen zurück an Heim und Herd zu verweisen – wie es Frauen oft konservativer Politik vorwerfen – ist die Intention des Gesetzes. Die Zeichen der Zeit wurden durchaus erkannt:„Damit es Frauen und Männern besser gelingt, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren, muß sich an den Strukturen und Abläufen in der Arbeitswelt einiges ändern. Wir brauchen flexiblere, auf die familiären Bedürfnisse besser abstimmbare Arbeitszeitangebote. Einen Schritt in diese Richtung hat die Bundesregierung mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz gemacht" (Blüm, 1986). Das Beschäftigungsförderungsgesetz, auf das Norbert Blüm hier als weitere Errungenschaft zur Emanzipation der Frau hinweist, erklärt die befristeten Arbeitsverhältnisse bis zu 18 Monaten für zulässig, wodurch der Kündigungsschutz für Frauen, die in dieser Zeit schwanger werden, hinfällig wird. Legitimiert wurde die Einführung der befristeten Arbeitsverhältnisse unter anderem mit dem Argument, daß nur so der Erziehungsurlaub durchführbar sei. Beide Gesetze nützen die Doppelbelastung der Frauen aus, um den Flexibilisierungsstrategien der Unternehmen, die eine an den jeweiligen Kapitalverwertungsinteressen orientierte Arbeitszeitverkürzung auf individueller Basis verfolgen, Vorschub zu leisten. Zudem wird den Frauen ihre Entscheidung für Teilzeitarbeit, die wohl eher dem Zwang der Verhältnisse geschuldet ist, zu ihrem innersten Bedürfnis erklärt.
In der Konfrontation mit der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, die nach wie vor die Lebenssituation der Frauen in dieser Gesellschaft bestimmt, wollen wir nun die praktischen Auswirkungen des Erziehungsgeldgesetzes diskutieren und die Strategie konservativer Frauenpolitik offenlegen. Darüberhinaus ist die Frage aufzuwerfen, was die Frauenbewegung der konservativen Vereinnahmung entgegenzusetzen hat, bzw. inwieweit sie nicht selbst in ihren politischen Strategien dazu beigetragen hat.

Gleiches Recht für alle Frauen: 600 DM für 10 Monate und auf Dauer ungeschützte Teilzeitarbeit

Allein schon die Höhe des Erziehungsgeldes ist so bemessen, daß sie keiner Frau eine eigenständige Existenz ermöglicht. Die partnerschaftliche Wahlfreiheit, die uns hier versprochen wird, ist nichts anderes, als die den Frauen sattsam bekannte „Freiheit", zu wählen zwischen der Abhängigkeit vom Mann, vom ungeschützten Job [3)] oder dem Sozialamt. Für Frauen, die ihren Lebensunterhalt über eigene Erwerbsarbeit sichern, gibt es real gar keine Chance, das Erziehungsgeld zu erhalten. Denn um in diesen Genuß zu kommen, muß die Frau ihre Vollzeitarbeit grundsätzlich unterbrechen, muß Erziehungsurlaub nehmen und darf höchstens einer Beschäftigung unter 19 Stunden nachkommen. Aufgrund des gelockerten Kündigungsschutzes werden erwerbstätige Frauen sich diesen Schritt wohl überlegen müssen.
Der Situation erwerbstätiger und zugleich alleinerziehender Frauen wird das Erziehungsgeldgesetz am wenigsten gerecht. Sie sind weiterhin der Doppelbelastung ausgesetzt, bekommen kein Geld für ihre Erziehungsarbeit und müssen das Geld für die Betreuung ihrer Kinder selbst aufbringen. Schon jetzt sind ein Drittel aller alleinerziehenden Mütter auf Sozialhilfe angewiesen.
Belohnt werden jene Familien, in denen die gewünschte Arbeitsteilung – Frau: Hausfrau und/oder Jobberin und Mann: vollerwerbstätig – gegeben ist. Diese Familien haben mit dem Erziehungsgeld unter dem Strich mehr Geld zur Verfügung als vorher – sofern die Frau die Erziehung übernimmt – , wogegen sie in existen-

tielle Schwierigkeiten kämen, gäbe der Mann seinen gut bezahlten Arbeitsplatz auf, um 10 Monate nur noch 600 DM zu erhalten.
Weitere versteckte Fallstricke sind ausgelegt für den Fall, daß dennoch der Vater während der ersten 10 Monate das Kind erziehen will:
– er darf dies nicht, wenn er mit der Mutter des Kindes in einem Haushalt lebt, und diese weder erwerbstätig noch erwerbslos gemeldet, kurz: Hausfrau ist.
– uneheliche Väter dürfen nur dann Erziehungsurlaub nehmen und Erziehungsgeld bekommen, wenn ihnen das volle Sorgerecht übertragen worden ist, d.h. die Frau müßte gänzlich auf das Sorgerecht verzichten.
Da die Frauenlöhne im Durchschnitt 25% unter denen der Männer liegen, ist die „partnerschaftliche" Einigung von vorneherein entschieden. Um nicht große finanzielle Verluste hinnehmen zu müssen, werden in erster Linie Frauen Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld in Anspruch nehmen.
Es zeigt sich, das die Details dieses Gesetzes mit Bedacht so ausgestaltet sind, daß fast nur Hausfrauen, die „nebenbei" auch noch ungeschützte Arbeit machen dürfen, in den Genuß dieser kleinen Belohnung kommen werden. Die verkündete Wahlfreiheit besteht damit zwar de jure, aber nicht de facto: sie muß an der Realität der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung scheitern.

Die Stabilisierung der patriarchalisch-kapitalistischen Arbeitsteilung ist jedoch nur das eine Gesicht des Erziehungsgeldgesetzes. Es ist im Zusammenhang mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz auch als familienpolitische Flankierungsmaßnahme der zunehmenden Flexibilisierung und Aufspaltung des Arbeitsmarktes zu Lasten der Frauen zu begreifen. Festgeschrieben wird die Abdrängung von Frauen in ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse zum einen mit der Regelung, daß Mütter neben der Erziehungsarbeit zwar erwerbstätig sein dürfen, aber nur unter 19 Stunden. Waren sie auch vorher erwerbstätig, so sind sie nun weiterhin beitragsfrei sozialversichert, ohne daß der Arbeitgeber für sie Sozialversicherungsbeiträge zahlen muß – gewiß ein Anreiz, junge Mütter in Teilzeitbeschäftigung zu übernehmen. Die andere Hälfte des Arbeitsplatzes kann dann einer anderen Frau – durchaus ebenfalls unter 19 Stunden in der Woche – übertragen werden, die dann jedoch sozial nicht abgesichert ist.
Zum anderen ist das im Mutterschaftsgesetz noch enthaltene absolute Kündigungsverbot, das auch die 2 Monate nach Ablauf des Mutterschaftsurlaubs umfaßte, ersetzt worden durch einen sogenannten „grundsätzlichen Kündigungsschutz" ausschließlich für die Dauer des Erziehungsurlaubs. „Grundsätzlich" ist hier so zu lesen, daß grundsätzlich die Interessen des Arbeitgebers Vorrang haben vor denen der Frau. In „besonderen Fällen", u.a. wenn eine „unbillige Erschwerung" für die wirtschaftliche Existenz des Betriebes oder eine „unbillige Erschwerung der wirtschaftlichen Existenz des Arbeitgebers" bei Weiterbeschäftigung der Frau „nicht ausgeschlossen werden kann" (Bundeserziehungsgeldgesetz 1986). Besteht zudem keine individuelle vertragliche Vereinbarung, daß die Frau nach Ablauf des Erziehungsurlaubs wieder ihr voll abgesichertes Arbeitsverhältnis, also über 19 Stunden in der Woche zurückerhält, so besteht die Gefahr, daß sie weiterhin ungeschützte Teilzeitarbeit leisten muß.
Für die Arbeitgeber eröffnet sich mit dem Erziehungsgeldgesetz im Zusammenhang mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz die Möglichkeit, aus einem sozial abgesicherten Vollzeitarbeitsplatz zwei ungeschützte Jobs zu machen.
Während also für Hausfrauen, die eventuell zusätzlich einem ungeschützten Job nachgehen, das Erziehungsgeld eine – wenn auch geringe – Belohnung bedeutet, (obwohl sie aus der Erziehungsarbeit keine Ansprüche z. B. an die Arbeitslosenversicherung ableiten können) stellt es sich für erwerbstätige Frauen als geschickt getarnte Falle dar und bedeutet gegenüber dem Mutterschaftsurlaub einen realen Rückschritt.
Damit ist es den Vätern des Erziehungsgeldes gelungen, die Forderung nach

Gleichberechtigung von Frauen und Männern aufzugreifen und in Richtung einer Gleichstellung von Hausfrauen und erwerbstätigen Frauen (alle bekommen dasselbe Geld) untereinander umzumünzen. „Wir müssen aber auch für die Gleichberechtigung der nichterwerbstätigen Mutter mit der erwerbstätigen Frau kämpfen." (Blüm 1986)
Geschickt ist damit der Konflikt zwischen den Geschlechtern auf die Auseinandersetzung zwischen Frauen verlegt. Daß Frauen dieser Polarisierung zwischen erwerbstätigen Frauen und Hausfrauen keine gemeinsame Kritik entgegenzusetzen haben, die von der doppelten Bestimmtheit weiblicher Arbeit im Kapitalismus ausgeht, zeigen die gegensätzlichen Reaktionen innerhalb der Frauenbewegung auf das Erziehungsgeldgesetz. Während die Mehrheit der im Deutschen Frauenrat zusammengeschlossenen Frauenverbände das Erziehungsgeld begrüßte, üben die Frauen im DGB schärfste Kritik daran und betrachten es höchstens als einen ersten Schritt zurück. „Mit Empörung hat die 11. Bundesfrauenkonferenz im DGB in Ludwigshafen zur Kenntnis genommen, daß mit den Stimmen der CDU-CSU-FDP-Fraktion das Erziehungsgeldgesetz im Deutschen Bundestag verabschiedet wurde, das in unerträglichem Maße gerade erwerbstätige Frauen benachteiligt.(...) Die erwerbstätigen Frauen ermöglichen die Gewährung von Erziehungsgeld, denn sie speisen neben den erwerbstätigen Männern die Kasse, aus der dieses Geld gezahlt wird – und zahlen sich bei Mutterschaft im Gegensatz zu den nichterwerbstätigen Müttern gewissermaßen selbst einen Teil ihres Erziehungsgeldes und tragen durch ihre Erwerbstätigkeit und ihre „Lohn"-Steuerleistung wie zu vielen anderen sozialen Leistungen auch zum Erziehungsgeld der nichterwerbstätigen Mütter und ggf. der Väter bei" (Tölle 1985). Hierin drückt sich ein Arbeits- und Emanzipationsbegriff aus, der sich auf Erwerbsarbeit beschränkt. Erwerbsarbeit wird als Voraussetzung für Hausarbeit aufgefasst, und es wird nicht klar gesehen, daß ebenso Hausarbeit gesellschaftlich notwendige Arbeit und ihrerseits Voraussetzung für Erwerbsarbeit ist. Wirkliche Emanzipation kann doch nur heißen, die doppelte Ausbeutung weiblicher Arbeit abzuschaffen, womit die ideologische Polarisierung von Hausfrauen und erwerbstätigen Frauen hinfällig wäre.

Dieselbe Funktion, Frauen sich aneinander abarbeiten zu lassen, während die Männer im Hintergrund die politischen Fäden in der Hand halten, hatte die Einsetzung von Rita Süßmuth als Frauenministerin. Als solche ist sie eine Schöpfung Geißlers, seinem Haupte entsprungen, wie einst Athene dem des Zeus (nachdem dieser zuvor sich ihre Mutter Metis einverleibt hatte). Weder die Einrichtung eines Frauenministeriums, noch die Einsetzung von Rita Süßmuth als Ministerin geht auf Frauenkämpfe innerhalb oder außerhalb der CDU zurück, beides ist vielmehr Ergebnis einer direkten Invention Geißlers. Rita Süßmuth ist die Gallionsfigur, mit der voran die Konservativen Abschied von der Männergesellschaft nehmen, der Frauenbewegung einen historischen Kompromiß anbieten und dabei in Richtung einer „sanften, pluralen Gesellschaft" (Blüm 1986) im Zeichen der Mutter absegeln.
Sie hat zum einen die Funktion, durch lautes Nachdenken über Ideen (Pille auf Krankenschein, Verlängerung des Erziehungsgeldes auf zwei Jahre), von denen von den Fraktionskollegen längst vorab entschieden ist, daß sie ihnen zu teuer kommen, noch ein paar entscheidende Wählerinnenstimmen zu fangen. Zum anderen soll sie jedoch mit dem ihr wiederholt von Frauen attestierten „glaubhaften Engagement" (Kerner 1986) das Erziehungsgeld als einen ersten Schritt in Richtung Partnerschaft verkaufen, damit dann andere, wie z. B. Geißler, die Kritik der Gewerkschaftsfrauen als Unkenrufe neidischer Emanzen abtun können (Ott 1985). Denn außer an Wählerinnenstimmen ist der CDU tatsächlich daran gelegen, diese bestimmte Familienpolitik auch umzusetzen, da, wie oben ausgeführt, sie nicht ein mühsam abgetrotztes Zugeständnis an die Frauenbewegung ist, sondern sie mit ihr höchst eigene konservative Strategien verfolgt.

Ein Blick zurück: Emanzipation durch Erwerbstätigkeit oder Emanzipation von der Erwerbsarbeit?

Gerade wenn die CDU heutzutage keine Heim-und-Herd-Ideologie vertritt, offenbart sich darin der qualitative Wandel des ideologischen Gesamtkonzeptes: Die Herren der CDU haben begriffen, wie sie mit ihren Antworten auf Forderungen aus der Frauenbewegung, ökonomische und gesamtgesellschaftliche Erfordernisse realpolitisch durchsetzbar machen können.
Wichtige Schwerpunkte feministischer Frauenpolitik bildeten während der 70er Jahre die heißumstrittene, nie einheitlich vertretene Forderung nach Lohn-für-Hausarbeit, die Vorstellung nach „Emanzipation durch Erwerbstätigkeit" und der Kampf um die Abschaffung des § 218. Wir haben Antworten darauf bekommen: die Erziehungs- und Familienarbeit der Frau wird mit vielen Worten und wenig Geld endlich honoriert, wir dürfen weiterhin „dazuverdienen" und dürfen dankbar sein, daß die „soziale Indikationsregelung" noch nicht gestrichen ist.
Ein Rückblick auf die eigene Geschichte erscheint notwendig, gerade wenn es um Perspektiven von Frauenpolitik geht, die jenseits von herrschender Staatspolitik liegen. Inhaltlich hatten unsere Kämpfe verschiedene Schwerpunkte. Grundlegend war darin der Wunsch nach eigenständiger Existenzabsicherung und Selbstbestimmung gegen patriarchale und kapitalistische Ausbeutung.
In der § 218-Kampagne war es gelungen, einheitlich und konzentriert in *einer* Forderung zum ersten Mal systematisch den Zusammenhang von Sexualität und Ökonomie zu thematisieren. Frauen wehrten sich damit öffentlich gegen den staatlichen Zugriff auf den Körper und die Gebärfähigkeit der Frau. Dieses Recht auf eigene Entscheidung und Verfügung ist uns immer noch nicht zugestanden. Vielmehr müssen wir das Erziehungsgeld dahingehend begreifen, daß es auf moralischer Ebene unseren Widerstand brechen soll, und wir am Ende noch nicht einmal aus „sozialer Not", die damit auf rein finanzielle Probleme reduziert wird, abtreiben dürfen.

Wenngleich der Stand der Theorie zur Frauenarbeit sich weit vorangeschritten zeigt, d. h. ein umfassendes Verständnis davon erarbeitet worden ist, daß Frauenarbeit im doppelten Sinne von Erwerb und Reproduktion eine zentrale Bedeutung für die Unterdrückung und Ausbeutung der Frau hat, so fließt diese Erkenntnis noch zuwenig in die Praxis ein. Die praktischen Forderungen feministischer Politik sind letztlich zwischen den vorgegebenen herrschaftsbestimmten Polen von Hausarbeit auf der einen und Erwerbsarbeit auf der anderen Seite steckengeblieben. Dabei ist gerade mit der Ausweitung der Krise offenbar geworden, daß die Frau im Kapitalismus gar keine Alternative hat: ihr wird strukturell beides abverlangt. Die Intentionen, die sich hinter der Bezahlung der Erziehungsarbeit gemäß den Regelungen im Erziehungsgeldgesetz verbergen, sind nur der aktuellste Beweis hierfür.
Die Auseinandersetzungen um die unbezahlte Hausarbeit und Kindererziehung und um die männlich besetzte Erwerbsarbeit waren schon in der 70er Jahren miteinander verstrickt. „Emanzipation durch Erwerbstätigkeit" lautete die eine Devise im Kampf um Befreiung. Und Anfang der 70er Jahre standen die Chancen in die „qualifizierte" Berufswelt einzusteigen für Frauen aufgrund ökonomischen Bedarfs relativ günstig. Viele Frauen, gerade der jüngeren Generation, verstanden sich selbst nicht als Hausfrauen, lehnten bewußt die traditionelle Frauenrolle ab und suchten eine neue Qualität von Frauenidentität in ihrer Ausbildung und ihrem Beruf. Der Kampf um „Lohn-für-Hausarbeit", der ja gerade das Hausfrauendasein als Gemeinsamkeit aller Frauen zugrundelegte und diese Seite der Frauenarbeit offenlegen und politisieren sollte, war für viele Frauen nicht einsichtig. Entweder fühlten sie sich subjektiv nicht als Hausfrauen, waren – noch – ohne Kind und Familie und bezogen ihre emanzipativen Utopien auf Chancengleichheit und

Gleichberechtigung in der Berufswelt. Oder sie betrachteten ihre „Doppelbelastung" nicht in dem zusammenführenden Verständnis, daß Frauen im Kapitalismus prinzipiell der doppelten Ausbeutung unterliegen, und beließen ihre Auseinandersetzungen, die sich um Hausarbeit und Kindererziehung drehten, im Privaten. Mit den Forderungen „Emanzipation durch Erwerbstätigkeit" und „Lohn-für-Hausarbeit" standen sich die beiden Seiten der Frauenwelt unvermittelt, ja sogar konträr gegenüber.
Die Strategie der Lohn-für-Hausarbeit-Kampagne sollte darin liegen, die ideologische Verklärung der Hausarbeit als „Liebe" aufzulösen, diese Gratisarbeit der Frau aus ihrem Schattendasein zu holen und gleichzeitig ihren Ausbeutungs- und Entfremdungscharakter in ihrer Funktionalität für den patriarchalischen Kapitalismus aufzuzeigen. Ziel dieser Forderung war nicht die tatsächliche Bezahlung der Reproduktionsarbeit, sondern diese Forderung sollte das politisierende Mittel zur Auflösung patriarchalischer Arbeitsteilung und kapitalistischer Gesellschaft sein.
In den innerhalb der Frauenbewegung geführten Auseinandersetzungen hierum gab es schwerwiegende Bedenken [4]: Ein gewichtiger Vorwurf bestand darin, daß die Frauen sich mit dieser Kampagne selber auf den Bereich der Hausarbeit festlegen und die vorhandene geschlechtshierarchische Arbeitsteilung nur zementieren. Zum weiteren, wurde argumentiert, impliziere die Forderung nach einem Lohn die Vorstellung, daß Gerechtigkeit über die Bezahlung hergestellt werden könnte. Im Kapitalismus kann es aber keinen „gerechten" Lohn geben, sondern dieser steht immer für Ausbeutung und Abhängigkeit. Entscheidend für den Verlauf der Diskussionen war jedoch die Kritik, daß die Frauen 'ihre' Hausarbeit damit selbst dem Lohnfetisch unterwerfen und diese Arbeit unmittelbar dem Kapitalverhältnis unterordnen würden, obwohl diese doch Werte in sich trüge, die jenseits des kapitalistischen Verwertungsprozesses liegen und gegen diesen gesellschaftstranszendierende Kräfte in sich tragen sollten. Diese Argumentation entwickelte sich aus der mittlerweile gewonnenen Erfahrung, daß die Suche nach einer neuen Frauenidentität im Berufsleben an den herrschenden „männlichen" Strukturen scheitern mußte, daß die diskriminierenden Bedingungen des geschlechtshierarchischen Arbeitsmarktes und die „Doppelbelastung" der Frau weiterhin existierten. Aus dieser Erkenntnis erschloß sich die Reproduktionsarbeit unter völlig neuen Aspekten: Reproduktionsarbeit wurde nun nicht mehr allein unter dem Gesichtspunkt ökonomischer Ausbeutung und ihrer Funktionalität für den kapitalistischen Verwertungsprozeß begriffen, und darin zur rückständigsten und langweiligsten Arbeit überhaupt erklärt. Ein neuer Begriff von 'weiblicher Produktivität' wurde entfaltet, der das weibliche Arbeitsvermögen mit Fähigkeiten versah, die in krassem Gegensatz zur 'männlichen Produktivität' als Synonym für Ausbeutung und Zerstörung auf allen Ebenen der Gesellschaft (Natur, Kultur, Produktion) stehen sollten.

Abgesehen davon, daß es schon auf der analytisch-theoretischen Ebene äußerst problematisch ist, die Hausarbeit von Frauen mit Kategorien zu versehen, die sich aus einer nicht hinterfragbaren Unmittelbarkeit ergeben sollen und die ahistorisch den strukturellen Konstitutionszusammenhang von Lohn- und Hausarbeit verdrängen, müssen wir uns doch fragen, was aus dieser Hoffnung auf unsere „Weiblichkeit" geworden ist.
Haben wir mit dieser Argumentation am Ende doch nur den Boden für die ideologische Wiederaufwertung weiblicher Produktivkraft und Natur für den konservativen Feminismus der Regierungsparteien bereitet, der unsere feministischen Vorstellungen mit seinem Erziehungsgeld und Babyjahr begrifflich und praktisch korrumpiert hat? Ihre Doppelschneidigkeit erweist sich gerade daran, daß das Beharren auf einer authentischen Weiblichkeit, durch die die Frau gewissermaßen den Kern zur Überwindung des patriarchalischen Systems in sich selbst trägt, ebenfalls

zur ideologischen Verklärung der schlechten Bedingungen herangezogen werden kann, unter denen Frauen gezwungen sind zu leben, sei es mit einem unsicheren und schlecht bezahlten Job oder mit Erwerbslosigkeit:„Mutterarbeit als Leben entwickeln und Zuwendung geben ist daher auch mehr als Erziehungsarbeit und erst recht mehr als Erwerbsarbeit. Die Erwerbsarbeit wird weniger in dieser Gesellschaft. Wir müssen die Arbeit verteilen. Jeder, ob Mann oder Frau, muß den gleichen Zugang zur Erwerbsarbeit haben und zu den gleichen Bedingungen. Selbstverständlich brauchen wir uns nicht ständig gegenseitig zu wiederholen. Zur Wahlfreiheit gehört, wenn das Wort Sinn haben soll, aber auch die Freiheit aus dem Erwerbsleben auszusteigen, beispielsweise um sich ganz den Kindern zu widmen. ...angesichts der quantitativen und qualitativen Veränderungen in der Erwerbsarbeit wachsen Zweifel an ihrer allseligmachenden Wirkung, beginnt die Suche nach Selbstverwirklichung durch Arbeit in anderen, dem Menschen oft näherstehenden Formen“ (Esser 1981).
Resultat der Polarisierungen in den Emanzipationsstrategien ist, daß die Trennungen von privat und öffentlich, Haus- und Erwerbsarbeit nicht kollektiv aufgehoben werden, sondern durch konservative Politik, wie sie sich jetzt im Erziehungsgeldgesetz präsentiert, gewendet, Frauen es weiterhin zugemutet wird, diese Trennungen auf individueller Ebene für sich zu bewältigen. Unter dem Glorienschein von Mütterlichkeit als wahre Menschlichkeit und der Anerkennung der unentbehrlichen Leistungen von Frauen, werden durch konservative Politik Bedingungen auf minimaler Basis dafür hergestellt, daß Frauen auch weiterhin Familie und Beruf vereinbaren und so als doppelte Arbeitskraft zur Verfügung stehen: als flexible Reserve auf dem Arbeitsmarkt und als unbezahlte Hausarbeiterinnen.
Mittlerweile sind wir wieder bei Forderungen für den Erwerbssektor gelandet und das sicherlich nicht zuletzt, weil viele Frauen mit akademischer Ausbildung wieder abgedrängt werden oder gar nicht erst in ihren Beruf hineinkommen. Die Parole heißt „Quotierung in allen Bereichen“. Es scheint, als ob es keinen Ausweg aus der Zwickmühle gäbe, als ob sich immer wieder im Kampf um die Emanzipation und Befreiung der Frau die zwei Seiten von patriarchalischer und kapitalistischer Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft – in der Hausarbeit und in der Erwerbsarbeit – unter Ausblendung der jeweilig anderen unvermittelt gegenübertreten müßten. Genau genommen scheint die Quotierungsforderung darauf abzuzielen, den Frauen mit einer qualifizierten Berufsausbildung den Zutritt in die besser bezahlten, in der Arbeitsplatzhierarchie höherstehenden Jobs zu ermöglichen. In welchem Zusammenhang steht diese Forderung aber überhaupt noch mit all den Frauen, die erwerbstätig sind oder werden und zwar in den qualitativ schlechten, mies bezahlten und sozial schlecht bzw. gar nicht abgesicherten Jobs? In welcher Weise vermittelt sich darin die Kritik an der doppelten Ausbeutung der Frau?

Gegen die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung, gegen kapitalistisch-patriarchalische Strukturen kämpfen, das war und ist hoffentlich immer noch unser Ziel. Dann kann es doch nicht darum gehen, Privilegien innerhalb der Gesellschaft abzusichern und selbst die Spaltung entlang der Hierarchie zu betreiben. Praktische Politik darf nicht allein darin münden zu fordern, was gerade noch real durchzusetzen oder zu bewahren, sondern muß auch unsere Kritik und Utopie durchscheinen lassen.
Auf dem Hintergrund, daß Lohnarbeit und Hausarbeit sich strukturell gegenseitig bedingen und aus einer gemeinsamen Geschichte erwachsen sind, wäre es notwendig, für die Umorganisation der Erwerbsarbeit im Sinne einer Ausrichtung der Produktion an der Reproduktion der Menschen statt der Produktion um der Produktion willen (wohinter sich nur der Zweck der Kapitalverwertung verbirgt) zu kämpfen – gleichzeitig jedoch auch die private Form der Reproduktion anzugreifen und kollektive Formen der Vergesellschaftung von Hausarbeit und Kindererziehung zu entwickeln und für diese gesellschaftliche Unterstützung, und zwar

nicht nur moralische, zu fordern. Das bedeutet, daß die Forderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung genauso unverzichtbar ist wie die nach finanzieller Absicherung kollektiver Kindererziehung. Damit nicht mehr allein Frauen für die Menschlichkeit, die dieser Gesellschaft ermangelt, einstehen müssen und gezwungen sind, in der eigenen Person die uneingelösten Wünsche und Bedürfnisse mit gesellschaftlicher Realität zu vermitteln.
Mögliche Perspektiven von feministischer Politik, die die unterschiedlichen Lebenssituationen und die jeweilige individuelle Betroffenheit von Frauen zusammenführen könnten, liegen u. E. im gemeinsamen Kampf um eine eigenständige Existenzabsicherung. Darin könnte sich unsere Kritik und unser Widerstand gegen die verschiedenen Formen patriarchalisch-kapitalistischer Ausbeutung ausdrücken, ob gegen unbezahlte Hausarbeit, Kindererziehung auf Sozialhilfe-Basis oder mies bezahlter Lohnarbeit, und der Emanzipationsanspruch von Frauen bräuchte nicht mehr aus einem richtigen „Kern" oder der Überlegenheit der jeweiligen Arbeitsweise gegenüber der anderen abgeleitet werden, sondern allein aus der Tatsache der Ausbeutung.

Anmerkungen

1) *Der Begriff „Konservativer Feminismus" stammt aus einem Beitrag von Mechthild Jansen, vgl. Kerner 1986.*

2) *Schon 1981 bei der 19. Bundestagung der CDA-Sozialausschüsse zeichnete sich in den Leitsätzen und Entschließungen das Programm der Konservativen zur „Bewältigung" der Krise ab, deshalb haben wir hauptsächlich hieraus repräsentative Zitate ausgewählt. Heutige Verlautbarungen unterscheiden sich weder im Inhalt noch kaum in der Wortwahl; vgl. auch Heiner Geißler: Abschied von der Männergesellschaft in: Blüm, 1986.*

3) *Treffend charakterisiert hat Carola Möller den Begriff „ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse": „Gemeint sind die Beschäftigungsverhältnisse, die für die Randbelegschaft eines Betriebes typisch sind: Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung, freie Mitarbeit, Werkvertragsverhältnisse, Kapovaz, Job-sharing und andere Formen von Teilzeitarbeit, Heimarbeit und Schwarzarbeit.(...) Der Stammarbeiter hat normalerweise ein Vollzeit-Arbeitsverhältnis. Seine Arbeitsleistung und seine Entlohnung sind tariflich gesichert. Der Arbeitnehmer ist in ein Betriebskollektiv integriert. Seine Interessen werden geschützt durch eine betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung. Er nimmt teil an den freiwilligen sozialen Leistungen seines Betriebes, er wird einbezogen in die Aufstiegschancen dort. Beschäftigte, in „ungeschützten" Beschäftigungsverhältnissen weichen in mindestens einem Punkt, meist aber an mehreren von dieser Norm ab. Deshalb charakterisiere ich sie als rechtlich, materiell und sozial ausgehöhlte Beschäftigungsverhältnisse" (Möller 1983).*

4) *Die verschiedenen Positionen um die Lohn-für-Hausarbeit-Forderung sind in den Beiträgen zur Berliner Sommeruniversität 1977 dokumentiert.*

Literatur

BEITRÄGE ZUR BERLINER SOMMERUNIVERSITÄT, Frauen als bezahlte und unbezahlte Arbeitskräfte, Berlin/West 1977

BLÜM, Norbert: Nicht jeder Unterschied ist eine Unterdrückung, in: Heiner Geißler (Hrsg.): Abschied von der Männergesellschaft, 1986

BUNDESERZIEHUNGSGELDGESETZ 1. Januar 1986

CDA-SOZIALAUSSCHÜSSE; Leitsätze und Entschließungen der 19. CDA-Bundestagung, 9.-11. Oktober 1981, Mannheim 1981

DEUTSCHER FRAUENRAT, in Irmgard Blättle (Hrsg.):Information für die Frau, 11/12 1985

ESSER, Lutz, Nachwort, in: CDA-Verlagsgesellschaft (Hrsg.), Die sanfte Macht der Familie, Königswinter 1982

KERNER, Irmgard: Für die Frauen in die Bütt, in: Sozialmagazin Heft 4, 1986

MÖLLER, Carola: Ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse – verstärkte Spaltung der abhängig Arbeitenden, in: Beiträge zur feministischen theorie und praxis Heft 9/10, 1983, Köln 83

OTT, Heide: Erziehungsgeld gegen Mutterschaftsurlaubsgeld? in: Irmgard Blättle (Hrsg.): Information für die Frau, Heft 3, 1985

TÖLLE, Helga: Erziehungsgeld statt Mutterschaftsurlaub: 90 DM Erziehungsgeld für erwerbstätige Frauen in DGB (Hrsg.): frauen und arbeit, Heft 11/12, 1985

Claudia Pinl

Die CDU und die Frauen

Eine eigenständige Frauenpolitik der CDU läßt sich in Ansätzen erst zu Beginn der siebziger Jahre ausmachen. Vorher gerieten Frauen den christlichen Parteien traditionsgemäß nur insoweit ins Blickfeld als die Festschreibung eines bestimmten weiblichen Rollenverhaltens zum Fundament christlicher Familienpolitik gehörte. Diese Familienpolitik wurde von Männern gemacht und ihr Hauptziel war die Festigung der Kernfamilie, jener „wichtigsten Ordnungszelle des Staates" und „natürlichen Urzelle und Kraftquelle der staatlichen Ordnung" (Würmeling 1953, zitiert nach Haensch 1969, S. 80).
In den fünfziger Jahren setzten Adenauers Familienminister Würmeling und Heck Rahmenbedingungen, mit deren Auswirkungen wir es zum Teil heute noch zu tun haben. So wurde das Ehegatten-Splitting im Steuerrecht eingeführt mit der ausdrücklichen Begründung, es gelte auch das „Doppelverdienertum" einzuschränken. Mütter sollten selbstverständlich in der Familie bleiben (Verhandlungen des Deutschen Bundestages, S. 5636). Um „die natürliche Ordnung der Familie und Ehe" aufrechtzuerhalten, lehnte es die CDU 1954 ab, das im BGB von 1900 vorgesehene Alleinentscheidungsrecht des Ehemannes in allen Familienfragen abzuschaffen – bis das Bundesverfassungsgericht 1957 eingriff und den sogenannten Stichentscheid des Ehemannes als unvereinbar mit Art. 3 des Grundgesetzes erklärte. Auch der Paragraph 218 war bereits im Gerede – CDU und CSU blockten erfolgreich einen Versuch ab, die ethische Indikation einzuführen (Straffreiheit der Abtreibung nach einer Vergewaltigung). 1961 wurde schließlich die Scheidung erschwert (Einführung der Härteklausel, die eine Scheidung fast unmöglich machte, wenn die Ehepartnerin oder der -partner widersprach).[1)]

Die Familienpolitik der sozialliberalen Koalition war bemüht, einem liberaleren Frauenleitbild zum Durchbruch zu verhelfen – gedrängt einerseits von der allgemeinen Aufbruchstimmung ab 1968, in der sich auch die Frauenbewegung kräftig entwickelte, andererseits von den Erfordernissen des Arbeitsmarkts: das einzige inländische Arbeitskräftereservoir, die Frauen, sollte angezapft werden. Die CDU, in der Opposition, hielt sich zunächst familienpolitisch bedeckt, leitete aber allmählich auf der ideologisch-programmatischen Ebene einen vorsichtigen Wandel ein, der sich im Berliner Programm von 1971 niederschlug. Dort klingt bereits das Motto an, unter dem die CDU bis heute ihre Frauenpolitik verkauft: „Wahlfreiheit" und „Partnerschaft".
Der Slogan der „Wahlfreiheit" richtete sich zunächst gegen die angeblich einseitig von der SPD propagierte Berufstätigkeit der Frauen. Frauen sollten – so die CDU – wählen können, ob sie berufstätig sein wollten oder sich ganz Ehe und Familie widmen mochten. Dabei wurde natürlich gern übersehen, daß die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, nicht zuletzt dank früherer CDU-Regierungen, damals wie heute nur wenigen Frauen eine tatsächliche Wahl gestatten. So konnte sich die CDU einen scheinbar zeitgemäßen Anstrich verleihen, ohne die bürgerlich-konservative bzw. christliche Wählerklientel zu vergrätzen.
Die christdemokratische Beschwörung der „Partnerschaft" zwischen Mann und Frau war und ist immer auch eine Antwort auf – aus CDU-Sicht – allzu radikale Forderungen der Frauenbewegung. Gleichzeitig dient sie dazu, einen gewissen Unmut der Politikerinnen in den eigenen Reihen, die sich ab 1956 in der Frauenvereinigung sammelten und hin und wieder vernehmlich nach stärkerer Berücksichtigung bei Ämtern und Mandaten verlangten, zu beschwichtigen. Ähnlich wie die „Wahlfreiheit" verdeckt der Begriff der „Partnerschaft" die Tatsache, daß das Machtgefälle zwischen Frauen und Männern weitgehend unangetastet bleibt.

Diese scheinbare Modernisierung der CDU-Frauenpolitik in der Opposition beschränkte sich überdies fast ganz auf die programmatische und Forderungs-Ebene, schlug sich in den Parteiprogrammen in sehr allgemeiner Weise nieder und in den Beschlüssen der Frauenvereinigung (hier etwas konkreter, so wurde vielfach die besonders hohe Frauenarbeitslosigkeit beklagt). In der parlamentarischen Arbeit auf Bundesebene war wenig davon zu spüren. Der Entwurf eines Erziehungsgeldgesetzes von 1974 wurde alsbald „ aus finanzpolitischen Gründen" wieder aus dem parlamentarischen Verkehr gezogen. Immerhin setzte der Bundestag 1973 auf Anregung der rührigen Frauenvereinigungs-Vorsitzenden Helga Wex zum zweiten Mal eine Enquête-Kommission „Frau und Gesellschaft" ein.

Im übrigen machte sich im Parlament und in den Wahlkämpfen weiterhin das frauenfeindliche, altpatriarchale Leitbild breit. Frau lese etwa die Bundestagsdebatten zur 218-Reform und zur Ehe- und Familienrechts-Änderung nach.[2)] Der Auftritt einer barbusigen Revuetruppe zur Erheiterung der Delegierten eines CDU-Bundesparteitags war wohl von den Parteioberen ebenfalls als Beitrag zur „Modernisierung" gedacht.
Wie wenig die Formeln von Wahlfreiheit und Partnerschaft in den eigenen Reihen galten, zeigten 1981 Norbert Blüm und seine Sozialausschüsse. Die berühmt-berüchtigten CDA-Leitsätze „Die sanfte Macht der Familie" gipfelten in Aussagen wie: „Familie – die Mutter ist unersetzlich" und „Mutterarbeit ist mehr als Erwerbsarbeit" (vgl. 19. Bundestagung Sozialausschüsse der CDA 1982). Das ließ für die Frauen- und Familienpolitik nach der Wende 1982 Schlimmstes befürchten. Schlimmes trat auch ein, aber weniger auf der ideologischen als auf der materiell-sozialen Ebene.
Auf der ideologischen Ebene spielte sich, im Gegenteil, mit dem Dienstantritt Heiner Geißlers als Bundesfamilienminister eine geradezu erstaunliche Veränderung ab. Der Minister lud alsbald zu einer Fachkonferenz mit dem Thema „Gewalt gegen Frauen", bei der der geheiligte Binnenraum der Familie als Ort der Gewalt nicht ausgespart wurde, er forderte seine Geschlechtsgenossen öffentlich auf, vom „Paschathron" herabzusteigen und beispielsweise die berufstätigen Frauen mehr als bisher bei Hausarbeit und Kindererziehung zu entlasten. Weiter kündigte Geißler an, die Frauenhäuser finanziell absichern zu wollen und sich für eine bessere Behandlung von vergewaltigten Frauen vor Gericht einsetzen zu wollen (vgl. Kölner Stadt-Anzeiger, 14./15.1.1984 u. 10.8.1984) (was beides bisher nicht geschah). Ausfälle wie Geißlers Spruch auf dem Stuttgarter Parteitag 1984 – „Wir wollen bestimmt nicht das Patriarchat wieder einführen, aber wir wollen auch kein Diktat verklemmter Feministinnen in den öffentlich-rechtlichen Medien" (Grafe 1986, S. 198) – blieben Ausnahmen. Der Generalsekretär und Familienminister machte sogar hin und wieder kleine Verbeugungen in Richtung Frauenbewegung, der man, so Geißler, manche Anregung zu verdanken habe. Das waren neue, ungewohnte Töne, die auch weit über das hinausgingen, was die CDU-Frauenvereinigung jahrelang auf ihrer von der Mutterpartei konzedierten Spielwiese hatte verlauten lassen dürfen. Vorgetragen zudem von einem zentralen Macht- und Funktionsträger der „größten Volkspartei der Bundesrepublik Deutschland" (Geißler über die CDU).

Was war passiert? „Zu den Schwachpunkten der CDU zählen die jüngeren Frauen. Ausgehend von der Bundestagswahl 1983 zeigen insbesondere die nachfolgenden Landtags- und Kommunalwahlen, daß die CDU zunehmend das Vertrauen jüngerer Frauen verliert. Diese Entwicklung muß gestoppt werden, da sie langfristig dazu führen könnte, daß die CDU ihre Vormachtstellung im Parteiengefüge der Bundesrepublik Deutschland einbüßt und auf eine 40%-Partei abrutscht." So lautet ein Kernsatz aus einer von Helga Wex im Herbst 1984 verfaßten internen Studie. Die Frauenvereinigungs-Vorsitzende kommt in ihrer Analyse

zu dem Schluß, daß bei den Frauen unter 25 bereits 1983 eine rot-grüne Mehrheit bestand. Und sie geht mit der eigenen Partei scharf ins Gericht: es liege nicht an den Wählerinnen, wenn die CDU bei diesen immer noch im Geruch stehe, für Frauen die „Heimchen-am-Herd"-Rolle zu favorisieren. Wex plädiert dafür, die Sorge junger Frauen um Ausbildungs- und Arbeitsplätze, um Umweltvergiftung und Massenvernichtungswaffen ernst zu nehmen. Das Kästchendenken in der Frauen- und Familienpolitik müsse beendet werden, die CDU müsse sich Gedanken machen, wie die auf Kosten der Erwerbsarbeit sich ausdehnende unbezahlte Arbeit (vor allem der Frauen) mit Einkommen verbunden werden könne (Wex 1985).

Das Jahr 1985 stand ganz im Zeichen der PR-Erfolge des christdemokratischen „Oberfeministen" (Geißler über Geißler). Die „Leitsätze der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau", die propagandistische Vorbereitung des „Frauen"-Parteitags der CDU in Essen, bei der Geißler diskutierend durch die Lande zog und gern Feministinnen wie Alice Schwarzer als Resonanzboden benutzte, schließlich die Riesenschau in Essen selbst, wo rund 5oo Frauen, nicht nur aus der CDU, mit den Delegierten diskutierten – das alles fand reichlich Niederschlag in den Medien. Als Geißler im September 1985 von seinem Kabinettsposten zurücktrat, um sich ganz den Parteiaufgaben zu widmen, wurde die 48jährige Leiterin des CDU-nahen Forschungsinstituts „Frau und Gesellschaft", Rita Süssmuth, zu seiner Nachfolgerin ernannt. Seitdem kennt frau ihre CDU wahrhaftig kaum noch wieder. Gleich in ihren ersten Amtstagen sprach sich Süssmuth für die Pille auf Krankenschein aus, erteilte allen Versuchen, den Paragraphen 218 zu verschärfen, eine Absage, lobte Simone de Beauvoir und wollte die berufstätige Mutter aufgewertet wissen (schließlich ist sie selbst eine solche). In PR-Fragen ist sie womöglich noch geschickter als ihr Amtsvorgänger, kennt auch keine Berührungsängste, ob es nun um einen Inkognito-Auftritt als Clown im Cirkus Roncalli geht oder um eine Stippvisite beim Sommerfest der Bonner „taz"-Redaktion. Allerdings beehrte sie auch das Pfingsttreffen der Oberschlesier.
Viele Feministinnen und grüne Frauen erholten sich erst von ihrer Überraschung, als Rita Süssmuth als zuständige Gesundheitsministerin nach der Katastrophe von Tschernobyl zunächst tagelang auf Tauchstation ging und dann im Bundestag vorbehaltlos die Abwiegelei der Strahlenschutzkommission unterstützte (Süssmuth 1986), ohne Rücksicht auf Ängste in der Bevölkerung und das Entsetzen vieler Frauen angesichts der flächendeckenden Verstrahlung.
Die Reaktion der Ministerin auf Tschernobyl macht deutlich, daß auch diesem „progressiven" Aushängeschild der CDU deutliche Grenzen gezogen sind. Daß die programmatischen Verschwenkungen der CDU-Frauenpolitik insgesamt mehr versprechen als sie halten, macht auch ein gründlicher Blick auf die vom Essener Parteitag verabschiedeten „Leitsätze" deutlich. Das, was uns sympathisch in den Ohren klingen mag, wie die Appelle, die Familien- und Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern aufzuteilen, in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst Frauenförderpläne aufzustellen, ist im Grunde völlig unverbindlich. An anderen Stellen lugt dagegen die gute alte CDU-Familienideologie unverblümt hervor, wenn es etwa heißt: „Vater und Mutter sind nicht beliebig austauschbar" (Leitsatz Nr. 4) oder von der Familie als „Ort emotionaler Zuwendung" die Rede ist.
Daß es der CDU im Grunde immer noch um die Verfestigung der traditionellen Familienform geht, wird vor allem am Erziehungsgeld deutlich. Auch Feministinnen fanden und finden den Gedanken sympathisch, daß die Familien- und Erziehungsarbeit entgolten wird, wenn auch mit Beträgen, die noch unter dem einst von den Sozialliberalen eingeführten Mutterschaftsurlaubsgeld liegen. Progressiv erscheint auch die im Gesetz verankerte Möglichkeit, daß auch Väter den Erziehungsurlaub und damit das Erziehungsgeld beanspruchen können – allerdings nur, wenn sie mit der Mutter des Kindes verheiratet sind. Es paßt ins seit jeher

schwarze Ehe- und Familienbild, daß ledige Väter oder Väter aus nichtehelichen Lebensgemeinschaften von Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld ausgeschlossen sind.
Im übrigen: Welcher Mann ist schon bereit, einen Karriereknick hinzunehmen, um ein Jahr lang 600,- DM im Monat für seine Vater- und Hausmannsarbeit entgegennehmen zu dürfen? Welche Familie kann auf das Einkommen des Ernährers verzichten, zumal die Männerlöhne und -gehälter immer noch weit über dem liegen, was erwerbstätige Frauen nach Hause bringen?
Daß viele Frauen nach dem einen Jahr Erziehungsurlaub, trotz der vage im Gesetz formulierten Beschäftigungsgarantie, nicht mehr in den Beruf zurückkehren, dient ja wohl, ausgesprochen oder unausgesprochen, der „Entlastung des Arbeitsmarktes". Schließlich: es ist diese Bundesregierung, die sich immer mal wieder Sorgen um die zu niedrige Geburtenrate und den Fortbestand der Deutschen macht.

Die CDU-Frauenpolitik ist da „modern" und klingt dort progressiv, wo es nichts kostet. Das gilt sowohl für den finanziellen Aspekt (dazu gleich mehr) als auch für den ideologischen Aspekt. So setzt sich die CDU in den Kommunen für „Frauenleitstellen" ein, aber bitte nur auf ehrenamtlicher Basis. Die moderne berufstätige junge Frau soll die Signale hören, das ältere konservative Parteivolk darf nicht vergrätzt werden. Den Paragraphen 218 zu verschärfen, wagt man nicht offen. Das könnte den jungen Wählerinnen doch unangenehm auffallen. Katholisch konservative Unzufriedenheit hier einzudämmen, versuchte Geißler mit seiner „Bundestiftung Mutter und Kind", auf deren bescheidene Mittel es keinen Rechtsanspruch gibt. Unterdessen versuchen die CDU-regierten Länder auf dem Verwaltungsweg, Abtreibung zu erschweren bis unmöglich zu machen. Die Grünen als Partei, die für die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 eintritt, werden aufs unflätigste diffamiert (Flugblatt der CDU 1986). Die Änderung des Scheidungsfolgenrechts – Einschränkung des Unterhaltsanspruchs seit 1.4.1986 – hat viele Frauen verärgert. Hier mußte die Geißler-Linie eine Niederlage durch wohlbetuchte ältere Herren der eigenen Partei und der FDP einstecken.
Im Grunde geht es weiterhin um die Erhaltung der „Urzelle und Kraftquelle staatlicher Ordnung", um die traditionelle Familie, eine Lebensform, der viele Frauen und auch Männer inzwischen den Rücken kehren.
Mit einem 10-Milliarden-Mark-Paket, behaupten CDU und Bundesregierung, habe man allein im Jahr 1986 die Familie abgesichert. In dieser Bilanz enthalten sind neben dem Erziehungsgeld, das „Babyjahr" in der Rentenversicherung, Verbesserungen beim Kindergeld und Bafög, die Bundesstiftung „Mutter und Kind" und steuerliche Entlastungen vorwiegend für Besserverdienende. Die Bremer Arbeiterkammer hat errechnet, daß diese Maßnahmen, entsprechend den Haushaltsplänen des Bundes, für das Jahr 1986 sich auf 7,3 Milliarden belaufen, also unter der behaupteten Summe bleiben. Erst in den folgenden Jahren erreicht das Paket ein Gesamtvolumen von 10 Milliarden jährlich. Von diesen Summen ist allerdings abzuziehen, was die Wenderegierung zuvor an einschlägigen Sozialleistungen gekürzt hat: Bevor jetzt wieder leichte Bafög-Verbesserungen eingeführt wurden, hatte die Regierung im Herbst 1982 als eine ihrer ersten Maßnahmen das Schüler-Bafög gestrichen – eine entscheidende Verschlechterung für einkommensschwache Familien. Auch die Ausgaben für Kindergeld waren zunächst einmal kräftig zusammengestrichen worden. Das Mutterschaftsurlaubsgeld wurde gekürzt bzw. inzwischen durch das Erziehungsgeld abgelöst. Was da Frauen und Familien weggenommen wurde, beläuft sich für 1986 auf 4,45 Milliarden Mark, so daß von der stolzen 10-Milliarden-Bilanz für 1986 tatsächlich 2,8 Milliarden übrigbleiben. Wichtig ist noch festzuhalten, daß der Familienlastenausgleich vor allem über steuerliche Maßnahmen greift, während der Anteil der direkten Transferzahlungen wie Bafög, Kindergeld, Erziehungsgeld abnimmt, was sich zugunsten der ein-

kommensmäßig besser gestellten Familien auswirkt. Es ist auch nicht so, daß Mehrkinderfamilien von dieser Politik generell begünstigt werden, vielmehr dient die steuerliche Entlastung vor allem dazu, die Kinderreichen gegenüber den kleineren Familien der *eigenen* Schicht nicht ins Hintertreffen geraten zu lassen (vgl. Langer 1986).

Bei der Bilanz der faktischen Leistungen der CDU-geführten Regierung für Frauen darf ein Blick auf Veränderungen im Arbeits- und Sozialrecht nicht fehlen. Im Rentenrecht gibt es Verbesserungen und Verschlechterungen. Die Hürden für den Bezug von Invalidenrente sind heraufgesetzt, dafür wurde die allgemeine Anwartschaftszeit für den Bezug einer Rente auf fünf Jahre herabgesetzt. Der Einstieg in eine eigenständige soziale Sicherung für Frauen, das sogenannte Babyjahr, fällt für die einzelne Frau bescheiden aus, zudem gilt es zunächst nur für Mütter ab Jahrgang 1921. Die „Flexibilisierungs"-Strategie, mit der das Arbeitsrecht gründlich verändert wird, bringt erwerbstätigen Frauen ein paar Vorteile, aber vor allem massive Nachteile. Erleichterungen gibt es durch den Abbau einiger frauenfeindlicher Arbeitsschutzbestimmungen. So wurde das leidige Damenklo, an dem schon manche junge Frau in gewerblich-technischem Beruf gescheitert ist, aus einer „Muß"-Bestimmung in eine „Soll"-Bestimmung umgewandelt (in der Arbeitsstättenverordnung). Das euphemistischerweise „Beschäftigungsförderungsgesetz" genannte Werk trifft dagegen die erwerbstätigen Frauen voll. Mit diesem Gesetz wurde die rechtliche Grundlage geschaffen, immer mehr Frauen in ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse abzudrängen (befristete Verträge, Kapovaz, Teilzeitarbeit). Grundlegende Maßnahmen gegen Frauenarbeitslosigkeit blieben aus.
„Flexibilisierung" scheint überhaupt das Stichwort zu sein, unter dem sich die Frauen- und Familienpolitik der CDU zusammenfassen läßt. Dabei geht es nicht nur um die propagierte „Entrümpelung" und „Entbürokratisierung" des deutschen Arbeitsrechts (und die damit einhergehende Entmachtung der Gewerkschaften). Es geht umfassenderer darum, eine „Leistungsgesellschaft" durchzusetzen, in der soziale Risiken in viel größerem Umfang als bisher von den einzelnen selbst zu tragen sind. Das heißt konkret, daß in einer Gesellschaft, in der die Erwerbsarbeit weniger wird, die Beseitigung von Arbeitslosigkeit nicht etwa Aufgabe von Staat oder Tarifparteien ist, sondern der einzelne/die einzelne selbst haben sich umzutun und am eigenen Schopfe aus dem Sumpf zu ziehen. Heiner Geißlers Vision einer zukünftigen „Freizeitgesellschaft" sieht so aus: „Wer zu Hause morgens fünf Stunden am Bildschirm arbeitet und nachmittags in der Sozialstation hilft, wer am Nachmittag Schaltrelais zusammenbaut und am Vormittag seine Landwirtschaft betreibt oder wer vormittags arbeitsteilig arbeitet und nachmittags seine Kinder erzieht, der entzieht sich dem alles dominierenden Konflikt zwischen Kapital und Arbeit. Solche Leute stehen für den Klassenkampf nicht mehr zur Verfügung" (Grafe 1986, S. 177). Geißler beschreibt hier in der Mehrzahl Tätigkeiten, von denen wir annehmen dürfen, daß sie, wie jetzt schon, auch in Zukunft vor allem von Frauen ausgeübt werden: Heimarbeit, soziale Arbeit, Familienarbeit, unqualifizierte Industriearbeit. Und das ist genau die Form von Berufstätigkeit von Frauen, die sich die „moderne" CDU sogar und gerade auch für Mütter vorstellen kann: wechselnd zwischen „privater" und „öffentlicher" Tätigkeit, zwischen entlohnter und nichtentlohnter oder nur gering entlohnter Arbeit. Die CDU knüpft dabei geschickt an real vorhandene Bedürfnisse von Frauen an: Mehr Durchlässigkeit zwischen Familien- und Erwerbsarbeit, Geld für die bisher „unsichtbare" Familienarbeit. Erziehungsgeld, Babyjahr in der Rentenversicherung, die Überlegung, ehrenamtliche Dienste zu entlohnen und die Hausarbeit bei der Berechnung des Bruttosozialprodukts einzukalkulieren, geben Frauen ein gewisses Quantum an Anerkennung für ihre Arbeit. Gleichzeitig wird aber durch die Aufrechterhaltung der herkömmlichen Familie und der ge-

schlechtsspezifischen Arbeitsteilung die Marginalisierung der Frauen im Erwerbsleben verfestigt. Die lebenslange Berufsarbeit von Männern in den Stammbelegschaften bleibt erhalten. Frauen als Verschiebemasse im Erwerbsarbeitsbereich, als diejenigen, auf deren Schultern die Privatisierung des Dienstleistungsbereichs lastet (Erziehungsgeld statt Förderung kollektiver Formen wie Krippen oder Kindergärten), sind dann Ergebnis einer Politik, die Abhängigkeiten verfestigt bei gleichzeitiger Behauptung des Gegenteils.[3)]

Anmerkungen

1) Mit der Begründung, so könnten Männer nicht mehr Frau und Kind verlassen, um eine Jüngere zu heiraten. Mag sein, daß damit vielen älteren Frauen und Müttern geholfen wurde. Die grundsätzliche Abhängigkeit der Frauen von den Männern wurde jedoch verstärkt.

2) „Das Ja zur Last der neun Monate, zur Geburt und zu den tausend Diensten am Kind macht die Würde der Frau." So der ehemalige Familienminister Heck am 25.4.1974 im Bundestag.

3) Anfänge zu dieser Entwicklung gab es jedoch schon in der Endphase der sozialliberalen Koalition. Ich denke dabei an Antje Hubers Kampagne „Frauen können mehr", die (erwerbslose) Frauen zur Aufnahme von ehrenamtlichen Tätigkeiten ermuntern sollte.

Literatur

19. BUNDESTAGUNG SOZIALAUSSCHÜSSE DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN ARBEITNEHMERSCHAFT: Die sanfte Macht der Familie, Königswinter o.J. (1982)

FLUGBLATT DER CDU ZUR NIEDERSACHSENWAHL: „Die Grünen wollen, daß alle Babies im Mutterleib bis zur Geburt getötet werden können", 1986

GRAFE, Peter J.: Schwarze Visionen, Die Modernisierung der CDU, Reinbek b. Hamburg 1986

LANGER, Ingrid: Scheinbare Progressivität täuscht über die wahren Ziele. Über die Familien und Frauenpolitik der Union, in: Frankfurter Rundschau 27.9.1986

SÜSSMUTH, Rita: Rede vom 14. Mai 1986, in: Gambaroff u.a., Tschernobyl hat unser Leben verändert, Reinbek b. Hamburg 1986, S. 72ff

VERHANDLUNGEN DES DT. BUNDESTAGES: I. Wahlperiode, Stenograph. Berichte, Bd. 7

WEX, Helga: Frauen und CDU. Thesen zur aktuellen Situation der CDU in ihrem Verhältnis zu jüngeren Frauen, in: CDU-Frauenvereinigung (Hrsg.), Der Beitrag der Frauen in der CDU zur Politik für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau, Broschüre, Bonn 1985

WÜRMELING, Franz-Josef: in: Haensch, Repressive Familienpolitik, Reinbek b. Hamburg 1969, S. 80 (1953)

Heidrun Kaupen-Haas

Das Problem der Kontinuität zwischen nazistischer Bevölkerungskontrolle und internationaler Bevölkerungspolitik gegen die Dritte Welt[1)]

Über die wissenschaftliche Fragwürdigkeit und die politische Gefährlichkeit der Rassenhygiene und Rassenpolitik in der Zeit des Nationalsozialismus wurde schon viel veröffentlicht (Robinsohn 1977, Pommerin 1979, Müller-Hill 1984, Hansen/ Kollek 1985). Auch über die Frage der Kontinuität nach 1945 liegen wichtige Forschungsergebnisse vor (Ebbinghaus u.a. 1984).
Neu ist die Ablehnung des Fortschrittsglaubens, der sich in der heutigen Gen- und Reproduktionstechnologie und ihren wissenschaftlichen Begründungen manifestiert.
Neu ist die Frage nach den Unterschieden und Gemeinsamkeiten von Rassenhygiene, Rassenpolitik und moderner Gen- und Reproduktionstechnologie.
Neu ist die Problematisierung der Kontinuität der Forschung und ihrer Anwendung: genetische Durchleuchtung des Menschen, In-vitro-Fertilisation, Abtreibung und Sterilisation nach eugenischer und rassischer Indikation.

Es wird deutlich, daß die neuen Forschungsfelder nicht nur neue süße Früchte der Erkenntnis bieten, sondern bereits teilweise die Weltgeschichte in der Zeit des Dritten Reichs und die Zeit davor und danach geprägt haben. Die Anwendung dieser „neuen" Wissenschaften wurde bereits aktiv über Rationalisierungs- und Selektionsbemühungen vollzogen, als Zugriff auf die Weltbevölkerung, insbesondere auf arme und unproduktive Populationen, und zwar im internationalen, nicht nur im sogenannten nationalsozialistischen deutschen Maßstab.

Widerstand gegen die Gen- und Reproduktionstechnologie formierte sich u.a. im Rahmen der internationalen Frauenbewegung mit Beteiligung von Frauen aus der Dritten Welt.[2)] Abgelehnt werden Verhütungsprogramme gegen Arme in der sogenannten Dritten Welt, Kehrseite der In-vitro-Fertilisation nach eugenischen und implizit rassischen Kriterien in der sogenannten Ersten Welt:
„Wir treten entschieden allen Versuchen entgegen, durch die Kombination von Gen- und Fortpflanzungstechnik eine rassistische und faschistische Spaltung unter Frauen in „wertvolle" und „minderwertige" herbeizuführen, in weiße Mittelklasse-Frauen, die gebären sollen und in Frauen in den ausgebeuteten Ländern, denen dieses verboten wird. Gleichzeitig wenden wir uns in unseren eigenen Ländern gegen die bei der Geburtenkontrolle und -beratung von Gynäkologen und Kliniken bereits praktizierte Abspaltung von Ausländerinnen, verarmten Frauen, behinderten Frauen, die in dieser Gesellschaft als nicht Angepaßte gelten (z.B. Lesben, politische Dissidentinnen). Wir wenden uns speziell dagegen, daß die zunehmende Armut der Frauen zu Leihmütter-Prostitution benutzt wird." (beiträge 15/16, S. 190)

Die Inszenierung von Verarmung und Familienplanung hat eine Geschichte, die mindestens 50 Jahre alt ist. Bereits 1932 wurde die Sterilisationspolitik als Teil des Sozialabbaus auf Kosten überflüssiger, armer und unproduktiver Bevölkerungs-

teile im Deutschen Reich vom Preußischen Landesgesundheitsrat geplant. Der Lastenausgleich sollte erbgesunden Familien mit mindestens vier Kindern zugute kommen. Es wird Sie (Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz in New Delhi, HKH) vermutlich sehr viel weniger erstaunen als meine deutschen Kolleginnen und Kollegen, daß dieses Modell nicht nur im Dritten Reich, sondern zur gleichen Zeit auf Initiative von anglo-amerikanischen Bevölkerungspolitikerinnen mit finanzieller Unterstützung großer US-Konzerne auf die Bevölkerung der Dritten Welt übertragen wurde. Bemerkenswert ist, daß es 1935 aufgrund der Intervention des Vatikans, der indischen, japanischen, chinesischen und türkischen Regierung und der ablehnenden Haltung Gandhis in Indien nicht gelang, uneingeschränkt rassenpolitische Familienplanungsprogramme durchzusetzen.[3]
Aufgrund der Intervention von außen wurde die Rassenpolitik in Deutschland zunächst nicht auf Inder, Türken, Japaner u.a. angewandt; sie blieb auf deutsche „Juden" und „Mischlingskinder" (Kinder deutscher Mütter und farbiger Besatzungssoldaten nach dem 1. Weltkrieg) begrenzt. Die Nürnberger Rassengesetze vom 15. November 1935 schränkten die Staatsbürgerrechte deutscher „Juden" ein und belegte sie strafrechtlich mit Sexual- und Eheverboten in Beziehung zu nichtjüdischen Deutschen. „Mischlingskinder" wurden erbbiologisch begutachtet und illegal zwangssterilisiert. (Pommerin, 1979, S. 77-84)

In der gleichen Zeit – in den Anfangsjahren des Dritten Reichs also – brachen zwei wichtige Repräsentantinnen nach Asien auf und versuchten, vor Ort für Geburtenkontrollprogramme zu werben. Margaret Sanger war Präsidentin des Internationalen Zentrums für Geburtenkontrolle in London und Gründerin der amerikanischen Liga für Geburtenkontrolle und Edith How-Martyn, ehrenamtlich tätige Leiterin des Zentrums in London. Die beiden Repräsentantinnen internationaler Geburtenkontrolle vertraten eine „neue Philosophie", die letztlich der nazistischen Ideologie nicht fernstand. Die Biographie von Margaret Sanger erhellt die problematische Seite der Reformkräfte des 20. Jahrhunderts.
Margaret Sanger war Sozialarbeiterin und vor dem 1. Weltkrieg Mitglied der sozialistischen Frauenbewegung in den USA. Im 1. Weltkrieg trat sie bereits für quantitative Bevölkerungskontrolle mit dem Argument ein, daß die Weltbevölkerung schneller wachse als die Nahrungsmittelproduktion und mit dem politischen Ziel, die Geburtenkontrolle nicht nur in der Dritten Welt einzuführen (Politik der US-amerikanischen Malthusianischen Liga). 1916 eröffnete sie in den USA die erste Klinik für Geburtenkontrolle in Brooklyn, einem New Yorker Armenviertel. Margaret Sanger machte sich auch für eugenische Positionen stark, forderte die Selektion der Leistungsfähigsten. Sie kam auch mit der Weltliga für Sexualreform in Berührung, wobei sie weniger deren Politik der freien Liebe interessierte als jene Kräfte, die sich mit Sexualerziehung und Geburtenkontrolle befaßten. Schließlich engagierte sich Margaret Sanger bereits in den 20er Jahren rassenpolitisch, kämpfte für Einwanderungsbeschränkungen in den USA zur Verhinderung des völkischen Niedergangs („Race Suicide"). (Mass, 1974, S. 654)

Indien wurde wichtigstes Missionsland des Internationalen Zentrums für Geburtenkontrolle in London. Widerstand gegen die „neue Philosophie", die diese Frauen repräsentierten, kam weltweit von Seiten der katholischen Kirche und von Mahatma Gandhi. Mahatma Gandhi lehnte „Verhütung im Namen der Wissenschaft" grundsätzlich ab, Intellektuelle nannte er zivilisationskrank („sick of humanity"), und er opponierte gegen die von westlichen und indischen Intellektuellen propagierten Sterilisations- und Verhütungsmethoden, vor allem für Unberührbare und Frauen. Gandhi nahm gegen das nazistische Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses Stellung.[4] Er trat für „Selbstkontrolle statt Geburtenkontrolle" ein und wurde deshalb als „reaktionär" von Edith How-Martyn und der indischen Presse und als „merkwürdig unlogisch" von Margaret Sanger abgetan.[5]

Edith How-Martyn gewann bereits Anfang der 30er Jahre die Sympathie von Jawaharlal Nehru.[6] Sie stieß in ärztlichen Standesorganisationen, bei den sich gerade konstituierenden indischen Bevölkerungsplanern und in der indischen Frauenbewegung auf Zustimmung. Der internationale Erfahrungsaustausch war damals rege. Edith How-Martyn referierte auf der 1. Indischen Bevölkerungskonferenz in Lucknow im Jahr 1935. Diese Konferenz wurde vom Leiter der Abteilung Ökonomie und Soziologie, Radhakamal Mukerjee, veranstaltet. Mukerjee und Benoy Kumar Sarkar, Direktor des Bengalischen Instituts für Wirtschaftswissenschaften in Kalkutta, referierten im gleichen Jahr über Geburtenkontrolle unter den Gesichtspunkten „wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit" und „Überbevölkerung" auf dem Internationalen Kongress für Bevölkerungsfragen in Berlin, zu dem die Nazis eingeladen hatten.[7] Marie Stopes – einzige Referentin des Berliner Kongresses – sprach über Geburtenplanung und Rassenpolitik. Marie Stopes war Mitstreiterin von Margaret Sanger und Edith How-Martyn. Sie war Ärztin und Leiterin von Kliniken für Geburtenkontrolle in Londoner Armenvierteln.[8]
Große Unterstützung erhielten die Geburtenplanerinnen aus London auf ihrer Asienreise von der Indischen Frauenbewegung (All-India-Women's Conference). 1934/35 unterstützte die Frauenkonferenz mehrheitlich – gegen die Voten der Katholiken – die Errichtung von Geburtenkontrollkliniken und Aufklärungskampagnen über Verhütungsmittel. Bereits zwei Jahre später existierten in Indien 20 solcher Kliniken nach dem anglo-amerikanischen Vorbild und mehr als 50 Zentren, die über Verhütungsmethoden informierten, und 1938 arbeiteten ein halbes Dutzend Gruppen auf dem Gebiet der Geburtenkontrolle. Das Londoner Zentrum, das sich 1942 in Gesellschaft für Familienplanung (Familiy Planning Association) umbenannte, beschloß alle Anstrengungen auf Indien zu konzentrieren mit Erfolg, wie sich zeigte.[9]
Trotz der Opposition Gandhis beauftragte die Kongresspartei einen eigenen Unterausschuß damit, die Geburtenplanung für die Nachkolonialzeit vorzubereiten (Suitters, 1973, S. 13; Mass, 1974, S. 655, 675). Daran konnten die Planerinnen nach dem Krieg anknüpfen.
1952 wurde in Bombay die International Planned Parenthood Federation gegründet „in der Überzeugung, daß ein Gleichgewicht zwischen Bevölkerungsentwicklung und Ressourcen auf der Erde eine notwendige Bedingung für den Weltfrieden darstellt".[10] Margaret Sanger und Lady Rama Rau wurden Präsidentinnen der Organisation. Einige Frauen – Lady Rama Rau, Mitham J. Lam, Avabai B. Wadia – waren auch in der Indischen Frauenbewegung (All-India-Women's Conference) aktiv. Sie hatten den Beschluß gefaßt, Familienplanung aus dem Bereich der Frauenorganisation herauszunehmen und so anzusiedeln, daß Männer und Frauen gleichermaßen zur Bevölkerungskontrolle beitragen können. Damit gewannen sie Experten auf dem Gebiet der Zwangssterilisation aus dem Nazi-Deutschland und großzügigere Unterstützung durch US-amerikanische Stiftungen (Suitters, 1973, S. 45).

Nach 1935 zeichneten sich zwei Tendenzen der Radikalisierung der eugenischen und Rassenpolitik im Nazi-Deutschland ab. 1935 plante der Sachverständigenbeirat für Bevölkerungs- und Rassenpolitik, die Sterilisationspraxis flächendeckend auch auf gesunde Verwandte sogenannter „Erbkranker" auszudehnen. Diese Pläne basierten auf Spekulationen über die große Verbreitung rezessiver Erbkrankheiten, die mit genetischen Experimenten bzw. mit Mutationsforschung begründet wurden.
1937, nach einer kurzen Phase intensiver militärischer Aufrüstung, glaubten sich die Bevölkerungsplaner in Deutschland stark genug, um die Rassenpolitik ungeniert auszudehnen, trotz Proteste ausländischer Regierungen, insbesondere des Vatikans. Beispielsweise wurde auch einem indischen Ingenieur die Eheschließung mit einer Ausländerin verboten, obwohl er seine arische Herkunft, seine

Leistungsfähigkeit und seinen deutschen Patriotismus beteuerte.[11)]
Nach offizieller Leseart wurde die deutsche eugenische und Rassenpolitik vor allem von Bevölkerungsplanern und nur vereinzelt von Bevölkerungsplanerinnen getragen (Kaupen-Haas, 1986b). Vermutlich ist aber der Unterschied zum Londoner Zentrum, in dem Frauen den Kurs bestimmten, geringer als angenommen (Ebbinghaus, 1986). Neuere Forschung über Bevölkerungs- und Sozialpolitik zeigt, daß im Bereich der Armutsverwaltung, der Fürsorge, nicht nur die Erfassung und Begutachtung der gesellschaftlich unproduktiven, „unnützen", unangepaßten und chronisch kranken und leistungsunfähigen Männer, Frauen und Kinder in den Händen von Frauen lag, sondern auch die Sozialplanung. Die Politik gegen diese Armen im deutschen Reich bedeutete: Zwangssterilisation, Zwangsabtreibung, Zwangsarbeit und schließlich Vernichtung durch Arbeit.

Die Begründung der Vernichtung erfolgte nach folgendem Schema:

chronisch krank, „erbkrank"	= leistungsfähig (fit)
asozial	= leistungsunwillig
gesund	= leistungsfähig und leistungswillig
leistungsfähig und leistungsunwillig	= unnütz
leistungsfähig und -willig	= nützlich
unnütz und unheilbar	= dauerhaft unnütz
dauerhaft unnütz	
und Pflegekosten	= wertlos, 'lebensunwert'
nützlich	= lebenswert
rassisch minderwertig	
und/oder nutzlos	= wertlos, 'lebensunwert'
rassisch hochwertig	= lebenswert
lebensunwert	= Vernichtung
lebenswert	= Leistung (Gesundheit)

Dieses mechanische Denk- und Handlungsmodell „Leistung oder Vernichtung" basierte einerseits auf Propagandalügen über die Bedrohung durch die gesundheitliche, genetische oder rassische Bürde. Wenn wir heute von Leistungsgesellschaften und (Welt-) Märkten leichthin sprechen, sind wir uns oft nicht bewußt, was diese Struktur implizieren kann und im Nazi-Deutschland bis in letzter Konsequenz Wirklichkeit wurde, nämlich „Leistung oder Vernichtung". Sie wurde insbesondere während des 2. Weltkrieges praktiziert.

Nicht nur Eugeniker und Rassenpolitiker waren für Massensterilisierung, Zwangsabtreibung und Tötungen verantwortlich. Erkenntnisse der modernen, naturwissenschaftlichen Genforschung erweiterten die eugenische Aussonderungspolitik und die Politik der Menschenzucht.
Spekulationen über die große Verbreitung rezessiver Erbkrankheiten, die mit genetischen Experimenten bzw. mit den Ergebnissen der Mutationsforschung begründet wurden[12)], führten 1935 im Sachverständigenbeirat für Bevölkerungs- und Rassenpolitik im deutschen Reichsministerium des Innern zu Plänen, die Sterilisationspraxis flächendeckend auf gesunde Verwandte sogenannter „Erbkranker" – auf sogenannte „Träger von Erbkrankheiten" – auszudehnen (Kaupen-Haas, 1986). Zugrunde gelegt wurde ein Krankheits- und Leistungsbegriff, der auch zu-

künftige Generationen systematisch ins bevölkerungspolitische Kalkül einschloß. Dadurch wurde die Mehrheit der deutschen Bevölkerung auf die Seite der Auszumerzenden geschoben und war von der „Gesundheitspolizei" bedroht. Die systematische sozial-biologische Erfassung der „erbbiologischen Sammelstellen" in den Gesundheitsämtern schuf die Voraussetzung für die Umsetzung dieser weitreichenden Politik gegen Deutsche. Gesiebt wurde damals nach sozialen, ökonomischen und biologischen Kriterien (übrigens unterscheidet sich diese Praxis weniger als gemeinhin angenommen wurde, von der Alltagsarbeit der modernen genetischen Beratungsstellen in der Bundesrepublik, den USA etc.).[13] Ausgesondert wurden damals z.B. Frauen mit wechselndem Geschlechtsverkehr, Prostituierte, Personen, die sich im Leben nicht bewährten, sogenannte Schulversager, „Erbkranke" aber auch Parteigenossen (Kaupen-Haas, 1986b). Diese Politik ging den Vertretern der Nationalsozialistischen Partei Deutschlands zu weit. Der Parteiführer Adolf Hitler pfiff die Sachverständigen zurück (ebda.).
Spekulationen über die „genetische Bürde" wurden damals mit dem Ziel verknüpft, „nützliche Varietäten zu züchten" und „den Keimplasmaschatz der Welt" zu hüten. Diese Zuchtziele waren damals vom international angesehenen US-amerikanischen Genetiker Hermann Joseph Muller propagiert worden und fanden zunächst unter deutschen Strahlenthearpeuten Publizität (Kaupen-Haas, 1986a, S. 43). 1942, mitten im 2. Weltkrieg, wurden diese Ideen forschungspolitisch umgesetzt. Trotz der damals noch sehr hoch geschätzten politischen Brisanz wurden Experimente mit künstlicher Befruchtung und mit Samenbanken vom deutschen Reichsführer SS und der gesamten Polizei umgesetzt. Heinrich Himmler war mit seiner Politik der gelenkten Menschenzucht außerhalb des Familienverbandes, die er mit der SS-Organisation Lebensborn e.V. zu verwirklichen suchte (Kaupen-Haas, 1986b), auf viel Widerstand, nicht nur in nazistischen Frauenorganisationen, gestoßen. Heinrich Himmler war effizienter als Organisator des Terrors und als Planer des Genocids von Zigeunern, Juden und der Bevölkerung der sogenannten „Zweiten Welt" im 2. Weltkrieg. Himmler war Hauptverantwortlicher der Massenerschießungen unter der Zivilbevölkerung im militärisch und von der SS kontrollierten Osten, für Arbeits- und Vernichtungslager – übrigens in Kooperation mit der deutschen Großindustrie – für „terminale" wissenschaftliche Experimente, auch Massensterilisationsexperimente an Frauen mit dem Ziel des Völkermords (Mitscherlich, Mielke, 1960). Die von Carl Clauberg in den Konzentrationslagern Auschwitz und Ravensbrück durchgeführten Sterilisationsexperimente wurden nach dem 2. Weltkrieg von jüngeren Kollegen Claubergs aufgegriffen und nun für die Familienplanung für die „Dritte Welt" weiterentwickelt. Die internationale Gen- und Reproduktionselite hat diese Entwicklung zur Kenntnis genommen.[14]

Die moderne Genforschung erfuhr systematische Unterstützung im Deutschen Reich. Sie wurde 1933 vom Sachverständigenbeirat für Bevölkerungs- und Rassenpolitik als besonders förderungswürdig eingestuft und im Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung als Abteilung ausgebaut. Exponent der deutschen Genetik und Abteilungsleiter wurde der russische Mutationsforscher N.W. Timoféeff-Ressovsky, der bereits damals weltweit hohes wissenschaftliches Ansehen genoß (Kaupen-Haas, 1986a). Auch auf dem Internationalen Kongress für Bevölkerungsfragen im Jahr 1935 in Berlin wurde die große Bedeutung der naturwissenschaftlichen Eugenik von deutschen und ausländischen Wissenschaftlern hervorgehoben (Roth, in: Kaupen-Haas, 1986b). 1935, kurz vor Ausbruch des 2. Weltkriegs, wurde die Genetik auf dem Internationalen Genetikerkongress auch von deutschen Repräsentanten der Eugenik (Rassenhygienikern) als einzig wahre, wissenschaftliche Methode respektiert (ebda.). Dieser international vollzogene Paradigmawechsel zugunsten der modernen Genetik wurde 1940 vom Reichsministerium des Innern in Berlin – bemerkenswerterweise zu Lasten der als unwissen-

schaftlich klassifizierten Rassenanthropologie – offiziell bestätigt (Kaupen-Haas, 1986a, S. 45).

Nach dem Krieg erweiterten die Genforscher ihre politische Verwertungsfähigkeit durch interdisziplinäre Kontakte mit der Chemie und der Biologie, durch Intensivierung der internationalen Forschungskooperation und vor allem durch die Synthese von Gen- und Reproduktionstechnologie. Die Einrichtungen von genetischen Beratungsstellen in den 60er Jahren und von Reproduktionskliniken stehen für die beiden Seiten der Genetik: Selektion und Menschenzucht. Die genetischen Beratungsstellen haben ihren diagnostischen Apparat für eugenische Diagnosen entscheidend verbessert. Die gleichen Diagnosemethoden – Amniocentese, Chorionbiopsie und Ultraschalldurchleuchtung – sind in der „Dritten Welt" als Techniken der geschlechtsspezifischen Indikation und zur Abtreibung weiblicher Feten im Einsatz. Im Vergleich zur Tötung weiblicher Säuglinge ist der Widerstand noch geringer.[15)]
Die Einrichtung von Reproduktionskliniken – ausgestattet mit Samen- z.T. auch mit Embryobanken und den Möglichkeiten zur In-vitro-Fertilisation, künstlicher Befruchtung und zum Leihmuttereinsatz – dienen hauptsächlich der Bevölkerungsplanung für die Erste Welt. Insbesondere Frauen der „Dritten Welt" werden zu Forschungszwecken, als sogenannte Miet- und Leihmütter, ausgebeutet.[16)]

Es verdient besondere Aufmerksamkeit, wie sich die alte Eugenik in die Nachkriegspolitik einklinken konnte. Die Rassenanthropologie wurde z.T. modernisiert und fand als Industrieanthropologie (Ergonomie) ein Betätigungsfeld in der deutschen Wirtschaft. Sie konnte sich auch in der Bevölkerungsplanung der Bundesregierungen voll integrieren, übernahm Berateraufgaben in Familienplanungsprojekten, z.B. der deutschen Regierung in Bangladesh (Jürgens, 1973; Wess, Jürgens 1986). Sie erschloß sich auch wieder ihr altes Forschungsfeld, wie eine Publikation aus den 80er Jahren „A Typological Survey of the People of Africa", in der die erforschten „African Negrids" auch photographisch festgehalten wurden, zeigt (ebda.).
Hans Harmsen, ein Bevölkerungsplaner mit einschlägigen Erfahrungen in der Durchführung von Massensterilisierungen beim größten Träger der Wohlfahrtspflege im Deutschen Reich (1934-1938), gründete zusammen mit Margaret Sanger und ihren Mitstreitern und Mitstreiterinnen 1952 in Indien die International Planned Parenthood Federation und im gleichen Jahr in der Bundesrepublik Deutschland Pro Familia. Er wurde der erste Präsident von Pro Familia und nahm bis vor wenigen Monaten als ihr Ehrenpräsident an den Vorstandssitzungen teil (Kaupen-Haas, 1984; Schleiermacher, in: Kaupen-Haas, 1986b).

Anmerkungen

1) Beitrag zum 11. Weltkongreß für Soziologie in New Dehli, 18. – 22. Aug. 1986. Veranstaltung der Sektionen Medizinsoziologie, Frauen und Gesellschaft zum Thema: Frauen und Gesundheit: Bevölkerungsfragen.

2) Kongreß „Frauen gegen Gentechnik und Reproduktionstechnik": Resolution, in: Geld oder Leben, beiträge zur feministischen theorie und praxis, 15/16 1985, S. 189–191, Konferenz des internationalen feministischen Netzwerks gegen Reproduktionstechniken, in: Geld oder Leben, ebd. S. 192–198.

3) Politisches Archiv (Auswärtiges Amt), Inland I, Partei 87/2, 84/4; Inland II A/B, 31/2; Rom (Vatikan).

4) The Madras, Birth Control Bulletin, Jan./Febr. 1935, S. 5, Gandhiji's Frank Talk on Sex, Contraceptives and Co-Education, in: Sunday Times, Madras, 20. Jan. 1935; Margaret Sanger (zusammen mit Edith How-Martyn) auf einem Treffen der Gesellschaft für Studium und Förderung der Familienhygiene: „Wir glauben, daß Geburtenkontrolle und Eugenik die Eckpfeiler dieser neuen

(rassischen HKP) Struktur sind." in: Birth Control Part of Civilisation, in: Times of India, 27. Nov. 1935; Conscience Responsibility not Accident, in: The Civil and Military Gazette, 29. Nov. 1935, Birth Control only Way to Solve Population Problem, in: Bombay Sentinel, 27. Nov. 1935; Opposition to Birth Control in: Madras Mail, 6. Jan. 1936; Suitters 1973, S. 13–14, Library of International Planned Parenthood Federation (Bibliothek IPPF).

5) *Mahatma Gandhi and Birth Control, Report from Edith How-Martyn, 1935; Edith How-Martyn, Back to India, in: The New Generation, Mai 1935, S. 53; An Anachronism in the Political World, in: Daily News Sunday, 10. Febr. 1935, Either Convent Me or be Converted, in: Sunday Times, Madras, 10. Febr. 1935; Birth Control Message for India, in: Madras Mail, Febr. 1935; Margaret Sanger, Does Mr. Gandhi Know Women, in: The Illustrated Weekly of India, 19. Jan. 1936 (Bibliothek IPPF).*

6) *Suitters, 1973, S. 13; Indian Population Problem. Conference in Lucknow, 27. Nov. 1935 (Bibliothek IPPF).*

7) *Benoy Kumar Sarkar, Neuorientierungen in Optimum und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Radhakamal Mukerjee, Social Factor in Over-Population in: Harmsen und Lohse, 1936, S. 256–275; Mrs. How-Martyn in Karachi, in: New Generation, Febr. 1935; Women's Conference Resolutions, in: The Indian Social Reformer, 12. Jan. 1935, S. 314; Population Problem, in: Ragoon Gazette, 4. Febr. 1936; Suitters, 1973, S. 14–15 (Bibliothek IPPF).*

8) *Marie Stopes, On the Vital Social Significance of the Idea behind the New Term „Geroception" as Distinct from „Pro-conception" and Contraception, in: Harmsen, 1935, S. 314–31*

9) *Suitters, 1973, S. 15; All-India Women's Conference, 9th Session Karachi, Social Resolution for 1934–35; Birth Control in India, Hindu, Madras, 24. Dez. 1934, Birth Control in India is Bound to Succeed, in: Madras Mail, 24. Dez. 1934; Advocate of Birth Control, in: Civil and Military Gazette Lahore, India, 25. Dez. 1934; India Women's Conference, in: Daily News, Colombo, Ceylon, 28. Dez. 1934; Birth Control in India, in: Indian Social Reformer, 29. Dez. 1934; Why more Babies When you Can't Afford?, in: The Sind Observer, 30. Dez. 1934; World Leader to visit India, in: Leader, 28. Nov. 1935; Round the World for Birth Control with Margaret Sanger and Edith How-Martyn, London without year, S. 27, (Bibliothek IPPF).*

10) *Constitution of the International Planned Parenthood Federation, Art. 1, Section 2, in IPPF, Configuration and Rules, London 1957; siehe auch Suitters, 1973, S. 45, 51, 72; Mass, 1974, S. 657.*

11) *Politisches Archiv, Auswärtiges Amt 86/2, Inland I, Partei, S. 30–51.*

12) *Diese Verallgemeinerungen waren nicht nur moralisch sondern auch theoretisch und methodisch problematisch, und zwar*
– als Generalisierung von Fliegen- und Laborexperimenten auf das generative Verhalten von Menschen,
– ob der theoretischen Grundlagen; ein physikalisches Modell
– Lehre von der toten Materie – wird auf Menschen übertragen,
– als Aussage über die Verbreitung von Mutationen, die auf Inzucht (Experimenten bei Fliegen) beruhten, das dem menschlichen generativen Verhalten, das durch Exogamie geprägt wird, nicht entspricht und nach der naturwissenschaftlichen Theorie über das Manifestwerden von rezessiven Erbmerkmalen im Generationenwechsel als Artefakte gelten kann. Vgl. Karl-Heinz Roth (Schöner neuer Mensch: Der Paradigmawechsel der klassischen Genetik und seine Auswirkungen auf die Bevölkerungsbiologie des „Dritten Reichs"), in: Kaupen-Haas (Hrsg.), 1986(b)

13) *Kaupen-Haas, 1986(b) u. Ruth Hubbard, „Fetal Rights" and the New Engenics, in: Science for the People, 16, 1984, 2, S. 7–9, 27–29.*

14) *Als ob nichts gewesen wäre: Die Frauenärzte Hans Joachim Lindemann und Carl Clauberg. Ein Beitrag zur Geschichte der Zwangssterilisierung von Frauen seit der NS-Zeit, in: Autonomie (1981) 7, S. 43–60; Hans-Joachim Lindemann, Transtubal Sterlization by CO_2 Hysteroscopy; V. Rimkus and K. Semm, Sterilization by Carbon Dioxide Hysteroscopy, in: John J. Sciarra, Julius C. Butler and J. Joseph Speidel, Hrsg., Hysteroscopic Sterilization, New York and London 1974, S. 61–84; Lindemann, Hysteroscopic Sterilization; Dirk A. F. Lith, Kees J. van Schie, ebd., Coagulation by Semm and Wolf Techniques, in: Lith, Louis G. Keith, Eylard van Hall (Hrsg.), New Trends in Female Sterilization, Chicago and London 1983, S. 131–135, 61–82.*

15) *Vimal Balusubrahmanyan, No Girls Please: We're Indians. On the Politics of Sex-Choice Technologies in India; Vibhuti Patel, Amnioncentesis: An Abuse of Advanced Scientific Technique; Maria Mies, Sexist and Racist Implications of New Reproduction Technologies; Beiträge zum 11. Weltkongreß für Soziologie in New Delhi.*

16) *ebd; beiträge 15/16, 1985, S. 189.*

Literatur

BEITRÄGE zur feministischen theorie und praxis, Heft 15/16, Köln 1986

EBBINGHAUS, Angelika/KAUPEN-HAAS, Heidrun/ROTH, Karl Heinz (Hrsg.): Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg, Hamburg 1984

dies. (Hrsg.): Opfer und Täterinnen. Frauenbiographien des Nationalsozialismus, Nördlingen 1986

HANSEN, Friedrich/KOLLEK, Regina (Hrsg.): Gen-Technologie. Die neue Waffe, Hamburg 1985

HARMSEN, Hans/LOHSE, Franz (Hrsg.): Bevölkerungsfragen. Bericht des Internationalen Kongresses für Bevölkerungswissenschaft, Berlin 26. August – 1. September 1935, München 1936

JÜRGENS, Hans W.: Anthropometrie in Industrie und Arbeitswissenschaft, in: ders., Der „vermessene" Mensch, München 1973

KAUPEN-HAAS, Heidrun: Eine deutsche Biographie. Der Bevölkerungspolitiker Hans Harmsen, in: Ebbinghaus u.a., 1984

dies.: Rassenhygiene. Hebamme der modernen Genetik, in: Mitteilungen der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik 13/14. Hamburg 1986a

dies. (Hrsg.): Der Griff nach der Bevölkerung, Nördlingen 1986b

dies. Die Bevölkerungsplaner im Sachverständigenbeirat für Bevölkerungs- und Rassenpolitik, in: Kaupen-Haas, 1986b

MAAS, Bonnie: An Historical Sketch of the American Population Control Movement, in: International Journal of Health Services, 4, 1974

MITSCHERLICH, Alexander/MIELKE, Fred (Hrsg.): Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses, Frankfurt 1960

MÜLLER-HILL, Benno: Tödliche Wissenschaft. Die Aussonderung von Juden, Zigeunern und Geisteskranken 1933–1945, Reinbek b. Hamburg 1985

POMMERIN, Rainer: Sterilisierung der Rheinlandbastarde. Das Schicksal einer farbigen deutschen Minderheit 1918–1937, Düsseldorf 1979

ROBINSON, Hans: Justiz als politische Verfolgung: Die Rechtsprechung in „Rassenschandefälle" beim Landgericht Hamburg 1936–1943, Stuttgart 1977

ROTH, Karl Heinz: Schöner, neuer Mensch. Der Paradigmawechsel der klassischen Genetik und seine Auswirkungen auf die Bevölkerungsbiologie des „Dritten Reichs", in: Kaupen-Haas, 1986b

ders. (Hrsg.): Erfassung zur Vernichtung. Von der Sozialhygiene zum „Gesetz über Sterbehilfe", Berlin 1984

SUITTERS, Beryl: Chronicles of the Planned Parenthood Federation, London 1973, S. 13–14

SCHLEIERMACHER, Sabine: Die Innere Mission und ihr bevölkerungspolitisches Programm, in: Kaupen-Haas, 1986b

WESS, Ludger: Hans Wilhelm Jürgens. Ein Repräsentant bundesdeutscher Bevölkerungspolitik, in: Kaupen-Haas, 1986b

Claudia Weber

Abtreibung auf Japanisch

Mariko Miyamoto ist 37 Jahre alt. Mit ihrem Mann Yutaka und ihren beiden Töchtern (16 und 10 Jahre alt) lebt sie in Osaka. Seit ihrer Heirat ist Mariko nicht mehr berufstätig. Haushalt und Kindererziehung besorgt sie allein. Ihr Mann ist Manager in einer Textilfaserfabrik und kommt allnächtlich erst zwischen 22 und 23 Uhr nach Hause. Am Wochenende spielt er bei gutem Wetter Golf. Als die Miyamotos im Rahmen einer Untersuchung japanischer Methoden der Familienplanung interviewt wurde, berichtet Mariko, daß sie ihrem Mann schon mal Sterilisation vorgeschlagen hat: „Jetzt bist Du an der Reihe." Sie spielt damit auf die drei Abtreibungen an, die sie innerhalb von zwei Jahren hinter sich gebracht hat. Ihr Vorschlag kam nicht an. Ihr Mann hält Sterilisation oder eine andere, sichere Verhütungsmethode „nicht für besonders notwendig". Mariko ist mit ihren Abtreibungserfahrungen kein Einzelfall: Eher schon jene Frau, die nach dem Bericht einer japanischen Zeitschrift innerhalb von 18 Jahren 35 Abtreibungen vornehmen ließ.

Auch darin unterscheidet sich Japan vom Westen: Abtreibungen sind praktisch ohne Einschränkung legal und sehr zahlreich. Wie Mariko sind es überwiegend verheiratete Frauen mit Kind(dern), die abtreiben, während es bei uns in erster Linie die unverheirateten sind. Abtreibung ist in Japan immer noch eine weitverbreitete Methode der Geburtenbeschränkung, wie sie angeblich nur in einem Entwicklungsland wie China oder manchem Ostblockstaat angewandt wird. Von einem fortgeschrittenen Industrieland würde man doch vermuten, daß dort die ganze Bandbreite „moderner" Verhütungsmittel zur Verfügung steht.

Macht es den Japanerinnen wenig aus abzutreiben? Widerlegen sie gar die Ansicht, daß Frauen überall auf der Welt, wenn sie die Wahl haben, lieber verhüten als abtreiben? Oder nehmen sie einfach ihr Selbstbestimmungsrecht wahr, das ihnen von Japans Religionen (Buddhismus und Schintoismus) anscheinend nicht streitig gemacht wird? Marikos Fall zeigt, daß es sich so einfach wohl nicht damit verhält.

Zwar sind Abtreibungsfragen für japanische Frauen anders als für uns noch nicht Gegenstand von öffentlicher Auflehnung und Dauerprotest. Aber sie haben allen Grund, unzufrieden zu sein. Wie anderswo auch greifen Abtreibung, Verhütung und alles, was damit zusammenhängt, tief in den Körper der Frauen und damit zugleich in ihre Lebens- und Entwicklungschancen ein. Es ist den hohen japanischen Abtreibungszahlen nicht anzusehen, welcher Grad an Selbstbestimmung darin zum Ausdruck kommt. Meines Erachtens spiegeln sie die insgesamt sehr problematischen Lebensbedingungen japanischer Frauen.

Auf den ersten Blick wirken die Regelungen halbwegs erträglich: Abtreibungen werden in Japan von Frauenärzten vorgenommen, die einer besonderen Organisation angehören. An einer Zusatzbezeichnung zu ihrem Titel sind sie leicht zu identifizieren. Diese Ärzte betreiben neben ihrer Praxis meist eine Mini-Klinik. Allein in Tokio gibt es ca. 1300 davon. Das medizinische Risiko der dort durchgeführten Abtreibungen („morgens in die Klinik, abends nach Hause") ist minimal, weil die Ärzte eine Spezialausbildung nachweisen müssen. Hinzu kommt, daß den Japanerinnen langwierige Genehmigungsverfahren erspart bleiben. Sie verlieren deshalb keine Zeit. Das senkt bei Schwangerschaftsabbrüchen bekanntlich die Komplikationsrate.

Die Ärzte handeln legal. Der japanische „§ 218" erkennt (seit 1948!) unter anderem eine sozioökonomische Notlagenindikation ausdrücklich an. In seiner revidierten Fassung von 1952 macht er den einzelnen Arzt zur allei-

nigen Entscheidungsinstanz. Die japanischen Ärzte respektieren im Allgemeinen den Abtreibungswunsch der Frau ohne Vorbehalt. Zwar kann es vorkommen, daß ein Arzt eine Frau abweist. Aber dann probiert sie es einfach beim nächsten. Formell ist die Einwilligung des Ehemanns oder der Eltern (im Fall Minderjähriger) vorgeschrieben, aber praktisch wird diese Vorschrift nachlässig gehandhabt. (Japaner leisten ohnehin keine Unterschriften, sondern benutzen leicht erhältliche Namensstempel). Vielen Ärzten ist sowieso nicht daran gelegen, die Abtreibung vorschriftsmäßig zu melden. Sie wollen auf ihre Abtreibungshonorare keine Steuern bezahlen. Es ist kein Geheimnis in Japan, daß an den fast immer privat bezahlten und nicht gerade billigen Abtreibungen groß verdient wird, vor allem wenn die Einkünfte steuerfrei bleiben. Steuerfahnder durchwühlen manchmal den Klinikabfall, um anhand leerer Narkosebehälter die echte Abtreibungszahl und damit das Ausmaß der Steuerhinterziehung zu kalkulieren. (Abtreibungen werden bei Vollnarkose vorgenommen.)

Dennoch meine ich, daß es mit der Fortschrittlichkeit der Verhältnisse in Japan nicht weit her ist. Abtreibungen sind kein Vergnügen, das Frauen sich – und auch noch mehrfach – gönnen. Eine der Hauptursachen der hohen Abtreibungszahl ist Geschäftemacherei. Die Ärzte boykottieren sichere Verhütungsmittel, weil sie an Abtreibungen mehr verdienen. Es ist kaum zu glauben, wie hinterwäldlerisch es um Verhütung in Japan steht. Die Pille ist immer noch verboten. Mit fadenscheinigen Argumenten rät man von ihrem Gebrauch ab. Ein hoher Beamter des Gesundheitsministeriums: „Abtreibung betrifft nur den Unterleib, die Pille aber wirkt auf den gesamten Körper." Eine Beratung über andere, sichere Mittel und Methoden und ihre evtl. Nebenwirkungen (Diaphragma, „Spirale" etc., aber auch Sterilisation) findet so gut wie überhaupt nicht statt. Am Gebräuchlichsten sind Kondome und die sogenannte Knauss-Ogino-Methode (Kalkulation der fruchtbaren Tage im Monatszyklus). Dabei spielt sicher auch eine Rolle, daß Kyusaku Ogino, der seine Entdeckung gleichzeitig mit Knauss machte, Japaner war. (Sein Sohn Hiroshi ist heute Chef der Abteilung für Familienplanung im regierungsamtlichen Institut für öffentliche Gesundheit). Wie Untersuchungen japanischer Verhütungspraktiken belegen, wird beides oft miteinander kombiniert: Also Kondome nur während der empfängnisbereiten Zeit. Leider resultieren daraus massenhaft ungeplante Schwangerschaften. Dennoch wird es immer wieder propagiert. Auch das ist Geschäftemacherei. Nirgendwo auf der Welt werden Kondome in so großer Zahl und mit so ausgeklügelten Verkaufsstrategien unter die Leute gebracht wie in Japan. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Verkauf an der Haustür durch Handelsvertreter/innen, die hohe Provisionen erhalten. Daß es vorwiegend Frauen sind, die Kondome anbieten und kaufen ist kein Anzeichen für einen unverkrampften Umgang mit Sexualität. Schlimm ist, daß auch die offiziell mit Familienplanung befaßten Hebammen, Krankenschwestern und Sozialarbeiterinnen ihre diesbezügliche Beratungstätigkeit größtenteils aus dem Kondom-Verkauf finanzieren. So haben sie ein kommerzielles Interesse daran. Eine vernünftige Beratung, die auf die Situation jeder einzelnen Frau eingeht, gibt es also weder durch Ärzte noch durch anderes Gesundheitspersonal.

Besonders schwer haben es die jungen unverheirateten Frauen. In Japan herrscht ein sentimentaler Mutterkult, der vielfältige kulturelle Wurzeln hat. Er schließt jedoch den praktisch ungehinderten Zugang zur Abtreibung nicht aus, ja Abtreibung wird sogar als Maßnahme der „Mütterfürsorge" gerechtfertigt. Die Organisation der Ärzte, die legal Abtreibungen vornehmen dürfen, nennt sich „Mutterschutzverein", so unpassend eine solche Bezeichnung auch hierzulande klingen mag. Auch die Kondom-Reklame wirbt mit „Mutter und Kind". Damit wird suggeriert, daß eigentlich nur verheiratete Frauen,

die mindestens einmal geboren haben, für Verhütung in Frage kommen. Junge, kinderlose Frauen werden bewußt abgeschreckt. Benachteiligt sind insbesondere diejenigen unter ihnen, die nach der Heirat gern weiterarbeiten würden. (Die Geburt eines Kindes bedeutet in Japan fast immer Verlust des Arbeitsplatzes). Ein solcher Wunsch verträgt sich nicht mit dem öffentlich propagierten Ideal des „Honeymoon Babys". Mangelnde Information und unzuverlässige Verhütung tragen dazu bei, daß jungverheiratete Frauen oft schneller als geplant schwanger werden. Resigniert finden sich viele damit und mit weiteren Verhütungsfehlschlägen ab:

Mayumi Ishida war 25 Jahre alt, als sie heiratete. Wie ihr Mann Shigeru hat sie ein vierjähriges College-Studium absolviert. Nach ihrer Heirat benutzten die Ishidas Kondome, die Mayumi im Supermarkt oder an der Haustür kaufte. Wenn Mayumi glaubte, daß ihre Regel kurz bevorstand, ließen sie die Kondome weg. Prompt wurde sie schwanger. In ihren eigenen Worten: „Als wir heirateten, waren wir beide berufstätig und wollten unser Leben zu zweit genießen. Außerdem hatten wir vor, Geld zu sparen. Unser Kind kam jedoch schneller als geplant. Sogar so schnell, daß es noch ein echtes „Honeymoon-Baby" war. Als ich erfuhr, daß ich schwanger bin, dachte ich: „Nun ist es passiert (toto yatte kita)." Auch Mayumis zweite Schwangerschaft innerhalb der nächsten zwei Jahre war ungeplant. Sie meint, daß der Abstand zwischen den Geburten zu kurz war. Dennoch verlassen sich die Ishidas auch weiterhin auf Kondome (während der Tage, die sie für unfruchtbar halten). Innerhalb der nächsten zwei Jahre hat Mayumi zwei Abtreibungen.

Nichtsdestotrotz sind die Ishidas für japanische Verhältnisse eher untypisch: Mayumi wendet ihr Studium auch nach der Heirat an (als freiberufliche Übersetzerin). Außerdem ließ sich ihr Mann nach der zweiten Abtreibung sterilisieren.

Japanischen Feministinnen ist klar, daß Frauen selbst Einstellungen verändern müssen – und sei's zunächst auch nur durch die Veränderung eines einzigen Buchstabens (bzw. Schriftzeichens): Statt wie offiziell in Zusammenhang mit Abtreibung und Verhütung üblich vom „Körper der Mutter" (botai), sprechen sie vom „Körper der Frau" (jotai).

Damit kein Mißverständnis entsteht: Ich behaupte nicht, daß Kondome oder die Knauss-Ogino-Methode an sich altmodisch und unzuverlässig sind. Daß sie in Japan so oft versagen, hängt mit Eigenarten des sexuellen Umgangs zusammen. Der amerikanische Soziologe Coleman hat mit seiner japanischen Kollegin Sawanobori japanische Ehepaare dazu befragt. (Er sprach mit den Männern, sie – getrennt – mit den Frauen.) Dabei stellte sich unter anderem heraus, daß die japanischen Männer natürlich keine begeisterten Kondombenutzer sind. Viele ungeplante Schwangerschaften resultieren aus Anwendungsfehlern, insbesondere im alkoholisierten Zustand. Außerdem überreden sie ihre Frauen gern zu einer Kondom-Pause. Generell hatten die Forscher den Eindruck, daß den Männern das Thema Abtreibung peinlich ist. Oft leugneten sie im Gespräch mit Coleman, daß ihre Frauen Abtreibungen hinter sich hatten oder gaben deren Zahl zu niedrig an. Ihr Mitgefühl hielt sich in Grenzen. (Insofern stellt Shigeru Ishida eine Ausnahme dar.) Es ist ja nur ihr Geldbeutel, der strapaziert wird . . .

Die entscheidenden Fragen lauten: Warum verlassen sich die japanischen Frauen auf ihre unzuverlässigen Männer? Warum leben sie in Furcht und Zittern vor einer ungewollten Schwangerschaft? Läge es nicht in ihrem Interesse, eine Verhütungsmethode zu wählen, über die sie selbst Kontrolle haben? Tatsächlich schlagen manche von ihnen diesen Weg ein: Aber meistens erst *nach* mehrfacher Abtreibung!

Wer ihre Passivität kritisiert, urteilt meines Erachtens vorschnell. Es ist nicht Schuld der Frauen, daß sie in Verhütungsfragen mit aggressivem Verkaufspersonal, Fehlinformationen

und gleichgültigen Ehemännern allein sind. Daß Ärzte, Hebammen etc. sie im Stich lassen. Daß man ihnen eine vernünftige Beratung über „sichere" Mittel und Methoden vorenthält. Es gibt Ärzte, die Abtreibung allen Ernstes für „eine gute Verhütungsmethode" halten. Ein prominenter Frauenarzt in einem vielgelesenen Gesundheitsratgeber: „Sex ohne Risiko ist hohl."

Passivität wird in Japan von Frauen erwartet. Es sind die Lebensbedingungen (keine Dauerarbeitsplätze, Rundum-Abhängigkeit vom Ehemann), die japanischen Frauen passives Verhalten nahelegen (obwohl viele von ihnen im Alltag durchaus energisch auftreten). Problematisch ist jedoch auch ihr Verhältnis zum eigenen Körper. Da sind sie oft voller Hemmungen und Komplexe. Das wirkt sich natürlich auch auf den gesamten Bereich der Sexualität inklusive Verhütung aus. Dazu ein Beispiel: Bis vor kurzem waren Menstruationstampons in Japan nur schwer absetzbar. Als die Firmen das durch japanische Marketingexpertinnen untersuchen ließen, stellte sich heraus, daß vielen japanischen Frauen das Anwendungsprinzip (Einführen in die Vagina) unsympathisch ist. Sie berühren nicht gern ihre Geschlechtsorgane. Aber genau das setzen ja auch Verhütungsmittel wie Diaphragma, Spermizide etc. voraus. Feministinnen berichten, daß Frauenärzte ihre Patientinnen darin bestärken. Nach Meinung dieser Ärzte ist das einzige Objekt, das in die Vagina eingeführt werden sollte, der Penis des Ehemanns.

Die Entfremdung vom eigenen Körper wird von den Frauenärzten auch durch merkwürdige Untersuchungspraktiken aufrechterhalten. Die ohnehin schon von vielen Frauen schwer zu verkraftendem Arrangements einer gynäkologischen Untersuchung sind in Japan besonders unangenehm. Japanische Frauenärzte hantieren dabei hinter einem Vorhang, der sie dem Blickfeld ihrer Patientin entzieht. (Der Vorhang verläuft quer über deren Taille). Auf diese Weise wird der Unterleib für Arzt und Patientin gleichermaßen zu einem Ding. Kein Wunder, daß Japanerinnen den Frauenarzt ungern aufsuchen und schon gar nicht im Zusammenhang mit Verhütung. Man kann sich vorstellen, wie belastend die Abtreibungserfahrung für sie ist. Dabei waren die Verhältnisse nicht immer so körperfeindlich in Japan. Es ist den japanischen Frauen zu wünschen, daß die feministische Idee der Selbstuntersuchung an Boden gewinnt.

Ungewohnt tolerant dagegen ist die religiöse Haltung zur Abtreibung. Wer an die weltfremden, frauenfeindlichen Stellungnahmen unserer christlichen Interessenvertreter denkt, dem werden vielleicht sogar manche religiösen Sitten in Japan seltsam-sympathisch erscheinen. Zwar kann auch der Buddhismus Abtreibung prinzipiell nicht gutheißen, aber abgesehen von einer Sekte, die eine fanatische Anti-Abtreibungskampagne betreibt, hält er sich mit offiziellen Äußerungen zu diesem Thema zurück. Stattdessen bieten buddhistische Tempel einen Service eigener Art: In fast jedem Tempel gibt es eine Steinfigur, die einen Buddha darstellt, der ein Kind trägt. Sie ist den frühverstorbenen Kindern, aber auch den ungeborenen Abgetriebenen gewidmet. In manchen Tempeln gibt es eine Vielzahl solcher Statuetten. Sie wurden von den Eltern (den wirklichen oder potentiellen) gestiftet. Wem das zu teuer ist, der begnügt sich mit einem Gebetstäfelchen. Darauf notieren die Japaner Bitten um baldige Genesung, um Examenserfolg und im Fall einer vorangegangenen Abtreibung auch Wünsche wie „Schlafe ruhig" oder „Verzeihung". Es finden auch regelrechte Gedenkfeiern wie zur Erinnerung an verstorbene Familienangehörige statt. Die japanische Anthropologin Ohnuki-Tierney bemerkt, daß diese Bräuche, die es in Japan immer gegeben hat, in der letzten Zeit einen enormen Aufschwung erlebt haben. Was Japanerinnen dabei empfinden, entziehe sich vorschneller und eindeutiger Interpretation. Sie spricht vorsichtig von einer Krise der Mutterschaft: Unzweifelhaft spielt auch eine gehörige Portion Aberglauben mit.

Generell ist davon auszugehen, daß die aus westlicher Sicht gegebenenfalls verrückt erscheinenden Widersprüche – etwa zwischen verbotener, effektiver Verhütung und praktisch ungehindertem Zugang zur Abtreibung oder zwischen Mutterschaftsideal und Abtreibung schlechthin – aus traditionell-japanischer Sicht nicht unbedingt widersprüchlich sind. Das hängt meines Erachtens damit zusammen, daß Verhütung und Abtreibung nicht als individuelles Selbstbestimmungsrecht aufgefaßt werden, auch von vielen Japanerinnen noch nicht. In Japan bezieht das Individuum seine soziale Existenzberechtigung so gut wie ausschließlich aus dem Kollektiv, Frauen erwerben soziale Geltung, Erwachsenenstatus, wenn sie heiraten und Kinder zur Welt bringen. Sie werden sozial anerkannt, wenn sie für die (im Ahnenkult immer noch religiös überhöhte) Generationenabfolge sorgen. In diesem kulturellen Kontext erscheint es dann wenig anstößig, daß verheiratete Frauen aus überindividuellen Gründen die Zahl ihrer Geburten durch Abtreibung regulieren. zumal auch das Ungeborene nicht als potentielles Individuum wahrgenommen wird, sondern als Wesen, das eventuell in anderer Form wiederkehrt. Früher begrub man die Fehl- und Totgeburten unter der Veranda des Hauses.

Ich halte es für bemerkenswert, daß in Japan die soziale Unvermeidlichkeit der Abtreibung ohne Heuchelei anerkannt wird. Ebenso wie die zwiespältigen Gefühle, die sie manchmal begleiten. Abtreibung hat in Japan Tradition, denn es bestand von jeher ein Problem, die Bevölkerungszahl mit den knappen Siedlungsflächen in Übereinklang zu bringen. Aber es gab auch wiederholt den Versuch, Abtreibung zu verbieten, wenn Japans herrschende Klasse das für zweckmäßig hielt: Beispielsweise 1936, als es um die Errichtung eines Kolonialreichs und dessen Verteidigung ging. Damals war „Menschenproduktion" angesagt. Aber auch vor nicht allzulanger Zeit, Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre, befürworteten konservative Regierungskreise erschwerte Zugangsbedingungen. Es war der Mangel an Arbeitskräften auf einem angespannten Arbeitsmarkt, der sie auf den Plan rief. Momentan denkt niemand an ein Abtreibungsverbot. Das kann sich jedoch – abhängig von ökonomischen und politischen Bedingungen – schnell ändern. Dann wird aus der vermeintlich frauenfreundlichen Großzügigkeit ein Zwang zum Gebären, wenn Frauen sowenig Zugang zu anderen sicheren Verhütungsmethoden haben. Das ist meines Erachtens das Gefährliche an der japanischen Situation. Das Recht auf Abtreibung ist fadenscheinig, ja zynisch, wenn es begleitet wird von Informationsverweigerung, Profitgier, sozial erzwungener Unmündigkeit von Frauen. Selbstbestimmung ist, wie „Japan – das Abtreibungsparadies" zeigt, mehr als freier Zugang zur Abtreibung. Und von Selbstbestimmung sind die Japanerinnen noch ebensoweit entfernt wie wir. Aber es gibt, wie wir nur allzugut wissen, auch keine Selbstbestimmung, wenn Abtreibung als elementares Frauenrecht nicht gewährleistet ist.

Christa Wichterich

Dankansprache anläßlich der Verleihung des „Journalistenpreises Entwicklungspolitik 1985"

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, Herr Minister, meine Damen und Herren,

zum ersten Mal in der zehnjährigen Geschichte dieses Journalistenpreises sind die beiden ersten Preise journalistischen Arbeiten über Frauen zuerkannt worden. Kein Zweifel: das Frauenthema ist salonfähig geworden. Grund zur Freude, denn dies signalisiert das Vordringen des Themas in eine breitere Öffentlichkeit.

Dekorative Funktionen durften die Frauen der Dritten Welt schon immer reichlich in unseren Medien wahrnehmen, auf Titelfotos von Zeitschriften, Illustrationen in Büchern, in Filmen – bunt, lachend, exotisch. Noch dem elendsten Slum wird durch grazile Frauengestalten ein gewisser Charme verliehen, das Lachen von Frauen und Kindern nimmt der Armut ihre Grausamkeit – zumindest auf Zelluloid. Sucht man aber in denselben Zeitschriften, Büchern und Filmen nach Informationen über diese Frauen, ihre Arbeitszusammenhänge, ihre Interessen, ihre Wahrnehmung gesellschaftlicher Verhältnisse und Entwicklungen, dann bleibt die Ausbeute hinter der schönen Fassade der Fotografie meist rar. Umgekehrt wird über Probleme der Entwicklung, von der Landverteilung bis zur Wasserversorgung, über die ökonomische und ökologische Krise im Süden immer noch ohne Hinweis darauf berichtet, daß Frauen in allen Bereichen anders und meist schwerer betroffen sind als Männer.

Im vergangenen Jahrzehnt, der von den Vereinten Nationen ausgerufenen Frauendekade, haben Entwicklungspolitiker, Wissenschaftler und Journalisten die Frauen der Dritten Welt „entdeckt", als Arbeitskräfte, als Mütter zu vieler Kinder, als Benachteiligte im Gesundheits- und Erziehungswesen, als von uralten Traditionen Unterdrückte.

Die „Unsichtbaren" wurden sichtbar. Und doch glaube ich nicht, daß die Frauen als ganze Personen entdeckt wurden, sondern nur ein Teil von ihnen, der passive, schwache, bedauernswerte – kurz: die Frauen als Opfer.

Wenn wir uns ein Haus vorstellen, dann können Gesellschaft und Entwicklung aus zwei Perspektiven wahrgenommen werden: aus dem Wohnzimmer – früher bezeichnenderweise bei uns Herrenzimmer genannt –, in das die Gäste geführt werden, oder aus der Küche. Die meisten Entdecker, die im letzten Jahrzehnt in der Dritten Welt am Werke waren, waren nie in der Küche; sie nahmen die Entwicklung aus dem Wohnzimmer wahr und die Frauen auch. Ihre Brillengläser verzerrten die Sicht: das eine durch den Ethnozentrismus der bürgerlich westlichen Kultur, das andere durch den Männerzentrismus der fremden Kultur. Als Zauberformel zur Befreiung der Frauen boten sie die „Integration in die Entwicklung" an, so als wären die, die in der Küche arbeiten, nicht an der Entwicklung beteiligt.

Das hier benutzte Bild von Wohnzimmer und Küche gilt auch für jede kleine Hütte – es geht um die Herangehensweise.

Es geht darum, ob Frauen nur zu Objekten entwicklungspolitischer Förderung gemacht werden, sei es als für die Geld- und Marktwirtschaft funktionalisierbare Arbeitskräfte, sei es als passive Nutznießerinnen von z.B. Gesundheitsversorgung, oder ob Frauen als Subjekte ernstgenommen werden mit eigenen Interessen, die sich primär auf das Überleben richten und keineswegs deckungsgleich mit denen ihrer Männer sind. Die Frage ist, ob die Frauen der nicht von ihnen bestimmten Entwicklung angepaßt werden, oder ob die Entwicklung ihnen angepaßt wird. Am Ende der UN-Frauendekade wurde diese Frage in Nairobi eindeutig beantwortet: Überall sind Frauen die Wasserträgerinnen der Entwicklung, nicht

aber die Entscheidungs- und Machtträgerinnen.
Unsere Wahrnehmung der Frauen des Südens primär als Opfer, oder besser: Opferlämmer steht in engem Bunde mit dem Topos der Tradition, mit dem wir Fremdes allzu leicht als rückständig und irrational etikettieren. Beide Klischees sind zweckdienlich, denn sie stilisieren uns als Vertreter der westlichen Kultur, des ökonomischen und technischen Fortschritts, der Moderne schlechthin zu Wissenden, zu Helfern, zu Rettern aus der Not. Die englische Diktion „uplifting of women" entlarvt schlagend die paternalistische Überheblichkeit. Diese Rollenzuweisung ist selbstgefällig und bequem zugleich: Sie schreibt einmal mehr die Kluft zwischen Erster und Dritter Welt fest und lenkt von den Widersprüchen in der eigenen Gesellschaft ab. Zurecht wird betont, daß die Frauen im Süden überall die Ärmsten der Armen sind; doch die Feminisierung der Armut trifft die nördliche Halbkugel ebenso wie die südliche. Und die moderne Entwicklung mit all ihrer Technologie und ihrem verführerischen Konsumangebot hat noch keine Gesellschaft dieser Erde von patriarchaler Unterdrückung und Diskriminierung befreit. Im Gegenteil: Sehr häufig hat das von uns exportierte Entwicklungsmodell viele Frauen in der Dritten Welt aus gesicherten sozialen und ökonomischen Positionen in der Subsistenzproduktion, in der dörflichen Wirtschaft, in der Großfamilie verdrängt, manche in eine nie gekannte Ausbeutung gestürzt, wie durch den Sextourismus in Südostasien, oder eine neue mörderische Mißachtung ihres Lebens bewirkt, wie beim Mitgiftsystem in Indien. Ganz offensichtlich ist der Fortschritt nicht geschlechtsneutral, denn er hat die meisten Frauen im Süden von der Technik, vom Landbesitz, vom Geld, von moderner Qualifikation ausgeschlossen; nur mit einem war er ihnen gegenüber unendlich großzügig: mit der Arbeit.

Auch ich begann vor zehn Jahren, in verschiedenen Ländern Asiens zu reisen und zu leben, mit dem Selbstbewußtsein einer mehr oder weniger emanzipierten Frau, in der Erwartung auf Millionen weiblicher Opfer zu treffen, denen ich vielleicht eine kleine Lektion Befreiungsbotschaft erteilen könnte. Die Begegnung mit Frauen in den Dörfern und in den Slums der Städte zog mir den sicheren Boden unter den Füßen weg. Nichts hat mich mehr überrascht als die Stärke dieser Frauen, ihre Kraft, jeden Morgen den Kampf ums Überleben aufzunehmen, ihre Energie für den sechzehnstündigen Arbeitstag, die Radikalität, mit der sie sich unter widrigsten Umständen zu wehren und zu organisieren beginnen. Überall tragen sie die Last des Fortschritts, ohne seine Früchte zu ernten.
Ich lernte diese Frauen als Kämpferinnen sehen, mit eigenen Interessen, mit sehr konkretem Wissen darüber, was sie wollen. Sie wissen um ihre Unterdrückung, ihre Ausbeutung, die Verachtung ihrer menschlichen Würde, auch wenn sie darüber schweigen. Und oft bedarf es nur eines winzigen Anstoßes, um ihre verschluckte Wut, ihr inneres Wissen umzusetzen in Widerstand. Das Forum '85 in Nairobi, zu dem sich zum Abschluß der UN-Frauendekade 13.000 Frauen trafen, hat vielfältig bewiesen, daß es eine eigenständige Frauenbewegung in vielen Ländern des Südens gibt, daß Frauen dort an eigenen Lebensentwürfen und einer selbstbestimmten Entwicklungsperspektive arbeiten.
Die Frauen in der Dritten Welt, denen ich begegnet bin, haben mir meine Fortschrittsgläubigkeit in Sachen Frauenfrage gründlich abgeschminkt. Shehanaz Sheik, eine junge Muslim-Frau aus Bombay, die völlig auf sich gestellt Klage beim Obersten Gerichtshof in Delhi gegen den indidschen Staat erhoben hat, weil die Frauenfeindlichkeit des geltenden islamischen Rechts dem Gleichheitsanspruch der indischen Verfassung widerspricht, hat zu mir gesagt: „Ich will kein Mitleid. Ich brauche niemand, der mir sagt: Du bist das Opfer, ich bin dein Retter. Ich brauche Mut!"
Die Frauen in Indien haben mir eine

Lektion in Vitalität und Kreativität erteilt. Ich habe von ihnen Mut gelernt und Wut. Und als ich von der Preisvergabe hörte, habe ich zwischen Freude und Wut geschwankt.
Ich sprach zu Beginn von der Salonfähigkeit des Themas – nur, was nützt den Frauen im Süden unser Salon? Der Preis bietet sich wunderbar als Feigenblatt an, um Blöße, Ignoranz und Gleichgültigkeit zu verhüllen. Jeder weiß, daß auch am Ende der Frauendekade die Frauenförderung die ungeliebte Stieftochter der Entwicklungspolitik geblieben ist. Bilaterale, multilaterale und die nationale Entwicklungspolitik vieler Länder der Dritten Welt, Regierungs- und Nicht-Regierungs-Agenturen sind hier eine unheilige Allianz eingegangen. Viel zu wenige Maßnahmen wurden für Frauen ergriffen und allzu oft auch noch die falschen. Kurz, aber nicht heftig war die Konjunktur der Frauenförderung.
Und jede der hier anwesenden Kolleginnen wird die Kämpfe mit Redakteuren in den Medien kennen, um Beiträge über Frauen unterzubringen. Geduld ist ja eine der am meisten geförderten weiblichen Tugenden, und so müssen wir dann warten, bis kein anderes Thema wichtiger, aktueller, heißer ist.
Dieser Preis als Nachschlag auf die Frauendekade ist mir nicht genug; ich gehe davon aus, daß das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit sich die von den Frauen aus der Dritten Welt geäußerten Entwicklungsvorstellungen zu eigen macht, statt die Frauenfrage in die Grabesstille der Akten zu befördern. Der Preis hätte eine hervorragende Funktion, wenn er ein Stück Entwicklungshilfe für das Bewußtsein vieler in unserem Lande leisten würde.
Jede und jeder von uns Preisträgern – und da spreche ich nun auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen – versteht den Preis als Aufforderung, am Thema zu bleiben und d. h., Bewußtsein zu entwickeln. Die Jury hat keine Stromlinienförmigkeit prämiert, sondern Beiträge, die versuchen, Zusammenhänge zu vermitteln, Ursachen verständlich zu machen, die widerständig sind gegen herrschende Meinungen und herrschende Politikstrategien. Wir danken ganz herzlich – und dies gilt noch einmal besonders für die Freiberufler unter uns – für die Rückendekkung, die Sie uns damit gegeben haben.

Simorgh – Women's Resource and Publication Centre

Die Suche – Eine alternative Perspektive für Frauen in Pakistan

Die Frauenbewegung muß mit den Bewegungen anderer unterdrückter Gruppen zusammenarbeiten, denn alle sozialen Bewegungen sollten einander im Prozeß gesellschaftlicher Veränderung beeinflussen.
Doch während sie mit anderen Bewegungen zusammenarbeitet, sollte die Frauenbewegung, vor allem die feministische, autonom bleiben, damit die Frauenbelange nicht den gleichzeitig stattfindenden anderen Kämpfen untergeordnet werden. Dieser Punkt muß betont werden, weil die Notwendigkeit einer autonomen Frauenbewegung sehr häufig lächerlich gemacht und angegriffen wird. Der Grund für diese Autonomie ist jedoch kein anderer als der für die Autonomie anderer unterdrückter Klassen. Wir unterstützen z.B. die Autonomie des Bauern- und des Arbeiterkampfes, die Autonomie von Klassen-, ethnischen und nationalen Bewegungen usw., denn wir meinen, daß eine unterdrückte Gruppe sich zunächst einmal selbst über den Charakter der eigenen Unterdrückung und die Strategien, sie zu bekämpfen, klarwerden muß.
Dies trifft in besonderem Maße für die Frauenbewegung zu. Ihr Ziel ist nicht

der Sieg einer Klasse über die andere, sondern ein Neudenken und Neustrukturieren aller Bereiche der Gesellschaft. Andere Gruppen können ihre Ziele im Patriarchat erreichen. Andere Klassen erkämpfen Siege, indem sie ihre Gegner unterwerfen oder vernichten. Die Frauenbewegung kann und will das nicht. Sie muß Klassen- und andere Unterschiede innerhalb der Bewegung lösen und überwinden. Sie muß die Grundlagen der Gesellschaft ändern. Sie muß die Gegner verändern. In diesem Sinne ist der Kampf der Frauen der schwierigste aller Kämpfe.

Wogegen kämpfen wir denn eigentlich? Rechte Kräfte tun ihr Bestes, um Frauen zu spalten und zu lähmen – zu Hause und bei der Arbeit –, und die Progressiven, die mit den Frauenrechten sympathisieren, nehmen die Pose patriarchaler Wohltätigkeit ein und weigern sich gleichzeitig, auf die vom Feminismus aufgeworfenen fundamentaleren Fragen einzugehen. Manchmal wird die Frauenbewegung sogar von Progressiven mehr mißverstanden und angegriffen als von den Rechten, die zumindest ehrlicher sind und zugeben, welche Bedrohung die Frauenbewegung für sie darstellt. Die Progressiven beschimpfen uns als elitär, als verwestlicht und als spalterisch; und sie weigern sich, den Feminismus als eine Kraft zu sehen, die eine grundlegende Veränderung in der Gesellschaft herbeiführen könnte. Oder vielleicht tun sie das doch. Vielleicht widerstrebt ihnen das so sehr, weil Frauen zum erstenmal eine eigene Weltsicht erarbeitet haben. Das ist allein schon eine Bedrohung, denn wenn die Kontrolle über die Erkenntnisproduktion verlorengeht, verlagert sich notwendig die Balance der Macht und in diesem Fall zugunsten von Frauen.

Wir haben absichtlich den Begriff Feminismus ins Spiel gebracht, im Gegensatz zu „Frauen", denn der Feminismus wird als Konzept noch häufiger mißverstanden als die Frauenbewegung und teilweise sogar von Frauen angegriffen. Aber was ist denn Feminismus?

In seinem Ansatz geht der Feminismus über legale und ökonomische Reformen, die Diskriminierung beseitigen wollen, hinaus und steht für eine Befreiung von jeglicher Unterdrückung durch den Staat, die Gesellschaft und die Männer. Dies schließt einen Kampf gegen die Unterordnung der Frau innerhalb des Hauses und gegen die Ausbeutung von Frauen durch die Familie, die Kultur und die Religion ein. Feminismus ist der Kampf für die Gleichheit, Würde und Entscheidungsfreiheit von Frauen mit dem Ziel, durch unsere eigene Macht unser Leben und unseren Körper innerhalb und außerhalb des Hauses selbst zu kontrollieren. Wir benutzen den Begriff „Macht" hier nicht als Form der Herrschaft über andere, sondern als Ausdruck innerer Kraft, das Recht, eigene Entscheidungen zu fällen und die Fähigkeit, soziale Prozesse zu beeinflussen und die Richtung sozialen Wandels zu bestimmen.

Mit anderen Worten: Feministinnen wollen alle Formen der Ungleichheit, Herrschaft und Unterdrückung beseitigen und eine gerechtere soziale und ökonomische Ordnung auf nationaler und internationaler Ebene schaffen. Obwohl der Feminismus auf Autonomie beharrt, versucht er doch, die feministische Perspektive in alle Bereiche des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens einzubringen, im Gegensatz zu den Gleichberechtigungsverfechtern, die oft dabei landen, doch wieder die Vorstellung von einer getrennten weiblichen Sphäre zu bekräftigen. Als Feministinnen orientieren wir uns auf grundsätzlichere Veränderungen und unterscheiden zwischen reformistischen Kämpfen und Strategien und radikaleren Veränderungen, die die Existenz und die Funktionsweise bestehender Institutionen in Frage stellen.

Feminismus ist deshalb weder östlich noch westlich. Er ist ein Prozeß der Veränderung, eine Idee, ein Traum, eine Suche, und insofern ist er genausowenig an nationale Grenzen gebunden wie andere Ideen. Die pakistanische Frauenbewegung und besonders die Feministinnen werden oft beschuldigt, elitär und verwestlicht zu sein und

eine „fremde Ideologie" gewaltsam zu importieren. Aber die feministische Idee ist nicht mehr und nicht weniger fremd und elitär wie viele andere Ideen, die zum besten Bestand unserer nationalen Kultur, unserer Politik und Ökonomie gehören. Als eine Vision ist sie nicht fremder als die Vision der Demokratie, des Parlamentarismus oder des präsidentialen Systems, der kapitalistischen Entwicklung, des Privateigentums an Grund und Boden oder der linken Theorie. Vielleicht wurde der Feminismus nicht in Lahore geboren (obwohl es immer Formen des Feminismus in unserer Geschichte gegeben hat), aber die Ost-Indische-Gesellschaft ebensowenig oder die industrielle Revolution oder J. J. Rousseau oder die Griechen, die Väter der Demokratie. Marx wurde nicht in Lahore geboren, und Lenin plante seine Revolution auch nicht in Gulberg. Ja selbst der Islam ist nicht auf diesem Boden gewachsen. Wie andere Denksysteme kam er als eine fremde Idee und Vision. Und was das Elitäre betrifft: die Frauen an der Spitze des Frauenkampfes sind nicht elitärer als diejenigen, die an der Spitze anderer Kämpfe stehen. Keine Bewegung, Gruppe, politische Partei, Gewerkschaft oder Bauernorganisation, zumindest in Pakistan, ist von den „Massen" initiiert worden, keine Vision hat Gefolgschaft gefunden ohne Visionäre – ist das elitär? Und keine Revolution ist ohne eine gewöhnlich höchst intellektuelle Führung ausgekommen. Dies trifft für den Islam als Vision zu wie für jede andere Weltanschauung auch.

Wir werden unislamisch geschimpft. Aber was ist denn der Islam? Ist der Islam eine Vision oder ist er nur eine rituelle Praxis? Falls das erste zutrifft, können wir nur von Gott beurteilt werden, wenn das zweite richtig ist, können vielleicht Menschen uns beurteilen. Der Geist des Islam kommt jedoch glücklicherweise von Gott. Er wendet sich an alle gläubigen Männer und Frauen, doch das Ritual und die Interpretation von Gottes Botschaft stammen von Männern. Frauen sind stets an religiöser Interpretation gehindert worden. Das ist kein Zufall, denn mit Ausnahme der ersten Jahre des Islam sind Frauen immer vom religiösen Diskurs ausgeschaltet gewesen. Dieser Ausschluß ist vielmehr Teil einer gezielten Politik, um Frauen aus den Zirkeln der Macht herauszuhalten und sie des Rechts zu berauben, ihr eigenes Leben zu kontrollieren. Sogar wenn Religion als Befreiungsideologie benutzt wird, sind Frauen und die feministische Dimension nicht angesprochen, und sogar da, wo der Islam erfolgreich eine Form der Befreiung herbeigeführt hat, beweist die Geschichte, daß Frauen weiter unterdrückt worden sind. Ein klassisches Beispiel dafür ist die jüngste Entwicklung im Iran.

Das muß sich ändern. Muslimische Frauen überall auf der Welt sind sich dessen bewußt. Langsam aber sicher finden sie sich zusammen, um die Situation herauszufordern und für sich das Wesen der Befreiungsbotschaft, das Wesen ihrer selbst und das Wesen von Gerechtigkeit zu retten.

Positionspapier pakistanischer Feministinnen vom März 1986, die sich zur Gruppe Simorgh zusammengeschlossen haben.
Die Übersetzung aus dem Englischen machte Christa Wichterich.

Christa Wichterich

Die dreifache Unterdrückung schwarzer Frauen im Apartheidsystem

Das Gespräch mit Gertrude Shope führte Christa Wichterich Ende Juli 1985 in Nairobi, Kenia, wo Gertrude die Delegation des African National Congress bei der 3. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen leitete.

Wie würden Sie die Situation der schwarzen Frauen in Südafrika beschreiben?

Ich habe große Schwierigkeiten zu vermitteln, was es heißt, eine Afrikanerin unter der Apartheid zu sein. Wir teilen mit unseren schwarzen Schwestern die Erfahrung des Rassismus, mit Frauen aus kolonisierten Ländern die Erfahrung nationaler Unterdrückung und mit Frauen in vielen Gesellschaften die Erfahrung sexistischer Benachteiligung und Ausbeutung. Apartheid ist eine Kombination von all dem und ist mehr als die Summe dieser Teile.

Sie haben von einer dreifachen Unterdrückung schwarzer Frauen gesprochen. Wie sieht die konkret aus?

Die afrikanischen Frauen stehen unter einem totalen Bann, der ihnen verbietet, in die Städte zu gehen, sei es um zu arbeiten oder ihre Familie zu begleiten. Dieser Bann, der durch ein Gesetz von 1964 verhängt wurde, bedeutet, daß 80% keine andere Wahl haben als ein einsames Leben in den überfüllten, ärmlichen ländlichen Slums zu führen, die Bantustans genannt werden. Selbst wenn eine Frau ihren Mann in der Stadt besuchen will, braucht sie ein Dokument, mit dem eine entsprechende Behörde ihr die Erlaubnis erteilt, die Stadt zu betreten, aber gleichzeitig den Zeitpunkt festlegt – meist nach 72 Stunden –, wann sie die Stadt wieder verlassen muß. Wir nennen uns schwarze Frauen deshalb Menschen, die erfaßt sind, abgestempelt und datiert.

Die zweite Unterdrückung betrifft südafrikanische Frauen als Arbeiterinnen. Die Glücklichen, die erwerbstätig werden können, bekommen nur die am schlechtesten bezahlten Jobs. Die meisten arbeiten als Haushaltsangestellte oder in landwirtschaftlichen Betrieben und diese beiden Sektoren unterliegen keinen gesetzlichen Schutzbestimmungen. Viele, die in der Landwirtschaft arbeiten, werden in Naturalien bezahlt, bekommen eine halbe Tüte Mais, eine Viertel Büchse Bohnen oder halbverdorbene Tomaten als Teil ihres Lohns. Das alles wird zusammengerechnet und vielleicht noch die Paar Schillinge, die die Frauen in einem Haushalt verdienen, und von den Einkommen ihrer Männer abgezogen, die in der Stadt arbeiten. Oft werden die Frauen auch in Arbeitsverträge hineingezwungen, die ihnen nicht erlauben, ihre Kinder, nicht einmal Babies, mitzubringen. Manchmal werden sie dazu aufgefordert, dafür zu sorgen, daß sie in der Vertragszeit nicht schwanger werden.

Die dritte Unterdrückung geht von einigen Gesetzen aus, die Frauen als „unmündig" bezeichnen und sie immer abhängig von einem Mann machen. Das kann der Ehemann sein oder der Vater oder auch irgendein männlicher Freund, der dann der Vormund ist. Afrikanischen Frauen ist es nicht erlaubt, irgendwelche finanziellen Geschäfte zu machen oder ein Eigentum zu erwerben, weil sie eben unmündig sind.

Wie sind die schwarzen Frauen medizinisch versorgt?

Die einzige medizinische Versorgung, die afrikanische Frauen kostenlos bekommen können, ist das, was euphemistisch „Familienplanung" genannt wird. Wir betrachten es als Genozid. Das Regime tötet uns auf verschiedene Art und Weise. Viele Leute sterben im Gefängnis, viele Kinder sterben in ihrem ersten Lebensjahr, manche vor der

Geburt. Aber damit sind sie immer noch nicht zufrieden. Sie sind besorgt über die Zahl der Schwarzen und vergessen, daß sie uns hier vorfanden und daß wir deswegen mehr sind als sie. Sie sind besorgt über das, was sie „Bevölkerungsexplosion" nennen und die wollen sie bremsen. Eine Methode dazu ist, jungen Frauen das Recht zu verweigern, Kinder zu gebären – die Geburten zu kontrollieren.

Wie wird das gemacht?

Z. B. wenn eine Frau sechs Wochen nach einer Geburt zur Routineuntersuchung kommt, bekommt sie eine Drei-Monats-Spritze, Depo-Provera von Upjohn, ohne daß sie weiß, was das ist. Viele unserer Frauen leiden unter starken Nebenwirkungen wie Kopfschmerzen, Anschwellen des Körpers, und ich glaube, auch spätere Unfruchtbarkeit oder Mißbildungen von Kindern sind Folgen davon. Weiße Arbeitgeber schicken ihre Angestellten zu mobilen Geburtenkontrollkliniken. Die Frauen werden zur Sterilisation aufgefordert und in vielen Fällen wird diese durchgeführt, ohne Zustimmung der Frauen. Bescheinigungen vom Familienplanungsdienst werden oft als Voraussetzung für eine Anstellung verlangt.
Zur gleichen Zeit werden weiße Frauen ermuntert, „ein Kind für Botha" oder für die Republik zu bekommen. Es ist eine ganz systematische, kalkulierte Kampagne. Wissenschaftler haben bereits genau festgelegt, wieviel Millionen Schwarze weniger es bis zum Jahr 2000 geben soll. Was ich hier beschrieben habe, erinnert mich sehr an die Methoden der Nazis.

Und wie ist die Stellung der Frauen im ANC? Gibt es eine geschlechtliche Arbeitsteilung in der Organisation?

Die Zahl der Frauen ist sehr niedrig auf der Führungsebene, aber wir haben drei Frauen in der nationalen Exekutive und wir haben Botschafterinnen, z. B. in Frankreich. Aber unsere Frauen leisten sehr wichtige Arbeit in den verschiedenen Abteilungen des ANC, nur auf Quotierung in unseren Büros liegt zur Zeit nicht unsere Priorität. Unsere Priorität ist nationale Befreiung und dabei sind Frauen in die Arbeit der ganzen Organisation zu integrieren, während wir kämpfen. Damit, wenn wir die Unabhängigkeit erlangen, nicht die Notwendigkeit besteht, daß wir uns hinsetzen und diskutieren müssen, wie wir Frauen in gleiche Positionen wie Männer bringen können. Das geschieht bereits während des Kampfes, auf der politischen Ebene, auf der militärischen Ebene, auf der pädagogischen Ebene und überall.

Hinweise zum Weiterlesen:

KUZWAYO, Ellen: Mein Leben. Frauen gegen Apartheid, Orlanda Frauenverlag, Berlin 1985
LIPMAN, Beate: Wir werden uns befreien. Frauen in Südafrika, Sammlung Luchterhand, Neuwied 1986
MANDELA, Winnie: Ein Stück meiner Seele ging mit ihm, roro aktuell, Reinbeck 1985

Ethnologinnentagung in Zürich (22.-25. Mai 1986)

Eine Kritik von
Ethnologiestudentinnen aus Köln

Unter dem Titel „Frauen in der Ethnologie – zur kulturellen Konstruktion von Frauenbildern" fand dieses Jahr zum vierten Mal ein Treffen deutschsprachiger Ethnologinnen statt. Schon in der Form der Ankündigung und in der Umbenennung des Treffens in „Tagung" deuteten sich Tendenzen an, mit denen sich offenbar auch Frauen in anderen Disziplinen zur Zeit auseinandersetzen (siehe letztes Historikerinnen- und Literaturwissenschaftlerinnen-Treffen etc.). Im Verlauf der Züricher Tagung kam es zur Frontenbildung, eisiger Stimmung und sogar zum zeitweiligen Auszug ganzer Gruppen aus dem Plenum. Waren die bisherigen Treffen jeweils von Studentinnen organisierte, offene Austauschforen für engagierte Frauen, so setzte die Züricher Vorbereitungsgruppe, dominiert von Dozentinnen des Fachbereichs „Frauenforschung in der Ethnologie", diesmal auf eine Fachtagung im großen Maßstab. Mit mehr als zwanzig Referentinnen wurde uns ein großes Fressen serviert, das hieß von früh bis spät konsumieren, ohne genug zu haben, die aufgeworfenen Thesen und Fragen, die zum Teil schwerwiegende Angriffe auf feministische Grundsätze bedeuteten, wirklich zu verdauen und zu diskutieren.

Es wurde sehr schnell deutlich, daß zwischen dieser Form der Tagung und den Inhalten, die als neuester Trend der Frauenforschung präsentiert wurden, offensichtlich ein Zusammenhang besteht und zwar insofern, als es sich um eine Anpassung an herr-schendes Wissenschaftsverständnis und -gebaren handelt. Genau dieser Anpassungsmechanismus ist auf dem Hintergrund der zunehmenden Institutionalisierung von Frauenforschung als historisch endlich überwundene Phasen dargestellt. Zu den nun ausrangierten Vorläufen gehört die Arbeit engagierter Wissenschaftlerinnen, die sich darangemacht haben, die männliche Voreingenommenheit ethnographischer Daten und ethnologischer Theorien zu entlarven (bekannt unter dem Stichwort „male bias"). Des weiteren wurden Arbeiten, die sich bemühen, dezidiert feministische Theorien und Methoden zu entwickeln, (z.B. der Ansatz von M. Mies, C. v. Werlhof, V. Bennholdt-Thomsen u.a.), als „ökonomistisch verkürzt" und „engstirnig feministisch" bezeichnet, (seit Zürich zu subsumieren unten dem Begriff „female bias").

Wir befinden uns nun also im Aufbruch zu einer „holistischen Frauenforschung". Was darunter zu verstehen ist, wurde nicht genau formuliert, die Tendenz war jedoch klar: Ziel dieser Herangehensweise ist es, sich von feministischer Forschung abzugrenzen; die Frau als Gegenstand ethnologischer Forschung jedoch zu etablieren. Die postulierte „ganzheitliche" Sichtweise stellt in neuverstandener Gleichberechtigung z.B. dem vielzitierten lateinamerikanischen Machismo einen sogenannten Marianismo der Frau komplemantär gegenüber. Indem gleichzeitig politische und ökonomische Rahmenbedingungen außer Acht gelassen werden, erübrigt sich die Parteinahme der Forscherin für die Frauen.

Wir sehen darin eine Rückkehr zum schon totgeglaubten, „wertfreien" Kulturrelativismus, der Unterdrückungsverhältnisse ignoriert, bzw. mit Konstrukten wie z.B. „Kultur der Armut" und jetzt also „Kultur der Frau" diese verschleiert. Der neue holistische Ansatz soll nun auch Männern endlich das Instrument bieten, Frauenforschung zu betreiben.

Konsequent in diesem Sinne war, daß Männer bei der Eröffnungsveranstaltung anwesend waren. „Wir sind soweit, daß wie wieder mit Männern können", war der Satz, der bei den völlig überraschten Teilnehmerinnen die größte Empörung auslöste, insbesondere als sich erst zwei Tage später herausstellte, daß die Zulassung der Männern mit 4000 SFr. Zuschuß von der Schweizer Ethnologischen Gesellschaft erkauft worden war.

Es war tabu, in den Diskussionen der Frage nachzugehen, inwieweit die neuen Positionen mit der zunehmenden Etablierung der Forscherinnen in den Wissenschaftsbetrieb zusammenhängen.
Soll Frauenforschung hoffähig gemacht und ihres wissenschaftskritischen Stachels beraubt werden? Oder geht es um private Profilierung? Oder ist es die Angst vor dem Vorwurf, Feminismus sei Kulturimperialismus, der genau den wundesten Punkt unseres ethnologischen Selbstverständnisses trifft?
Auch diese letzte Frage wurde nicht sachlich diskutiert, löste jedoch genauso wie der gegenseitige Vorwurf des Rassismus die größte Betroffenheit und Emotionalisierung aus. Daß Feminismus und Kulturimperialismus nicht ohne weiteres gleichzusetzen sind, zeigt sich wohl deutlich darin, daß es nicht nur in der westlichen Welt Feministinnen gibt.
Die Frage des Rassismus ist jedoch ein wichtiges Thema, in dem offensichtlich riesige Sprengkraft steckt. Im Vergleich zu anderen Ländern taucht das Problem im deutsch-sprachigen Raum relativ spät auf. Während z.B. in Holland kaum noch Tagungen ohne Beteiligung von Frauen aus der sogenannten „Dritten und Vierten Welt" stattfinden, waren in Zürich die weißen Frauen – bis auf eine Ausnahme – unter sich.
Das Zusammensein und die Auseinandersetzung mit Frauen aus anderen Ländern wären aber Grundvoraussetzungen dafür, unseren Rassismus zu diskutieren und die damit verbundene Angst und Bedrohlichkeit anzugehen.
Wir meinen, daß dies nicht durch eine Welt-Fach-Frauen-Konferenz mit Simultanübersetzung zu leisten ist, wie aus lauter schlechtem Gewissen ernstlich stundenlang diskutiert wurde.
Am Ende deutete sich eine Spaltung an zwischen den Frauen, die für eine Fachfrauenkonferenz plädierten und denjenigen, die die Treffen alten Stils wiederhaben wollten. U.E. besteht die Gefahr, daß diese Art der Auseinandersetzung zu einer Spaltung führt, der bequemeren Lösung, zu weiteren Diskussionen ausweichen.

Jacquline Crawford, Sophie Hennis, Michi Knecht, Petra Leber, Wera Reusch

Rezension

Cornelia Edding

Einbruch in den Herrenclub

Von den Erfahrungen, die Frauen auf Männerposten machen.
rororo Nr. 5251 (Frauen aktuell), Reinbek 1983, Preis: DM 25,–

Als selten, tüchtig, ehrgeizig und ungemein durchsetzungsfähig und erfolgreich werden sie von den Medien präsentiert: die Frauen in Männerberufen und jene, denen es gelungen ist, auf eine Hierarchieebene vorzudringen, ab welcher man(n) allmählich anfängt, Frauen automatisch für die Assistentin oder Sekretärin (eines selbstverständlich männlichen Chefs) zu halten. Als Aushängeschilder einer berufsbezogenen Leistungsgesellschaft, in der Männer und Frauen vollständig gleichberechtigt sind, übermitteln sie die Botschaft, daß auch Frauen den Marschallstab im Tornister tragen. Wie sieht die Wirklichkeit dieser Ausnahmefrauen tatsächlich aus, wenn sie nicht so prominent wie Petra Kelly und auch nicht ganz so werbewirksam wie die Modepäpstin Jil Sander sind und beispielsweise den Beruf einer Professorin für Regelungstechnik, einer Industriepfarrerin oder Kriminaloberrätin ausüben oder als Autoverkäuferin, Fernmeldehandwerkerin, Führungskräftetrainerin oder Rechtsanwältin arbeiten?
Cornelia Edding hat neunzehn solcher mehr zufällig ausgewählter Frauen auf Karriereposten und in Männerberufen im Alter zwischen 22 und 59 Jahren befragt und die Interviews mit kommentierenden Zwischentexten versehen in einem rororo-Taschenbuch zusammengestellt. Was sich in dem Band zu einem Gesamteindruck zusammenfügt – dies gleich vorab – ist nicht das Bild einer elitären Avantgarde, die sich von tradierten Berufs- und Geschlechterrollen souverän befreit und ihre weniger emanzipierten Geschlechtsgenossinnen hinter Kochtöpfen und Schreibmaschinen zurückgelassen hätte. Goldenen Hausfrauenkäfigen und der Enge weiblicher Erwerbsdomänen entronnen, sind die meisten von ihnen – so scheint mir nach der alles in allem eher ernüchternden Lektüre – nicht *in den,* sondern in ganz anderem Wortsinn *im* Herrenclub eingebrochen, wo sie sich mit den vorgefundenen Verhältnissen mehr schlecht als recht arrangieren (müssen). Zur Frauenwelt, der Familie und den klassischen Frauenberufen, sind die Brücken abgebrochen. Von der üblichen Verkäuferin oder einfachen Schreibkraft trennen diese Frauen genauso Welten wie von der Frauenbewegung. Zu männlichen Lebenswelt des Berufs ist der Anschluß auch nicht recht gefunden. So haben sich diese gar nicht so selbstbewußten Frauen zwischen alle Stühle gesetzt, um ausgerechnet von dort aus die Stellung zu halten. Auf Männerposten – auf verlorenem Posten!
Einige Befragungsergebnisse sind als wichtig festzuhalten: Auf den ersten Blick „untypische" Berufs- und Lebenswege stellen sich fast immer als individuell-biographische Zufälligkeiten heraus und erweisen sich bei näherer Betrachtung keineswegs als die von Anfang an geplante Abweichung von der weiblichen Normalbiographie. Die Berufswahl signalisiert weder eine bewußte Ablehnung der traditionellen Frauenrolle noch steht sie für eine rationale Entscheidung gegen die Konvention der frauentypischen Sekretärinnen- und Lehrerinnentätigkeiten.
Was Familienstand und Privatleben anbelangen, so war nur eine Minderheit von vier Frauen verheiratet, von diesen wiederum hatte eine einzige Kinder. Diese Frauen gaben sich außerhalb des Arbeitsplatzes betont anlehnungsbedürftig und feminin – fast so, als wollten sie ihr „unkonventionelles" Verhalten im Beruf mit übertriebenem Konservatismus im Privaten wieder gut machen. Die Mehrheit der Alleinstehenden dagegen beklagte, schon beinahe zwanghaft bemüht zu sein, ständig „ih-

ren Mann zu stehen" und von den im Beruf antrainierten Verhaltensweisen und Grundeinstellungen auch in der wenigen noch verbleibenden Freizeit nicht mehr loszukommen.
Korrigiert werden verbreitete Klischeevorstellungen über weibliche Karrieremöglichkeiten in ehemaligen Männerreservaten. Tatsächlich bewegen Frauen„karrieren" sich selbst in den vergleichsweise privilegierten Laufbahnpositionen und scheinbaren Erfolgsberufen im eher bescheidenen Rahmen ausgegrenzter Kompetenznischen mit Sackgassenperspektive. Dort werden sie an den Maßstäben von Männerdiskurs und Weibertratsch gemessen und müssen an ihrem Arbeitsplatz oft erheblich besser sein als jeder Vorgänger und Kollege, um als „fast so gut" zu gelten wie er.
„Weiblichkeit" im Beruf ist bei Mitarbeiterinnen, Kolleginnen und ganz besonders bei Frauen als Vorgesetzten von der Männerwelt prinzipiell nicht gefragt. Allenfalls dann, wenn Sex-Appeal und optische Attraktivität sich, wie bei der Autoverkäuferin, umsatzsteigernd einsetzen lassen und dem Unternehmen nebenbei zu einem fortschrittlichen und frauenfreundlichen Firmenimage verhelfen, sind weibliche Reize auch dort willkommen, wo sonst nur „der richtige Mann an der richtigen Stelle" zählt.
„Feminismus" ist umgekehrt für die meisten dieser Frauen gleichbedeutend mit „Männerfeindlichkeit" – und die wäre in ihrer Situation in der Tat glatter Selbstmord. Nach ihren Überlebensrezepten gefragt, nennen die Frauen „durchhalten", „als Frau nicht negativ auffallen" und „von den Männern lernen". „Anpassung und Integration um jeden Preis" heißt die Devise. Aus den Gesprächen ist indirekt zu entnehmen, daß die betroffenen Frauen teilweise selbst an die Unterwertigkeit der eigenen Leistung und an ihre angeblich geringere berufliche Belastbarkeit zu glauben beginnen und im Laufe ihrer beruflichen Sozialisation frühzeitig anfangen (müssen), „den kleinen Unterschied" für die natürliche und bis zu einem gewissen Grad gerechte Ursache ihrer Benachteiligung zu halten. Wo diese Bewältigungsmechanismen und Rationalisierungen versagen, wird zum Geschlechterkampf aufgerüstet.
Wenn schon nicht unter den Männern, so wollen die Frauen in Männerberufen wenigstens unter den Frauen etwas Besonderes sein (dürfen). Aus diesem Grund ziehen sie Grenzen da, wo die Verwandschaft qua Geschlecht und die Gemeinsamkeit der Probleme nach Solidarität mit anderen Frauen geradezu schreien, und neigen zu schier grenzenloser Loyalität und blauäugigem Konformismus da, wo kritische Distanz und ein skeptischer Umgang mit den Regeln und Ritualen einer männlich geprägten (Berufs-)Arbeitswelt am Platze wäre.

Bei der Arbeit am Buch kamen der Herausgeberin, wie sie in einer Art Nachwort eingesteht, zunehmend Bedenken, ob mit den darin ausgebreiteten Erfahrungstatsachen Frauen Mut zum Ergreifen eines Männerberufs und zum Sturm auf ehemalige Männerbastionen gemacht werden *kann*. Mir als Leserin kamen angesichts der Pyrrhussiege einiger Einzelkämpferinnen viel grundsätzlichere Zweifel daran, ob man (und ganz besonders frau anderen) Frauen hierzu überhaupt Mut machen *soll,* und ich frage mich, was an tagtäglichen Diskriminierungen am Arbeitsplatz und Zumutungen im Beruf noch alles passieren muß, bis diese auf den ersten Blick so ungewöhnlich couragierten Frauen das Spiel mit verdeckten Karten, zweierlei Maß und doppelter Moral nicht mehr mitspielen und selbst anfangen, die Karten neu zu verteilen und die geltenden Spielregeln (wenigstens mit)zu bestimmen.
Sind Frauen Berufe wirklich zu wünschen, die ihnen wesentliche Teile ihrer Erwachsenen-Identität versagen? Wie zumutbar ist ihnen auf Dauer die Teilhabe an einem Berufssystem, das so organisiert ist, daß Kinder darin keinen Raum haben und in dem auch Ehe- und Lebenspartner nur soweit vorkommen, wie sie für den berufstätigen Teil Rückenfreihaltefunktionen erfüllen?

Wie frauen- (und menschen-) gerecht ist eine berufliche Sozialisation, die in der Hauptsache darauf angelegt ist, Frauen auf männliche Berufsanforderungen zuzurichten und angeblich geschlechtsbedingte Defizite solange zu „kompensieren", bis die Frauen „ungefähr" auf dem Stand der Männer sind (und dann letztlich doch immer zweite Wahl bleiben)? Welcher Erfolg, so frage ich mich nach der Lektüre weiter, ist auf dem Wege zur Gleichberechtigung im Beruf errungen, wenn sich hinter der Fassade gleicher Zugangsrechte und egalitärer Beteiligungschancen geschlechtsspezifische Diskriminierungen weiterhin durchsetzen und die im Berufsalltag praktizierten Sexismen sich nur auf immer subtilere Ebenen faktischer Ungleichbehandlung verschieben, wo sie dem Geltungsbereich einklagbarer Chancengleichheitsgarantien entzogen sind? Und wie – schließlich – steht es mit der moralischen Vertretbarkeit und politischen Wünschbarkeit von Frauenförderungsprogrammen, wenn die angestrebte Öffnung ehemals typischer Männerberufe gerade soweit reicht, wie die Begehrlichkeit der Frauen nicht mit männlichen Interessen an Besitzstandswahrung und Privilegienerhalt kollidiert?

Ich möchte den „Herrenclub" deshalb zum Anlaß nehmen und eine *These* aufstellen, die der Diskussion um „Frauen in Männerberufen" möglicherweise eine neue Aktualität geben und die Debatte um einen m.E. bislang vernachlässigten Aspekt erweitern könnte. Demzufolge sind jene Frauen, die unter den gegenwärtigen Bedingungen alles daran setzen, es den Männern gleich zu tun und als Frau in sogenannten Männerberufen erst recht „wie ein Mann" zu funktionieren, in Wirklichkeit nicht die Emanzipierten, sondern mindestens genauso konservativ wie die Frauen in den gängigen Frauenberufen. Mit ihrer Bereitschaft, sich letzten Endes doch mit den weniger aussichtsreichen und schlechter bezahlten Männertätigkeiten und den gesellschaftlich weniger angesehenen Posten zufrieden zu geben, tragen sie gewollt oder ungewollt zum Weiterbestand der derzeitigen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung bei und stabilisieren bestehende Ungleichheitsverhältnisse.
Gleichzeitig nehmen sie hin, daß fast ausschließlich Männer es sind, die das Spektrum weiblicher Erwerbs(beteiligungs)chancen und Karrieremöglichkeiten abstecken und die Kriterien festsetzen, nach denen die Arbeit von Frauen bewertet wird. Absolventinnen von Modellmaßnahmen, die Statistiken schönen und Frauenquoten unter künstlich geschaffenen Sonderbedingungen anheben, lassen ebenso wie eine Handvoll Ausnahme- und Alibifrauen mit sich Staat und weiterhin (Männer-)Politik machen. Als publikumswirksame Repräsentantinnen einer oberflächlich realisierten Chancengleichheit sind sie argumentativ benutzbar und wie die Danaergeschenke wohlmeinender Förderprogramme von interessierter Seite leider auch als vorzeigbare Legitimation der politischen Fiktion zu mißbrauchen, als sei die Gleichberechtigung von Frau und Mann – auch auf beruflichem Sektor – bereits vollständig und lückenlos verwirklicht. Mit diesem quasi-empirischen Argument können weitere Anstrengungen in dieser Richtung als überholt und entsprechende Forderungen als obsolete Zeugnisse anhaltender feministischer Ver-rücktheit diskreditiert werden.
Dies ist kein Aufruf an die Frauen, die sogenannten Männerberufe (oder die Teilhabe am Berufsleben überhaupt) zu boykottieren. Ein Plädoyer für eine feministische Verweigerung wäre in diesem Fall m.E. ebenso realitätsfern und kurzsichtig wie im Ergebnis gleichlautende Stellungnahmen aus der konservativen Frauenöffentlichkeit und aus dem patriarchalischen Lager, die Frauen aus anderen Gründen von einer Berufstätigkeit fernhalten wollen.
Auf dem Hintergrund mittelbarer und unmittelbarer eigener (berufs-)biographischer Erfahrungen – ich war zu Beginn meiner Berufstätigkeit Dozentin an einer Management-Akademie, also eine Zeitlang selbst Mitglied im „Herrenclub", und habe vor einiger Zeit

eine sozialwissenschaftliche Begleitforschungsstudie zur Wiedereingliederung von Frauen in gewerblich-technische Berufe[1] abgeschlossen – meine ich, daß Kochtöpfe am heimischen Herd, Schreibmaschinen in Büros und Restposten in Männerberufen nicht mehr die Alternativen sein dürfen, die Frauen in Zukunft angeboten werden. Ihnen müssen ebenso qualifizierte Tätigkeiten offen stehen wie den Männern, und auch Frauen sollen beides gleichzeitig und ohne Selbstausbeutung haben können, einen „guten" Beruf und eine eigene Familie.

Bücher, wie das hier besprochene – es gibt mittlerweile eine ganze Reihe, die sich teils kritischer und grundsätzlicher mit dieser Thematik auseinandersetzen[2] – können zweifellos die fachöffentlich geführte Diskussion in Gang halten. Solange sie im wesentlichen jedoch nur individuelles „muddling through" mehr oder weniger gut angepaßter Frauen beschreiben und die Ausführungen im Grundtenor mehrheitlich darauf hinauslaufen, weibliches Engagement in Männerberufen als umso geglückter darzustellen, je reibungsloser und perfekter die Nachahmung (schlechter) männlicher Berufspraxis im Einzelfall gelingt, sind solche Buchveröffentlichungen m.E. nur bedingt geeignet, gesellschaftlich übertragbare und verallgemeinerungsfähige Lösungsmodelle aufzuzeigen. In ihrem über weite Teile affirmativen und rein deskriptiven Charakter verstellen sie eher den Blick für die notwendige Neuordnung der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Sie greifen zu kurz, um neue Perspektiven beruflicher Arbeit zu entwerfen, deren Ziele und Strukturen die unsinnige Trennung zwischen „Männer-" und „Frauen"berufen hinfällig machen werden.

Doris Lucke

Anmerkungen

1) Die Untersuchung, deren vollständiger Arbeitstitel lautete: "Erfolgsbedingunge für den beruflichen Wiedereinstieg von Frauen – betriebliche, familiäre und erwachjsenenpädagogische Aspekte" soll 1986 in der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit (BMJFG) bei Kohlhammer, Stuttgart u.a., erscheinen.

2) Stellvertretend sind hier zu nennen: E. BOCK-ROSENTHAL u.a., 1978: Wenn Frauen Karriere machen, Frankfurt, M. FABRICIUS-BRAND u.a. (Hg.), 1982: Juristinnen, Berlin, S. BERGHAHN u.a. (ØHg.), 1984: Wider die Natur? Frauen in Naturwissenschaft und Technik, Berlin, S. PAPE-SIEBERT, 1984: Genug gejammert!, Bonn, B. STIEGLER (Hg.), 1985: Blaumann über der Schürze. Über die Chancen für Frauen in technischen Berufen, Bonn

Autorinnen

Veronika Bennholdt-Thomsen, 41 Jahre, einen Sohn von 5 Jahren, Anthropologin und Soziologin, arbeitete und lebte lange Jahre in Mexiko. 1980–81 Koordinatorin des Postgraduierten Programms: „Women and Development" am Institute of Social Studies, Den Haag; jetzt Professorin auf Zeit an der Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld.

Kathrin Braun, 26 Jahre, Sozialwissenschaftlerin, Frauengruppe der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg, z. Zt. ABM Netzwerk.

Cornelia Giebeler, 30 Jahre, wissenschaftliche Mitarbeiterin, soziologische Frauenforschung, Fakultät für Soziologie Bielefeld; zuvor HPM in der Bildungsarbeit. Interessen- und Arbeitsschwerpunkte: Macht und Institutionen, Frauenerwerbslosigkeit, Wissenschaft und Frauen.

Adrienne Goehler, geb. 1955, Diplompsychologin in spe, Mitgründerin der GRÜNEN, des 1. Hamburger Piratensenders Radio Querfunk, der Gruppe „Herzensbildung". Initiatorin der „Frechen Frauen" und des Projekts Frauenliste; wird ab November '86 der ersten Frauenfraktion in der Geschichte des Parlamentarismus – auf Länderebene – angehören, dort hauptsächlich für Kultur- und Frauenpolitik zuständig sein. Seit 1973 in den unterschiedlichsten politischen Zusammenhängen tätig, Grenzgängerin.

Nevâl Gültekin, 35 Jahre, geb. in Istanbul in der Türkei und verbrachte dort ihre ersten 20 Jahre. Kam 1971 zu Studienzwecken in die Bundesrepublik, Soziologie-Studium in Frankfurt, Mitarbeit in verschiedenen Frauenprojekten u.a. als wissenschaftliche Mitarbeiterin; freie journalistische Tätigkeit; seit fünf Jahren hauptsächlich in einem Zentrum für ausländische Frauen in Frankfurt engagiert, das sie mitbegründet hat.

Barbara Holland-Cunz, 28 Jahre, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Germanistik, lebt z. Zt. von einem Stipendium und promoviert über feministische Utopie und politische Theorie an der Universität Frankfurt/Main.

Heidrun Kaupen-Haas, geb. 1937, Soziologiestudium in Köln, Geschäftsführende Direktorin des Instituts für Medizin-Soziologie, Universitäts-Krankenhaus Eppendorf, Hamburg. Arbeitsschwerpunkte: Gesundheits-, Sozial- und Bevölkerungspolitik im Dritten Reich und in der Dritten Welt.

Elke Kiltz, 34 Jahre, Germanistin (auf dem 2. Bildungsweg nach einer land- und hauswirtschaftlichen Ausbildung), Mitarbeiterin beim Frankfurter Frauenblatt, Fraktionsassistentin der Fraktion der Grünen im Römer.

Elisabeth C. Kremer, 28 Jahre, Sozialwissenschaftlerin, Frauengruppe der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg, z. Zt. post graduierten Studium in Boston.

Beate Leddin, 29 Jahre, eine Tochter 4 Jahre, erwerbslose Lehrerin, Fächer: Sozialkunde/Politik und Mathematik, Frauengruppe der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg.

Claudia Pinl, geb. 1941, Journalistin, arbeitet seit 1984 in Bonn, z. Zt. als Mitarbeiterin des AK Frauenpolitik der Grünen im Bundestag.

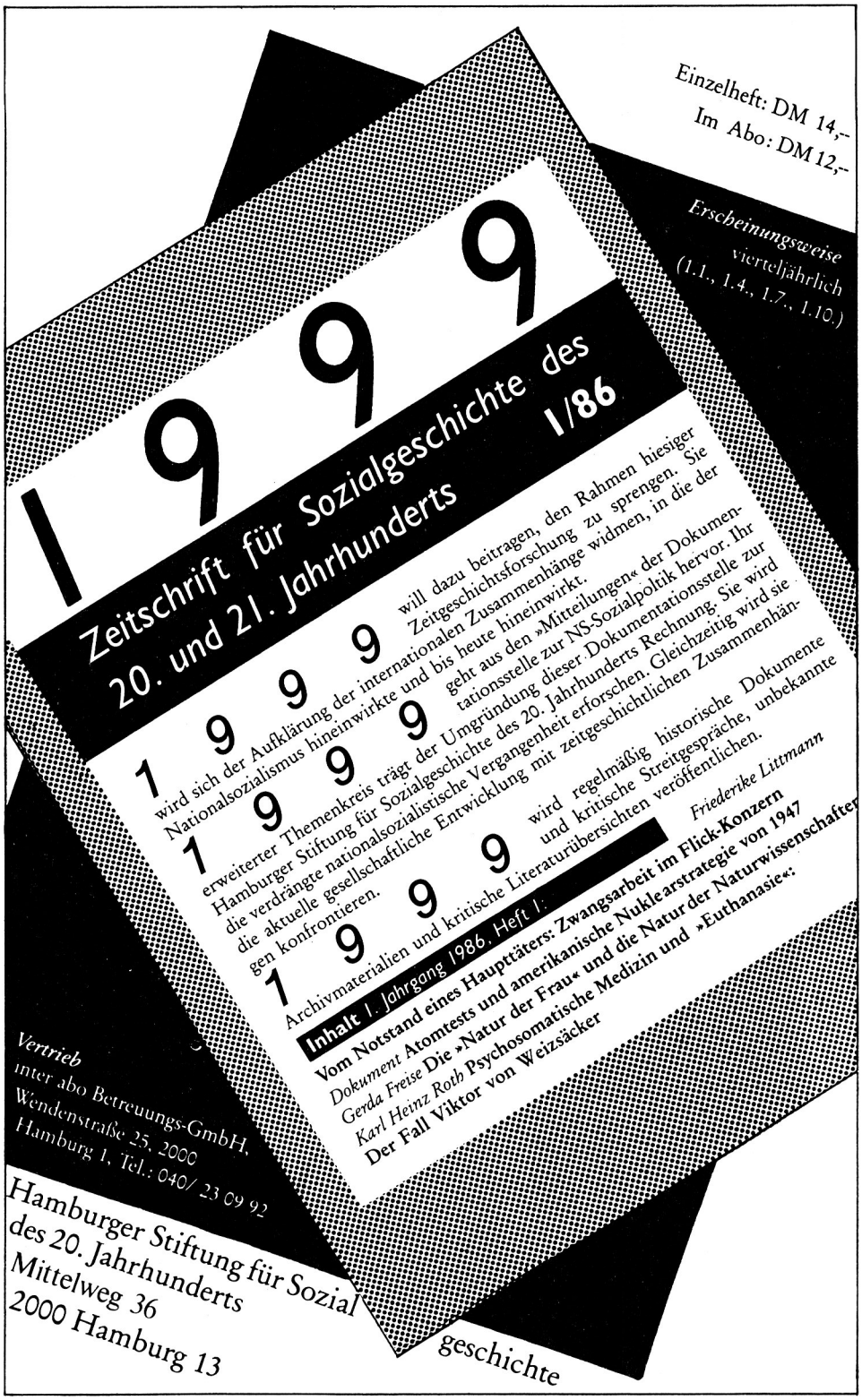
Elvira Scheich, 33 Jahre, Physikstudium, dazu Politikwissenschaft. Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Berlin für den Bereich Technik und Gesellschaft; z. Zt. wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe „Soziale Ökologie" in Frankfurt. Berufliche In-

teressenschwerpunkte: Politische Theorie der Technik und Geschichte der Naturwissenschaften im Hinblick auf eine feministische Kritik daran.

Brigitte Sellach, 43 Jahre, Sozialarbeiterin und Soziologin, Mitarbeiterin des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Frankfurt, als autonome Stadtverordnete in der Fraktion der Grünen, lebt und arbeitet mit Frauen.

Christina Thürmer-Rohr, 49 Jahre, Prof. Dr. phil., Dipl. psych. an der Technischen Universität Berlin, Vertreterin des Wahlpflichtfachs „Frauenforschung" im Diplomstudiengang Erziehungswissenschaften, einen Sohn (13 Jahre).

Christa Wichterich, 37 Jahre, Soziologin und Germanistin, nach mehrjährigem Arbeitsaufenthalt in Indien z. Zt. freiberufliche Journalistin, Schwerpunktthema: Frauen in der Dritten Welt.


1999
Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts
1/86
1999 will dazu beitragen, den Rahmen hiesiger Zeitgeschichtsforschung zu sprengen. Sie wird sich der Aufklärung der internationalen Zusammenhänge Nationalsozialismus hineinwirkte und bis heute hineinwirkt.
1999 erweiterter Themenkreis trägt der Umgründung der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts Rechnung. Sie wird die verdrängte nationalsozialistische Vergangenheit erforschen. Gleichzeitig wird sie die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung mit zeitgeschichtlichen Zusammenhängen konfrontieren.
1999 wird regelmäßig historische Dokumente Archivmaterialien und kritische Literaturübersichten veröffentlichen.
Inhalt 1. Jahrgang 1986, Heft 1:
Vom Notstand eines Haupttäters: Zwangsarbeit im Flick-Konzern
Dokument Atomtests und amerikanische Nuklearstrategie von 1947
Gerda Freise Die »Natur der Frau« und die Natur der Naturwissenschaften
Karl Heinz Roth Psychosomatische Medizin und »Euthanasie«:
Der Fall Viktor von Weizsäcker
Friederike Littmann
Einzelheft: DM 14,–
Im Abo: DM 12,–
Erscheinungsweise vierteljährlich (1.1., 1.4., 1.7., 1.10.)
Vertrieb
inter abo Betreuungs-GmbH,
Wendenstraße 25, 2000
Hamburg 1, Tel.: 040/ 23 09 92
Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts
Mittelweg 36
2000 Hamburg 13

NEUERSCHEINUNG

PSYCHOLOGIE & GESELLSCHAFTS KRITIK 38

ISBN 3-925007-38-5

Frauen & Psychologie II

INHALT

THEMATISCHE BEITRÄGE

Barbara Renchkovsky Ashley/David Ashley
Sexualität und Gewalt:
Der pornographische Körper als Waffe gegen Erotik und Nähe

Annabel Faraday
Die Befreiung der Lesbenforschung

Rainer Adamaszek/Monika Adamaszek
„...nicht als Therapie möchte ich Ihnen die Psychoanalyse empfehlen, sondern wegen ihres Wahrheitsgehaltes..."
Kritisches zu Freuds erstem psychoanalytischen Fall „Dora"

Anita Nieder
Sind Frauen das unschuldige Geschlecht?
Über die Ambivalenz weiblicher Liebe

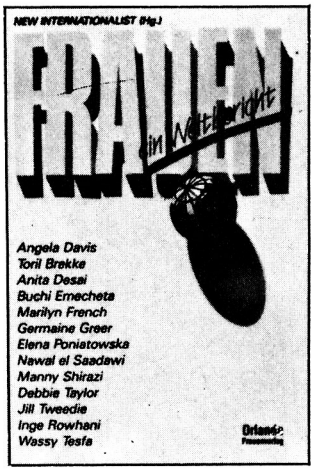
REZENSIONEN

AKTUALITÄTEN

TERMINE

Eine psychologiekritische Zeitschrift für Psychologen, Pädagogen, Sozialwissenschaftler in Theorie und Praxis.
Einzelheft 9,– DM / Doppelheft 15, – DM / Jahresabonnement 28,– DM plus 3,20 DM Porto / Studenten, Arbeitslose 23,– DM plus 3,20 DM Porto.
Erhältlich in jeder Buchhandlung oder direkt bei der Redaktion der P & G, Bürgerbuschweg 47, D-2900 Oldenburg, Telefon (0441) 64126.

Orlanda Frauenverlag



ISBN 3-922166-23-7

»Ein einmaliges Projekt«
(Helga Lukoschat in der TAZ)

»Langweilig ist nicht eine einzige Zeile«
(Beatrix Füsser-Novy im Deutschlandfunk)

Zum Ende der UNO-Frauendekade: Wissenschaftliche Fakten und literarische Essays, Forschungsergebnisse und Reisebilder, Gespräche und Träume über Frauen aller Welt — der erste FRAUENWELTBERICHT.

WENDY CHAPKIS

Schönheitsgeheimnisse
Schönheitspolitik

Das erste Buch über Schönheit — aus der Sicht von Frauen

Das Buch von der Stadt der Frauen
Christine de Pizan

Im Jahre 1405 geschrieben:
Das Frauen-Lesebuch aus dem Mittelalter

Herausgeberinnen:
DIE GRÜNEN im Bundestag, AK Frauenpolitik & Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V., Köln
ISBN 3-923243-19-7, 216 S., DM 19,80

Dem Aufruf zum internationalen, dreitägigen Kongreß „Frauen gegen Gentechnik und Reproduktionstechnik" folgten rund 2000 Teilnehmerinnen aus dem In- und Ausland.
Im Mittelpunkt der Diskussion standen vor allem die Bereiche:
— Ausbeutung der menschlichen und außermenschlichen Natur
— Gefahren der Gen-Manipulation bei Pflanze, Tier und Mensch
— Weibliche Identität, Kinderwunsch und neue Fortpflanzungstechniken
— Reproduktionstechnik und Bevölkerungspolitik in der Dritten Welt
— Verwertbarkeit der weiblichen Fortpflanzungsfähigkeit
— Internationaler Widerstand und Aktionsmöglichkeiten.
Darüber hinaus werden weiterführende Informationen zu diesem wichtigen Thema zur Verfügung gestellt.

Kölner Volksblatt Verlag
Karolingerring 27 · 5000 Köln 1 · Tel. 0221 / 31 70 87

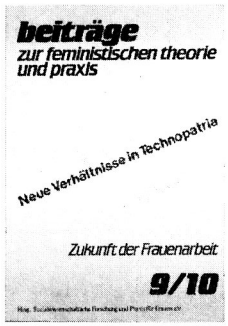
In diesem Heft wird versucht gegen Biologismus und Aktionismus in der (Frauen)friedensbewegung einen theoretischen Zusammenhang zwischen Militarismus und Ausbeutung/Unterdrückung von Frauen zu formulieren.

Dazu gehört auch eine gründlichere Auseinandersetzung mit den politischen und ökonomischen Hintergründen der derzeitigen Krise, der Kriegsdrohung und Hochrüstung und der Versuch der Formulierung einer feministischen Gegenposition.

144 Seiten, DM 14,—

Aus dem Inhalt:

Christina Thürmer-Rohr: Aus der Täuschung in die Ent-täuschung — Zur Mittäterschaft von Frauen
Petra Müller: Sind Frauen friedfertig?
Brunhilde Sauer-Burghard: „Nur wenige Frauen haben nicht mitgemacht". — Feminismus gegen Militarismus?
Unbekannte Autorinnen: Militarismus kontra Feminismus
Theresa Wobbe: Dollars, Männer, Krieg und Illusionen — Ein Zeitalter geht zu Ende
Maria Mies: Frauenbefreiung und nationaler Befreiungskampf — Geht das zusammen?
Ute Annecke, Carola Möller: Frauen — Krise — Krieg



Die neuen Verhältnisse, von denen in diesem Heft die Rede ist, betreffen die Umstrukturierung der weiblichen Erwerbsarbeit und der vergesellschafteten Hausarbeit sowie die Internationalisierung der Hausfrau. Außerdem werden der marxistischen Arbeits- und Fortschrittsbegriff kritisiert, die Funktion der Gewalt bei der Mobilisierung des weiblichen Arbeitsvermögens analysiert und perspektivische Ausblicke in Richtung auf ein Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung diskutiert.

272 Seiten, DM 28,—

Aus dem Inhalt:

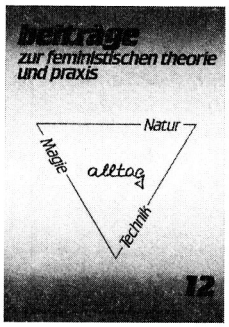
Carola Möller: Ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse — Verstärkte Spaltung der abhängig Arbeitenden.
Petra Müller: Neue Daten zur Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit in der BRD.
Hildegard Demmer, Bettina Küpper, Edelgard Kutzner: Frauenarbeitsschutz: Gesundheitsschutz oder Ideologie?
Barbara Böttger: Steht die Vertreibung der Frauen aus Büro und Verwaltung bevor?
Ilse Lenz: Frauenarbeits-Futurismus-Tango
Gertrud Backes, Gisela Notz, Barbara Stiegler: Sie nützen viel und kosten nichts.
Brigitte Sellach: Zukunft der Sozialarbeit als Zukunft der Spaltung zwischen Frauen?
Maria Mies: Subsistenzproduktion, Hausfrauisierung, Kolonisierung.
Rhoda Reddock: Frauen und Sklaverei in der Karibik.
Claudia von Werlhof: Auf dem Wege zu einer neuen Zwangsarbeit? Frauenarbeit im Agrarsektor Venezuelas.
Ute Birkenbeil-Studer, Ute Winkler: Frau Li, Frau Fulano, Frau Müller — weibliche Erwerbsarbeit in den Weltmarktfabriken Südostasiens, in der peruanischen Industrie und bei uns.
Iris Bubenik-Bauer: Gehört den chinesischen Frauen „die Hälfte des Himmels"?
Christel Neusüß: Und die Frauen? Tun die denn nichts? Oder: Was meine Mutter zu Marx sagt.
Veronika Bennholdt-Thomsen: Die Zukunft der Frauenarbeit und die Gewalt gegen Frauen.
Hilde Fauland, Ruth Kümmerle: Wirtschaftspolitische Alternativen von Frauen.
Kölner Gruppe autonomer und grüner Frauen: Auszug aus dem Technopatriarchat.

Das erneute Nachdenken über Fragen der Methodologie hat uns klargemacht, daß es bei feministischer Forschung nicht bloß um andere, dem „Forschungsgegenstand" Frauen bzw. Frauenunterdrückung angemessene Forschungsinstrumente, sondern um eine andere Weise des Handelns, Erkennens, Denkens und Forschens geht, kurz um ein neues Paradigma.

168 Seiten, DM 14,—

Aus dem Inhalt:

Maria Mies: Methodische Postulate zur Frauenforschung.
Anet Bleich, Ulla Jansz, Selma Leydesdorff: „Lob der Vernunft".
Heide Göttner-Abendroth: Zur Methodologie von Frauenforschung am Beispiel Biographie.
Maria Mies: Frauenforschung oder feministische Forschung?
Claudia Opitz: Der „andere Blick" der Frauen in die Geschichte
Christina Thürmer-Rohr: Der Chor der Opfer ist verstummt
Brunhilde Sauer-Burghard: Die Frau als Überbauphänomen oder wie ich meinen Marx rette
Monika Bolbrügge, Sabine Hermann, Sabine Heuck, Brigitte Papen, Brigitte Salzmann: Von der Theorie zur Praxis
Donna Kate Rushin: Die Brücke
Claudia von Werlhof: „Vom Boden des Fasses aus . . ."
Lisa Fernkorn, Gabi Förder, Petra Zwaka: „Mit Ihnen kann ich darüber sprechen, mit meiner Tochter konnte ich das nie!"
Ulrike Büchner: Frauenwissenschaft und Frauenstudien als radikale Wissenschaftskritik — dargestellt am Beispiel hochschuldidaktischer Praxis
Honor Ford-Smith: Das Theaterkollektiv „Sistren" aus Jamaika

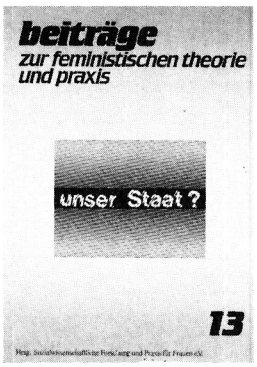


Im Mittelpunkt dieses Heftes steht die Kritik an patriarchaler Naturwissenschaft und Technik, sowie die Veränderung der Erkenntnispraxen von Frauen und der Paradigmawechsel in der politischen und wissenschaftlichen Praxis von Frauen, vor allem die Einbeziehung von Magie und Spiritualität in den (politischen) Alltag.

160 Seiten, DM 14,—

Aus dem Inhalt:

Christa Wichterich: Von der Mutter-Natur zur Maschine-Natur
Genoveffa Corea: Wie durch die neuen Reproduktionstechnologien das Bordell-Modell auf die menschliche Reproduktion angewandt werden kann
Gudrun Quandel: Alles Neue ist besser als alles Alte
Christel Neusüß: ... aber was ist denn das, der ‚irrationale Rest'? Zur Rationalisierungsdiskussion in der Weimarer Republik und heute
Christina Thürmer-Rohr: Wendezeit — Wendedenken — Wegdenken
Rosemarie Rübsamen: Der Wolf hat Kreide gefressen — bewahrt euer Mißtrauen gegenüber der Wissenschaft!
Sarah Jansen: Magie und Technik — Auf der Suche nach feministischen Alternativen zur patriarchalen Naturnutzung
Maria Mies: Tantra — Magie oder Spirualität?
Ute Schiran: spinnerin, häxe, furie — möglichkeit politischen(r) machens (macht) in weiblicher sinnlichkeit/spiritualität
Christine Flitner: „Eine andere Sprache? Zur Reproduktion von Selbstunterwerfung in der neueren Literatur von Frauen"
Scarlett Baldhoff, Gundula Femmer: „Wenn Du das Unmögliche nicht suchst, wirst Du am Ende nicht einmal das Mögliche finden"
Claudia Koppert, Birgit Lindberg: Ich lebe Widerstand, weil ich lebendig bin
Ute Annecke, Johanna Pagenstecher: Zu weit nahe gehen — zu nahe gehen — nahe gehen
Brunhilde Sauer-Burghard: Annäherungsversuche an eine wichtige Seh- und Denkweise

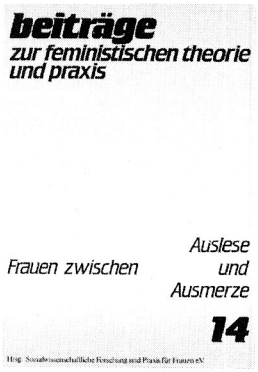


In den Artikeln konzentrieren sich die Ansätze zu einer feministischen Staatstheorie um die Interessenverflechtungen, die -identitäten und Allianzen zwischen Staat, Kapital und Patriarchen. Im Vordergrund stehen die Entstehungsgeschichte des modernen Staates, der Staat als Männerbund zur Absicherung von Gewalt- und Ausbeutungsverhältnissen gegen Frauen, Kolonien und Natur, sowie das Verhältnis von Frauen zum Staat.

158 Seiten, DM 16,—

Aus dem Inhalt:

Irmgard Schultz: Überlegungen zu einer feministischen Staatstheorie anhand von Jean Bodin (1529—1596).
Veronika Bennholdt-Thomsen: Zivilisation, moderner Staat und Gewalt. Eine feministische Kritik an Norbert Elias' Zivilisationstheorie.
Brunhilde Sauer-Burghard: . . . Wie der Staat zum Vater aller Dinge wurde. Eine Untersuchung staatlicher Funktionen bei der Organisation der modernen kapitalistisch-patriarchalen Verhältnisse zwischen Männern und Frauen, dargestellt am Beispiel Preußens.
Bärbel Clemens: Bürgerin im Staat oder Mutter in der Gemeinde? Zum Politik- und Staatsverständnis der bürgerlichen Frauenbewegung.
Susanne Zeller: Die „Staatsgesinnung" der Fürsorgerin nach dem 1. Weltkrieg zwischen Sozialismus und Weiblichkeitsideologie
Claudia von Werlhof: Zum Verhältnis von „Staat" und „Kapital" und „Patriarchat".
Verena Fiegl: Über den Zusammenhang von Staat — Militär — Prostitution
Inge Hehr, Carola Möller: Die Illusion vom Sozialstaat.
Helgard Ulshoefer: Wie der Staat heute mit den Frauen umgeht.
Frauen gegen Erwerbslosigkeit, Angelika Blickhäuser, Monika Molter: Politische Arbeit mit Staatsgeldern?
Sabine Marx: Der Ort der Politik ist: Hier, überall. Die Zeit der Politik ist: Jetzt, sofort.
Anne Klein, Regina Michalik: Frauenvorstand — feministischer Coup oder nur ein Vorstand ohne Männer?
Barbara Böttger, Anne Lütkes, Carola Möller: Grüne Parlamentarierinnen — Macht für Frauen?



Heute sind die technologischen Möglichkeiten der rassistischen Aufspaltung von Frauen in „erwünschte Zivilisierte" und „unerwünschte Wilde" (Arme) ungleich größer. Die neuen Bio-Techniken stellen dabei einerseits die lineare Fortsetzung des alten Prinzips der Aufspaltung und Neukombination der patriarchalen Naturwissenschaft dar, andererseits sind sie aber auch eine qualitativ neue Etappe der frauen-, menschen- und naturfeindlichen Produktionsweise, die wir kapitalistisches Patriarchat nennen. Denn nun wird der Frauenkörper selbst in seine für den kapitalistischen Verwertungsprozeß relevanten Teile zerlegt, wieder neu zusammengesetzt und vermarktet.

144 Seiten, DM 16,—

Aus dem Inhalt:

Christa Wichterich: Der Mythos der Überbevölkerung als Mittel zur Kolonisierung der Frauen in der Dritten Welt
Ute Sprenger: Wer hilft wem auf dem kontrazeptiven Sektor?
Ann Kathrin Scheerer: Bevölkerungspolitik und die Situation der Frauen in der Volksrepublik China
Maria Mies: „Erwünschte Frauen" — „unerwünschte Frauen". Kapitalistische und sozialistische Akkumulation und Bevölkerungspolitik
Vibhuti Patel: Amniozentese und Mord an weiblichen Föten
Gundula Kayser: Industrialisierung der Menschenproduktion — Zum faschistischen Charakter der Entwicklung neuer Technologien der Geburtenkontrolle
Silvia Kontos: Wider die Dämonisierung der Technik
Gabriele Czarnowski: Frauen — Staat — Medizin. Aspekte der Körperpolitik im Nationalsozialismus
Doris Schubert: „Ehrfurcht vor dem Leben"? — Zur Diskussion um die Reform des §218 in der deutschen Nachkriegszeit
Brigitte Holzer: Es geht nicht um die Zahl der Kinder, sondern um die Zurichtung mütterlicher Arbeitskraft für die kapitalistische Wirtschaft
Helgard Ulshoefer: Die Lüge vom Generationenvertrag

„Geld regiert die Welt" – und weil die Frauen selten Geld haben, heißt es, haben sie auch keine Chance zu regieren, Einfluß zu nehmen, bleiben sie arm oder abhängig.
„Geld macht nicht glücklich" – und weil die Frauen so wenig Geld haben, heißt es, konnten sie sich bis heute vielleicht ein größeres Stück Lebendigkeit bewahren.
„Arm aber glücklich" oder „reich aber kaputt" oder von beiden etwas? Wie stehen Frauen zum Geld, wie arrangieren sie sich damit, welche Perspektive entwickeln sie dazu?

228 Seiten, DM 28,–

Aus dem Inhalt:

Ute Annecke, Maria Mies, Brunhilde Sauer-Burghard: Noch tanzt Rumpelstilzchen
Dorothea Mey: „Geld beruhigt echt..." – Über die Ruhe und die Unruhe, die der „Lohn für Liebe" mit sich bringt – gezeigt am Beispiel der Kurtisane Cora Pearl aus dem Paris des zweiten Kaiserreichs
Helga Grubitzsch: Konsumarbeiterinnen und Lockvögel: Frauen in der kapitalistischen Konsumtion
Susanne Zeller: Vom „Gotteslohn" zum „Frauenlohn" – Die Bezahlung von Fürsorgerinnen unter der preußischen Besoldungsordnung nach dem ersten Weltkrieg
Irmgard Schultz: Über den Zusammenhang von Zeit – Geld und Geschlecht
Maria Mies: Brautpreis, Mitgift und Mitgiftmorde in Indien
Claudia von Werlhof: Kredite für Hausfrauen: Traum oder Alptraum?
Ingrid Düßmann: Kapitel aus einer noch unendlichen Geschichte
Lu Haas: Frauenbetriebe zwischen den Stühlen
Agnes Lewe: Die Ökobank – eine Bank für die Frauenbewegung?
Birgit Cramon-Daiber, Heidi Heinisch, Barbara Kavemann: Geld pflastert unseren Weg... Drei Jahre Goldrausch-Frauennetzwerk Berlin e.V.
Christa Wichterich: SEWA
Dörthe Jung, Barbara Köster, Barbara Rendtorff: Frauenpolitik und Geld
Angelika Blickhäuser, Monika Molter: Mit dem garantierten Mindesteinkommen ins Paradies?

Begriffe wie „Psychoboom" und „Therapiegesellschaft" zur Kennzeichnung der neuen kapitalistischen Vermarktungsstrategien gesellschaftlichen Bewußtseins und zunehmenden subjektiven Leidens finden sich heute vornehmlich in der männlichen linken Aufklärungsliteratur. In diesem Heft wird der Versuch unternommen, sich auf die Gratwanderung einzulassen, sowohl die kritische Reflexion der „Therapiegesellschaft" aufzunehmen und aus feministischer Sicht zu diskutieren und weiterzuführen, als auch einen Beitrag zur Entwicklung feministischer Therapieansätze zu leisten.

152 Seiten, DM 16,–

Aus dem Inhalt:

Ruth Großmaß: Feminismus und Therapie
Sabine Scheffler: Feministische Therapie
Roswitha Burgard: Warum brauchen wir feministische Therapie?
Sylvia Brauer-Schubert: „Bei jungen Damen ist ja noch was zu machen"
Ulla Hommerich, Sabine Scheffler: Weichenstellungen in der Entwicklung weiblicher Identität in ihrer Beziehung zur gesellschaftlichen Notwendigkeit
Annedore Prengel, Ute Wirbel: Abschied von der Abhängigkeit
Elisa Bröckling, Marlis Dick u.a.: Fünf Jahre „Frauen lernen leben" – Identität oder Krise
Vera Werner: Krankheit als Chance
Sylvia Groth, Marina Steinbach: Selbsthilfe im Feministischen Frauen-Gesundheits-Zentrum, Berlin
Ginster Votteler: In Wirklichkeit ist die Realität ganz anders
Sylvia Kolk: Therapie im Frauenferienhaus Zülpich?!?!?!
Christina Thürmer-Rohr: Die Gewohnheit des falschen Echos
Gunhild Gutschmidt: Die Religion, die Psychotherapie und die Frauen
Brunhilde Sauer-Burghard: . . . die „böse Mutter" kehrt zurück – Das Wiederaufleben von Reduktionismus und Biologismus in der feministischen Therapie-Debatte

Abonnement-Bestellung

Hiermit bestelle ich ab Heft ..... die *„beiträge zur feministischen theorie und praxis“* (jeweils 3 Nummern)

als Jahresabonnement zu 38,– DM ☐

als Mitgliederinnenabonnement zu 35,– DM ☐

als Förderabonnement ab 60,– DM ☐

Name: . . . . . .

Anschrift: . . . . . .

Datum: . . . . . Unterschrift: . . . . . .

Redaktion und Verlag: Herwarthstr. 22, 5000 Köln 1, Tel.: 0221/526422

Konto: Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e.V.
Stadtsparkasse Köln (BLZ 370 501 98) Nr. 7 192 032

Ab Heft 13 erhöht sich der Preis für die Einzelhefte auf 16,– DM. Da der Abo-Preis nicht erhöht wird, kostet dann ein „beiträge“-Heft im Abo nur 12,73 DM – also 3,33 DM pro Heft gespart!

Geschenk-Abonnement

Hiermit bestelle ich ab Heft ..... die *„beiträge zur feministischen theorie und praxis“* (jeweils 3 Nummern)

als Geschenkabonnement zu 38,– DM ☐

für:

Name: . . . . . .

Anschrift: . . . . . .

Rechnung bitte an:

Name: . . . . . .

Anschrift: . . . . . .

Datum: . . . . . Unterschrift: . . . . . .

Das Geschenkabonnement läuft automatisch nach drei Nummern aus, sofern es nicht schriftlich verlängert wird.

Redaktion und Verlag: Herwarthstr. 22, 5000 Köln 1, Tel.: 0221/526422

Konto: Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e.V.
Stadtsparkasse Köln (BLZ 370 501 98) Nr. 7 192 032